



Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 2006



**AUFGABEN UND ORGANISATION DES
LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN .. 8 – 12**

AUSLÄNDEREXTREMISMUS 13 – 66

RECHTSEXTREMISMUS 67 – 99

LINKSEXTREMISMUS 100 – 130

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT 131 – 132

SPIONAGEABWEHR 133 – 135

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ 136 – 137

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT 138

**GESETZ ÜBER DAS
LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ 139 – 158**

Zu dieser Broschüre	6
AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN	8
Extremisten im Internet	10
AUSLÄNDEREXTREMISMUS	13
Merkmale des Ausländerextremismus	13
Überblick	13
Im Bericht erwähnte Gruppierungen	15
Mitgliedschaften	17
ISLAMISMUS	18
Was ist Islamismus?	18
MULTINATIONALE ISLAMISTISCHE GRUPPIERUNGEN	19
Islamistischer Terrorismus: Al-Qaida (Die Basis) - Mujahedin - non-aligned Mujahedin – „Homegrown networks“	19
Al-Qaida als „ideologische Leitstelle“	19
Verlautbarungen von Al-Qaida	19
Islamistische Konvertiten	21
Terroranschläge	25
Terrorziel Deutschland	25
Terroristische Netzwerke	26
Terroranschläge der Vergangenheit	27
Terroranschläge, vereitelte Anschläge, Festnahmen im Berichtszeitraum	28
Der Papstbesuch im Visier der Al-Qaida	29
Karikaturen-Streit	30
Gerichtsverfahren und Urteile	30
Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT - Islamische Befreiungspartei)	31
Tabligh-i Jama'at (TJ - Gemeinschaft für Verkündigung und Mission)	34
ARABISCHE ISLAMISTISCHE GRUPPEN	36
Muslimbruderschaft (MB - Al-Ikhwan al-Muslimun)	36
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS - Abkürzung für Harakat al-muqawama al-islamiyya)	39
Hizb Allah (Partei Gottes)	40
TÜRKISCHE ISLAMISTISCHE ORGANISATIONEN	43
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	43
Die Zeitung Milli Gazete	46
Yeni Akit GmbH/Anadoluda Vakit	48
LINKSEXTREMISMUS	49
KURDISCHE LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN	49
Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL)	49
TÜRKISCHE LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN	55
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	56
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	59
IRANISCHE LINKSEXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN	61
Volksmujahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	61
Arbeiterkommunistische Partei Irans (API)	63
ANDERE AUSLÄNDEREXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN	64
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	64
Straf- und Gewalttaten	66
RECHTSEXTREMISMUS	67
Merkmale des Rechtsextremismus	67
Überblick	67
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen	69
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	70
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	71
Kommunalwahlen	71
Wahlergebnisse im statistischen Vergleich	72
Neonazi neuer NPD-Vorsitzender	73
„Kritische Nachrichten der Woche“	73
Neue Strukturen in Hessen	74
Demonstration gegen geplanten Moscheebau in Wiesbaden	75
Pressefest des Deutsche Stimme Verlages	75
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern und Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen Berlin	76
Bundesparteitag in Berlin	77

Versuchte Einflussnahme auf Burschenschaften	78
Junge Nationaldemokraten (JN)	79
Deutsche Volksunion (DVU)	79
Neonazis	80
Rechtsextremistische Mai-Kundgebungen	81
Demonstrationen in Südhessen	83
Kameradschaften	84
Veranstaltungen zum Todestag von Rudolf Heß	85
Manfred Roeder (Deutsche Bürgerinitiative)	87
Fußballweltmeisterschaft als Bühne für rechtsextremistische Kundgebungen	88
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	89
Skinheads	89
Skinheads und ihre Musik	90
Skinhead-Bands	93
Exekutivmaßnahmen gegen die verbotene Blood & Honour-Organisation	95
Neue Skinhead-Kameradschaft im Odenwald	96
Vermarktung von Skinhead-Musik und Szene-Artikeln	96
Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel	97
Straf- und Gewalttaten	98
LINKSEXTREMISMUS	100
Merkmale des Linksextremismus	100
Überblick	101
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen	102
Linksextremistisches Personenpotenzial	103
Die Linkspartei.PDS (Die Linke.PDS)	104
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	107
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	108
Trotzkistische Gruppierungen	109
Linksruck	109
Sozialistische Alternative (SAV)	110
Teilnahme linksextremistischer Parteien und Wahlbündnisse an der hessischen Kommunalwahl am 26. März	110
Die Linke.Hessen	110
DKP	113
Sonstige	113
Autonome	114
„Antideutsche“	115
Antifaschismus	116
Antirassismus	118
Linksextremistische Einflussnahme auf die Anti-Globalisierungsbewegung	119
Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen den „Sozialabbau“	122
Linksextremistische Einflussnahme auf Demonstrationen im Zusammenhang mit der Einführung von Studienbeiträgen in Hessen	124
Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung	125
Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung	126
Anarchismus	127
Nutzung von Kommunikationsmedien	129
Straf- und Gewalttaten	129
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	131
SPIONAGEABWEHR	133
Aufklärungsziele und Methoden der Nachrichtendienste	133
Proliferation	134
GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ	136
Geheimschutz	136
Wirtschaftsschutz	137
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	138
GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ	139
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	159
REGISTER	162
IMPRESSUM	168

Zu dieser Broschüre



Der islamistische Terrorismus ist und bleibt eine Bedrohung für die Sicherheitslage in Deutschland. Die gescheiterten Anschläge mit Kofferbomben auf zwei Regionalzüge im Juli des vergangenen Jahres haben uns drastisch die neue Qualität terroristischer Aktivitäten in Deutschland vor Augen geführt. Schließlich waren es allein handwerkliche Fehler, die das Attentat scheitern ließen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesen und anderen Ermittlungen und Beobachtungen zu tatsächlichen oder vorbereiteten Anschlagversuchen zeigen, dass die Bedrohung der westlichen Welt trotz zahlreicher polizeilicher und militärischer Erfolge nicht eingedämmt werden konnte.

Der Verfassungsschutz beobachtet dieses islamistische Bedrohungspotenzial mit großer Aufmerksamkeit. Dem Phänomen der selbstständig agierenden Kleingruppen ohne zentrale Steuerung, insbesondere dem so genannten Home-Grown-Terrorismus, kommt dabei europaweit stärkste Beachtung zu. Auch in Deutschland ist die Bedeutung solcher gewaltbereiter Kleingruppen, in denen Personen aus der zweiten und dritten Generation muslimischer Migranten und auch konvertierte Deutsche eine Rolle spielen, weiter gestiegen und auch in Hessen gibt es Islamisten, die in solchen Netzwerken organisiert sind, diese unterstützen oder sich in deren Umfeld bewegen.

Die Radikalisierung solcher Personen, die vermeintlich integriert sind und zuvor ein zumeist eher unauffälliges Leben geführt haben, erfolgt vielfach über persönliche Kontakte aber auch zunehmend über das Internet. Das Medium dient islamistischen Gruppen zur Verbreitung ihrer Propaganda, es hilft Netzwerke zu bilden und zu kommunizieren. Damit ist das Internet zentrales Mittel sowohl für die Rekrutierung als auch die Anleitung für Attentate.

Trotz des anhaltend hohen Gefahrenpotenzials im Bereich des Ausländerextremismus gerät die Bedrohung durch links- oder rechtsextremistisches Potenzial aber nicht aus dem Blickfeld. Vielmehr kommt auch hier der Arbeit des Verfassungsschutzes besondere Bedeutung zu. Die Strategie der Rechtsextremisten zielt vornehmlich auf Ängste in der Bevölkerung etwa vor Arbeitslosigkeit oder Überfremdung. Zudem bringen sich in Hessen zunehmend Neonazis stärker in die

Arbeit rechtsextremistischer Parteien insbesondere der NPD ein. Ganz gezielt wird versucht, junge Menschen durch rechtsextremistische Musik anzusprechen. Gerade diese Mischung aus vermeintlich einfachen, aber professionell propagierten Lösungen für komplexe politische Probleme und plumper Gewaltbereitschaft ist von höchster Brisanz. Die Politik bedarf hier einer frühzeitigen Unterrichtung über entsprechende Bestrebungen, die unsere soziale und gesellschaftliche Grundordnung abschaffen wollen. Zudem nutzen Rechtsextremisten wie Linksextremisten ebenso das Internet für ihre Zwecke. Im Bereich des Linksextremismus ist außerdem eine bedenkliche Entwicklung mit Blick auf die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Demonstrationen festzustellen. Mit Blockaden und aggressivem Verhalten werden nicht nur die Polizei, sondern auch unbeteiligte Personen gefährdet.

Der Verfassungsschutz ist in Hessen gut aufgestellt. Dies ist das Ergebnis der guten Arbeit, die das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz leistet. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz gilt deshalb mein besonderer Dank. Ihre Arbeit ermöglichte es, alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz unserer staatlichen Ordnung zu ergreifen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in Hessen. Gleichwohl sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzubringen. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht informiert über Demokratie gefährdende Bestrebungen und Entwicklungen. Diese wichtigen Informationen helfen, wachsam zu sein gegenüber extremistischem Gedankengut. Denn Sicherheitsbehörden allein können eine Demokratie nicht schützen. Die Demokratie braucht engagierte Bürger.

Wiesbaden im Mai 2007



Volker Bouffier
Hessischer Minister des Innern und für Sport

AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

*Schutz der
freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung*

Das Bundesverfassungsschutzgesetz sieht die Einrichtung besonderer Behörden zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Bund und in den Ländern vor. Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es in jedem Land eine Verfassungsschutzbehörde, in Hessen das **Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen**.

Das **LfV** hat nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz vom 19. Dezember 1990 (GVBl. I S. 753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2002 (GVBl. I S. 82), den Auftrag, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten, die

- ▶ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- ▶ gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- ▶ durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen im Geltungsbereich des Grundgesetzes auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- ▶ zur organisierten Kriminalität gehören.

Ferner wirkt das **LfV**, auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen mit.

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen die in § 2 Abs. 4 des Gesetzes über das **LfV** (LfVG) aufgeführten Prinzipien:

- ▶ Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte,
- ▶ der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen diesen Kernbestand der Verfassung gerichtet sind, werden sie vom **LfV** beobachtet. Diese Bestrebungen werden als extremistisch oder verfassungsfeindlich bezeichnet.

Aktivitäten, die zwar grundsätzliche Kritik an der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung äußern, aber nicht gegen die oben beschriebene freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, werden als radikal bezeichnet. Sie werden vom **LfV** nicht beobachtet.

Bestrebungen sind Aktivitäten, die sich durch Handlungen wie Agitation, Zusammenschluss zu Organisationen oder Straftaten ausdrücken. Die Gesinnung einer Person wird nicht beobachtet.

Ziel der Arbeit des Verfassungsschutzes ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen.

Dies kann in erster Linie durch politisch geistige Auseinandersetzung mit den Zielen oder dem Verhalten extremistischer Bestrebungen geschehen. Ausnahmsweise kann aber auch ein Verbot eines Vereins durch das zuständige Innenministerium oder einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht in Betracht kommen.

Gerade vor dem Hintergrund eines gestiegenen Bedrohungspotenzials – insbesondere durch islamistische Terroristen – gibt es auf Bundes- und Landesebene verschiedene Bemühungen, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu intensivieren und so die Gefährdungssituation besser einschätzen und angemessen darauf reagieren zu können. Das **LfV** ist in diese vernetzten Strukturen integriert.

Mit der Einführung des bundesweiten Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) wurde die Zusammenarbeit sowohl zwischen Nachrichtendiensten als auch zwischen Nachrichtendiensten und Polizei personell sowie strukturell intensiviert und die gemeinsame Analysefähigkeit verbessert. Als Antwort auf die – vor allem im Bereich des islamistischen Terrorismus – gestiegene Bedeutung des Internets arbeiten Verfassungsschutz und Polizei seit Januar 2007 im Gemeinsamen Internetzentrum (GIZ) zusammen: Hinsichtlich der bereits bei verschiedenen Behörden bestehenden Beobachtung des Internets werden die Ressourcen hier nicht nur gebündelt, sondern darüber hinaus durch finanzielle und personelle Mittel auch verbessert. Angesichts der rasch wachsenden islamistischen Propaganda und des von ihr ausgehenden Risikos sollen das Internet schneller und effektiver als bisher ausgewertet sowie Gefährdungsanalysen erstellt werden. Ausdrückliches Ziel ist auch, gegen den Missbrauch des Internets als „Trainingscamp für Terroristen“ vorzugehen.

*Ziel der
Verfassungsschutz-
arbeit*

*Intensivierte
Zusammenarbeit
der Sicherheits-
behörden*

*Bundesweites
Terrorismus-
abwehrzentrum*

Extremisten im Internet

Das weltweite Netz bietet auch Extremisten hervorragende Möglichkeiten zur Kommunikation untereinander, zur Verbreitung ihres Ideengutes sowie zur breiten Verteilung von Informationen unterschiedlicher Art. Für die Sicherheitsbehörden ergibt sich die Problematik, dass rechtliche Maßnahmen allein in der Bundesrepublik die Internetnutzung durch Extremisten nicht entscheidend beeinträchtigen oder gar unterbinden können. So greifen extremistische Gruppen (auch Links- und Rechtsextremisten) immer wieder auf Möglichkeiten zurück, nationale Regelungen zu unterlaufen und Beschränkungen zu umgehen: Sie nutzen keine deutschen Provider, sondern stellen ihre Angebote über Anbieter im Ausland ins Internet ein, für die deutsche Gesetze keine Geltung besitzen. Darüber hinaus bieten technische Möglichkeiten wie Verschlüsselungsprogramme oder nur mit Zugangsberechtigung zu öffnende Angebote (gerade auch im Bereich der direkten Interaktion in Chatrooms oder bei PalTalk-Aktionen) immer wieder die Chance, staatlicher Überwachung zu entgehen.

Der Nachweis von Straftaten wird für Sicherheitsbehörden dadurch ebenso erschwert wie der Nachweis von verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Dennoch gelingt es den Behörden immer wieder, entsprechende Belege zu sichern und auf Grund erlangter relevanter Informationen die Verantwortlichen zu identifizieren und bei Straftaten gegen sie vorgehen zu können.

Der Verfassungsschutz wertet die verschiedenen Angebote extremistischer Gruppen regelmäßig und systematisch mit Blick auf seine Aufgabenstellung aus. Wegen der besonderen Bedrohungslage liegt der Schwerpunkt auf islamistischen Inhalten. Mittels Internet verbreiten islamistische Terroristen ihre Propagandastrategie, nutzen es aber auch als Kommunikations- und Radikalisierungsinstrument. Zuletzt kann es als operatives Hilfsmittel dienen, indem von dort etwa Anleitungen zum Bombenbau heruntergeladen werden können. Aber auch Internetauftritte rechts- und linksextremistischer Gruppen werden analysiert. Im Bericht tauchen diese Zusammenhänge an verschiedenen Stellen auf: So sind **Al-Qaida** Verlautbarungen ebenso im Internet verbreitet worden wie die „Kritischen Nachrichten“ der hessischen **Nationaldemokratischen Partei Deutschlands** oder Demonstrationaufrufe linksextremistischer Gruppen.

Antiterrordatei

Mit dem am 31. Dezember in Kraft getretenen Antiterrordateigesetz wurden die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung einer gemeinsamen zentralen Antiterrordatei von Polizei und Nachrichtendiensten geschaffen. Sie verbessert die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und unterstützt gezielt deren Informationsaustausch.

Durch die zentrale Antiterrordatei sind Grunddaten (z. B. Namen, Geburtsdaten, Wohnorte) zu Personen aus dem Bereich des internationalen Terrorismus und der ihn unterstützenden extremistischen Gruppierungen sofort verfügbar. Bei Hinweisen auf terroristische Aktivitäten können relevante Personen zügig erkannt und identifiziert werden. Außerdem ist schnell erkennbar, welche Sicherheitsbehörden über Informationen zu einer relevanten Person verfügen; qualifizierte Aussagen im Sinne einer Gefährdungseinschätzung werden umgehend möglich.

Hessisches Informations- und Analysezentrum

Auf Landesebene wurde im Gemeinsamen Informations- und Analysezentrum Politisch motivierte Kriminalität (GIAZ PMK Hessen) eine direkte Zusammenarbeit zwischen **LfV** und Polizei ermöglicht, ohne dass das Trennungsgebot zwischen beiden verletzt würde. Im kontinuierlichen gemeinsamen Austausch bündeln, analysieren und verdichten die dort arbeitenden Vertreter von Verfassungsschutz und Polizei die ihnen

zur Verfügung stehenden Informationen und Erkenntnisse. Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Früherkennung von Entwicklungen mit strategischer oder politischer Bedeutung im Bereich der Inneren Sicherheit zu verbessern. Inhaltlich beschäftigt sich das GlAZ PMK Hessen mit politisch motivierter Kriminalität aus den Bereichen internationaler Terrorismus und Extremismus, Rechtsextremismus und gewaltbereite Linksextremisten.

Das **LfV** ist nur beobachtend und unterrichtend tätig. Ihm stehen polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse nicht zu. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden und darf Polizeibehörden auch im Wege der Amtshilfe nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Den überwiegenden Teil seiner Erkenntnisse gewinnt das **LfV** aus offenen Quellen, das heißt aus Informationen, die jedermann zur Verfügung stehen. Dazu zählen Publikationen, öffentliche Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Offene Quellen

Die Sammlung offenen Materials reicht aber oft nicht aus, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von extremistischen Bestrebungen zu erhalten. Gerade Verfassungsfeinde arbeiten konspirativ, versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu verschleiern oder geheim zu halten. Ihre Bekenntnisse zum Grundgesetz sind Lippenbekenntnisse.

Um den wahren Sachverhalt festzustellen, darf das **LfV** in solchen Fällen auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen. Solche nachrichtendienstlichen Mittel sind z. B.

Geheime Informationsbeschaffung

- ▶ die Observation,
- ▶ das Einschleusen oder Anwerben und Führen von Vertrauensleuten („Quellen“) in extremistischen Organisationen,
- ▶ das geheime Fotografieren oder Tonaufzeichnungen,
- ▶ die Nutzung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel wie Tarnausweise oder Tarnkennzeichen.

Die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Mittel sind in § 5 LfVG näher geregelt.

Ein besonderes nachrichtendienstliches Mittel ist die Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Eingriffs in das Grundrecht des Art. 10 Abs. 1 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) ist ein solcher Eingriff nur unter den engen Voraussetzungen des G 10-Gesetzes zulässig. Voraussetzung für ihn ist eine Anordnung durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport und die vorherige Zustimmung der G 10-Kommission des Hessischen Landtags.

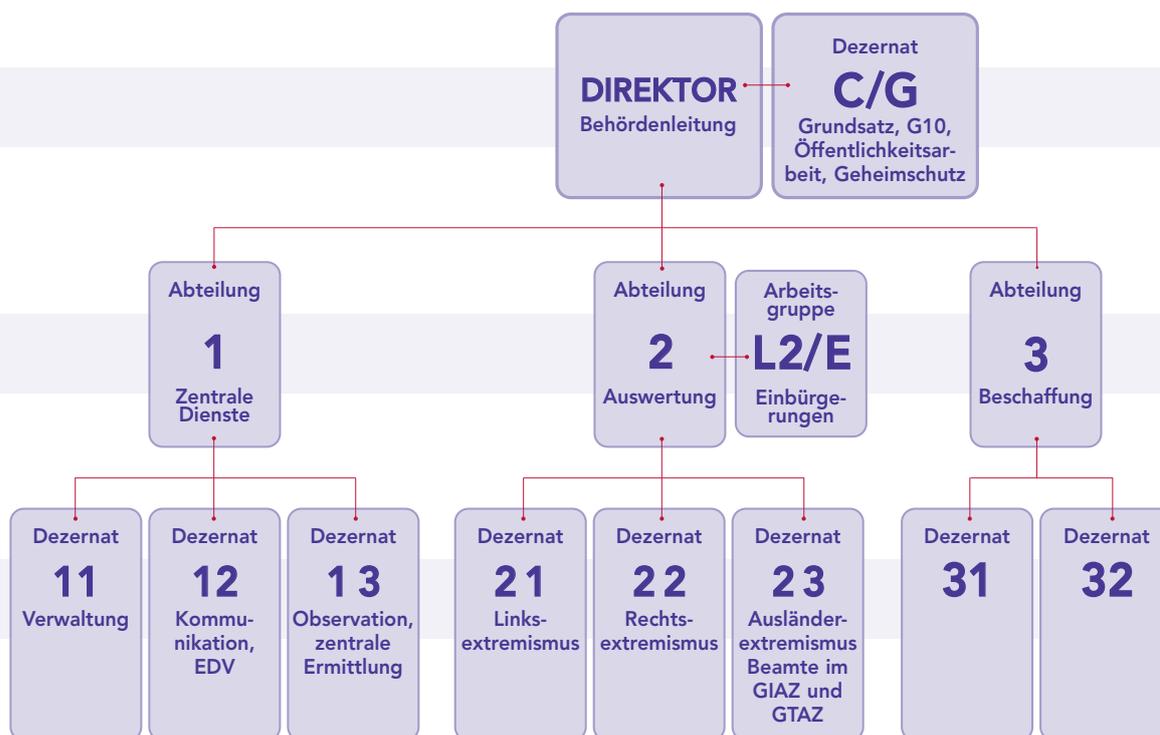
Auf nachrichtendienstlichem Weg gewonnene Informationen können im Allgemeinen nicht öffentlich verwendet werden. Sie ermöglichen aber eine sachgerechte und qualifizierte Bewertung der öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind daher für das Lagebild verfassungsfeindlicher Bestrebungen notwendig und unverzichtbar.

Das **LfV** informiert regelmäßig die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die obersten Landesbehörden über seine Erkenntnisse. Im Einzelfall dürfen auch andere Behörden, z. B. die der Strafverfolgung, zur Erfüllung ihres Auftrages durch das **LfV** über einschlägige Erkenntnisse unterrichtet werden.

Berichterstattung

Das **LfV** ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Es nahm seine Tätigkeit auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1951 auf.

Struktur des LfV Hessen



Zur Erfüllung seiner Aufgaben standen dem **LfV** 195,5 Planstellen zur Verfügung.
Der sächliche Haushalt betrug etwa 2,6 Millionen €.

Das **LfV** ist zu erreichen unter der Adresse

Konrad-Adenauer-Ring 49, 65187 Wiesbaden

oder dem Postfach 3905, 65029 Wiesbaden

sowie per Telefon: 0611-720-0,

E-Mail: poststelle@lfv.hessen.de

und über das Internet: <http://www.verfassungsschutz-hessen.de>

Kontrolliert wird das **LfV**

Kontrolle

- ▶ vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht,
- ▶ durch die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die G 10-Kommission des Hessischen Landtages,
- ▶ vom Hessischen Datenschutzbeauftragten,
- ▶ durch den Hessischen Rechnungshof und nicht zuletzt
- ▶ durch die öffentliche Medienberichterstattung.

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Merkmale des Ausländerextremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten Organisationen von Ausländern, wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern umzustürzen. Dadurch können auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder auch die eigene Innere Sicherheit gefährdet werden.

Darüber hinaus werden Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker beobachtet. Hierunter fallen u. a. die Sicherung des Friedens, die Achtung der politischen Unabhängigkeit der Staaten und ihr Recht auf Selbsterhaltung, Gleichheit, Ehre und Teilnahme am völkerrechtlichen Verkehr. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstößt auch, wer danach trachtet, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, indem er konfessionelle, ethnische oder zu einer Rasse gehörende Gruppen im Ausland vernichten oder sie physisch oder psychisch beeinträchtigen will.

Die Aktivitäten ausländerextremistischer Organisationen werden maßgeblich von politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Herkunftsstaaten beeinflusst. Da deren Anhänger auf lange Zeit in der Bundesrepublik Deutschland leben, richten sich ihre Aktivitäten zunehmend auch gegen die Grundrechte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Denn die parlamentarische und rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem freiheitlichen Menschenrechtsverständnis entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Überblick

Deutschland ist zum Angriffsziel islamistischer Terroristen geworden. Dass die Bundesrepublik lediglich Planungs- und Vorbereitungsraum ist, gehört der Vergangenheit an. Nur wegen eines „handwerklichen“ Fehlers der inzwischen festgenommenen mutmaßlichen Täter explodierten in Koffern versteckte Bomben in Nahverkehrszügen in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen nicht. In Analogie zu den Anschlägen in den USA (11. September 2001), Madrid (2004) und London (2005) hatten die Terroristen das Verkehrswegesystem als Mittel und als Ziel ausgewählt. Auf Massentransportmittel angewiesene westliche Industriegesellschaften sind an diesem Punkt – verbunden mit einer hohen Opferzahl – in hohem Maße verwundbar. Deshalb kommt jedem verhinderten Anschlag besondere Bedeutung zu.

*Angriffsziel
Deutschland*

In allen von Anschlägen oder Vorbereitungshandlungen betroffenen westlichen Gesellschaften geht die Gefährdung im Wesentlichen von islamistischen Tätern, auch mit Migrationshintergrund, aus. In Deutschland kommt hinzu – der Fall der „Kofferbomber“ zeigt dies –, dass sich die mutmaßlichen Täter erst relativ kurz in der Bundesrepublik aufhielten: Sie durchliefen, teilweise binnen weniger Monate, eine Radikalisierung, reisten aus dem islamischen Ausland ein und befanden sich angeblich als Studierende in Deutschland. Dabei spielten die umfangreiche antiwestlich-militante Propaganda der **Al-Qaida** im Internet und die internationalen Auseinandersetzungen über Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung (Karikaturen-Streit) eine wesentliche Rolle.

*Radikalisierung
auch über das
Internet*

Islamistische Terroristen, darunter auch zum Islam konvertierte Personen, schließen sich häufig in Netzwerken zusammen, um Anschläge vorzubereiten und durchzuführen. Die besondere Gefahr, die von solchen Netzwerken ausgeht, besteht darin, dass ihre Mitglieder weder der Ausbildung in einem militärischen Trainingslager noch der Logistik bzw. der unmittelbaren Direktive seitens der **Al-Qaida** bedürfen.

Informationen bzw. Handlungsanweisungen können sie aus dem Internet schöpfen.

Al-Qaida bedient sich zunehmend des Mediums Internet. Dies gilt aber auch für andere Organisationen, wie z. B. die in Deutschland mit Betätigungsverbot belegte **Hizb ut-Tahrir (HuT – Islamische Befreiungspartei)**. Im Vordergrund ihrer Propaganda stehen Themen wie die Unterstützung der muslimischen Glaubensbrüder in „Palästina“ und im Libanon sowie die Situation in Afghanistan und im Irak. Damit verknüpft waren massive anti-amerikanische und antisemitische Anfeindungen. Äußere Ereignisse, wie der Karikaturen-Streit und die Anfeindungen gegen die angeblich islamfeindlichen Äußerungen Papst Benedikts XVI. in Regensburg (Bayern), trugen erheblich zur Emotionalisierung von Islamisten bei. Erkennbar wurde in diesem Zusammenhang ein bis in nicht-islamistische Kreise hineinreichendes tiefes Unverständnis unabdingbarer westlicher Grundwerte, wie Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit.

*Geistige
Grundlagen der
Radikalisierung*

Gewaltbereite Islamisten rekrutieren aber nicht nur per Internet, sondern sprechen Muslime auch direkt in Moscheen und anderen islamistischen Treffpunkten an. Daneben gibt es Gruppierungen, die sich in ihrer „Missionierungsarbeit“ auf Moscheen konzentrieren: Dazu gehört die **Tabligh-i Jama'at (TJ – Gemeinschaft für Verkündigung und Mission)**, in der islamistische Terroristen ihre Radikalisierung erfuhren. Gerichtlich wurde festgestellt, dass die **TJ** zumindest die geistige Grundlage und den Boden für Terrorakte geschaffen hat.

*Islamisten
wollen Jugend
für sich
gewinnen*

Besondere Bedeutung hat für Islamisten die Beeinflussung der Jugend, da sie den Staat und die Gesellschaft der Zukunft gestalten wird. Deshalb versuchen sie, Kinder und Jugendliche frühzeitig nach ihren extremistischen Vorstellungen zu formen. Ein breites ideologisch gefestigtes Fundament soll geschaffen werden, um so später die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend zu ändern. In diesem Sinne entfaltet eine der **Muslimbruderschaft (MB)** nahestehende Jugendorganisation, die **Muslimische Jugend Deutschland (MJD)**, Aktivitäten, auch die **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)** wendet große Anstrengungen auf, heranwachsende Muslime dauerhaft an sich zu binden. Nach außen versucht diese größte islamistische Organisation in Deutschland jedoch als seriöse Ansprechpartnerin zu erscheinen.

*Krisenherd
Naher Osten*

Nach ihrem Wahlerfolg in den palästinensischen Autonomiegebieten in die Regierungsverantwortung gelangt, behielt die **Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)** ihren gewalttätigen Kurs gegenüber Israel unbeirrt bei. Am Ende des Jahres entluden sich die zwischen ihr und der ehemaligen Regierungspartei bestehenden Spannungen und mündeten in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. Auf den Überfall der libanesischen islamistischen **Hizb Allah** reagierte Israel mit militärischen Maßnahmen. **Al-Qaida** rief im Internet die Muslime in aller Welt zur Solidarität auf; in Deutschland fand eine große Zahl von Protestdemonstrationen unter libanesisch-palästinensischer Beteiligung statt. Der weitere Fortgang all dieser Konflikte im Nahen Osten, in die auch regionale Großmächte wie Syrien und der nach Atomwaffen strebende Iran verwickelt sind, ist von entscheidender Bedeutung sowohl für die internationale Sicherheitslage als auch die Innere Sicherheit der Bundesrepublik.

*Gewalttaten
in der Türkei und
in Deutschland*

Unter den linksextremistischen Ausländerorganisationen kommt dem **Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)** die nach wie vor größte Bedeutung zu. Eine seiner bewaffneten Einheiten, die **Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)**, verübten in der Türkei eine Reihe von Anschlägen. Angriffsziele waren vor allem Tourismusorte im Westen und Süden der Türkei. Anhänger des **KONGRA GEL** in Deutschland begingen ebenfalls Gewalttaten, allerdings beschränkten sie sich in der Regel auf Sachbeschädigungen. Innertürkische Ereignisse könnten das Gewaltpotenzial des **KONGRA GEL** in Deutschland jederzeit zum Ausbruch provozieren. Das Schicksal seines in der Türkei

inhaftierten Führers Abdullah Öcalan ist für das Handeln der Terrororganisation noch immer von besonderer Bedeutung.

Das Internet spielte auch für linksextremistische Ausländerorganisationen, sowohl für kurdische als auch für türkische, eine wichtige Rolle. Das betrifft die Verbreitung von Propaganda ebenso wie die Veröffentlichung von Anleitungen zum Bombenbau.

Im Bericht erwähnte Gruppierungen

Transnationale islamistische Gruppierungen

- ▶ Mudjahedin/Al-Qaida
- ▶ Taliban
- ▶ Ansar Al-Islam (AAI)
- ▶ Hizb ut-Tahrir (HuT)
- ▶ Tabligh-i Jama'at (TJ)

Arabische islamistische Organisationen

- ▶ Muslimbruderschaft (MB)
- ▶ Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)
- ▶ Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)
- ▶ Islamische Heilsfront (FIS)
- ▶ Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)
- ▶ Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ)
- ▶ Al-Gama'a al-Islamiyya (GI)
- ▶ En Nahda
- ▶ Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)
- ▶ Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE)
- ▶ Islamische Avantgarden
- ▶ Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO)
- ▶ Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)
- ▶ Hizb Allah

Türkische islamistische Organisationen

- ▶ Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)
- ▶ Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)

Türkische linksextremistische Organisationen

- ▶ Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)
- ▶ Türkische Volksbefreiungspartei/-front, Revolutionäre Linke (THKP/-C-Devrimci Sol)
- ▶ Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)
- ▶ Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD)
- ▶ Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)
- ▶ Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten, Partizan (TKP/ML), Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK), Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF), Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)
- ▶ Maoistische Kommunistische Partei (MKP, ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee), Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK),

Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF), Volksbefreiungsarmee (HKO)

Kurdische linksextremistische Organisationen

- ▶ **Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)** (ehem. PKK), Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft Kurdistans (CDK), Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD), Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM), Vereinigung der demokratischen Jugendlichen (KOMALEN CIWAN), Union der stolzen Frauen (KJB), Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK), Kurdischer Nationalkongress (KNK), Kurdischer Arbeitgeberverband e.V. (KARSAZ)

Iranische linksextremistische Organisationen

- ▶ **Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)**, Nationale Befreiungsarmee Iran (NLA)
- ▶ **Arbeiterkommunistische Partei Iran (API)**, Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V. (IFIR)

Extremistische Tamilen und Sikhs

- ▶ **Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)**

AUS
LÄNDER
EXTRE
MISMUS

Mitgliedschaften *

	2006	2005	2004
Islamisten			
Arabischer Ursprung			
Hessen	550	450	400
Bund	3.350	3.350	3.250
Türkischer Ursprung			
Hessen	3.950	3.950	3.850
Bund	27.250	27.250	27.250
Sonstige			
Hessen	600	550	450
Bund	1.550	1.500	1.300
Islamisten gesamt			
Hessen	5.100	4.950	4.700
Bund	32.150	32.100	31.800
Linksextremistische Ausländer			
Kurdischer Ursprung			
Hessen	1.200	1.250	1.300
Bund	11.500	11.500	11.950
Türkischer Ursprung			
Hessen	350	350	350
Bund	3.150	3.150	3.150
Iranischer Ursprung			
Hessen	200	200	200
Bund	1.150	1.150	1.150
Sonstige Linksextremisten (Sri Lanka, Palästina, Kosovo)			
Hessen	150	150	150
Bund	1.070	1.090	1.040
Ausländische Linksextremisten gesamt			
Hessen	1.900	1.950	2.000
Bund	16.870	16.890	17.290
Sonstige Extremisten (u.a. Tamilen, Sikhs, türk. Nationalisten)			
Hessen	1.250	1.350	1.350
Bund	8.380	8.430	8.430
gesamt			
Hessen	8.250	8.250	8.050
Bund	57.400	57.420	57.520

* Die Zahlen sind gerundet und teilweise geschätzt.

ISLAMISMUS

Was ist Islamismus?

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht den Islam als Religion. Muslime genießen, wie Anhänger anderer Religionen auch, das Grundrecht der Religionsfreiheit. Verfassungsfeindliche politische Erscheinungsformen des Islam sind von diesem Grundrechtsschutz aber nicht gedeckt.

Ziel:
Weltweite
Herrschaft

Islamismus (= islamischer Extremismus) ist eine politisch-totalitäre Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, in der jedes staatliche und gesellschaftliche Handeln islamischen Normen unterworfen ist. Islamisten, die nur eine Minderheit unter den Muslimen bilden, glauben sich im Besitz einer alleinigen, allumfassenden Wahrheit. Da sie den Koran als das offenbarte Wort Allahs ansehen, sind für sie die darin niedergelegten Regeln in einem oft buchstabengetreuen Verständnis für alle Zeiten gültig und unfehlbar. Mit ihrem doktrinären Anspruch auf die ewige Unveränderbarkeit des Islam treten Islamisten für die Errichtung einer weltweiten Herrschaft Allahs ein und lehnen die säkularen Rechtsordnungen westlicher Demokratien ab.

Die islamistische Interpretation von Koran und Scharia (islamisches Recht) unterwirft den kompletten privaten Lebensbereich des Bürgers, sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse dem allein verbindlichen Willen Allahs. Dies widerspricht den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie Menschenrechte, Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung, Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Ziel:
Der islamistische
Staat

Im totalitären Herrschaftssystem des Islamismus haben die Menschenrechte, die das Fundament der westlich-demokratischen Verfassungen bilden, islamistischen Rechtsvorstellungen zu weichen. Islamisten bestreiten den im Grundgesetz verbürgten zentralen Wert der allen Menschen von Natur aus individuell gegebenen Würde und Freiheit. Bestimmend für Islamisten ist nach ihrem kollektivistischen Verständnis lediglich die Zugehörigkeit zur Umma, der islamischen Glaubensgemeinschaft. Mit dieser Auslegung des Koran versuchen Islamisten, in Deutschland nicht nur verfassungstreue Muslime an der Ausübung ihrer Grundrechte zu hindern, sondern die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu verändern und zu beseitigen.

Der auf Vernichtung zielende Antisemitismus ist ein integraler Bestandteil des Islamismus. So unterstellte der Ägypter Sayyid Qutb (1906 bis 1966), ein Mitglied der einflussreichen ägyptischen **Muslimbruderschaft (MB)**, in seiner Schrift „Unser Kampf gegen die Juden“, sie hätten sich weltweit gegen den Islam verschworen.

Weg:
Der Jihad

Den Jihad (wörtlich „Anstrengung auf dem Wege Allahs“) interpretieren Islamisten oft einseitig. Die Form des „großen Jihad“ als geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Allah und den Mitmenschen betonen sie weniger. Gegen „Ungläubige“, d.h. alle Nichtmuslime, wollen Islamisten den „kleinen Jihad“ anwenden. Darunter ist die gewaltsame „Verteidigung“ des Islam bzw. die Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets zu verstehen. Selbstmordanschläge werden als verdienstvolle Taten von „Märtyrern“ gerechtfertigt. Durch diese „Vorbilder“ sollen Muslime weltweit zum aktiven Kampf für den Sieg des Islam mobilisiert werden.

MULTINATIONALE ISLAMISTISCHE GRUPPIERUNGEN

Islamistischer Terrorismus: Al-Qaida (Die Basis) Mujahedin – non-aligned Mujahedin – „Homegrown networks“

Al-Qaida als „ideologische Leitstelle“

Leitung:	Usama Bin Laden (Gründer und Leiter) Dr. Ayman Al-Zawahiri (Stellvertreter Bin Ladens)
Weltweite Zentren:	weltweit (Teil-)Gruppen und Unterstützer (Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten, Afghanistan, Pakistan)
Anhänger/Mitglieder:	keine gesicherten Zahlen

Al-Qaida (Die Basis) setzt sich aus fanatischen Kämpfern für den Sieg des Islam (**Mujahedin**) zusammen, die ein Widerstandsnetzwerk erfolgreich erstmals während der sowjetischen Besatzung Afghanistans (1979 - 1989) bedienen. Sie stammen aus verschiedenen Nationen und sind bereit, im Jihad als Märtyrer zu sterben. **Mujahedin** finden sich weltweit in Gruppen und in voneinander unabhängigen Zellen – zur Zeit besonders im Irak – zusammen. Sie unterliegen in der Regel einem zentralen Kommando. Daneben operieren aber auch Zellen, die keiner bestimmten Organisation zuzurechnen sind und daher keinem zentralen Kommando unterstehen (so genannte **non-aligned Mujahedin**). Sie agieren selbstständig, d. h. planen terroristische Aktivitäten ohne bestimmten Auftrag selbst, sorgen für die logistischen Voraussetzungen und führen Aktionen autark durch.

Der erhöhte Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden und das internationale Engagement in Afghanistan in Kooperation mit Pakistan haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass **Al-Qaida** immer weniger die Planung und Ausführung von Anschlägen übernimmt. Ihr eigentlicher Kern wirkt eher als „ideologische Leitstelle“ denn als operativ handlungsfähige Organisation. Sie konzipiert vor allem Verlautbarungen, die im Internet und in Fernsehbeiträgen veröffentlicht werden, und will gewaltbereiten Islamisten Impulse zum Jihad geben. Mittlerweile haben sich Teile der Organisation regional verselbständigt.

Verlautbarungen von Al-Qaida

Im Berichtszeitraum veröffentlichte **Al-Qaida** mehr als 20 Erklärungen. Sie erschienen – entweder gekürzt oder komplett – in verschiedenen Medien, allen voran im Internet und im Fernsehsender „Al-Jazira“ (Qatar), und lagen als Video-, Audiobotschaften sowie als Interviews vor. Auf Grund des weiten



Nachrichten und Handlungsanleitungen

Themenspektrums, der Aktualität, der inhaltlichen Qualität und ihrer relativ großen Dichte der Reihenfolge ist davon auszugehen, dass **Al-Qaida** sie als Teil einer durchdachten Propagandastrategie zielgerichtet einsetzt, um Islamisten eine Informationsquelle aber auch eine Handlungsanleitung zu bieten. Anhänger aber auch neue interessierte Konsumenten sollen von der Notwendigkeit des Jihad überzeugt werden, um die muslimische Glaubensgemeinschaft, die Umma, gegen den „kreuzzüglerischen Westen“ – nach dortigem Verständnis die USA, aber auch andere westliche Staaten – zu verteidigen.

Unter anderem durch das gezielte Aufgreifen verschiedener weltpolitischer bzw. regional bedeutsamer Ereignisse und Themen versucht **Al-Qaida**, Muslime direkt anzusprechen, mit ihren politischen Positionen zu radikalisieren, aber auch für den „Kampf zu rekrutieren“ und damit Handlungsdruck zu erzeugen.

Das Selbstverständnis der Mujahedin

Für Bin Laden und Al-Zawahiri besteht die Welt aus zwei Lagern: „Die amerikanischen Kreuzdiener und ihre verräterischen Helfer [...] auf der einen Seite; die Leute des Glaubens, Monotheismus und Jihad auf der anderen Seite.“

Darüber hinaus sind **Mujahedin** aus Sicht von **Al-Qaida** die „nach dem Märtyrertod Strebenden“: „Wir sind Leute, die den Tod nicht als Ungnade ansehen, auch wenn die Nachzügler des Kreuzes dies so sehen. Die Liebe für den Tod bringt unsere Zeit näher an uns heran, während sie den Tod hassen.“

Vom Jihad zum Kalifat

Die Lösung der Probleme der Gemeinschaft aller Muslime liege einzig im Jihad. Die Errichtung des Kalifats, „das durch die Zusammenarbeit der Kreuzdiener und der verräterischen Sklaven der Engländer gestürzt wurde“, sei Pflicht eines jeden Muslim. „Palästina“ könne nur mit den Mitteln des Jihad befreit werden, da eine Anerkennung Israels einer Preisgabe des Islam gleichkäme. Hauptschauplatz des Jihad sei derzeit der Irak, es sei aber auch wichtig, Jihad-Stützpunkte an der palästinensischen Grenze zu Israel zu errichten und einen „Volksjihad“ gegen die „Kreuzfahrer“ und Israel zu führen, da der Feind dies am meisten fürchte. Oberstes Ziel sei es, im Irak und Afghanistan ein islamisches Emirat zu errichten, von wo aus die „Befreiung“ Jerusalems und der restlichen islamischen Welt in Angriff genommen werden könne.

Drohungen gegen die USA

Besonders die USA standen im Fokus der **Al-Qaida**, welche regelmäßig suggerierte, dass sich – neben der amerikanischen Regierung und der „Kreuzzüglerallianz“ – die Finanz- und Rüstungswirtschaft der USA „im Visier“ befänden. Bin Laden betonte, Amerika werde nicht in Sicherheit leben, solange dies den Muslimen in Palästina und anderswo verwehrt sei. Er drohte: „Wir behalten uns das Recht vor, Amerika auf eigenem Boden und überall in der Welt zu bestrafen.“

Ein amerikanischer Konvertit als „Leumund“

Um die Stärke und Überlegenheit des Islam zu demonstrieren, präsentierte Al-Zawahiri den amerikanischen Konvertiten und **Al-Qaida**-„Medienexperten“ Adam Gadahn (alias Azzam al-Amriki), der die Ungläubigen vom „Dunkel ins Licht“, vom Unglauben zum wahren Glauben – dem Islam – führen wolle. Gadahn legitimierte Anschläge **Al-Qaidas** mit „Verbrechen, die gegen Muslime verübt werden“.

Er sagte u. a.:

„An die Adresse Amerikas und den Rest der Christenheit gewandt sagen wir: [...] was immer ihr tut, versucht nicht, euer Elend und eure Irrungen in unseren Ländern zu verbreiten. Muslime benötigen nicht die Demokratie, um sich der ihnen in der Heimat erwachsenen Despoten und Tyrannen zu befreien. Was sie brauchen, ist ihr islamischer Glaube, der geistige Ansporn des Jihad [...]. Ich habe entdeckt, dass das wahre Glück im Gehorsam gegenüber Gottes Geboten und Verboten liegt und im Nacheifern Seines Propheten, Friede sei mit ihm, nicht aber in westlicher Genusssucht und Sittenlosigkeit und Unmoral, auch nicht im östlichen Mönchstum oder im kultartigen Rückzug aus der Welt.“



Islamistische Konvertiten

Allein in den letzten Jahren dürften einige tausend Personen in Deutschland zum islamischen Glauben übergetreten sein. Ein sehr geringer Bruchteil dieser Konvertiten spielt allerdings eine zunehmend bedeutendere Rolle im Islamismus. Dieser Personenkreis äußert oft besonders extremistische Einstellungen, legt veränderte Verhaltensweisen an den Tag und befürwortet mitunter die Anwendung von Gewalt.

Die Hinwendung zum islamischen Glauben geschieht aus unterschiedlichen Gründen. Religiöse (z. B. Einfachheit des Glaubens, klare Vorschriften für viele Lebensbereiche), aber auch soziale Motive (Geborgenheit in der Gemeinschaft) und Fluchtreflexe aus einer Lebenskrise können den Ausschlag für diese Entscheidung geben. Das Vorhandensein direkter persönlicher Kontakte zu Muslimen erleichtert häufig den Schritt. Auch im Internet finden sich unter dem Aspekt „Da‘wa“ (= „Einladung“ durch Allah und den Propheten zum Islam, d. h. Mission) Informationsangebote und Aufforderungen zum Glaubenswechsel. Gerade erfahrene Islamisten und charismatische Vorbeter der Jihadideologie nutzen die mangelnde Erfahrung mit der neuen Religion, die manche Konvertiten durch religiösen Übereifer zu kompensieren suchen, zu Anwerbungszwecken aus. Sie treffen dabei häufig auf junge Menschen, die in einer persönlich schwierigen Situation leicht beeinflussbar sind und sich entsprechend radikalieren lassen. Auf Grund bestimmter „sekundärer Tugenden“ (Sprachkompetenz, Kenntnis von Behörden und Institutionen und nahezu uneingeschränkter Reisefreiheit) sind Konvertiten besonders für die Arbeit in islamistischen Kreisen bzw. militanten Netzwerken geeignet.

Anwerbung
„religiös über-
eifriger“ Muslime

Gerade junge Männer erliegen leichter der „Faszination“ des Jihad und finden Zugang zu terroristischen Zellen. So hat ein amerikanisches Forschungsinstitut eine Studie zu insgesamt 373 islamistischen Terroristen verfasst, die zwischen 1993 und 2004 in den USA und in Westeuropa angeklagt, verurteilt oder getötet worden sind. Wesentliches Ergebnis ist, dass Radikalisierung bzw. Islamismus kein weit entferntes nahöstliches Problem ist. 41 Prozent der Terroristen wurden in der EU oder in den USA geboren, neun Prozent waren Konvertiten. In Relation zum geringen Gesamtanteil der Konvertiten an der muslimischen Bevölkerung ist dies eine gravierende Zahl.

Weltweiter Anspruch der Al-Qaida

Die Verlautbarungen der **Al-Qaida** nehmen weiterhin Bezug auf regionale Konflikte und deuten sie im Sinne Ihrer „Jihad-Ideologie“ um in Schauplätze einer globalen Auseinandersetzung zwischen Muslimen einerseits und jüdischen bzw. christlichen Kräften auf der anderen Seite. Auf diese Weise erhebt **Al-Qaida** einen weltweiten Gestaltungsanspruch. Dabei spielt der Palästina-Konflikt, aber auch die Situation im Irak bzw. in Afghanistan bzw. in Teilen (Nord-)Afrikas eine besondere Rolle.

Palästina- und Libanonkonflikt

Nachdem die islamistische **HAMAS** im Januar die Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten gewonnen hatte, forderte Al-Zawahiri sie auf, den bewaffneten Kampf gegen Israel fortzusetzen. Nur so könne „Palästina“ befreit und ein islamischer Staat gegründet werden. Offenbar befürchtete **Al-Qaida** einen sich anbahnenden Prozess der Normalisierung in den Beziehungen zwischen **HAMAS** und Israel. Damit könnte eines der wichtigsten Konfliktfelder und eine wesentliche Begründung für den „Befreiungskampf“ der **Al-Qaida** wegfallen. In späteren Botschaften bemühte sich die Terrorgruppe, alle Muslime in die Pflicht zu nehmen: Es sei Aufgabe eines jeden Muslims, den Jihad mit Leben und Besitz zu unterstützen. „Palästina“ werde nicht politisch, sondern mit Blut und Tränen durch den Jihad auf dem Weg Gottes befreit werden.

Afghanistan und Pakistan

Auch an die Bevölkerung in Pakistan und Afghanistan appellierte Al-Zawahiri, die **Mujahedin** weiter zu unterstützen, sich hinter den **Taliban**-Führer in Afghanistan zu scharen und den pakistanischen Präsidenten und dessen „Jagdhunde“, die Armee, zu bekämpfen. Er rief alle Muslime in Afghanistan zum Widerstand auf.

Zu einem späteren Zeitpunkt sagte er, die Lage in Afghanistan sei lobenswert, der Jihad habe große Fortschritte gemacht und die Amerikaner hätten sich aus dem Süden und Osten des Landes zurückgezogen, um den Kampf anderen westlichen Ländern zu überlassen. Pakistan, so die **Al-Qaida**, sei eines der wichtigsten Länder, das von der „kolonialistischen Kampagne der Kreuzzügler“ betroffen sei. Dessen Präsident bekämpfe den Islam im eigenen Land, spreche sich gegen religiöse Schulen aus und beabsichtige, einen Islam ohne Islam und ohne Befolgung der Scharia einzuführen. Ferner habe er westliche Geheimdienste ins Land geholt. Al-Zawahiri forderte alle pakistanischen Soldaten auf, Befehle zur Tötung von Muslimen in Afghanistan und Pakistan zu verweigern.



Irak: Sunniten kontra Schiiten

Die Lage im Irak bezeichnete **Al-Qaida** als von Lügen und Selbstbetrug des Westens geprägt, da der Krieg mit angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen und einer nichtexistenten Verbindung zwischen Saddam Hussein und **Al-Qaida** begründet worden sei. Direkt an die irakische Bevölkerung gewandt erklärte Bin Laden die USA und deren Verbündete zu den Verantwortlichen für die katastrophalen Zustände. Diejenigen Einheimischen, die sich am politischen Prozess beteiligten, nannte er „abtrünnige Verräter“.

Somalia und Jemen

Auch die Muslime in Somalia sollten sich, so Bin Laden, dem amerikanischen Einfluss widersetzen und ein islamisches Kalifat unter Anwendung der Scharia errichten. Es gelte, das ganze Horn von Afrika von der Herrschaft der „Kreuzfahrer“ und „Zionisten“ zu befreien und dadurch die Muslime im Irak, in Afghanistan und in Palästina zu stärken. Bin Laden warnte „alle Länder der Welt, die auf Amerika hören und internationale Truppen nach Somalia entsenden“: „Wir geben Allah, dem Erbarmernden, unser Versprechen, dass wir die Soldaten auf dem Territorium Somalias bekämpfen. [...] Ferner behalten wir uns das Recht vor, sie auf ihren Territorien, an jedem möglichen Ort [...] zu bestrafen.“

Mit der Botschaft „Die Schlacht von Badr im Jemen“ kündigte die bislang noch nicht in Erscheinung getretene **Al-Qaida im Jemen** dort die „Morgendämmerung des Jihads und des Märtyrertods“ an. Zu diesem Zweck dokumentierte sie zwei Anschläge vom September auf den Hafen einer kanadischen Ölfirma sowie auf eine Raffinerie, angeblich erfolgt auf Grund der in Botschaften Bin Ladens erteilten Anweisungen.

Die „Kollaborateure“: Ägypten und Saudi-Arabien

Sogar die ägyptische **Muslimbruderschaft (MB)** und Pazifisten unter den Muslimen seien, so **Al-Qaida**, wegen ihrer wankelmütigen Haltungen „Kollaborateure“. Die Terrorgruppe kritisierte vor allem die **MB**, weil sie an Wahlen in Ägypten teilnehme, damit am politischen Prozess partizipiere und den Islam verrate.

Aber auch arabische Regierungen wurden für ihre fehlende Unterstützung muslimischer Interessen bzw. für die Übernahme westlicher demokratischer Werte, z. B. Wahlrecht für Frauen, kritisiert: Nur weil Ägypten sich vollkommen zurückgezogen habe, sei es Israel gelungen, seine Herrschaft auf Gaza und den Libanon auszuweiten. Regenten wie Mubarak in Ägypten und König Abdallah in Saudi-Arabien seien lediglich amerikanische Vasallen.

Allianzen

Ihren Einfluss und ihre angeblich wachsende Macht versuchte **Al-Qaida** besonders dadurch zu dokumentieren, dass sie die Fusion mit anderen islamistischen Organisationen bekannt gab. Dies betraf zunächst das Zusammengehen mit den Gruppierungen **Al-Basha'er** und **Sawt al-Jihad (Stimme des Jihad)**, beide auf der arabischen Halbinsel aktiv. Außerdem behauptete **Al-Qaida**, dass sich ihr der radikale Flügel der ägyptischen **Al-Gama'a al-Islamiyya (GI - Islamische Gruppe)** angeschlossen habe. Dem widersprach die GI umgehend: Ihr Ziel sei nicht der Jihad, sondern der Islam.

Den von **Al-Qaida** verkündeten Beitritt der **Salafistischen Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)** bestätigte deren Führer ausdrücklich. Al-Zawahiri hatte betont, dass dieser Zusammenschluss als „Stachel im Rachen der amerikanischen und französischen Kreuzfahrer und ihrer Verbündeten“ gedacht sei. Die **GSPC** solle „Angst in den Herzen der Verräter und abtrünnigen Söhne Frankreichs säen“ und die „Säulen der Kreuzzugs-Allianz zerschmettern“.

GSPC schließt sich Al-Qaida an

Für die **GSPC** eröffnet der Zusammenschluss die Gelegenheit, am Jihad außerhalb Algeriens teilzunehmen; ihren Beitritt sahen sie außerdem als einen weiteren Stein im Aufbau eines künftigen islamischen Staates. **Al-Qaida** wiederum kann sich im Gegenzug Terroraktionen der bisher regional gebundenen Gruppe zurechnen lassen. Seit Oktober erhöhte die **GSPC** die Zahl ihrer Anschläge sehr deutlich. So bekannte sie sich Ende des Monats zu zwei Bombenangriffen auf Polizeistationen außerhalb Algiers und forderte die Muslime zur Unterstützung der **Mujahedin** auf.

In Westeuropa lebende Anhänger unterstützen die Aktivitäten der Organisation in Nordafrika. Ideologisch hat sie ihren Ursprung in der **MB**.

Anstreben einer Meinungsführerschaft

In einigen Verlautbarungen des Berichtszeitraums wird schlussendlich der Versuch der **Al-Qaida** erkennbar, zu bestimmten Ereignissen oder wichtigen Themen die Deutungshoheit zu beanspruchen und die Anhänger in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Anschläge
als Antwort auf
„Verbrechen“ an
Muslimen

Ein Jahr nach den Anschlägen in Großbritannien (52 Tote) erschien im Juli in „Al-Jazira“ ein Video, das medienwirksam mit der Simulation eines explodierenden U-Bahn-Zugs begann. Al-Zawahiri lobte einen der Täter für seinen „Einsatz“. Einige von ihnen seien in **Al-Qaida**-Trainingscamps ausgebildet worden, bevor sie nach London zurückkehrt seien und die Anschläge geplant hätten. Einer der Selbstmordattentäter sagte: „Was ihr erlebt habt, ist nur der Anfang einer Serie von Angriffen.“ An die Adresse der „Nicht-Muslime“ in Großbritannien gerichtet, führte er aus:

„Ihr habt euch wahrscheinlich darüber gewundert, was ihr getan habt, um dies zu verdienen. Ihr seid diejenigen, die diese Regierung gewählt haben, die nach wie vor unsere Mütter, Kinder, Brüder und Schwestern vom Osten bis zum Westen in Palästina, Afghanistan, Irak und Chechnya unterdrückt. Eure Regierung hat ganz offen den Völkermord an über 150.000 unschuldigen Muslimen in Fallujah unterstützt.“

Anlässlich des fünften Jahrestages des 11. September 2001 zeigte „Al-Jazira“ ein **Al-Qaida**-Video, worin Bin Laden zusammen mit **Mujahedin** in den Bergen Afghanistans angeblich bei der Vorbereitung der Terroranschläge zu sehen ist. Offenbar sollte der Zuschauer Training und Lageralltag kennen lernen und durch das vorgeblich fromme, entsagungsreiche sowie stark von Gemeinschaft geprägte Leben beeindruckt werden. **Al-Qaida** kündigte weitere Anschläge gegen die Golfstaaten, Israel und die USA an.

Solidarität
mit inhaftierten
Mujahedin

Die Solidarität **Al-Qaidas** mit verhafteten Muslimen zu dokumentieren, damit den inneren Zusammenhalt zu festigen und die USA als Lügner zu entlarven, war Bin Laden offenbar ein wichtiges Anliegen. Schützend stellte er sich vor einen in den USA wegen der Beteiligung am 11. September 2001 zu lebenslanger Haft verurteilten Mann, indem er behauptete, dass dieser nichts mit den Anschlägen zu tun habe. Daran anknüpfend bezeichnete er das Gefangenenlager in Guantanamo (Kuba) als einen Akt amerikanischer Willkür. Nahezu alle 2001 und 2002 Inhaftierten stünden weder mit den Anschlägen noch mit **Al-Qaida** in Verbindung. Bin Laden wandte sich auch an die Amerikaner selbst: „Vielleicht gibt es ja eines Tages Amerikaner, die Gerechtigkeit anstreben. Das wäre der Weg, um Sicherheit zu erreichen, wenn ihr das wollt.“

Internet als Medium zur Meinungsbildung

„Professionelle“
Botschaften – klare
Feindbilder

Die Internet-Botschaften bzw. deren Zusammenfassungen in anderen Medien sind meistens sehr „professionell“ gestaltet und auf die Sehgewohnheiten und Erwartungen der angestrebten Zielgruppe jüngerer Menschen abgestellt: Effektvolle Schnitte, suggestive Bilder, Untermalung mit aggressiver Musik, klare Nennung der Feinde (USA, Großbritannien, Israel, Schiiten, arabische Herrscher). Die Sprache von **Al-Qaida**-Verlautbarungen ist meistens hocharabisch und bedient sich – rhetorisch verziert – teilweise auch ansprechender stilistisch-poetischer Mittel. Über Suchmaschinen sind Seiten mit solchen Texten kaum auffindbar, ihre Adressen werden als Tipps in der islamistischen Szene gehandelt und unter der Hand weitergegeben. Viele Homepages laufen über Server im Ausland, besonders in den USA. Darüber hinaus bietet das „World Wide Web“ die Möglichkeit, in Chat-Räumen miteinander zu diskutieren, über Internet passwortgeschützt zu telefonieren oder per Mailing Groups Informationen auszutauschen. Schätzungen zufolge gibt es weltweit rund 4.500 **Al-Qaida**-nahe Seiten, hauptsächlich in arabischer Sprache.

Eine neue Kommunikationsform im Internet sind so genannte „Blogs“, eine Art Internet-Tagebuch, die immer beliebter werden. In diesen – ähnlich wie ein Logbuch gestalteten – Nachrichteneinträgen, die periodisch ergänzt werden, können Kommentare zu den eingestellten Informationen eingestellt werden und so Meinungen ausgetauscht werden. Beispielsweise übersetzen Anhänger und Sympathisanten der **Al-Qaida** Verlautbarungen und Videos in westliche Sprachen und gleichen sie mitunter

audiovisuell den Konsumentenbedürfnissen von Muslimen in westlichen Gesellschaften an. Nahezu alle aktuellen Botschaften lassen sich hier mit wenigen Tagen Verzögerung nachlesen. Zugleich werden Links zu anderen Seiten gelegt, auf denen z.B. Aufzeichnungen von Selbstmordattentaten zu sehen sind. In einem Fall missbrauchte ein inzwischen von Scotland Yard verhafteter Islamist (Deckname „Irhabi – Terrorist – 007“) durch Hacking (unerlaubtes technisches Eindringen und Manipulieren von Internetseiten und Netzwerken Dritter) verschiedene Web-Server als Plattformen, u. a. Computer amerikanischer Universitäten, und stellte dort **Al-Qaida**-Propaganda ein.



Im Internet präsentiert sich die **Globale Islamische Medien-Front (GIMF)** auch im deutschsprachigen Raum als Sprachrohr der **Al-Qaida im Zweistromland**. Sie berichtete u. a. über eine Zusammenkunft des **Schura-Rats der Mujahedin im Irak**, ein Verbund aus **Al-Qaida im Zweistromland** und anderen terroristischen Gruppen. Dabei wurde ein Selbstmordattentäter wie folgt gepriesen:

„Wir segnen diese Tat von diesem Löwen und wir sagen ihm: Möge Allah deine Hände segnen, und wir bitten Ihn, diese Tat von dir anzunehmen, und wir laden alle Jugendlichen ein, dieser Ummah [d. h. der Gemeinschaft aller Muslime] überall, diesen Löwen und Helden zu imitieren. Keine Sicherheit für Allahs Feinde in den Ländern des Islams, und keine Zulässigkeit den Verträgen und Abkommen der arabischen und nicht-arabischen Tawaghit (Regenten). Oh Allah, leite die Jugendlichen des Islams überall, ihre Religion und den Jihad auf Deinem Weg zu praktizieren. Oh Allah, räche dich an den Juden und Christen.“

Mit derlei Veröffentlichungen in deutscher Sprache will die **GIMF** gezielt auch deutschsprachige islamische Konvertiten, aber auch in Deutschland lebende Muslime mit Migrationshintergrund, die des Arabischen nicht mächtig sind, ansprechen. Bereits früher hatte die arabische Leitung der **GIMF** erklärt:

„Die GIMF ist eine islamische Medienbasis im Internet. Sie ist die Botschafterin der Mujahedin. Wenn die Amerikaner meinen, sie könnten das Internet als ihr Eigentum betrachten und es beherrschen, dann werden wir den Zauber gegen den Zauber wenden. Die GIMF gehört niemanden. Sie ist das Eigentum aller Muslime.“

Terroranschläge

Terrorziel Deutschland

Ende Juli entdeckte Bahnpersonal in Nahverkehrszügen in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) und Koblenz (Rheinland-Pfalz) herrenlose Koffer, in denen Bomben versteckt waren. Nur auf Grund eines handwerklichen Fehlers hatten sie nicht gezündet. Die zeitlich aufeinander abgestimmten Explosionen beider Sprengkörper wären in ihrer Wirkung verheerend gewesen und hätten viele Tote und Verletzte gefordert.

Nach Auswertung einer Vielzahl von Spuren, u. a. der Überprüfung von Videoaufzeichnungen in Bahnhöfen, schrieb die Polizei zwei Verdächtige öffentlich zur Fahndung aus. Bevor sich einer der mutmaßlichen Täter nach Schweden absetzen konnte, nahm ihn die Polizei am Kieler Hauptbahnhof fest. Der zweite stellte sich im Libanon

Internet-„Blogs“

„Allah, räche dich an den Juden und Christen“

Versuchter Terroranschlag



Motive: Karikaturen-
streit, Tod eines
Führers und Internet-
propaganda

den dortigen Sicherheitsbehörden und wurde ebenfalls festgenommen. Darüber hinaus verhaftete die Polizei in Deutschland weitere Personen. Der Generalbundesanwalt leitete Ermittlungsverfahren wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bzw. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ein.

Die mutmaßlichen Täter waren Anfang September 2004 bzw. Anfang Januar 2006 zum Studium nach Deutschland gekommen. Die Familie zumindest eines Hauptverdächtigen rechnen Sicherheitsbehörden im Libanon der islamistischen **Hizb ut-Tahrir (HuT - Islamische Befreiungspartei)** zu. Beide hatten sich in Kiel im Bereich der Universität bewegt bzw. in einem Studentenwohnheim aufgehalten. Die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen, der gewaltsame Tod des Führers der **Al-Qaida im Zweistromland** sowie die über das Internet zugängliche Propaganda der **Al-Qaida** führten bei ihnen in kurzer Zeit zu einer erheb-

lichen Emotionalisierung und Radikalisierung. Einer der Studenten war zwar den Sicherheitsbehörden im Rahmen einer Demonstration gegen die Karikaturen in Kiel aufgefallen, aber lediglich sein direktes Umfeld hatte Änderungen im Verhalten und bei seinen Meinungsäußerungen bemerkt.

Bereits im Zusammenhang mit den Terroranschlägen am 11. September 2001 hatten Ermittlungen danach ergeben, dass sich mehrere Studenten in Hamburg zusammengefunden und die Anschläge vorbereitet hatten, wobei sie auch die Anonymität der Hochschule und die dort vorhandenen Möglichkeiten genutzt hatten.

Terroristische Netzwerke

Gerade kleinere islamistische Personenzusammenhänge lassen sich von den Botschaften **Al-Qaidas** motivieren und inspirieren. Manche dieser Personengeflechte sind homogen, andere setzen sich aus verschiedenen Nationalitäten zusammen. Durch Alter, Bildungsgrad und Ausbildung unterscheiden sie sich jedoch in der Regel. Sehr oft haben sie einen Migrationshintergrund, d. h. sie entstammen der zweiten oder dritten „Einwanderer“-Generation, sind jedoch nur scheinbar in die westliche Welt integriert. Zu solchen Netzwerken zählen oft auch zum Islam konvertierte Personen. Oft verfügen die Netzwerke zwecks Geldbeschaffung und anderer notwendiger logistischer Unterstützung über Kontakte zum kriminellen Milieu. Islamistische Akteure können sich, mit oder ohne Migrationshintergrund, zusammenfinden und relativ rasch einen terroristischen Anschlag planen und ausführen. Dies zeigte das Beispiel der „Kofferbomber“.

„Homegrown
Netzwerke“

Besondere Bedeutung haben so genannte „Homegrown Netzwerke“ bekommen. Die Attentate von Madrid (2004) und London (2005) verdeutlichen die durch sie entstehende Bedrohung. Mit dem Begriff „Homegrown Netzwerke“ werden Personenzusammenschlüsse bezeichnet, die sich aus Personen zusammensetzen, die nicht vom Ausland einreisen, sondern seit Jahren hier leben oder gar ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben. Viele von ihnen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft oder sind Deutsche, die zum Islam konvertiert sind. Wie die Erfahrungen von London zeigten, leben Angehörige der „Homegrown Netzwerke“ sehr unauffällig und sind vordergründig assimiliert: Sie machen normale Ausbildungen, beteiligen sich am gesellschaftlichen Leben, sind berufstätig und häufig den Sicherheitsbehörden gar nicht oder nur als unauffällige Personen am Rande bekannt.

Zugleich haben sie aber Probleme, sich mit dem „westlichen“ Werte- und Gesellschaftssystem zu identifizieren und finden einen für sie angemessenen Lebensinhalt in ihrem Glauben, dem Islam. In ihrem Alltag spielt das Leben als Muslim eine große Rolle. Sie suchen einen identitätsstiftenden Lebensrückhalt und konstruieren sich aus jihadistischen Internet-Seiten ein extremistisches, scheinbar sinngebendes Islam-Verständnis.

Der Zusammenschluss von unauffälligen potenziellen Tätern in Kleinstzellen ohne ausgeprägte hierarchische Struktur sowie ihre Einbettung in islamistische Netzwerke erschweren die Früherkennung seitens der Sicherheitsbehörden erheblich. Zum Bombenbau benötigen diese Täter keine Kenntnisse aus einem Aufenthalt in einem Ausbildungslager, z. B. in Afghanistan oder Pakistan. Sie bedürfen lediglich ideologischer Anstöße und technischer Anleitungen, die sie ebenfalls aus dem Internet erhalten können.

Terroranschläge der Vergangenheit

Folgende Terroranschläge in den Vorjahren waren **Al-Qaida**, mit ihr verbundenen Terrorzellen sowie anderen islamistischen Terroristen zuzurechnen:

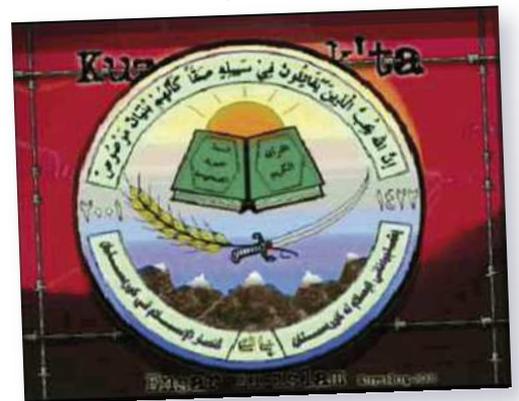
- ▶ Parallel durchgeführte Sprengstoffattentate auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) mit 224 Toten und mehreren tausend Verletzten im August 1998.
- ▶ Selbstmordanschlag auf das amerikanische Kriegsschiff „USS Cole“ vor Aden (Jemen) mit 17 Toten im Oktober 2000.
- ▶ Am 11. September 2001 Selbstmordanschläge mit entführten Passagierflugzeugen auf das „World Trade Center“ in New York City und auf das Pentagon in Washington D. C. mit über 3.000 Toten.
- ▶ Selbstmordanschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge auf der Insel Djerba (Tunesien) mit 21 Toten, darunter 14 deutschen Touristen, im April 2002.
- ▶ Sprengstoffattentate auf Bali (Indonesien) und einer benachbarten Touristeninsel mit über 200 Toten, darunter sechs Deutschen, und über 300 Verletzten im Oktober 2002.
- ▶ Sprengstoffanschlag eines Selbstmordattentäters in Kabul (Afghanistan) im Juni 2003 auf einen mit 33 Bundeswehr-Soldaten besetzten Bus der internationalen Schutztruppe ISAF (vier Tote, 29 Verletzte).
- ▶ 25 Tote und mehr als 300 Verletzte bei nahezu zeitgleichen Selbstmordanschlägen auf die beiden bedeutendsten jüdischen Synagogen in Istanbul (Türkei) im November 2003; kurz darauf - ebenfalls in Istanbul - erneut Sprengstoffanschläge auf das britische Generalkonsulat und eine britische Investmentbank mit 27 Toten, darunter der britische Generalkonsul, und mehr als 400 Verletzten.
- ▶ Im März 2004 erster schwerer Terroranschlag eines von Al-Qaida beeinflussten Netzwerkes in Europa (begangen von überwiegend aus Marokko stammenden Mujahedin): Zehn Explosionen in Madrid in vier Pendlerzügen (191 Tote, mehr als 1.500 zum Teil schwer Verletzte). „Ihr liebt das Leben und wir lieben den Tod“, so eine Passage in der Selbstbezeichnung.
- ▶ Vier Bombenanschläge im Juli 2005 in London (Großbritannien), davon drei in U-Bahnzügen und einer in einem Bus (56 Tote, rund 500 Verletzte), weitere Anschläge in London wegen defekter Zünder gescheitert.

- ▶ Mehrere Bombenanschläge im Juli 2005 im ägyptischen Badeort Sharm El-Sheikh (65 Tote, über 100 Verletzte).
- ▶ Bombenanschläge von Selbstmordattentätern in Restaurants auf Bali (Indonesien) im Oktober 2005 mit 22 Toten und mehr als 100 Verletzten.
- ▶ Selbstmordattentate im November 2005 in der jordanischen Hauptstadt Amman (67 Tote, mehr als 100 Verletzte).

Terroranschläge, vereitelte Anschläge, Festnahmen im Berichtszeitraum

Im Rahmen des Streites um Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung (Karikaturenstreit) wurde am 20. März ein 28-jähriger pakistanischer Student festgenommen, als dieser versuchte mit einem Messer bewaffnet in das Verlagsgebäude der Tageszeitung „Die Welt“ (Berlin) einzudringen. Diese und andere deutsche Zeitungen hatten die umstrittenen Darstellungen auszugsweise abgedruckt. Gegenüber der Polizei gab der Student seine Absicht zu, deren Chefredakteur deswegen anzugreifen. Der Student nahm sich in der Untersuchungshaft das Leben, was in Pakistan Demonstrationen und Proteste auslöste: Es wurden deutsche Fahnen verbrannt und der Student als „Märtyrer“ und „Held des Islam“ gefeiert.

Auf dem Frankfurter Flughafen verhaftete die Polizei einen irakischen Staatsangehörigen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der **Ansar Al-Islam (AAI - Helfer des Islam)**. Er soll Gelder in den Irak zur Unterstützung der Terrorgruppe transferiert haben. Mit Beginn der de facto-Autonomie der irakischen Kurden hatten sich 1991 verschiedene kurdisch-islamistische Gruppierungen gegründet, die in „Kurdistan“ ein Kalifat errichten wollen. Eine davon ist die 2001 entstandene **AAI**. Ihr und ihrem bewaffneten Arm, der **Ansar Al-Sunna (AAS - Helfer der Sunna)**, war es gelungen, zahlreiche Kämpfer zu rekrutieren. Sämtliche Aktivitäten im Ausland (Schwerpunkt Europa und Iran) nimmt die **AAI** wahr.



Festnahmen

In Hamburg verhaftete die Polizei einen deutschen Staatsangehörigen marokkanischer Herkunft. Aus überwachten Chat-Gesprächen des Beschuldigten im Internet hatte sich der Verdacht ergeben, dass er in Algerien in einem Ausbildungslager einen Sprengstofflehrgang absolviert hatte und die **Al-Qaida** durch Rekrutierung von Kämpfern zur Begehung von Selbstmordattentaten im Irak und durch Geldzahlungen unterstützte. Der Festgenommene soll auch Verbindung zu der Hamburger Zelle um Mohammed Atta unterhalten haben.

Im Ruhrgebiet nahm die Polizei acht Personen türkischer Herkunft fest. Sie wurden verdächtigt, von einer Brücke über den Rhein-Herne-Kanal aus die Umgebung ausguckend zu haben, um einen Anschlag auf ein Rockkonzert zu verüben, das in unmittelbarer Nähe eines Tanklagers stattfinden sollte. Alle Beschuldigten wurden jedoch freigelassen, da sich der Verdacht nicht erhärtete.

Frankfurter Flughafen gefährdet

In Hessen und Rheinland-Pfalz durchsuchte die Polizei neun Wohnungen und nahm sechs Personen vorübergehend fest. Sie sind verdächtig, im Auftrag bislang unbekannter Hintermänner mit den Vorbereitungen für einen Sprengstoffanschlag auf ein Verkehrsflugzeug im Bereich des Frankfurter Flughafens begonnen zu haben. Sie traten an eine Person heran, die Zugang zum Sicherheitsbereich des Flughafens hatte.

Diese erklärte sich bereit, gegen eine Entlohnung ein Gepäckstück mit Sprengstoff an Bord zu schmuggeln.

Auch außerhalb Deutschlands (z. B. Frankreich und Spanien, USA und Kanada, aber auch Indonesien, Syrien und Jordanien) gab es im Berichtszeitraum sowohl Anschläge als auch eine Reihe von Festnahmen, bei denen die Ermittlungsbehörden wegen des Verdachts auf Vorbereitung von (Sprengstoff-)Attentaten tätig geworden waren. Mehrheitlich handelte es sich um muslimische Einwanderer, auch der zweiten oder dritten Generation, von denen eine große Zahl eingebürgert und scheinbar in die Gesellschaft integriert war.

Erwähnenswert ist, dass die englische Polizei mehr als 20 Personen unter dem Verdacht festnahm, Anschläge auf Flugzeuge im Transatlantikverkehr von Großbritannien in die USA geplant zu haben. Die Angriffe sollten in mehreren Wellen erfolgen. Von Pakistan aus gesteuerte Selbstmordattentäter sollten im Handgepäck mitgebrachte Einzelbestandteile zu einem Flüssigsprengstoff mischen und mittels elektronischer Geräte (z. B. Digitalkamera) zur Explosion bringen. Unter den Festgenommenen, zwischen 17 und 35 Jahren alt, waren neben zum Islam konvertierten Briten vor allem in Großbritannien geborene, aus pakistanischen Einwandererfamilien stammende Männer. Sie gehören der Mittelschicht an und hatten sich bis zu ihrer Verhaftung weitgehend unauffällig verhalten. Zwei der Festgenommenen hatten angeblich Verbindungen zu **Al-Qaida**. Sie soll die Anschläge nicht nur gebilligt, sondern durch eine hoch in der Hierarchie der Terrororganisation angesiedelte Person geplant haben.

*Angriffe auf
Passagierflugzeuge
verübt*

Bei Bombenexplosionen vor einem Hotel auf dem Sinai (Ägypten) kamen im April 19 Menschen, darunter ein Junge aus Baden-Württemberg, ums Leben. Etwa 50 Menschen wurden verletzt. Nachdem das ägyptische Innenministerium zunächst behauptete, dass Beduinen ohne Verbindungen zu internationalen Terrororganisationen hinter dem Anschlag stünden, bezeichnete es später einheimische Islamisten als Täter. Angeblich kam der mutmaßliche Drahtzieher später bei einem Feuergefecht mit der Polizei auf der Sinai-Halbinsel ums Leben.

*Touristen in
Ägypten getötet*

Der Papstbesuch im Visier der Al-Qaida

Ende November verhafteten türkische Sicherheitsbehörden im Vorfeld des Besuches von Papst Benedikt XVI. Angehörige der **Al-Qaida** in der Türkei. Diesen wird vorgeworfen, über das Internet Propaganda der Terrorgruppe verbreitet und einige der Festgenommenen zur Beschaffung von bombenfähigen Materialien angestiftet zu haben.

Gegen den Papstbesuch hatten in Istanbul etwa 20.000 zumeist jugendliche Personen protestiert, organisiert von der Saadet Partisi (SP – Partei der Glückseligkeit), der Repräsentantin der islamistischen **Milli Görüs**-Bewegung. Den Besuch bezeichnete der „Islamische Staat Irak“, den eine **Al-Qaida**-nahe Allianz Mitte Oktober proklamiert hatte, als einen „Versuch, das islamische Erwachen unserer islamischen Brüder in der Türkei zu stoppen, ihr islamisches Erbe auszulöschen, ihre aus den Tiefen der Erde reichenden Wurzeln abzutrennen.“ Auf diese Weise blieben die türkischen Brüder im von dem „Juden“ Mustafa Kemal Atatürk (Gründer der Türkei) verantworteten „Schlamm“ stecken. Auch sei der Besuch ein Versuch, die Türkei in die EU zu treiben, um die Ausbreitung des Islams und das „islamische Erwachen in der Türkei“ zu verhindern.

*„Versuch, islami-
sches Erbe auszu-
löschen“*

Der „Jude“ Atatürk

Dass **Al-Qaida** mit dieser Verlautbarung neuerdings türkische Muslime als Sympathisanten des gewaltbereiten Jihad anzusprechen versucht, könnte das Rekrutierungspotenzial auch in Deutschland erhöhen.

Karikaturen-Streit

Bereits Ende September 2005 hatte die dänische Zeitung „Jyllands-Posten“ Karikaturen über Mohammed veröffentlicht, um herausfinden, wie viel Selbstzensur sich dänische Künstler mit Blick auf den Islam auferlegen würden. Gab es 2005 in der Öffentlichkeit kaum beachtete, nur vereinzelte Reaktionen von Muslimen, so ging seit Anfang des Berichtsjahres eine von zahlreichen Gewalttaten und Boykottaufrufen begleitete Protestwelle durch die muslimische und teilweise von Islamisten beeinflusste Welt. Ausgelöst wurde sie von dänischen Imamen, die im Dezember nach Ägypten gereist waren, um dort ihre Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass die Karikaturen eine Beleidigung aller Muslime darstellten. Die Imame gaben auch Fälschungen als angeblichen Beitrag in der „Jyllands-Posten“ aus und verschärften damit den Konflikt.

Die Reaktionen in der islamistischen Szene reichten in Hessen sowie bundesweit von tiefer Betroffenheit bis zu deutlich artikuliertem Zorn. Im Unterschied zu massiven Ausschreitungen mit zahlreichen Toten im Ausland und Übergriffen auf Vertretungen europäischer Staaten (darunter auch der Bundesrepublik) kam es in Deutschland nicht zu Gewalttaten. Allerdings bestärkte der Karikaturen-Streit – wie im Falle der „Kofferbomber“ – Islamisten in ihrer unversöhnlichen Haltung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und erweiterte das auf die gesamte muslimische Gemeinschaft bedachte Agitationspotenzial. Islamisten forderten im Rahmen von Demonstrationen und Freitagspredigten eine Entschuldigung der Zeitungen und der dafür angeblich verantwortlichen Regierungen. Die Karikaturen seien mit dem Ziel veröffentlicht worden, den Islam und alle Muslime zu provozieren. Im Westen werde mit zweierlei Maß gemessen: Von den Muslimen verlange man, die Pressefreiheit zu achten, wohingegen ein Angriff auf christliche Werte nicht hingenommen werde. Die Karikaturen und die Arroganz der dänischen Regierung enthüllten, was man im Westen schon immer über Muslime gedacht habe.

Größere Demonstrationen gegen die Karikaturen mit einer Beteiligung von 1.000 bis 2.000 Personen fanden im Februar in Berlin, Düsseldorf und Duisburg (Nordrhein-Westfalen) statt, kleinere Veranstaltungen u. a. in Bonn, Paderborn (Nordrhein-Westfalen), Kiel (Schleswig-Holstein) und Leipzig (Sachsen). In Kassel protestierten rund 1.500 Teilnehmer überwiegend türkischer und arabischer Herkunft. In Frankfurt am Main demonstrierten im März etwa 1.000 Personen. Alle Veranstaltungen verliefen friedlich; fast überall beteiligten sich Islamisten an den Demonstrationen.

Gerichtsverfahren und Urteile

*Januar:
Rekruteur für Jihad
verurteilt*

Das Oberlandesgericht München verurteilte einen irakischen Kurden wegen Mitgliedschaft in der **AAI** zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er Personen für den Jihad im Irak rekrutiert und die **AAI** logistisch-finanziell unterstützt hatte. Das Urteil ist rechtskräftig.

*Mai:
Student aus
Marburg vor
Gericht*

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf begann die Hauptverhandlung gegen drei mutmaßliche **Al-Qaida**-Mitglieder wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung. Ihnen wird vorgeworfen, durch Versicherungsbetrug finanzielle Mittel für die Terrorgruppe beschafft zu haben. Darüber hinaus soll der Hauptangeklagte, der 2005 in Mainz verhaftet worden war, sich um atomwaffenfähiges Nuklearmaterial bemüht und Selbstmordattentäter für Anschläge im Irak rekrutiert haben. Er soll in die Kommandostruktur der **Al-Qaida** eingebunden gewesen und in Trainingslagern ausgebildet worden sein. Auch habe er Kontakte zu Bin Laden unterhalten. Einer der Angeklagten, ein staatenloser Palästinenser, hatte im Studentendorf in Marburg gewohnt und war dort festgenommen worden.

Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart begann der Prozess gegen drei mutmaßliche Mitglieder der **AAI** wegen Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, Sammeln von Geldern und Rekrutierungen. Außerdem müssen sich die Angeklagten wegen des geplanten Attentats auf den ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten bei seinem Staatsbesuch in Berlin 2004 verantworten. Im gleichen Monat wurde auch vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen zwei mutmaßliche **AAI**-Angehörige eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, Geld für Anschläge gesammelt und in den Irak gebracht zu haben. Während des Prozesses stellte sich heraus, dass sich die Kosten für einen Selbstmordanschlag auf 6.500 bis 7.500 amerikanische Dollar belaufen.

*Juni:
Mitglieder der AAI
angeklagt*

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte im Januar 2007 das im Dezember 2005 gegen das **Multi-Kultur-Haus e. V. (MKH)** verfügte Verbot. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Das in Neu-Ulm (Bayern) ansässige **MKH** muss sich die Inhalte von Schriften (u. a. „Der Dihad für die Sache Gottes“ und „50 eindeutige Verderbtheiten von Demokratie, Wahlen und Mehrparteiensystem“) zurechnen lassen. Der Verein richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung und hatte vor allem zur Vernichtung der Juden und des Staates Israel aufgerufen.

*September:
Verbot des MKH
bestätigt*

Nach langjährigen juristischen Auseinandersetzungen bis hin vor den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht – u. a. über die Höhe des Strafmaßes – wurde Mounir El-Motassadeq im Januar 2007 im Zusammenhang mit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 wegen Beihilfe zum Mord in 246 Fällen sowie wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu 15 Jahren Haft verurteilt. Gegen das Urteil wurde von den Verteidigern Revision eingelegt.

*El-Motassadeq
verurteilt*

Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT – Islamische Befreiungspartei)

Leitung:	Ata-Khalil Ahmad Abu Al-Raschta (wahrscheinlich im Libanon)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 100 , bundesweit etwa 300
Betätigungsverbot:	Seit 15. Januar 2003

Gründung und Ideologie

Die **HuT** wurde 1953 vom palästinensischen Religionsgelehrten und Scharia-Richter Taqi ud-Din an-Nabhani (1909 bis 1977) im damals jordanischen Ost-Jerusalem gegründet. Sein Buch „Die Lebensordnung des Islam“ ist nach wie vor die ideologische Grundlage der Organisation, es enthält einen „Verfassungsentwurf eines islamischen Staates“. Nach den Vorstellungen an-Nabhanis schließen die westlichen Demokratien mit ihrem weltlichen Ursprung und der Islam einander aus.

Die weltweit agierende Organisation will ein die gesamte Umma umfassendes „Großkalifat“ errichten, in dem die Scharia, die alle politischen, sozial-ökonomischen und privaten Fragen regelt, gelten soll. Nur so werde eine ideale Gesellschaft ohne Unordnung und Unmoral entstehen.

Ziel: „Großkalifat“

Feindbilder

Die Realität soll dem als unveränderbar definierten Islam angepasst werden, keineswegs dürfe dies, so die **HuT**, umgekehrt geschehen. Aufgabe des Kalifen, der allein die Gesetze erlässt, sei es u. a., den Islam durch Missionierung und den gewalttätigen Jihad zu verbreiten. In diesem Sinne erachtet die **HuT** den „Kampf gegen die Ungläubigen“ als für jeden Muslim verpflichtend, zumal, wie es in einem Flugblatt heißt, wenn der „Feind eine Handbreit muslimischen Bodens an sich gerissen hat“. Neben den USA und Großbritannien gehören auch die Führer arabischer Nationalstaaten zu den bevorzugten Feindbildern, da sie die Vorschriften des Islam nur teilweise befolgten.



Ausdrücklich verneint die Organisation das Existenzrecht Israels, fordert die Welt offen zum Angriff gegen das Land auf und stellt Israelis und Juden als minderwertig dar. Zur „Erhöhung von Gottes Wort“ müsse die „zionistische Besetzung Palästinas“ beendet werden.

Betätigungsverbot bestätigt

Im Januar bestätigte das Bundesverwaltungsgericht das vom Bundesminister des Innern im Jahre 2003 gegen die **HuT** erlassene Betätigungsverbot. Anlass war, dass sich die Organisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet sowie Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Belange befürwortet. So hat die **HuT** vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konfliktes zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen aufgerufen und auf diese Weise der friedlichen Lösung der Konflikte entgegengewirkt.

Am 25. Januar wurden die Klagen der **HuT** aus den Jahren 2003 bzw. 2005 gegen das Betätigungsverbot letztinstanzlich abgelehnt und das Verbot abschließend bestätigt.

Anhänger, ideologischer Kampf und langfristige Strategie

Trotz Verbots aktiv

Die **HuT** ist in mehr als 40 Ländern aktiv. Besonders im Nahen Osten, Zentralasien und im südlichen Afrika zielt sie darauf ab, Regierungen zu stürzen. Wiederholt stand die Organisation im Verdacht, vor allem in arabischen Staaten (Jordanien, Ägypten, Syrien, Irak) an Umsturzversuchen beteiligt gewesen zu sein. Offiziell lehnt sie Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung jedoch ab. Arabische Regierende betrachtet die **HuT** als Apostaten („vom Glauben Abgefallene“) und bezeichnet sie als „Heuchler“. In zahlreichen – vornehmlich arabischen – Staaten ist die **HuT** zwar verboten, verfügt aber vor allem in Syrien, im usbekisch-kirgisischem Raum sowie an der Grenze zwischen Tadschikistan und China über mehrere zehntausend Anhänger.

In Europa ist Großbritannien ein wichtiges Zentrum; in London wirkte die **HuT** im Februar an einer Demonstration mehrerer tausender Menschen mit, die gegen die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen demonstrierten. Im Juli organisierte sie ebenfalls dort eine Protestveranstaltung gegen die ägyptische „Palästina“-Politik und rief die Muslime auf, sich der „ferngesteuerten Marionetten“ in der islamischen Welt zu entledigen und das Kalifat wiederzuerrichten.

Der ideologische Kampf steht für die **HuT** im Vordergrund. Entsprechend agierten ihre Anhänger in Deutschland bis zu dem Betätigungsverbot der Organisation über-

wiegend in Universitätsstädten und verteilten Flugblätter. Nach dem Verbot nutzen sie vor allem das Internet und bilden durch ihre Vernetzung untereinander, in die sie weitere Islamisten einbeziehen, eine Art virtuelle Gemeinschaft. Ohne an geographische oder politische Grenzen gebunden zu sein, bieten die Anhänger ihre islamistische Ideologie an und stellen mehrsprachige Informationen und Analysen zur Verfügung. Mit dieser weltumspannenden Kommunikation will die **HuT** eine einheitliche islamistische Identität aller Muslime schaffen und deren Assimilation an die westliche Kultur verhindern.

Internet als ideologische Waffe

Orientiert an ihrem Vorbild, dem Propheten Mohammed, und ausgehend von ihrer „Überzeugung, dass jede gesellschaftliche Veränderung in den Köpfen der Menschen beginnen muss“, hat sie eine dreistufige Strategie der „Machtergreifung“ entwickelt: Mittels indoktrinierender Propaganda rekrutiert sie vor allem junge Menschen, die sich mitunter in Lebens- und Identitätskrisen befinden, und schwört sie auf die Gruppe ein. Besonders Studenten und Akademiker, vor allem mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund, die über das Muslimsein eine sinnstiftende Gemeinschaft suchen, stehen in ihrem Visier. Dabei vermittelt die **HuT** den Anschein einer gewissen Intellektualität. In einem zweiten Schritt soll mittels Propagandaarbeit der intellektuell-politische Kampf u. a. durch öffentliche Diskussionen, Vorträge, Freitagsansprachen, Flugblätter und Unterricht in den Moscheen eröffnet werden.

Dreistufige Strategie der „Machtergreifung“

Die Anhänger gründen neue Zellen mit dem Auftrag, Gesellschaft und staatliche Institutionen zu unterwandern. Dann ist, so die Vorstellung der **HuT**, die Zeit für eine islamische Revolution gekommen. Ihre Verwirklichung findet sie – in einem letzten, möglicherweise mit Gewalt verbundenem Schritt – in der Einführung von Kalifat und Scharia, angelehnt an das Vorbild der Expansion des Islam in der Zeit nach dem Tode Mohammeds.

Botschaften per Internet

Auch nach dem Verbot gab die nach außen abgeschottete und konspirativ arbeitende Kaderorganisation zu aktuellen Ereignissen im Internet mehrere Erklärungen ab, in Bezug auf den Konflikt zwischen **Hizb Allah** und Israel im Libanon äußerte sie sich wie folgt:

„Ihr Muslime! Das Fass ist übergelaufen. Niemand kann noch irgendetwas rechtfertigen und keiner eine Entschuldigung vorbringen. Jeder, der über den Verrat der Herrscher hinwegsieht und darüber, dass sie Palästina und den Libanon im Stich gelassen haben, macht sich mitschuldig und hat sich ihrer Verbrechergemeinschaft angeschlossen. Ebenso ladet jeder einen Teil ihres Verrats auf sich, der sich nicht nach Kräften für das Ausrücken der Armeen zum Kampf und für die Beseitigung der Herrscherbarrieren, die die Armeen zurückhalten, einsetzt. [...] Das Andauern der Kämpfe ist ein Siegeszeichen. Jedoch stellt sich der Sieg stets mit der Standhaftigkeit ein. Auch wenn die Verbrechen der Juden Zerstörung, Massaker und Verwüstung zur Folge hatten, die uns Leid, Schmerz und Schaden bescherten, so hat der Kampf auch dem Feind Leid, Schmerz und Schaden zugefügt. Der Muslim erwartet dabei eine der beiden schönsten Dinge (Sieg oder Märtyrertod), während der Feind nur eine der beiden schlimmsten Dinge erwartet (Niederlage oder Höllenfeuer). [...] Hizb ut-Tahrir ruft jeden auf, der in den Armeen der Muslime über Macht verfügt, dass er mit seinen Kräften zum Schlachtfeld zieht, die Barrieren der Herrscher dabei niederreißt und mit Entschlossenheit zum Jihad vortreibt. Wenn er sich aber mit ihrem Unrecht zufrieden gibt, zurückschreckt und gemeinsam mit ihnen sein Anrecht am Verhandlungstisch preisgibt, so wird ihn seine Stärke zur Erniedrigung im Diesseits und zu schwerer Strafe im Jenseits führen.“

Palästina und Libanon: „Das Fass ist übergelaufen“

Auch zu den in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen nicht gezündeten Kofferbomben nahm die **HuT** Stellung:

„In aller Entschiedenheit weist Hizb ut-Tahrir alle Anschuldigungen zurück, mit den vermeintlichen Kofferbombenanschlägen in Deutschland in irgendeinem Zusammenhang zu stehen. [...] Hizb ut-Tahrir ist weltweit als gewaltlose, islamische Bewegung bekannt, die auf intellektuellem Wege eine Veränderung in der islamischen Welt anstrebt. [...] Soll die bereits feindliche Stimmung gegen gewaltfreie, gläubige Muslime in Deutschland weiter angeheizt werden? Ist es der Versuch, unter den Muslimen in Europa gegen Hizb ut-Tahrir Stimmung zu erzeugen, weil man zur Einsicht gelangt ist, dass das Betätigungsverbot diesbezüglich seine Wirkung verfehlt hat?“

Tabligh-i Jama'at (TJ–Gemeinschaft für Verkündigung und Mission)

Leitung:	Welt-Schura-Rat in Indien und Pakistan
Weltweite Zentren:	Pakistan (Lahore und Raiwind), Indien (Neu-Delhi), Bangladesch
Europa-Zentrale:	Großbritannien (Dewsbury)
Deutschlandw. Schwerpunkte:	u. a. Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 200, bundesweit etwa 600

Ideologie und Mission

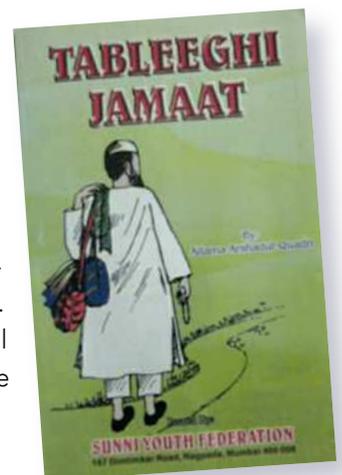
*Ziel: Weltweite
Islamisierung*

Das Ziel der indisch-pakistanischen Bewegung ist die weltweite Islamisierung von Staat und Gesellschaft, um langfristig eine islamistische Ordnung zu etablieren. Die 1927 in Indien gegründete multinationale **TJ** soll in über 80 Ländern aktiv sein und verfügt über rund zwölf Millionen Anhänger. Die **TJ** verlangt im Sinne eines am Ur-Islam orientierten Salafismus von den Muslimen eine rigide, buchstabengetreue Befolgung von Koran und Sunna (Sammlung der Überlieferungen des Propheten). Danach ist das gesamte Leben auszurichten, von ihren Anhängern fordert die Organisation völlige Unterwerfung.

Die **TJ** will die „Re-Islamisierung“ vorantreiben und die Gesellschaft von unislamischen Einflüssen reinigen, folglich eine Abwendung von westlichen Wertvorstellungen und demokratischen Gesellschaftsordnungen erreichen. Westliche „Vergnügungen“ sind verboten, **TJ**-Anhänger müssen sich täglich mehrstündigen Koranstudien unterziehen und sich in ihrem Verhalten und Aussehen streng nach dem Vorbild Mohammeds und seiner Gefährten richten. Integrationsangebote der „Mehrheitsgesellschaft“ werden in der Regel nicht angenommen.

Missionsreisen

Charakteristisch ist die Missionstätigkeit, die dazu dient, neue Anhänger zu gewinnen. Diese besuchen Madrassen (Koranschulen) in den **TJ**-Zentren, wo sie sich inhaltlich intensiv mit den muslimischen Glaubensgrundlagen beschäftigen und selbst predigen. Pflicht jedes Mitglieds ist es, monatlich eine dreitägige und einmal im Jahr eine insgesamt 40 Tage dauernde Missionierungsreise



(„Jamaat“) zu unternehmen. In größeren Abständen bzw. einmal in ihrem Leben müssen **TJ**-Angehörige darüber hinaus drei bis vier Monate lang im Ausland missionieren, womit sie ihre eigenen Kenntnisse und Überzeugungen festigen sollen. In kleinen Gruppen besuchen die traditionell weißgewandeten **TJ**-Mitglieder Moscheen, die in der Regel nicht zu der Organisation gehören, um zu missionieren und intensive persönliche Einzelgespräche zu führen.

Zielgruppe sind vor allem im Glauben wenig gefestigte Muslime, vor allem junge Menschen, die in sozial-ökonomisch prekären Verhältnissen leben, unter ihnen auch Kriminelle und Drogenabhängige, sowie junge Konvertiten, die noch leicht beeinflussbar sind. Darüber hinaus werden auch „Ungläubige“ angesprochen, da sie vor dem „Höllenneuer“ gerettet werden müssten: Kein Mensch, kein Haus und keine Moschee, so die **TJ**, dürfe unerleuchtet bleiben.

Neu geworbene Anhänger, die sich von ihrem gewohnten Umfeld distanzieren und in den Augen der **TJ** bewährt haben, werden für mehrere Monate in Madrasen in Pakistan geschickt, wo sie weitere Stufen der Indoktrination und Radikalisierung durchlaufen. Die rund 30.000 Koranschulen, von denen nur ein Teil unter dem Einfluss von Islamisten steht, ähneln Internaten und haben in Pakistan eine wichtige Funktion im Erziehungs- und Bildungsbereich inne, da es dort keine tatsächlich praktizierte Schulpflicht gibt.

*Indoktrination
und Radikalisierung
in Koranschulen*

Bezüge zum islamischen Terrorismus

Die Sicherheitsbehörden prüfen derzeit mögliche Bezüge der **TJ** zum islamistischen Terrorismus. Zumindest in Einzelfällen lassen sich Verbindungen der Organisation zu nachweislich terroristischen Personen belegen, und es ist davon auszugehen, dass durch die Aktivitäten der **TJ**, deren Ziel die Errichtung eines islamistischen Staats- und Gesellschaftswesens ist, zumindest die geistige Grundlage und der Boden für Terrorakte geschaffen werden. Auch das Verwaltungsgericht Ansbach (Bayern) stellte im Mai fest, dass zahlreiche Personen, die terroristische Anschläge in verschiedenen Ländern begangen haben, aus den Reihen der **TJ** rekrutiert wurden. Einige **TJ**-Angehörige wurden entsprechend aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Gegen die Maßnahmen legten Betroffene Rechtsmittel ein. Seitens der **TJ** ist bislang keine Distanzierung zu Akteuren des internationalen Terrorismus erkennbar.

*Geistiger
Nährboden für
Terrorismus*

Strukturen

Besonders wichtige Einrichtungen der hierarchisch aufgebauten organisierten **TJ** gibt es in Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Ein deutschlandweiter Schwerpunkt befindet sich in Hessen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Herausragende Bedeutung haben enge persönliche Kontakte und Treffen, die gerade bei gemeinsamen Veranstaltungen gepflegt werden. Regelmäßig finden in Frankfurt am Main Treffen statt, zahlreiche Moscheen in Hessen dienen der Organisation als Anlaufstelle für ihre Missionierungstätigkeit. Über eigene Moscheen verfügt die **TJ** in Hessen nicht. Der in Friedrichsdorf (Hochtaunuskreis) ansässige Verein **Anjuman-E-Islahul Muslemeen Deutschland e. V.** übernimmt zentrale Aufgaben. Er lädt aus dem Ausland einreisende Gruppen ein, Missionsreisen werden geplant und durchgeführt, Reisewege festgelegt und über Erfahrungen berichtet.

Aktivitäten

Das jährliche Deutschland-Treffen, an dem sich rund 700 Anhänger und Funktionäre – vereinzelt aus dem europäischen Ausland – beteiligten, fand in Berlin statt.

Missionierungs-
bemühungen

Die Scheichs des Welt-Schura-Rates unterstrichen ihren streng zentralistischen Führungsanspruch und bemängelten, dass die **TJ**-Angehörigen in Deutschland weniger erfolgreich als die in anderen europäischen Ländern seien. Die Scheichs aus Pakistan und Indien forderten eine Verstärkung der Missionierungsbemühungen und kündigten regelmäßige Kontrollbesuche an. Es gehe um die Islamisierung der gesamten Menschheit: „Das Ziel für die Menschen ist, dass alle Diener von Allah werden sollen. Für die Umma [Gemeinschaft der Muslime] ist es ein großes Ziel, dass alle Menschen Allah dienen.“

ARABISCHE ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Muslimbruderschaft (MB – Al-Ikhwan al-Muslimun)

Ideologische Leitung:	Mohammad Mahdi Akif (ägyptischer Zweig)
Zuzurechnende Gruppierungen Deutschland:	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), in Hessen rund 200, bundesweit etwa 700 Mitglieder
Ägypten:	Al-Gama'a al-Islamiyya (GI - Islamische Gemeinschaft)
Algerien:	Islamische Heilsfront (FIS), Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)
Autonome palästinensische Gebiete:	Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS), Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ)
Tunesien:	En Nahda (Bewegung der Erneuerung)
Medien (Auswahl):	Internet-Präsenz

Gründung und Ideologie

Die von dem Lehrer und Ideologen Hassan al-Banna 1928 in Ägypten gegründete **MB** ist die älteste und einflussreichste arabisch-islamistische Organisation. Im Jahre 2005 zogen „unabhängige“ Kandidaten der dort verbotenen, aber geduldeten **MB** bei Wahlen in das Parlament ein, was die Bedeutung der Organisation als politische Kraft belegt. Erstmals stellen in der ägyptischen Volksvertretung Islamisten rund ein Fünftel aller Abgeordneten.

Während der britischen Kolonialherrschaft in Ägypten breitete sich die **MB** von dort in andere nordafrikanische und arabische Länder unter verschiedenen Bezeichnungen aus. Sie versuchte der jeweiligen Bevölkerung - in bewusster Abgrenzung zu westlichen Werten - eine eigene religionsbezogene Identität zu geben. Ziel war es, durch den Aufruf zum Jihad die islamische Welt von den angeblich korrumpierenden



Kolonialmächten zu befreien und Staat und Gesellschaft in sämtlichen Bereichen zu re-Islamisieren. Auch in Europa ist die **MB** mit zahlreichen Organisationen vertreten.

Ihre Ideologie ist bis heute zentrales Gedankengut im Islamismus und im islamistischen Terrorismus, führende **Al-Qaida**-Funktionäre sind mit ihm vertraut. Unter dem Motto „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unser Gesetz. Der Jihad ist unser Weg. Auf dem Wege für Allah zu sterben, ist unsere höchste Gnade“ strebt die **MB** auf der Grundlage von Koran und Sunna die Errichtung einer ausschließlich der Scharia verpflichteten islamistischen Ordnung in Staat und Gesellschaft an. Fernziel ist die Beendigung der „kulturellen Verwestlichung“ und die weltweite Verwirklichung einer islamistischen Herrschaftsordnung. Strategie ist es, die „Opferrolle“ der Muslime zu betonen und dadurch einen Antagonismus zwischen der muslimischen und der westlichen Welt zu schaffen. In den Herkunftsländern sucht die **MB** die etablierten Strukturen durch Einflussnahme in Religion, Politik und Gesellschaft zu unterwandern, um eine umfassende Islamisierung zu erreichen. Dabei sieht sie auch Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele an. Sie strebt die Beseitigung der herrschenden arabischen Regime an, die sie als unislamisch ansieht, und sie fordert die Beseitigung westlicher Einflüsse und die Rückkehr zur „reinen Lehre“ des Propheten.

*MB-Ideologie:
Zentrales
Gedankengut
im Islamismus*

Aktivitäten in Deutschland und in Hessen

Seit den 50er und 60er Jahren knüpfen Mitglieder und Sympathisanten der **MB** ein Netz aus Moscheen und islamischen Wohlfahrtsverbänden in Europa. In Deutschland vertritt die 1960 gegründete, sich nach außen gemäßigt gebende **IGD** Gedankengut der **MB**. Ihr Hauptsitz befindet sich im **Islamischen Zentrum München (IZM)**. In der vom **IZM** 2005 herausgegebenen Schrift „Scharia[.] Der Weg zu Gott“ heißt es:

IGD

„Die Scharia ist für alle kommenden Zeiten, gleich gültig, unter allen Umständen. Das Beharren der Muslime auf der Unveränderbarkeit der Scharia ist für viele Menschen sehr verwunderlich, aber jede andere Auffassung stünde im Widerspruch zu ihrer grundsätzlichen Konzeption. Wenn die Scharia von Gott gegeben ist, kann sie von Menschen nur verändert werden, wenn dies von Gott oder Seinem Propheten autorisiert wurde. [...] Doch kann die Scharia als Ausdruck von Gottes unendlicher Barmherzigkeit, Seines unendlichen Wissens und Seiner unendlichen Weisheit nicht abgeändert werden, um den sich stets wandelnden menschlichen Werten und Normen zu entsprechen. Vielmehr ist es die absolute Norm, mit der jedwede menschlichen Werte und Verhaltensweisen übereinstimmen müssen.“

*Gültigkeit und
Unveränderbarkeit
der Scharia*

Ein führendes Mitglied eines Vereins in Hessen, das der **MB** ideologisch nahe steht, vertrat in einer im Internet veröffentlichten Publikation die Ansicht:

„Muslim sein (werden) bedeutet auch, Gott als einzige Quelle aller Gesetze anzuerkennen. Auch die von 90% der Bevölkerung gewählte Regierung hat nie das Recht, auch nicht mit absoluter oder Zweidrittelmehrheit, etwas zu verbieten, was Gott erlaubt hat bzw. etwas zu erlauben, was Gott verboten hat. Jeder Herrscher, jede Regierung, jeder Einzelne ist immer nur ausführende Gewalt, denn Gesetze zu geben steht allein Gott zu.“

In Hessen verfügt die **IGD** über mehrere Niederlassungen, die meistens unter der Bezeichnung Islamisches Zentrum (IZ) firmieren, u. a. in Frankfurt am Main und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf).

Bedeutung der Jugendarbeit

Besondere Bedeutung nimmt für die **IGD** die Beeinflussung von Jugendlichen ein, da die Gestaltung der Zukunft von Staat und Gesellschaft in deren Händen liege. Regelmäßig finden Freizeitcamps und Reisen statt. Ein von der **Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD)**, einer der **IGD** nahe stehenden Organisation, herausgegebenes Buch beschreibt deutlich, wie die freiheitliche demokratische Grundordnung allmählich in einen Gottesstaat islamistischer Prägung umgewandelt werden soll:

Keine Anpassung
an die Umgebung

„Passt euch einer Gesellschaft und eurer Umgebung nicht an, falls sie unislamisch ist. Ändert die Gesellschaft entsprechend euren Glaubensgrundsätzen. Bringt euren Lebensraum und euer Milieu mit, wenn ihr eure gewohnte Umgebung verlasst. Falls ihr nicht in der Lage seid, eine Umgebung nach euren Wertvorstellungen zu schaffen, dann könnt ihr gewiss sein, dass andere euren Lebensraum gestalten werden. [...] Der Muslim ist jemand, der sich nicht der Umwelt, in der er sich befindet anpasst, sondern er ist eine Persönlichkeit, die ihr Umfeld entsprechend ihrer Überzeugung verändert. In diesem Sinne ist er ein aktiver und effektiver Mensch. [...] Wenn ihr Beamte in einem nicht-islamischen System werden wollt, dann werdet nicht Beamte dieses Systems, sondern dort Beamte des Islam. [...] Das erste, was ihr verteidigen sollt, ist nicht euer Ego, sondern die Ehre eurer Religion.“

Die Publikation macht deutlich, dass sich die **IGD**-nahe Jugendorganisation nicht nur von der Gesellschaft in Deutschland distanziert, sondern nur im Islam den alleinigen Bezugspunkt privaten und staatlichen Handelns erkennt, von dem aus die politischen Verhältnisse grundlegend verändert werden sollen.

Strukturen

Mittler zwischen
türkischen und
arabischen
Islamisten

Die **IGD** ist Gründungsmitglied der **Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE)**. Dieser europäische Dachverband **MB**-naher Organisationen mit Sitz in Markfield (Großbritannien) ist zuständig für Auslandsbeziehungen und ist bestrebt, eine machtvolle Position zu gewinnen, um andere Organisationen und Vereine im islamistischen Bereich zu dominieren. Der **IGD**-Präsident Ibrahim El-Zayat, der auf Grund einer Gerichtsentscheidung als Muslimbruder bezeichnet werden darf, ist Vertreter der **FIOE** in Deutschland. Er ist bundes- und europaweit einer der wichtigsten Funktionäre, der als Bindeglied zwischen türkischen und arabischen islamistischen Gruppen agiert.



In enger Verbindung zu der **FIOE** steht der **Europäische Fatwa-Rat (ECFR)**, der seit 1997 von dem einflussreichen Islamisten Yusuf Al-Qaradawi (Qatar) geleitet wird. Dem Rat gehören zwei Personen aus Deutschland an, die der **MB** nahe stehen, eine davon aus Hessen. Bei unterschiedlichen Auffassungen islamischer Rechtsgelehrter moderiert der **ECFR** und gibt „Antworten“ für Fragen vor, die sich Muslimen in einer nicht-islamischen Umgebung stellen.

Einem syrischen Zweig der **MB**, den vom früheren Leiter des **IZ Aachen** gegründeten Islamischen Avantgarden, gehören als Unterorganisationen die **Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e. V. (UMSO)** sowie die **Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e. V. (UELAM)** an.

Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS – Abkürzung für Harakat al-muqawama al-islamiyya)

Leitung:	Chaled Mash'al (Syrien)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 50, bundesweit etwa 300
Medien (Auswahl):	Internet-Präsenz, Satellitenprogramm Saraj Al-Aqsa (Das Licht von Al-Aqsa)

Ziele der 1987 gegründeten **HAMAS** sind die Vernichtung Israels und die Errichtung eines islamistischen Staates „Palästina“. In ihrer Charta von 1988 heißt es einleitend unter Berufung auf den antiwestlich-islamistischen **MB**-Ideologen Hassan Al-Banna: „Israel wird bestehen und solange weiter bestehen, bis der Islam es auslöschen wird, so wie er schon das ausgelöscht hat, was zuvor bestanden hat.“ Die **HAMAS** strebt danach, „dass das Banner Allahs sich über jeden Zentimeter von Palästina erhebt“ (Art. 6). In ihrem Verständnis geht der Staat Israel im Gebiet des historischen Palästina auf: Es sei ein den Muslimen von Allah überantwortetes „islamisches Land“, solange Himmel und Erde existierten (Art. 11). Wenn aber der Feind auf muslimischem Gebiet herumtrampole, werde es zur persönlichen Pflicht jedes muslimischen Mannes und jeder muslimischen Frau, den kriegerischen Jihad zu führen und den Feind zu stellen (Art. 12).

*Ziel:
Vernichtung Israels*

„So genannte Friedensinitiativen“ und internationale Konferenzen zur Lösung des „Palästina“-Problems stehen in Widerspruch zu den o. a. Zielen der **HAMAS**: Die Konferenzen dienen nur dazu, den „Ungläubigen“ Macht über die Verteilung muslimischen Landes zu verleihen (Art. 13). Die „Palästina“-Frage könne nur durch den Jihad, den „Heiligen Krieg“, gelöst werden.



*Hassideologie
gegen Juden*

Nahezu jeder Artikel der Charta ist mit einem Koran-Zitat verknüpft, wodurch die Ziele der **HAMAS** als Ausdruck göttlichen Willens erscheinen sollen. So endet der Artikel 32 mit folgender Sure: „Hass und Feindschaft bis zum Auferstehungstage haben wir unter ihnen [den Juden] gestiftet. Sooft sie ein Kriegsfeuer anzünden, wird Allah es wieder auslöschen. Sie streben, auf der Erde Verderben zu stiften, aber Allah liebt die Übeltäter nicht.“ (Koran, 5, 65).

Im Januar erreichte die **HAMAS** mit ihrer Partei bei den Wahlen zum Palästinensischen Autonomierat die absolute Mehrheit, nachdem sie bereits bei verschiedenen lokalen Abstimmungen in den autonomen palästinensischen Gebieten Gewinne erzielt hatte. Zustatten kam der **HAMAS** offenbar ihre tiefe gesellschaftliche Verankerung, dass sie seit ihrer Gründung zahlreiche soziale Einrichtungen, wie z. B. Kindergärten und Krankenstationen, unterstützt und damit die Bevölkerung in ihrem Sinne an sich bindet.



Auch als Regierungspartei gab die **HAMAS** ihre militant-islamistische Ideologie nicht auf. Frauen waren während des Wahlkampfes eine ausgesuchte Zielgruppe der **HAMAS**. Eine sprach sich dafür aus, dass Frauen das Haus nicht mehr ohne Kopftuch verlassen sollten und nirgendwo mehr Alkohol verkauft werden sollte. Eine Abgeordnete sah es als Pflicht an, ihre Kinder zur Verteidigung des Landes gegen

Rolle von Frauen

Israel in den Tod zu schicken. Sie sei stolz auf einen ihrer Söhne, der getötet worden war, nachdem er fünf Israelis erschossen hatte: „Für viele mag der Tod meines Sohnes nach einer Tragödie aussehen. Für mich war es ein Segen.“

Im Internet veröffentlichte der bewaffnete Arm der **HAMAS** Beiträge, in denen Selbstmordattentäter verherrlicht wurden. Die Organisation unterhält mehr als 20 Homepages in acht Sprachen. Hauptinhalte sind Hasstiraden auf Israel und die Rechtfertigung von Terror. Seit Oktober sendet **HAMAS** seine Propaganda auch via Satellit und ist in der gesamten arabischen Welt sowie in Südeuropa zu empfangen. Vorher gab es nur einen örtlichen terrestrischen Sender im Gaza-Streifen.

Al-Qaida-
Unterstützung
abgelehnt

Trotz ausgeprägter eigener Militanz wies die **HAMAS** die vom stellvertretenden **Al-Qaida**-Führer Ayman Al-Zawahiri Anfang März angebotene Unterstützung zurück. Die Bewegung stehe für einen gemäßigten Islam, erklärte ein Sprecher: „Die Hamas glaubt, dass der Islam völlig verschieden von der Ideologie von Herrn Al-Zawahiri ist. [...] Wir haben keine Beziehungen zu Gruppen oder Elementen außerhalb von Palästina.“

Aktivitäten in
Deutschland

In Deutschland ist die **HAMAS** als Organisation offiziell nicht präsent. Ihre Anhänger treffen sich unter anderen Organisationsbezeichnungen in Moscheen, wo sie z. B. Schulungen durchführen. Immer wieder sammeln Sympathisanten Spendengelder, um die Organisation zu unterstützen. Der Spendensammelverein **Al-Aqsa e. V.** ist seit 2002 verboten, ebenso dessen Nachfolgeorganisation, die **YATIM-Kinderhilfe e. V.** Gegen die **Islamische Wohlfahrtsorganisation e. V. (IWO)**, die im Verdacht steht, die **HAMAS** finanziell zu unterstützen, ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Leitung:	Hassan Nasrallah (Generalsekretär, Libanon)
Anhänger/Mitglieder: Militärischer Arm:	In Hessen etwa 100, bundesweit etwa 900 Al-Muqawama a-Islamiyya (Islamischer Widerstand)
Medien (Auswahl):	Al-Ahd (Die Verpflichtung), Al-Moghtareb (Der in der Fremde Lebende), Fernsehsender Al-Manar (Der Leuchtturm)

Zerstörung Israels als Ziel

Die aus ehemals im Libanon stationierten iranischen „Revolutionswächtern“ hervorgegangene und ideologisch nach wie vor auf das Regime in Teheran fixierte **Hizb Allah** ist 1982 entstanden. Sie wird besonders von den Regierungen Irans und Syriens unterstützt. Ihr Ziel ist die Vernichtung des Staates Israel:



„Unsere vorrangige Annahme in unserem Kampf gegen Israel besagt, dass die zionistische Gemeinschaft von Beginn an aggressiv ist, und dass sie auf Gebieten errichtet ist, die ihren Besitzern gewaltsam entrissen wurden, auf Kosten der Rechte des muslimischen Volkes.“

In dem 1985 in Beirut veröffentlichten Programm bezeichnet es die Terrororganisation außerdem als ihre Bestimmung, die USA als Wurzel allen Übels zu bekämpfen. Sie hat bislang mehr als 1.000 Menschen durch Selbstmord- und Bombenattentate getötet.

Überfall auf Israel – Demonstrationen in Deutschland

Im Juli überfiel der bewaffnete Arm der Organisation, der **Islamische Widerstand**, eine Militärpatrouille im Norden Israels, tötete acht Soldaten und entführte zwei weitere. Israel berief sich auf sein Selbstverteidigungsrecht und reagierte u. a. mit dem Einsatz von Kampfflugzeugen, die Stellungen und Einrichtungen der Hizb Allah sowie wichtige Einrichtungen der Infrastruktur im Libanon bombardierten. Erstmals seit dem Abzug im Jahre 2000 marschierte die israelische Armee in den Süden des Landes ein. Die **Hizb Allah**, die mit der Geiselnahme die Freilassung arabischer Häftlinge hatte erzwingen wollen, feuerte im Laufe des Konflikts mehr als 4.000 Raketen auf Israel ab. Ayatollah Ali Chamenei, geistliches Oberhaupt des Iran, erklärte im August in einer Ansprache in Teheran (Iran) die „Unterstützung und Verteidigung“ der **Hizb Allah** zur „Pflicht für jede muslimische Gesellschaft“. Was im Libanon geschehe, könnte jedem anderen islamischen Staat zustoßen: „Die Muslime müssen zur Bewahrung ihrer Existenz ihre Macht und ihre Geschlossenheit erhöhen.“



Mehrheitlich unter libanesisch-palästinensischer Beteiligung fanden in Deutschland etliche Solidaritätsaktionen zugunsten der **Hizb Allah** statt. In Berlin skandierten Demonstranten „Tod Israel“ und „Tod den Zionisten“. Zu der Veranstaltung (etwa 3.500 Teilnehmer) hatten der **Hizb Allah**-Fernsehsender **Al-Manar**, der auch in Deutschland zu empfangen ist, Al-Jazira und andere arabische Sender aufgerufen. Nach den Protesten verfügte die Versammlungsbehörde, dass in Zukunft weder für die **Hizb Allah** geworben noch Bilder Hassan Nasrallahs gezeigt werden dürften, weil die Organisation die Vernichtung Israels anstrebe. In Hessen fanden 14 Demonstrationen (alle in Frankfurt am Main mit einer Ausnahme in Kassel) statt, bis auf drei Veranstaltungen (jeweils 400, 500 und 750 Personen) rangierten die Zahlen im zweistelligen Bereich. In Frankfurt am Main zeigten Demonstranten im Juli ebenfalls Fahnen der **Hizb Allah** und Nasrallah-Bilder. In Sprechchören skandierten sie u. a. „Stopp dem Krieg“, „Israel - Mörder“ und „Gott sei mit der Hizb Allah“ und bezeichneten die USA als Unterstützer der israelischen „Aggression“.

Solidaritätsdemonstrationen in Deutschland



UN-Einsatz und Waffenstillstand

Den geplanten Libanon-Einsatz deutscher Marinestreitkräfte kritisierte die **Hizb Allah** zunächst. Einer ihrer Abgeordneten im libanesischen Parlament warf der Bundesregierung vor, sie vertrete einseitig die Interessen Israels und habe vergessen, dass der jüdische Staat den Libanon angegriffen habe. Später revidierte der Stellvertreter Nasrallahs diese Position und hieß in einer in **Al-Manar** ausgestrahlten Ansprache jeden Staat zur Friedenssicherung willkommen. Ähnlich uneinheitlich fiel das Echo von **Hizb Allah**-Anhängern in Deutschland aus: Einerseits lehnten sie den Bundeswehreininsatz ab, da Deutschland wegen seiner grundsätzlich pro-israelischen Haltung nicht unparteiisch sei, andererseits lobten sie das Friedensengagement. Vorwürfe der **Hizb Allah** aus dem Libanon, die Deutschen nutzten mit ihrem Marineeinsatz ausschließlich israelischen Interessen, wies die Bundesregierung zurück.

Reaktionen auf Friedenssicherung im Libanon

Nachdem infolge einer UN-Resolution im August ein Waffenstillstand in Kraft getreten war, bemühte sich die **Hizb Allah** angesichts der Entsendung von UN-Truppen um eine neue Standortorientierung. Der Stellvertreter Nasrallahs erklärte: „Wir befinden uns in einer Übergangszeit, die Lage hat sich geändert und wir müssen unsere Form des

Widerstands überdenken.“ Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach dem Krieg vor Hunderttausenden von Anhängern formulierte Nasrallah in Beirut jedoch den Machtanspruch seiner Organisation für die Zukunft. Er behauptete, dass die **Hizb Allah** jetzt mehr als 20.000 Raketen besitze, auch denke sie nicht an eine Abgabe ihrer Waffen.

Vielfältige Verflechtungen

Ihren politischen, sozialen und propagandistischen Apparat instrumentalisiert die **Hizb Allah** und übt damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Sie unterhält ein weit ausgedehntes soziales Netzwerk, betreibt Waisenhäuser, Krankenhäuser und Schulen, kümmert sich um die Versorgung von Obdachlosen, vermittelt Arbeitsplätze und Stipendien und verankert sich damit fest in dem weitgehend von Armut und Hoffnungslosigkeit geprägten schiitischen Bevölkerungsteil. Besonders im Südlibanon bildet sie einen „Staat im Staate“ und versteht es durch ihr als gesellschaftlich-karitativ verbrämtes „Engagement“ den Zuspruch der Bevölkerung zu vergrößern. Nach wie vor findet die Terrororganisation großen Widerhall in der Bevölkerung. Den Demonstrationen aufrufen der **Hizb Allah** im November und Dezember in Beirut waren Hunderttausende gefolgt.

Medien

Die **Hizb Allah** vertreibt verschiedene Publikationen, so z. B. ein mit Zeichnungen bebildertes „Kinderbuch“ (Titel „Ich werde meine Waffen zur Verteidigung meines Vaterlandes gebrauchen“), um Heranwachsende im islamistischen Sinne zu indoktrinieren. Darin heißt es u. a.: „Die Ereignisse [in diesem Buch] handeln von einem teuflischen Mann, dessen Name Sharon ist. [...] Die Helden dieser Geschichte sind die Kinder von Palästina, denen der Zionismus den Traum von Sicherheit und Beständigkeit gestohlen hat.“ Im Fernsehsender **Al-Manar** werden Selbstmordanschläge in Israel als „Märtyrertum“ glorifiziert und es wird zum Jihad aufgerufen. Aufgabe des Senders ist es, „Menschen auf den Weg zu helfen, das zu verüben, was im Westen im Allgemeinen als Selbstmordattentat bezeichnet wird.“ Für Kinder bietet **Al-Manar** ein eigenes Programm mit Zeichentrickfilmen und Spielen, die dazu aufmuntern, „Märtyrer“ zu werden. Der Generalsekretär der **Hizb Allah**, Scheich Hassan Nasrallah, verkündete im Juli über den Sender die Entführung der israelischen Soldaten und erklärte Israel den Krieg.

Trotz der teilweisen Zerstörung **Al-Manars** durch israelische Luftangriffe ist er weiterhin auf Sendung. Er ist mittlerweile zwar nicht mehr über europäische, amerikanische, asiatische und australische Satellitenanbieter zu empfangen, dafür aber weiterhin über zwei Stationen im arabischen bzw. nordafrikanischen Raum. Somit kann das Programm unverändert von Europa aus verfolgt werden. In den USA steht **Al-Manar** auf der dortigen Terrorliste. In Frankreich ist der Sender seit 2004 verboten, was der Oberste Gerichtshof im Januar bestätigte.



*Indoktrination
von Kindern –
Glorifizierung von
Selbstmord-
attentätern*

Aktivitäten in Deutschland

Obwohl die **Hizb Allah** als Organisation in Deutschland nicht präsent ist, betätigen sich in der Bundesrepublik lebende Anhänger der Terror-Gruppe bei der Sammlung von Spenden, um die **Hizb Allah** zu unterstützen. Außerdem beteiligen sich Sympathisanten alljährlich im Oktober an der seit 1996 in Berlin stattfindenden Demonstration zum „Al-Quds“-Tag. Dieser „Jerusalem-Tag“ ist 1979 von dem iranischen Ayatollah Khomeini begründet worden und ist als Aufruf zur Eroberung Jerusalems und zum Kampf gegen den „Zionismus“ gedacht. An dem Schweigemarsch („Gerechter Frieden für Palästina - Sichere Zukunft für die Juden“) nahmen dieses Mal rund 300 Personen teil, in den beiden Jahren zuvor waren es noch 350 (2005) bzw. 800 (2004) gewesen. Ein Grund für die zurückgehenden Teilnehmerzahlen dürften polizeiliche Auflagen sein.

TÜRKISCHE ISLAMISTISCHE ORGANISATIONEN

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Leitung:	Oguz Ücüncü (Generalsekretär, Nordrhein-Westfalen) Osman Döring, genannt Yavuz Celik Karahan (Bundesvorsitzender, Nordrhein-Westfalen) Mehmet Ates (Gebietsvorsitzender Hessen, Rüsselsheim)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 3.700 , bundesweit etwa 26.500
Nebenorganisation:	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG)
Medien (Auswahl):	IGMG Perspektive (Erscheinungsweise monatlich), TV 5 (Fernsehsender), Sprachrohr Milli Gazete (Erscheinungsweise täglich)

Die Milli-Görüs-Bewegung: Ideologie und Ziele

Die 1995 gegründete **IGMG** ist mit Abstand die mitgliederstärkste, einflussreichste und finanzkräftigste islamistische Organisation in Deutschland. Sie ist aus der **Milli Görüs-Bewegung (Milli Görüs)** hervorgegangen, die seit Ende der 1960er Jahre in der Türkei die Aufhebung der Trennung von Religion und öffentlichem Leben propagiert und stattdessen eine allumfassende islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung etablieren will. **Milli Görüs** versteht sich als ganzheitliche politische Kraft, die vor allem in Europa die religiöse Erziehung und Bindung ihrer Anhänger an die Türkei sowie die Erhaltung der nationalen Werte sicherstellen will.

Gründer der Bewegung der „nationalen Sicht“, so die wörtliche Übersetzung von **Milli Görüs**, ist der ehemalige, erste islamistische Ministerpräsident der Türkei, Prof. Dr. Necmettin Erbakan. Zu der von ihm geleiteten islamistischen „Saadet Partisi“ („Glückseligkeitspartei“) in der Türkei steht die **IGMG** in enger ideologischer und personeller Verbindung. Trotz eines 2002 verhängten politischen Betätigungsverbotes wird der inzwischen 80-jährige Erbakan von seinen Anhängern als Führungsfigur ver-



IGMG als Bestandteil der Milli-Görüs-Bewegung

eht und gibt nach wie vor aus dem Hintergrund den Kurs der **Milli Görüs** vor. Um seinen Einfluss, insbesondere auf die jüngere Generation, zu sichern und seine islamistische Weltansicht zu verbreiten, tritt Erbakan bei Großveranstaltungen in Deutschland über telefonische Liveschaltungen oder mittels Videobotschaften auf.

Erbakan bezeichnet den Westen als „falsche“ und „wertlose“, „auf Stärke und Unterdrückung basierende Zivilisation“, die es zugunsten der „gerechten“, von Allah gegebenen Ordnung des Islam zu überwinden gelte. Die Feinde des Islam seien Juden sowie Freimaurer, Kommunisten, Imperialisten, Kapitalisten und Christen. Bei einem Symposium in Istanbul Ende Oktober erläuterte ein Redner der **Milli Görüs** ihre Ideologie:

„Reformunfähigkeit“
des bestehenden
Systems
in der Türkei

„Die Ideologie der Milli Görüs hat nicht den Willen, sich mit dem bestehenden System in der Welt zu einigen, zu kooperieren und möchte keinen Zahn im Kreislauf der Ausbeutung sein. [...] Die Milli Görüs hält es nicht für möglich, das bestehende System zu reformieren. Denn dieses System ist falsch errichtet worden, und auf einem faulen Fundament kann kein stabiles Haus gebaut werden. Die Milli Görüs beabsichtigt die Rettung und die Glückseligkeit der gesamten Menschheit.“ (Milli Gazete vom 31. Oktober)

Den besonderen Missionsgedanken und Alleinvertretungsanspruch der Bewegung brachte Erbakan anlässlich des Jahrestages ihrer Gründung zum Ausdruck:

Ziel:
„Errichtung einer
neuen Welt“

„Mittlerweile kennt nicht nur die Türkei die Milli Görüs, sondern die ganze Welt. Die Milli Görüs ist nicht mehr die Befreiungsbewegung der Türkei. Sie ist die Bezeichnung für die Befreiung der gesamten Menschheit und für die Errichtung einer neuen Welt. [...] Die letzten 37 Jahre haben ganz offensichtlich bewiesen, dass die Rettung ausschließlich bei der Milli Görüs liegt. [...] Daher feiern wir, wenn wir die Milli Görüs feiern, eigentlich die Rettung der Menschheit.“ (Milli Gazete vom 10. August)

Selbstdarstellung und versuchte Einflussnahmen

Die Organisation, die in vielen europäischen Ländern, aber auch in Australien und Nordamerika, vertreten ist, hat ihren Schwerpunkt in Deutschland als dem Staat mit den meisten im Ausland lebenden Türken. Trotz ihrer ideologischen Nähe zur **Milli Görüs**-Bewegung des Necmettin Erbakan, welche die **IGMG** in Widerspruch zu westlich-demokratischen Werten setzt, bekundet sie nach außen den Wunsch nach Integration und zugleich nach Religionsfreiheit, stellt sich gemäßigt und dialogbereit dar und gibt Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Ihre Repräsentanten vermeiden in der Öffentlichkeit extremistische Aussagen, nicht zuletzt auch, um den Verfassungsschutzbehörden keine Angriffsflächen zu bieten. In einem Interview mit dem Wiesbadener Kurier vom 2. November sprach Ücücü von einem „Perspektivwechsel“ innerhalb der **IGMG**, etwa seit Mitte der 90er Jahre. Gleichzeitig betonte er, dass der Verband seine historischen Wurzeln nicht verleugne.

Verbindungen
zu islamischen
Verbänden

Die **IGMG**, die nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland vertritt, bemüht sich, als seriöse Ansprechpartnerin im politischen, sozialen und kirchlichen Raum zu erscheinen. In islamischen Dachverbänden wie dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) nimmt sie Einfluss. Die enge Beziehung zwischen beiden Organisationen wird daran deutlich, dass der heutige Vorsitzende des Islamrates von 2000 bis 2002 Generalsekretär der **IGMG** war. Des Weiteren besteht über Ibrahim El-Zayat, der die **EMUG** vertritt und Präsident der **IGD** ist, eine Verbindung zum Dachverband Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden).

Strukturen

Die Organisation gliedert sich - eigenen Angaben zufolge - in einen Dachverband mit Sitz in Kerpen (Nordrhein-Westfalen) und in 30 europäische Regionalverbände mit mehr als 500 Moscheegemeinden. 15 Regionalverbände und mehr als 300 Ortsvereine bzw. Moscheen befinden sich allein in Deutschland, in Hessen sind es etwa 30 Ortsvereine. Die Regionalverbände fungieren als Bindeglied zwischen der Zentrale und den lokalen Einrichtungen. Sie nehmen koordinierende Aufgaben wahr, d. h. insbesondere in den Bereichen Religion, Bildung und Kultur. Die Ortsvereine stellen die Infrastruktur zur Verfügung und bieten u. a. für Jugendliche, Frauen und Studenten eine Vielzahl von Aktivitäten an. Darüber hinaus gibt es im Umfeld der **IGMG** eine Sterbekasse sowie Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften. Ihren Immobilien- und Liegenschaftsbesitz verwaltet die **EMUG**. Auch in der **FIOE**, dem europäischen Dachverband **MB**-naher Organisationen, ist die **IGMG** Mitglied.

Jugendarbeit

Neben Aktivitäten auf religiösem, kulturellem und sozialem Gebiet (Koran-Lesewettbewerbe, Computerkurse) ist für die **IGMG** die Beeinflussung türkischer und türkischstämmiger Kinder und Jugendlicher politisch besonders wichtig. Die Bedeutung von Erziehung und „Rechtleitung“ betont Erbakan immer wieder: „Die stärkste Kraft eines Staates sind nicht die Panzer und die Finanzen. Was denn dann? Seine gläubigen Kinder. Der Beweis: Sie machen die gesamte Geschichte unserer Nation aus. Die stärkste Kraft sind gläubige Kinder.“



Die Heranwachsenden sucht die **IGMG** mit zahlreichen Sport- und Freizeitangeboten und anderen Aktivitäten an sich zu binden. Seit Januar gab der Kinderklub der Organisation in türkischer Sprache eine neue Zeitung mit dem Namen **Gökkusagi** (übersetzt **Der Regenbogen**) heraus. Auf spielerische Weise (Comics, Bastelanleitungen, Malvorlagen) sollen schon Kinder im Vorschulalter mit der Organisation und ihrer Ideologie vertraut gemacht werden. Außerdem offeriert sie in den Schulferien Koranschulungen, die sowohl als Tages-, aber auch als Internatskurse durchgeführt werden. Während des Schuljahres werden Hausaufgaben- und Nachhilfekurse angeboten. Massiv fordert die **IGMG** Eltern dazu auf, Kinder in ihre Koranschulen zu schicken. Zudem finden regelmäßig Koranlesewettbewerbe statt, über die in der „Milli Gazete“ ausführlich berichtet wird. Auf diese Weise versucht die **IGMG** Kinder und Jugendliche von der westlichen Gesellschaft fernzuhalten und von frühester Kindheit an und in allen Lebensbereichen im Sinne eines islamistischen Weltbildes zu indoktrinieren. In einem türkisch-anatolischen Jugendverein erklärte ein **Milli Görüs**-Vertreter:

Angebote
für Kinder und
Jugendliche

„Wir durchleben eine außergewöhnliche Phase. Daher müssen wir noch eifriger und enthusiastischer als in der Vergangenheit sein. Wir müssen in Europa und ihr müsst in der Türkei mit höchstem Eifer daran arbeiten, damit die Milli Görüs wieder an die Macht kommen kann. Denn die Rettung der islamischen Welt, die in der heutigen Zeit vielleicht ihre schwärzeste Phase durchlebt, kann nur mit der Türkei gelingen. Wir, die in Europa lebenden Gefährten Mohammeds, unterwerfen uns den Befehlen unseres Hodschas Erbakan.“ (Milli Gazete vom 29. Mai)

Die Zeitung Milli Gazete (Nationale Zeitung)

Die türkische Tageszeitung Milli Gazete bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen der **IGMG** und der **Milli Görüs**-Bewegung in der Türkei und ist von zentraler Bedeutung für die Verbreitung von deren ideologischen Grundprämissen. Die Zeitung, die in Deutschland mit einem um Nachrichten aus Europa erweiterten Teil als sogenannte Europaausgabe erscheint, wird von der Milli Verlags- und Pressevertrieb GmbH mit Sitz in Mörfelden-Walldorf (Landkreis Groß-Gerau) herausgegeben. In Deutschland wird die Milli Gazete im Abonnementverfahren vertrieben. Die Gesamtauflage der Zeitung in der Türkei und in Europa beträgt nach eigenen Angaben 600.000; die Europaaufgabe liegt bei rund 3.000.

Die Europa-Ausgabe berichtet über die **IGMG** in Deutschland. Das enge Verhältnis zeigt sich darin, dass die Milli Gazete täglich das Vereinsleben der **IGMG** schildert und in Anzeigen auf Veranstaltungen hinweist. Es sollen aber nicht nur Mitglieder der **IGMG** durch die Zeitung gezielt angesprochen werden, sondern eine beträchtliche Anzahl von bekannten **IGMG**-Mitgliedern sowie Vereinen nutzt die Milli Gazete für private Anzeigen.

In der Ausgabe vom 14. November erklärte die Milli Gazete die Ideologie von **Milli Görüs** und führte aus, dass sie sich selbst als ihre Hand, ihren Fuß, ihr Auge und ihr Ohr betrachte.

Wie alljährlich fanden in den Sommerschulen Kurse für etwa acht bis 14 Jahre alte Kinder und Jugendliche statt. Die **IGMG** warb hierfür auf ihrer Homepage, aber auch in Moscheen und in der „Milli Gazete“. Als Lernziele gab die Organisation u. a. vor, eine „islamische Identität zu entwickeln“, ferner das Erlernen und die Beherrschung der türkischen Sprache als Teil der islamischen Identität, da dadurch die „eigene Kultur in Europa präsentiert werden könne“: An den Kursen nahmen rund 20.000 Jugendliche teil, d. h. etwa 5.000 weniger als im Jahr zuvor. In Hessen fanden z. B. in Offenbach am Main, Hanau, Herborn, Frankfurt am Main, Darmstadt und Wetzlar Sommerkurse statt. Führungskräfte der **IGMG**-Jugend in Hessen wurden eigens in speziellen Internatskursen ausgebildet.

In der dreiteiligen – für Kinder und Jugendliche konzipierten – Buchreihe mit dem Titel „Temel Bilgiler“ („Grundwissen“) bezeichnet die **IGMG** den Islam als einzige Religion der Wahrheit, während Judentum und Christentum verfälschte Religionen seien. Der Jihad sei eine Art der Gottesverehrung, die sowohl mit dem Körper als auch dem Vermögen und unter Einsatz des Lebens geführt werde. Wünschenswert sei, dass das Volk nicht gegen Allah rebelliere, sondern ihm gehorche. Die Rechte der Frauen werden auf die Sorge um den Mann für Kleidung und Nahrung reduziert. Bei den Sommerkursen wird diese Buchreihe verwendet.

„Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“

Bei dem „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ im Juni in Hasselt (Belgien), zu dem 25.000 bis 30.000 Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet und den europäischen Nachbarländern angereist waren, beklagte der **IGMG**-Generalsekretär Oguz Ücücü u. a., dass in Deutschland eine „Religion, eine ganze Zivilisation, eine Lebensweise verurteilt, zur Zielscheibe gemacht und als das Andere etabliert“ werde:



Eine „Islamische Identität“ entwickeln



„Berichte über uns werden veröffentlicht, unsere Einbürgerungsanträge und Moscheebauanträge werden abgelehnt, selbst der Status der Gemeinnützigkeit wird einigen Gemeinden aberkannt. Dabei möchte ich feststellen: Wenn die Ursache dieser Probleme darin liegt, dass unser Integrationsverständnis Assimilation ablehnt, dass wir uns Koran und Sunna verbunden fühlen, dann nehmen wir diese Schwierigkeiten gerne auf uns.“

Islam „zur Zielscheibe gemacht“

Außerdem wehrte sich Ücücü gegen angeblich ungerechtfertigte Vorwürfe und unzutreffende Aussagen öffentlicher Repräsentanten und Institutionen, auch des Verfassungsschutzes, gegen die die **IGMG** juristisch vorgehe. Per Liveschaltung wandte sich Necmettin Erbakan aus der Türkei an seine Anhänger und wies sie auf die Gültigkeit der Menschenrechte gleichermaßen für Muslime und Nichtmuslime hin.

Aktivitäten in Hessen

Die **IGMG** bot verschiedene Veranstaltungen an, so z. B. die Jugendorganisation in Groß-Gerau und in Frankfurt-Höchst Gebete, in Hanau wurde eine Qualifikation unter den Gemeinden in Hessen für den Koranwettkampf in Europa durchgeführt, die Frauenorganisation offerierte Unterhaltungsprogramme und ein Familienerziehungsseminar.

Bei einer Feier anlässlich des Mevlid-Festes (Geburtstag Mohammeds) unter dem Motto „Die Botschaft des Koran“ im April in der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main informierte der Bundesvorsitzende über Tätigkeiten der **IGMG** und betonte, dass die Organisation im Sinne des Islam „für die Glückseligkeit der ganzen Menschheit“ arbeite. Der hessische **IGMG**-Gebietsvorsitzende unterstrich, dass derlei Veranstaltungen „vor allem in Deutschland sehr viel zur Integration beitragen werden“ und sprach von der „Notwendigkeit der Wiederholung solcher Programme“ (Milli Gazete vom 18. April).

„Integrationsveranstaltungen“

„Für die Opfer der israelischen Massaker“ („Es sind unsere Kinder, die dort sterben“) rief die **IGMG** im August zu Spenden auf; im November verurteilte sie den „Staatsterror der israelischen Armee“ als „Verbrechen an der Menschlichkeit“ und unterstrich ihre „Solidarität mit den Palästinensern“.

Im Wiesbadener Stadtteil Biebrich verfolgt die **IGMG** nach wie vor das Projekt, einen früheren Supermarkt zu einem muslimischen Zentrum mit Gebets- und Veranstaltungsräumen umzubauen. Gekauft hatte das Anwesen die **EMUG**, um es an den **IGMG**-Ortsverein (rund 200 Mitglieder) zu vermieten.

Einbürgerungsverfahren

Anträge auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, von der **IGMG** bei ihren Mitgliedern eifrig propagiert, sind im Berichtszeitraum zurückgegangen.

Durch einen verbesserten rechtlichen Status ihrer Anhänger will es die **IGMG** ermöglichen, dass ihre Mitglieder politische Ämter wahrnehmen und somit größeren politischen Einfluss gewinnen. Auf diese Weise sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um islamistische Positionen in Deutschland besser durchsetzen zu können. Unterstützt bei der Realisierung des Vorhabens werden die Mitglieder durch zentral gefertigte Klagen gegen abgelehnte Einbürgerungsanträge bzw. verwaltungsgerichtlich bestätigte Ablehnungen. In Bezug auf letztere, gegen welche die **IGMG** Widersprüche eingelegt hat, sind Urteile der Verwaltungsgerichte Darmstadt und Wiesbaden noch nicht rechtskräftig.

Yeni Akit GmbH/Anadoluda Vakit

Verbot
rechtskräftig

Im Februar 2005 hatte das Bundesministerium des Inneren die **Yeni Akit GmbH** in Mörfelden-Walldorf (Landkreis Groß-Gerau) als Herausgeberin der Europa-Ausgabe der türkischen Tageszeitung **Anadoluda Vakit (Die Zeit Anatoliens)** verboten. In der Verfügung heißt es, dass in den Inhalten der Zeitung der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist und die herausgebende **Yeni Akit GmbH** sich damit eindeutig gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Durch ständig wiederholende, manipulierende Diffamierungen und Verschwörungsideen werden Juden systematisch



zum Feind stilisiert. Es wird der Eindruck vermittelt, dass Juden eine weltumspannende Verschwörung gebildet haben, welche die Ausbeutung und Vernichtung der Muslime zum Ziel hat. Juden werden als hinterhältig, blutrünstig, machtvessenen, hartherzig und profitsüchtig dargestellt. Die aggressive Agitation des Blattes ist geeignet, Hass und Rachegefühle zu wecken. Juden und Amerikaner werden als Unmenschen beschimpft, sie werden als absolut verachtenswert und minderwertig diffamiert.

Ein Vertrieb der Zeitung in Deutschland wurde seit dem Verbot nicht mehr festgestellt. Lediglich die Türkei-Ausgabe der **Anadoluda Vakit** ist über einen ausländischen Provider im Internet abrufbar, so dass das Verbot nicht greifen kann. Gegen das Verbot reichte der Verlag im März 2005 Klage beim Bundesverwaltungsgericht ein, verzichtete dann jedoch darauf, die Klage weiter zu betreiben, so dass das Verbot im Februar bestandskräftig wurde.

AUSLÄNDER
EXTREMIS
MUS

LINKSEXTREMISMUS

KURDISCHE LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)

Gründung:	1978 als Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), 2002 Umbenennung in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) und 2003 in KONGRA GEL
Leitung:	Zübeyir Aydar (Vorsitzender, Aufenthaltsort unbekannt)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen 1.200, bundesweit 11.500
Militärischer Arm:	Volksverteidigungskräfte (HPG), Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)
Medien (Auswahl):	Serxwebun (monatlich) und der deutschsprachige Kurdistan-Report (zweimonatlich), ROJ-TV (Fernsehsender), Internet-Präsenz
Betätigungsverbot:	Seit 26. November 1993

Entstehung und Struktur

Die von Abdullah Öcalan mitbegründete marxistisch-leninistische Organisation kämpfte ursprünglich für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“. Seit 1984 führte sie unter dem Namen **PKK** im Südosten der Türkei einen blutigen Guerillakrieg, in dem bislang über 30.000 Menschen ums Leben kamen. Nachdem in Deutschland ihre Anhänger massive Gewalttaten verübt hatten, verhängte der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot über die **PKK** und ihre Teilorganisationen. Trotz der 1999 erklärten Einstellung des bewaffneten Kampfes und des 2002 verkündeten „Friedenskurses“ bestehen weiterhin Kampfseinheiten im Südosten der Türkei und im Nord-Irak, die Anschläge verüben. Auf die Forderung nach einem autonomen Staat „Kurdistan“ verzichtete die **PKK**. Statt dessen strebt sie seit Jahren eine kulturelle Autonomie an, ohne die bestehenden Grenzen in Frage zu stellen.

Als es der **PKK** 2002 auch durch eine Umbenennung in **KADEK** nicht gelang, den Makel des Terrorismus abzustreifen und als politische Gesprächspartnerin akzeptiert zu werden, wechselte sie im Jahr darauf erneut den Namen. Da Ideologie, Struktur und personelle Zusammensetzung weitgehend unverändert blieben, erstreckt sich das Betätigungsverbot auch auf den gegenwärtigen **KONGRA GEL**. Der Rat der Europäischen Union setzte die mehrfach umbenannte Organisation 2002 und 2004 auf die EU-Terrorliste.

Auf der
EU-Terrorliste

Der **KONGRA GEL** ist in seinem öffentlichen Erscheinungsbild besonders von dem um Abdullah Öcalan betriebenen Führerkult und von der großen Mobilisierungsfähigkeit der Anhängerschaft geprägt. Ob-



**Straff geführte
Kaderorganisation**

wohl er sich seit 1999 in türkischer Haft befindet, bestimmt er nach wie vor die politische Ausrichtung. Auch wenn nur eine kleine Minderheit der rund 500.000 in Deutschland lebenden Kurden dem **KONGRA GEL** zuzurechnen ist, tritt die Organisation mit einem Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden auf. Versucht sie sich nach außen als demokratisch darzustellen, ist sie in Wirklichkeit eine straff hierarchisch geführte links-extremistische Kaderorganisation. Deutschland, das für den **KONGRA GEL** den Schwerpunkt in Europa bildet, ist in Regionen („Serits“) aufgeteilt, die wiederum in Gebiete („Bölge“) untergliedert sind. In Hessen bestehen die Gebiete Kassel, Gießen, Frankfurt am Main und Darmstadt. Der Parteiapparat arbeitet konspirativ, unter Decknamen operieren ab Gebiets-ebene aufwärts hauptamtliche Funktionäre, die häufig ausgetauscht werden.



Zahlreiche Organisationen tragen die Aktivitäten des **KONGRA GEL** u. a. in Deutschland:

- ▶ Propaganda- bzw. Frontorganisation (politischer Arm):
Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft Kurdistans (CDK), Sitz unbekannt
- ▶ Dachorganisation für Europa:
Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD), Sitz in Brüssel (Belgien), ihr gehören rund 165 Vereine an
- ▶ Dachorganisation für Deutschland:
Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM), Sitz in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen), ihr gehören rund 60 Vereine an

Der **KONGRA GEL** unterhält darüber hinaus so genannte Massenorganisationen für bestimmte Zielgruppen, z. B.:

- ▶ **Vereinigung der demokratischen Jugendlichen (KOMALEN CIWAN)**
- ▶ **Union der stolzen Frauen (KJB)**
- ▶ **Partei der freien Frauen Kurdistans (PJA)**
- ▶ **Union der freien Frau (YJA), Selbstverteidigungsorganisation der Frauenguerilla (YJA-STAR)**
- ▶ **Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK)**
- ▶ **Verband der Juristen aus Kurdistan (YHK)**

Weitere Nebenorganisationen sind:

- ▶ **Kurdischer Arbeitgeberverband e. V. (KARSAZ)**, Sitz in Frankfurt am Main
- ▶ **Kurdischer Roter Halbmond e. V. (HSK – Abkürzung für Heyva Sor a Kurdistane)**

„Demokratischer Konföderalismus Kurdistans“

**Ziel:
Staatsübergreifende
kurdische
Konföderation**

Mit der Verkündung des auf Öcalan zurückgehenden Prinzips des „Demokratischen Konföderalismus Kurdistan“ im Mai 2005 verfolgte der **KONGRA GEL** das Ziel, einen Bund kurdischer Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, im Iran und Irak (**Koma Komalen Kurdistan, KKK - Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan**) zu schaffen:

„Für Kurdistan konkretisiert sich der demokratische Konföderalismus als eine Bewegung, die das Selbstbestimmungsrecht nicht als Recht zur nationalistischen Staatsgründung auslegt, sondern ungeachtet der politischen Grenzen eine authentische Demokratie anstrebt. In einer zu schaffenden kurdischen Struktur bildet diese Bewegung Föderationen in den kurdischen Gebieten des Irans, der Türkei, Syriens und des Irak. Diese Föderationen bilden wiederum auf höherer Ebene eine konföderale Struktur.“ („Deklaration des demokratischen Konföderalismus“)

Innerhalb des **KKK** soll die eigentliche Entscheidungsbasis beim „Volk“ liegen, wobei der **KONGRA GEL** als legislatives Organ den höchsten „demokratischen Volkswillen“ vertreten soll. Das Modell des „Demokratischen Konföderalismus“ sieht u. a. die Einrichtung von „Volksräten“ als Vertretungsorgane für das kurdische Volk im Sinne eines basisdemokratischen Organisationsaufbaus vor. In den kurdischen Siedlungsgebieten, aber auch in Deutschland, schreitet der Aufbau der „Volksräte“ nur langsam voran. Den Gebietsvolksrat Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) erklärte ein Führungsfunktionär der **CDK** zum „Pilotprojekt“ für Deutschland. In Hessen wurden „Gebietsvolksräte“ in Frankfurt am Main und in Kassel sowie in untergeordneten Teilgebieten gegründet.

„Volksräte“ als Organisationsform

Auf Grund der Erfahrungen mit früheren Strukturveränderungen ist zu erwarten, dass sich eine demokratische Kultur innerhalb des von Befehl und Gehorsam geprägten **KONGRA GEL** jenseits der Rhetorik der Spitzenfunktionäre wohl kaum entwickeln wird.

Unruhen und Anschläge in der Türkei

Nachdem Guerillaeinheiten des **KONGRA GEL** 2004 ihren „einseitigen Waffenstillstand“ für beendet erklärt hatten, ereigneten sich im Rahmen der jährlichen so genannten „Frühjahrsoffensive“ vermehrt bewaffnete Zusammenstöße zwischen Armee und Guerilla im Südosten der Türkei und in deren Folge Terroraktionen seitens der **HPG** und der **TAK**.



Im März kam es in Diyarbakir, dem Zentrum der Kurden im Südosten der Türkei, zu Straßenkämpfen mit mehreren Toten und Hunderten von Verletzten. Bei den schwersten Unruhen seit Jahren – anlässlich der Beerdigung von **HPG**-Kämpfern, die bei Gefechten mit der türkischen Armee ums Leben gekommen waren – beschädigten Demonstranten Regierungsgebäude, Polizeistationen, Banken, Geschäfte und Autos. Die Ausschreitungen griffen auf andere Orte im kurdischen Siedlungsgebiet über und erfassten auch Städte in der westlichen Türkei. Bei Brand- und Sprengstoffattentaten starben drei Menschen.

Zu den Anschlägen im Westen der Türkei bekannten sich die 2004 erstmals in Erscheinung getretenen **TAK**: „Unser heldenhafte Kampf gegen den faschistischen türkischen Staat, der weiterhin auf seiner dreckigen Politik gegen das heldenhafte und ehrenhafte kurdische Volk besteht, und seine Einrichtungen dauert an“. Als eine aus der Guerillaarmee der **HPG** hervorgegangene Terrorgruppe sind die **TAK** als **KONGRA GEL**-gesteuert einzuschätzen. Sie sollen, so die Aussage eines ehemaligen Funktionärs, ausschließlich zivile Ziele in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft und Verwaltung angreifen. Die **TAK** drohten, ihre (Bomben-)Anschläge fortzusetzen, falls die Regierung ihre „schmutzige Kurdenpolitik“ beibehalte.

Anschläge auf Tourismus, Wirtschaft und Verwaltung



Im Sommer begingen die **TAK** weitere Attentate auf Touristenzentren, bei denen es mehrere Tote und zahlreiche Verletzte gab, darunter auch Deutsche und Kinder. Die Terroristen erklärten, die „Inhaftierung unseres historischen Führers“ Öcalan sei der Grund, die „blutsaugende, ausbeuterische und faschistische türkische Republik in Brand [zu] setzen und zum Einsturz zu bringen“. Solange Öcalan gefangen sei, werde die Türkei „Blut spucken, werden an jeder ihrer Ecken unsere Bomben explodieren“. In Deutschland leitete der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen

Unbekannt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland sowie wegen versuchten Mordes ein.

Offensichtlich will die Terrorgruppe nicht nur ausländische Urlauber abschrecken, sondern die Türkei wirtschaftlich schwächen und in eine politische Krise stürzen. Im Internet veröffentlichten die **TAK** an potenzielle Selbstmordattentäter gerichtete Anleitungen zum Bau von Bomben. Ein in der Türkei verhafteter Kurde gestand, er sei im Nord-Irak, wo sich angeblich 3.000 bis 5.000 **HPG**-Kämpfer befinden, zum Terroristen ausgebildet worden und habe Anschläge auf touristische Einrichtungen geplant.

In Deutschland sind Strukturen der **TAK** bisher nicht bekannt geworden, im Internet appelliert sie aber auch auf deutsch an die „kurdische Jugend“:

Aufrufe zu Anschlägen

„Ihr könnt jegliche großen oder kleinen Brand- und Zerstörungsanschläge unternehmen. Ihr müsst die Türkei in einen Ort, schlimmer als Frankreich, verwandeln. Die Phase selbst, in der wir uns befinden, gibt den Befehl, diese Aufgabe auszuführen und Initiative zu ergreifen. Wir rufen die mutigen und heldenhaften kurdischen Jugendlichen auf, innerhalb unserer Reihen aktiver zu kämpfen.“ (Aufruf „An unser Volk und die Öffentlichkeit“)

Offiziell leugnen sowohl der **KONGRA GEL** als auch die **HPG** Verbindungen zu den **TAK**. Entsprechend verurteilte der **KONGRA GEL** die Anschläge und machte die Regierung in Ankara für die mit Gewalt aufgeladene Atmosphäre verantwortlich.

Aufruf zum Waffenstillstand

Forderung: Straffreiheit für alle Kämpfer

Mitte August bot der Kommandeur der **HPG** und Vorsitzende des Exekutivrates des **KONGRA GEL** an, eine Waffenruhe auszurufen. Bedingung war Straffreiheit für alle Guerillakämpfer, Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache und Gewährung von Autonomie für die Kurden. Ende September folgten die **HPG** schließlich einem Appell Öcalans zu einer „Waffenruhe ohne Vorbedingungen“, beginnend mit dem 1. Oktober. Die Dauer solle von entsprechenden Schritten der türkischen Regierung abhängen. Die **HPG** würden nach wie vor das Recht auf legitime Selbstverteidigung wahrnehmen, falls das türkische Militär „Vernichtungsangriffe“ durchführe.

Öcalan forderte durch seine Anwälte im November die Türkei auf, bis zum Frühjahr 2007 eine klare Antwort auf den vom **KONGRA GEL** einseitig erklärten Waffenstillstand zu geben. Der türkische Ministerpräsident wies die Aufforderung zurück und verlangte von der Guerilla, ihre Waffen abzugeben. An einen Erfolg der einseitigen Waffenruhe scheint Öcalan nicht zu glauben. Als Reaktion auf die fortdauernden Operation des türkischen Militärs erklärte er im Dezember:

Rücknahme der Waffenstillstands-erklärung?

„Wenn die Lage sich so weiterentwickelt, sind wir gezwungen, die Aussagen bezüglich des Friedens [...] zurückzunehmen. [...] Die Kurden haben Zeit bis zum Frühjahr. In diesen drei Monaten sollten sie ausführlich diskutieren. Ich werde die Verantwortung für die Ergebnisse, die sich aus dieser Situation ergeben, in keiner Weise übernehmen.“

Friedliche Veranstaltungen und Gewalt in Deutschland

Im Unterschied zu den von ihm veranlassten Gewaltaktionen in der Türkei verfolgt der **KONGRA GEL** in Deutschland seit Jahren einen „Friedenskurs“. In der Hauptsache beschränken sich die Veranstaltungen der Anhänger und Sympathisanten auf Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Informationsstände.

Anlässlich des siebten Jahrestages der Verhaftung Öcalans fanden im Februar europaweit Protestaktionen statt. Auch deutsche Großstädte waren betroffen, u. a.

kam es in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) zu einem dreitägigen Hungerstreik; in Gießen, Köln und Aachen (Nordrhein-Westfalen) fanden Lesungen aus den Verteidigungsschriften Öcalans statt.



MESA AZADI Û CAHESBERTVA PIRSGIHEKA KURD
NEWROZ
DAS FEST DER FRIEDENS, DER FREIHEIT UND DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

In Frankfurt am Main führte die **YEK-KOM** im März das jährliche kurdische Neujahrsfest Newroz („neuer Tag“) durch. An der friedlich verlaufenen Großveranstaltung, die – im Gegensatz zum Vorjahr – bundesweit wieder zentral stattfand, nahmen rund 15.000 Personen teil. Einige Demonstranten trugen T-Shirts mit dem Aufdruck „Freiheit für Öcalan“ und dessen Porträt. Vereinzelt wurden Abzeichen verbotener Organisationen gezeigt. In Darmstadt

Zentrale „Newroz-Feier“ in Frankfurt am Main

führte der dortige **YEK-KOM**-Verein eine regional begrenzte Newroz-Veranstaltung mit etwa 70 Personen durch. Kurzzeitig wurde auch hier ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan – Frieden für Kurdistan“ gezeigt.

Nach den Unruhen in Diyarbakir (Türkei) im März protestierten **KONGRA GEL**-Angehörige in mehreren deutschen Städten (Köln, Hamburg, Bremen, München, Heilbronn/Baden-Württemberg) überwiegend friedlich. Zu Sachbeschädigungen und (versuchten) Brandanschlägen kam es jedoch u. a. in Berlin und Dortmund (Nordrhein-Westfalen). In Hessen demonstrierten im April Sympathisanten in Frankfurt am Main vor dem türkischen Generalkonsulat, wo sie einen Trauerkranz niederlegten, außerdem in Gießen, Hanau (Main-Kinzig-Kreis) und Kassel. Daran nahmen jeweils bis zu 200 Personen teil.



Im Juni fand in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) das 3. Internationale Zilan-Frauenfestival („Die Friedenssolidarität der Frauen gegen jede Art von Gewalt und Krieg“) mit 3.000 Teilnehmerinnen statt. In Köln (Nordrhein-Westfalen) führte die **YEK-KOM** im Juli das 9. Mazlum Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival durch. Viele Teilnehmer zeigten Poster von Öcalan und Fahnen der **KKK**.

Internationales Kurdisches Kulturfestival

Größtes bundesweites Ereignis war, wie bereits in den vergangenen Jahren, das von der **YEK-KOM** organisierte 14. Internationale Kurdische Kulturfestival („Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“), das Anfang September in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) mit rund 45.000 Teilnehmern aus Deutschland und dem benachbarten Ausland stattfand. U.a. wurde eine Verlautbarung Öcalans vorgelesen, worin er sich für einen Waffenstillstand aussprach.

Im Rahmen einer europaweiten Kampagne fanden sich im November in Frankfurt am Main, organisiert vom Mesopotamischen Kulturzentrum e. V., auf dem Platz vor der Alten Oper vor allem Anhängerinnen des **KONGRA GEL** ein, um gegen Ehrenmorde und Gewalt in der Familie zu demonstrieren. Vor etwa 150 Frauen, offen-



sichtlich Angehörige der **YJA**, erklärte eine Sprecherin, dass die „patriarchalische Denkweise nur durch Frieden und Demokratie überwunden“ werden könne.

Darüber hinaus verübten **KONGRA GEL**-Anhänger aber auch Gewalttaten in Deutschland. So zeichnete die Jugendorganisation **KOMALEN CIWAN** Anfang des Jahres für mehrere Brandanschläge u. a. in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hamburg und Berlin verantwortlich. Hintergrund war die im Dezember 2005 von einem türkischen Gericht verhängte 20-tägige Einzelhaftstrafe gegen Öcalan wegen unzulässiger „Parteipropaganda“

Brandanschläge in der Türkei

während eines Gespräches mit seinen Anwälten. Der **KONGRA GEL** sah darin einen „umfassenden Angriff auf das kurdische Volk und rief zu einer Intensivierung der „demokratischen Aktionen“ auf. Als Reaktion auf die „verschärften“ Haftbedingungen Öcalans ließ die **KOMALEN CIWAN** im türkisch-irakischen Grenzgebiet in einer Erklärung verlauten, dass jede Aktion der gesamten kurdischen Jugend legitim sei:

„Es ist der Tag, an dem wir angesichts der Einzelhaft unserer Führung einen Kreis aus Feuer um unseren Führer bilden und uns opfern. Heute ist der Tag, an dem wir uns für unsere Freiheit und Ehre einsetzen, alle Orte in Feuer verwandeln und überall den Serhildan [Aufstand] ausweiten. Wir rufen die gesamte kurdische Jugend, insbesondere die in Amed [in Diyarbakir], auf, in allen Gebieten den Serhildan auszuweiten.“

Auch in Hessen folgten kurdische Jugendliche dem Aufruf aus dem Ausland und begingen Brandanschläge. In Roßdorf (Landkreis Darmstadt-Dieburg) warfen Jugendliche im Januar zwei Molotow-Cocktails und einen brennenden Autoreifen von einer Brücke auf eine Bundesstraße. Am Brückengeländer stellte die Polizei ein Transparent mit der Aufschrift „Eine Lösung ohne Öcalan für Kurden ist zu vergessen“ sicher. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich später in Darmstadt-Eberstadt. Hier nahm die Polizei fünf, den Sicherheitsbehörden zum Teil bekannte Personen fest.

*Nachahmungstaten
in Deutschland*

Durchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen, Reaktionen

Im Januar durchsuchte die Polizei in Osnabrück (Niedersachsen), Bielefeld, Gütersloh und Rheine (alle Nordrhein-Westfalen) und in Friedberg (Wetteraukreis) 14 Objekte wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz im Zusammenhang mit der jährlichen Spendengeldaktion des **KONGRA GEL**. Die **YEK-KOM** verurteilte die Durchsuchungen als Kriminalisierung der Kurden. Anfang Februar verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf zwei **KONGRA GEL**-Funktionäre wegen Mitglied- bzw. Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung.

*Maßnahmen
gegen Funktionäre*

Im August verhaftete die Polizei zwei hochrangige **KONGRA GEL**-Führungskader wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung. Ein weiterer Führungsfunktionär, der Leiter der **CDK**, wurde fast zeitgleich in den Niederlanden festgenommen. Auf entsprechende Aufrufe von **KKK** und **KNK** sowie nach einer Pressekonferenz bei der vom Vorsitzenden der **YEK-KOM** das Ende der „Verbots- und Kriminalisierungspraxis“ gefordert wurde, kam es in Berlin, Köln (Nordrhein-Westfalen) und Stuttgart (Baden-Württemberg) für mehrere Tage zu Hungerstreiks. In vielen anderen Städten wurden themenbezogene Informationsstände und Demonstrationen durchgeführt. In Hessen stellten Mitglieder des Frankfurter **YEK-KOM**-Vereins einen Infostand in der Innenstadt auf. Ende August fanden friedliche Protestversammlungen bzw. Aufmärsche in Frankfurt am Main, Darmstadt, Fulda und Gießen statt, eine weitere Veranstaltung im September in Kassel. Sie alle standen unter dem Motto „Protest gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung der Kurden in Deutschland“, jeweils bis zu 160 Personen nahmen daran teil.

*Festnahme in
Frankfurt am Main*

Auf der Grundlage eines türkischen Rechtshilfeersuchens nahm die Polizei Ende August in Frankfurt am Main einen in Hessen wohnhaften kurdischen Unternehmer fest. In der Türkei in Abwesenheit zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt, wird ihm die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Im Oktober verurteilte das Oberlandesgericht Celle einen hohen Funktionär des **KONGRA GEL**, der in Darmstadt festgenommen worden war, wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der Beschuldigte unter einem Decknamen als Finanzverantwortlicher sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Organisation in Deutschland kontrolliert hatte.

Im Oktober durchsuchte die Polizei etwa 20 Objekte in Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Umfangreiches Beweis- und Propagandamaterial wurde sichergestellt.

Medien

Für seine Propaganda nutzt der **KONGRA GEL** unverändert vor allem den über Satellit auch in Deutschland zu empfangenen Fernsehsender **ROJ-TV** sowie verschiedene Print-Medien. Dazu gehörte u. a. die bis September 2005 von der **E.Xani Presse- und Verlags-GmbH** in Neu-Isenburg (Landkreis Offenbach) herausgegebene Tageszeitung **Özgür Politika (ÖP)**, die als „Sprachrohr“ des **KONGRA GEL** galt. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im Dezember 2005 die gegen den Verlag gerichtete Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern aus rechtlichen Gründen aufgehoben hatte, erschien im Januar zum ersten Mal die vorwiegend in türkischer Sprache verfasste Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP – „Neue Freie Politik“). Mit anderer Geschäftsadresse hat auch sie ihren Sitz in Neu-Isenburg.



*Neue Zeitung
erschienen*

Der Direktor der herausgebenden Medya Presse- und Werbeagentur GmbH erklärte: „Die Özgür Politika war eine Zeitung, die seit elf Jahren existierte. Ihr Name war zu einem Markenzeichen geworden. Sie hatte Werte geschaffen. Und wir haben uns für den Namen Yeni Özgür Politika entschieden.“ Autoren, die bereits für die **ÖP** geschrieben hätten, seien auch in der YÖP vertreten. Tatsächlich veröffentlichte die Zeitung bislang in Bezug auf Inhalt und Wortwahl mit der **ÖP** vergleichbare Artikel. Dazu gehören z. B. Berichte über Veranstaltungen der **YEK-KOM** oder Hinweise zu Gedenkveranstaltungen für gefallene Guerillakämpfer der **HPG**. Ebenso wie die **ÖP** ist die YÖP an zahlreichen Verkaufsstellen erhältlich.

Finanzierung

Zur Finanzierung der Propaganda, des Parteiapparates und der Aufrechterhaltung der Guerillaeinheiten benötigt der **KONGRA GEL** erhebliche Geldsummen. Diese werden durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Veranstaltungen und den Verkauf von Publikationen erbracht, vor allem aber durch die jährliche „Spendenkampagne“ bei Kurden und kurdischen Firmen. Sie bringt mehrere Millionen Euro ein. Erwartet wird hier von den „Spendern“ ungefähr die Abgabe eines Monatseinkommens. Darüber hinaus ist bekannt, dass auch bei kriminellen Kurden, wie z. B. Drogenhändlern, höhere Geldsummen abgeschöpft werden. Den einzelnen Parteigliederungen werden hohe Beträge vorgegeben. Spendengelder werden auch in Form von Drohungen und Gewalt eingetrieben. Insgesamt war das Spendenaufkommen, wie in den Jahren zuvor, weiter rückläufig. Zahlungsunwillige oder Mitglieder, die sich von der Organisation getrennt haben bzw. eine Trennungsabsicht erkennen lassen, werden ebenso unter Druck gesetzt oder bestraft wie Personen, die sich negativ über den **KONGRA GEL** äußern. Das Ausmaß dieser Bestrafungsaktionen, das bis vor wenigen Jahren noch bis zur Tötung reichte, nahm weiterhin ab. Bedrohungen, Nötigungen und Körperverletzungen kamen aber immer noch vor.

*Spenden-
aufkommen
weiterhin
rückläufig*

TÜRKISCHE LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN

Das linksextremistische türkische Spektrum setzt sich aus teilweise konkurrierenden und miteinander zerstrittenen bzw. verfeindeten Gruppen zusammen. Alle revolutionären Marxisten eint aber das Bestreben, einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei

*Ziel:
Gewaltsamer Um-
sturz in der Türkei*

zur Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft herbeizuführen. Von Deutschland aus unterstützen diese Gruppen politisch und finanziell den bewaffneten Kampf ihrer Organisationen im Heimatland. Beherrschendes Agitationsthema sind nach wie vor die seit 2000 in türkischen Haftanstalten organisierten Hungerstreiks, die sich gegen die als Isolationsfolter bezeichnete Verlegung „politischer Gefangener“ aus Großraumzellen in Einzelzellen richten.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)

Leitung:	Dursun Karatas (Aufenthaltsort unbekannt)
Anhänger/Mitglieder: Militärischer Arm:	In Hessen etwa 80, bundesweit etwa 700 Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC)
Betätigungsverbot:	Seit dem 13. August 1998

Bekanntnis zur Gewalt – Anschläge

Die marxistisch-leninistische **DHKP-C** ist aus der 1983 verbotenen **Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)** hervorgegangen. Die blutig ausgetragenen Auseinandersetzungen mit einer rivalisierenden Gruppierung gehören der Vergangenheit an, nachdem die **DHKP-C** 1998/99 für Deutschland und Europa einen Gewaltverzicht erklärt hatte. In Bezug auf die Türkei befürwortet die Organisation aber unverändert terroristische Aktionen in Form von Tötungen sowie Brand- und Sprengstoffanschlägen. 2002 wurde die **DHKP-C** in die von der EU geführte Liste terroristischer Organisationen aufgenommen.



„Revolution als
Ausweg aus
Abhängigkeiten“

Ziel der Gruppe ist die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates, um ihn durch ein marxistisch-leninistisches Regime unter ihrer Führung zu ersetzen. Im Internet bekannte sich die Organisation Ende März anlässlich des zwölften Jahrestages ihrer Gründung zur „Revolution für die Völker der Türkei“ als dem einzigen Weg, der aus der Abhängigkeit von „Imperialismus und der Macht der Oligarchie“ führe. Während die **DHKP-C** im Internet ausdrücklich den bewaffneten Kampf befürwortet, verübt der militärische Arm, die **DHKC**, in der Türkei immer wieder terroristische Anschläge. Im Februar bekannte sie sich in zwei Erklärungen zu in der Türkei durchgeführten „Bestrafungsaktionen“ gegen Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden.

„Todesfasten“

In einer Anfang Januar veröffentlichten Internet-Erklärung erinnerte die **DHKC** an den fünften Jahrestag der zwangsweisen Verlegung „politischer Gefangener“ in neu erbaute Haftanstalten mit Einzelzellen. Bei den Unruhen waren damals rund 30 Häftlinge ums Leben gekommen. Nach Darstellung der **DHKC** habe man die für das „Massaker“ Verantwortlichen bis heute weder verhaftet noch verurteilt. Statt dessen seien die Gefangenen einer „noch nie zuvor erlebten Brutalität“ ausgesetzt worden. Als Antwort habe man im Dezember 2005 in Istanbul auf dem Firmengelände eines „Monopolkapitalisten“ eine Bombe gelegt und eine Woche später einen Polizeiwagen in Istanbul beschossen. Man werde den „Kampf für Gerechtigkeit fortsetzen und Rechenschaft verlangen“ für das „Massaker“ und die bisherigen „120 Toten durch Isolationshaft“.

Nachdem im Rahmen eines „Todesfastens“ ein **DHKC**-Anhänger, der sich seit Mai 2005 aus Protest gegen die „Isolationsfolter“ im Hungerstreik befunden hatte, Anfang des Jahres in türkischer Haft gestorben war, gedachte die Organisation des Verstorbenen im Internet und forderte: „Entweder die Isolationshaft wird beendet oder wir werden sie früher oder später brechen. Und an diesem Tag werden wir für das Blut an den Händen der Verantwortlichen Rechenschaft verlangen müssen.“ In Deutschland kam es zu kleineren friedlichen Protestkundgebungen. So versammelten sich im Januar jeweils etwa zehn Personen vor den türkischen Generalkonsulaten in Frankfurt am Main, Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) und Hamburg. In mehreren anderen Großstädten machten Aktivisten mit Spruchbändern auf den Sterbefall aufmerksam. Im Sommer führten Hungerstreik-Komitees europaweit eine 30-tägige Solidaritätskampagne (Demonstrationen, Infostände) durch, u. a. in Frankfurt am Main, um auf das „Todesfasten“ in der Türkei hinzuweisen. Die Veranstaltungen der **Solidaritätsvereine mit den Familien der Gefangenen (TAYAD)**, an der sich einige **DHKP-C**-Sympathisanten beteiligten, fanden in der Öffentlichkeit aber keine nennenswerte Resonanz.

Kampf gegen die „Isolationshaft“

Karikaturenstreit, Parteifest und Nahost-Konflikt

Kleinere Zusammenkünfte und Großveranstaltungen verlagerte die **DHKP-C** ins angrenzende Ausland. Polizeiliche Durchsuchungen von Vereinsräumen und Privatwohnungen mutmaßlicher Mitglieder üben einen hohen Verfolgungsdruck auf die mit einem Betätigungsverbot belegte Organisation aus.

Ende April feierte die **DHKP-C** den zwölften Jahrestag ihrer Parteigründung in den Niederlanden. Unter den 1.500 bis 2.000 Teilnehmern befanden sich auch Aktivisten aus Deutschland. In einer Erklärung wurde zum „Kampf gegen den Imperialismus“ und zur Solidarität mit Irak und Iran aufgerufen. Es wurde außerdem betont, dass man das „Todesfasten“ in den türkischen Haftanstalten fortsetzen wolle.

Den Streit um Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung (Karikaturenstreit) versuchte die **DHKC** für eigene Propagandazwecke zu nutzen und warf dem Westen Scheinheiligkeit bei der Ausübung von Meinungsfreiheit vor. Im Februar behauptete die **DHKC** im Internet, die vor allem nach den Anschlägen des 11. September 2001 von den USA „begonnene Welle der Feindschaft“ habe die EU „mit derselben Leidenschaft übernommen“. Besonders die „gegen die muslimische Bevölkerung herausgebrachten faschistischen und rassistischen Gesetze, das neue Ausländerrecht“ seien nun „offizielle Politik der EU-Länder“. Wer das Recht, dem „Faschismus“ Widerstand zu leisten, als Terrorismus bezeichne und Widerstand leistende Organisationen wie die **DHKC** als Terroristen diffamiere, solle im Zusammenhang mit dem Karikaturenstreit besser nicht von Meinungsfreiheit reden.

„Faschistische und rassistische Gesetze“ in der EU

Auch den Konflikt im Nahen Osten zwischen Israel und der libanesischen **Hizb Allah** versuchte die **DHKP-C** für eigene Zwecke in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Türkei zu instrumentalisieren. Den Militäreinsatz Israels bezeichnete sie als einen von den USA und der türkischen Regierung unterstützten Versuch des „Imperialismus“, alle Widerstandskräfte zu vernichten. Im Internet solidarisierte sich die Organisation mit dem libanesischen und palästinensischen Volk:

Solidarität mit Libanon und Palästina

„Der beste und stärkste Weg, mit dem Volk Palästinas und Libanons solidarisch zu sein, ist, den Kampf gegen die kollaborierende Regierung unseres Landes, die den amerikanischen Imperialismus und den Zionismus unterstützt [...] zu verstärken. Israel ist ein zionistischer Staat. Ein Massenmörder. Ein Besetzer. Ein Terrorist.“

Festnahmen, Verurteilungen, Anklageerhebungen

Intensive Strafverfolgungsmaßnahmen haben die **DHKP-C** nachhaltig geschwächt und zu einer Verunsicherung der Anhängerschaft in Deutschland geführt. Das lähmt die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der Organisation und zur finanziellen Unterstützung.

*Spendengelder
erpresst*

Im Februar sprach das Oberlandesgericht Düsseldorf gegen einen ehemaligen Führungsfunktionär wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren aus. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er 1996/97 als Funktionär und Verantwortlicher für das **DHKP-C**-Gebiet Köln türkische Geschäftsleute teilweise mit Gewalt zur Zahlung von Spendengeldern erpresst hatte. Außerdem hatte er zusammen mit weiteren Tatbeteiligten zwei „Abweichler“ in einem Hamburger Lokal bewusstlos geschlagen und durch Schüsse in die Knie schwer verletzt. Im Juli begann vor dem gleichen Gericht der Prozess gegen einen weiteren hochrangigen, in den Niederlanden festgenommenen und nach Deutschland ausgelieferten Funktionär.

Ein Gericht in Brügge (Belgien) verurteilte im Februar sieben Mitglieder bzw. Funktionäre der **DHKP-C** zu Freiheitsstrafen zwischen vier und sieben Jahren. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Der **DHKP-C**-Leiter Dursun Karatas, gegen den in Abwesenheit verhandelt wurde, erhielt eine Haftstrafe von fünf Jahren, eine weitere Funktionärin, die kurz vor der Urteilsverkündung floh, vier Jahre. Den Angeklagten wurde im Wesentlichen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung, Waffendelikte und Urkundenfälschung vorgeworfen. Das geflohene Mitglied beschuldigen türkische Behörden darüber hinaus, 1996 in Istanbul an einem Mordanschlag auf einen Großindustriellen und zwei weitere Personen beteiligt gewesen zu sein. Diese Tat war im Strafverfahren in Brügge nicht verhandelt worden.

*Funktionär für
Hessen verurteilt*

Ein im Januar in Brügge festgenommener ehemaliger **DHKP-C**-Führungskader wurde im Mai nach Deutschland ausgeliefert. Laut Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof wird ihm die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Er sei Ende der 1990er Jahre Gebietsverantwortlicher für den Bereich Frankfurt am Main, Darmstadt und Aschaffenburg (Bayern) sowie u. a. für die Aufbewahrung von Waffen und für das Sammeln von Spenden zuständig gewesen. Des Weiteren ist er verdächtig, an konspirativen Treffen teilgenommen zu haben, bei denen auch Tötungs- und Brandstiftungsdelikte besprochen und angeordnet worden seien. Im November verurteilte ihn der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zu einer Haft von zwei Jahren auf Bewährung, das Urteil ist rechtskräftig.

In der Nähe von Uelzen (Niedersachsen) nahm die Polizei Mitte November auf Grund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof ein mutmaßliches **DHKP-C**-Mitglied fest. Ihm wurde u. a. vorgeworfen, als Gebietsverantwortlicher und Funktionär einen illegalen Waffentransport vorbereitet, gefälschte Ausweispapiere beschafft und hergestellt sowie Aktivisten geschult zu haben.

Ende November verhaftete die Polizei bei Durchsuchungen in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen mehrere Personen wegen Unterstützung der **DHKP-C**. Darüber hinaus werden ihnen zahlreiche Terroranschläge in der Türkei vorgeworfen. Die Polizei beschlagnahmte 40 Computer und Laptops und kistenweise Propagandamaterial. Zwei Beschuldigten wird zur Last gelegt, bis zu ihrer Festnahme Gebietsverantwortliche und Funktionäre in Hessen, Berlin und Baden-Württemberg gewesen zu sein.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Leitung:	Funktionärsgruppe
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen etwa 120, bundesweit etwa 1.400

Flügelkämpfe und Ideologie

Die 1972 in der Türkei gegründete **TKP/ML** ist eine revolutionär-marxistische Organisation, sie strebt die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft an und verübt Terrorakte in der Türkei. Seit Jahren ist die **TKP/ML** in zwei voneinander unabhängige Flügel gespalten: In die dominierende Gruppierung **Partizan** und die **Maoist Komünist Parti (MKP - Maoistisch-Kommunistische Partei)**.



Die Theorien des Marxismus-Leninismus und des Maoismus bilden das ideologische Gerüst der **TKP/ML**. Beide Flügel propagieren einen nach maoistischem Vorbild geführten bewaffneten „Volkskrieg“, mit dessen Hilfe eine „demokratische Volksrevolution“ gegen „Imperialismus“, „Feudalismus“, „Kapitalismus“, „Ausbeutung“ und „Reaktionismus“ herbeigeführt werden soll. In Deutschland verhalten sich die Anhänger beider Flügel seit Ende der 1990er Jahre gewaltfrei.

Ziel:
Bewaffnete
Volksrevolution

Zum **Partizan**-Flügel gehören:

- ▶ **Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)**
- ▶ **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)**
- ▶ Militärischer Arm: **Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee der Türkei (TIKKO)**

Zur **MKP**, die sich bis 2002 **Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)** nannte, gehören:

- ▶ **Konföderation für demokratische Rechte in Europa e. V. (ADHK)**, Sitz in Frankfurt am Main
- ▶ **Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V. (ADHF)**
- ▶ Militärischer Arm: **Volksbefreiungsarmee (HKO)**

In einem Flugblatt thematisierte die **TKP/ML** die Kurden-Frage und die Situation im Irak:

„Wir durchschreiten eine Phase, in der die imperialistische kemalistische Diktatur, die ein Diener der Kollaborateure ist, ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Angriffe gegen alle Werktätigen, die kurdische Nation, die Unterdrückten und allen voran gegen die Arbeiterklasse, intensiviert. [...] Jedes der neu eingeführten Gesetze bedeutet für Arbeiter und Werktätige Arbeitslosigkeit, Armut und Schrumpfung des bereits immer kleiner werdenden Bissens [Brot]. Diese Situation wird unweigerlich Möglichkeiten für neue, starke und revolutionäre Vorstöße schaffen. Natürlich wird all dies nicht von alleine geschehen. Hinter der Aufdeckung all dieser Wahrheiten verbergen sich schwere, von Kommunisten, Revolutionären und Patrioten bezahlte Opfer. [...] Das sich in unserer Nähe befindliche irakische Volk enthüllte durch schwere Opfer das ekelhafte Gesicht der imperialistischen Besatzer. Und auch wir können mit bereits erbrachten und noch zu erbringenden schweren Opfern die Massen aus unterschiedlichen Nationen und Minderheiten unter der roten Fahne des Proletariats versammeln und sie für den Kampf um die politische Macht marschieren lassen.“

„Möglichkeiten für neue, starke und revolutionäre Vorstöße“

Erfolge der türkischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der **TKP/ML**, wobei der Generalsekretär und Mitglieder des Zentralkomitees festgenommen worden

waren, bezeichnete sie Ende Mai als „Lügen“ und „Verdrehungen“, „um die Armee unserer Organisation zu beschmutzen“. Indirekt gestand sie eine Niederlage ein, indem sie erklärte:

„Unsere Verluste und Erfolglosigkeiten können durch unsere Ideologie und unsere Politiklinie aufgefangen werden. Unsere Geschichte kennt zahlreiche Beispiele dieser Art. [...] Jedes Mal konnte unsere Partei wieder aufstehen und aus den Fehlern lernen. Unsere Genossen, die festgenommen wurden, werden ihren Kampf in aufrechter Haltung fortsetzen. Die Verantwortung, die sie zur Zeit nicht erfüllen können, haben die Genossen für sie übernommen.“

Solidarität
mit Migranten

Zusammen mit anderen Organisationen protestierte das Auslandsbüro der **TKP/ML** in einem Flugblatt gegen das Verbot der **ÖP**, des Sprachrohrs des linksextremistischen kurdischen **KONGRA GEL**. Die „Terrorisierung“ der Migranten und ihrer Institutionen stünden im alltäglichen Geschehen im Mittelpunkt. Anlässlich des 1. Mai behauptete die **TKP/ML**, dass die „Einheit der EU-Imperialisten“ die „arbeitenden Einwanderinnen und Einwanderer“ angreife, verhaftete und ihre Organisationen verbiete:

„Bei Einbürgerungsverfahren werden die Einwanderinnen und Einwanderer unmenschlichen Methoden ausgesetzt. In diesem Zusammenhang will man in Deutschland und in ähnlichen Ländern assimilierte, ruhige und gehorsame Einwanderinnen und Einwanderer schaffen.“

In Bezug auf den Libanon-Konflikt bezichtigte die **ATIK**, die dem **Partizan**-Flügel angehört, Israel - nach ihrem Verständnis die „Gendamerie der USA“ -, im „Nahen Osten ein Blutbad angerichtet“ zu haben. Die **ATIK** erklärte im Internet:

„Die EU-Imperialisten, die immer von Menschenrechten und Demokratie reden, haben auch diesmal bei diesen Angriffen geschwiegen und ihre Bevölkerung belogen, in dem [sic] sie mit leiser Stimme die Angriffe der Israelis verurteilt haben. [...] Die wahren Hintergründe für die Angriffe des zionistischen Staates Israel sind die militärischen Projekte des US-Imperialismus im Nahen Osten für die Errichtung einer neuen Weltordnung. Wie bereits im Irak werden die USA auch im Libanon und in Palästina an dem Widerstand dieser Völker ersticken und wie in einem Sumpf stecken bleiben.“

Gedenken an den Tod des Gründers Ibrahim Kaypakkaya

„Kommunismus in
der ideologischen
Krise“

Anlässlich des Todestages des Parteigründers plante die **MKP** im Mai in Wien (Österreich), Paris (Frankreich), Basel (Schweiz) und Hamburg dezentrale Gedenkveranstaltungen. Während einer „Gedenkfeier für die Führer der Jugend“ in Frankfurt am Main erklärte ein Gründungsmitglied der **TKP/ML**, dass sich der Kommunismus heute weltweit in einer ideologischen Krise befinde und daher nicht im Stande sei, sich zu erheben. Die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse bestehe darin, die Krise zu überwinden. An zweiter Stelle stehe die Kurdenfrage. Es könne inzwischen in der Türkei keine Partei mehr entstehen, die diese Problematik nicht in ihr Programm aufnehme.

Die Gedenkveranstaltung des mit der **MKP** verfeindeten **Partizan**-Flügels fand in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) mit rund 3.500 Personen statt, darunter etliche aus Frankreich, Österreich und den Niederlanden. In den Reden wurden wie in den vergangenen Jahren Kaypakkaya und seine Ideen verherrlicht, die angeblich historische Bedeutung der Partei betont und die Rolle der USA in der aktuellen Weltpolitik verurteilt.

In Frankfurt am Main führte die **ADHK** Ende November das 9. Internationale Jugend-, Kultur- und Künstlerfestival durch. Dafür hatte sie zuvor im Internet geworben.



Urteil und Festnahme

Die Auslieferung eines mutmaßlichen **TKP/ML**-Mitgliedes, das sich in einer hessischen Justizvollzugsanstalt in Haft befand, in die Türkei erklärte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main für unzulässig. Grund waren Zweifel der Richter an der Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens in der Türkei.

Im November nahm die Polizei in Hildesheim (Niedersachsen) einen mutmaßlichen Funktionär der **TKP/ML** fest. Ihm wird vorgeworfen, bei Raubüberfällen in der Türkei zwei Menschen getötet und mehrere verletzt zu haben. Im Internet rief die „Presse und Öffentlichkeit“, so die Darstellung der **ATIK**-Homepage, zu seiner sofortigen Freilassung auf.

IRANISCHE LINKSEXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN

Volksmojahedin Iran-Organisation (MEK) / Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Leitung (MEK):	Maryam Radjavi (Paris)
Deutschlandweiter Schwerpunkt:	Berlin - Dr. Massoumeh Bolourchi (Sprecherin des NWRI)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen 150, bundesweit 900
Medien (Auswahl):	Modjahed (Glaubenskämpfer), Internet-Präsenz

Die 1965 ursprünglich als revolutionäre, marxistische Organisation gegründete **MEK** will im Heimatland das Regime der Islamischen Republik Iran stürzen. Als ihr politischer Arm fungiert der weltweit tätige **NWRI**. Der militärische Arm, die **Nationale Befreiungsarmee (NLA)**, unterhielt im Irak bis zum Sturz Saddam Husseins Kampfseinheiten, die später von US-Truppen entwaffnet wurden. Seit 2002 standen sowohl **MEK** als auch **NLA** auf der EU-Terrorliste. Der dagegen erhobenen Klage gab im Dezember das „Europäische Gericht Erster Instanz“ in Luxemburg statt, weil der Grundsatz der Verteidigungsrechte der Betroffenen nicht gewahrt worden war.



Die **MEK**, in Europa offiziell nicht existent, ist eine streng hierarchisch geführte Kaderorganisation mit totalitärem Charakter. Sie fordert unbedingten Gehorsam und pflegt um ihre Führer, das Ehepaar Massoud und Maryam Radjavi, einen Personenkult. Da seit dem letzten Irak-Krieg Massoud verschollen ist, steht nunmehr seine in Frankreich lebende Ehefrau im Mittelpunkt der Propaganda. In demonstrativem Gegensatz zur islamistischen Frauendiskriminierung im Iran dominieren Frauen in der Organisation. Öffentlich stellt sich der **NWRI** als demokratische und die zentrale

Personenkult um Maryam Radjavi



Oppositionsbewegung gegen das iranische Regime dar, so bezeichnet er sich als „iranisches Exilparlament“ und Maryam Rajavi als „künftige Präsidentin“ des Iran.

Wie in der Vergangenheit war der **NWRI** propagandistisch sehr aktiv, neben einem Fernsehsender unterhält er eine starke Internet-Präsenz. Regelmäßig werden auf europäischer Ebene Demonstrationen veranstaltet. Themen sind Menschenrechtsverletzungen im Iran und vor allem die atomare Aufrüstung des Teheraner Regimes. Bei einer Demonstration im Februar in Wien (Österreich) vor der internationalen Atomenergiebehörde hieß es in einer Botschaft Maryam Rajavis:

„Das iranische Volk und sein organisierter Widerstand sehen das Gespenst der atomar bewaffneten Mullahs als eine Katastrophe, die ihre Herrschaft verlängert und zum Unglück des iranischen Volkes beitragen würde. Aus der Sicht des iranischen Volkes bedeutet ein atomar bewaffnetes Regime in Teheran nur mehr Folterungen und Erhängungen von iranischen Jugendlichen.“

*Streichung von
der EU-Terrorliste
gefordert*

Anfang Juli, bei der alljährlichen Großveranstaltung in Paris (Frankreich), forderte sie die internationale Gemeinschaft auf, im Rahmen des „Atomstreits“ zwar keine militärischen Mittel gegen den Iran einzusetzen, die derzeitige Politik der Beschwichtigung aber aufzugeben. Stattdessen solle im Iran ein demokratischer Wechsel durch das Volk unter Führung des **NWRI** unterstützt werden. Hierzu sei die Streichung der Mutterorganisation **MEK** von den internationalen Terrorlisten erforderlich. Für Maryam Rajavi war die Demonstration ein politischer Prestigeerfolg, da in internationalen Medien positiv darüber berichtet wurde und mit rund 8.000 Teilnehmern deutlich mehr Personen als im Vorjahr (6.000) gekommen waren. Außerdem hatte zuvor im Juni ein französisches Berufungsgericht alle 2003 gegen sie und andere Betroffene verhängten „Restriktionen“ aufgehoben.

In Deutschland vermochte die Organisation nicht, an diesen Mobilisierungsumfang anzuknüpfen. Zum Gedenken an den 7. Jahrestag der Niederschlagung des Studentenaufstandes im Iran kamen in Berlin im Juli nur etwa 20 Personen, ebenso eine etwa gleich große Zahl von Anhängern zu einer Demonstration gegen Menschenrechtsverletzungen in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) und Berlin. Eine vom **NWRI** im Juli in Frankfurt am Main angemeldete Kundgebung vor dem amerikanischen Generalkonsulat („Menschenrechtsverletzungen im Irak und Iran“) sagte der Veranstalter ohne Nennung von Gründen ab. Befürchtungen im Kreise von Sicherheitsbehörden, dass anlässlich der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland – und hier insbesondere bei den Spielen mit iranischer Beteiligung (Vorrundenspiel im Juni in Frankfurt am Main) – mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Ausschreitungen seitens iranischer Oppositionsgruppen wie dem **NWRI** zu rechnen sei, bestätigten sich nicht.

Gezielt warb der **NWRI** auf internationaler Bühne um die Unterstützung von Parlamentariern und Journalisten. Davon erhoffte er sich eine politische Aufwertung. Hochrangige Vertreter der Organisation nahmen an Treffen von Europaparlamentariern bzw. an einer Veranstaltung des Europarates teil und forderten u. a. die Streichung der **MEK** von der EU-Terrorliste.

Das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (Luxemburg) erklärte in seiner Entscheidung vom 12. Dezember den Beschluss des Europäischen Rates aus dem Jahr 2002 für nichtig, die Organisation in die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen. Der „Grundsatz der Verteidigungsrechte“ gebe jeder der auf der Liste genannten Organisationen ein Anrecht zu erfahren, welches Land auf Grund welcher Unterlagen einen entsprechenden Beschluss herbeigeführt habe. Dieser Grundsatz sei nicht gewahrt worden.

Arbeiterkommunistische Partei Irans (API)

Leitung:	Koroosh Modaresi (Aufenthaltort unbekannt) Nasan Nodianian (Nordrhein-Westfalen)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen 40, bundesweit rund 300
Medien (Auswahl):	API-Brief, Dialog, HAMBASTEGI, Internet-Präsenz

Ziel der 1991 gegründeten **API** ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft im Iran. Im ideologischen Streit über die dabei einzuschlagende Strategie ist die Partei in zwei Flügel gespalten. Während sich der eine Flügel weiterhin **API** nennt, firmiert der zweite unter Berufung auf den **API**-Gründer Hekmat seit 2005 unter **API**-Hekmatist.

Die **API** greift in ihrer Agitation überwiegend Menschenrechtsverletzungen und die Situation im Iran auf. Bundesweit führte sie Protestveranstaltungen mit bis zu einigen Dutzend Teilnehmern durch, z. B. vor iranischen Vertretungen, so in Frankfurt am Main vor dem Generalkonsulat im Januar, Februar, Juni, Juli und August. In Internet bezog die **API** Stellung sowohl gegen den Westen als auch gegen das Regime in Teheran:



„Der Hauptgrund für die Gegnerschaft der westlichen Staaten zur Islamischen Republik sind niemals die Verbrechen dieses Regimes gegen die Bevölkerung im Iran. Das Grundproblem [...] sind die Störungen, die der politische Islam und speziell die Islamische Republik für die Politik der USA im Mittleren Osten und der ganzen Welt verursachen. [...] Die militaristische Politik des Westens bereitet den Boden für Wachstum und Ausbreitung des islamischen Terrorismus und verstärkt ihn politisch und gesellschaftlich.“

„Militärische Politik des Westens“ schuld an Islamismus

Als Anmelderin tritt auch die der **API** nahestehende **Hambastegi – Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e. V. (IFIR)** auf. In Gießen führte sie im März zwei Mahnwachen sowie einen Aufzug („Für die Freiheit von Behzad Samadi, gegen die unmenschliche Asylpolitik und gegen alle Abschiebungen“) durch. Der iranische Asylbewerber dieses Namens, der sich angeblich für die **API** engagierte, hatte sich auf dem Flughafen Frankfurt/Main Brandverletzungen zugefügt, um seine Abschiebung zu verhindern. Im November demonstrierten Anhänger der **API** gegen die in Nürnberg (Bayern) stattfindende Islam-Konferenz, zu der der Bundesinnenminister eingeladen hatte.

ANDERE AUSLÄNDEREXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Leitung:	Velupillai Prabhakaran (Sri Lanka)
Deutschlandweiter Schwerpunkt:	Oberhausen (Nordrhein-Westfalen)
Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 150, bundesweit etwa 800
Medien (Auswahl):	Viduthalai, Tamil Land, Internet-Präsenz

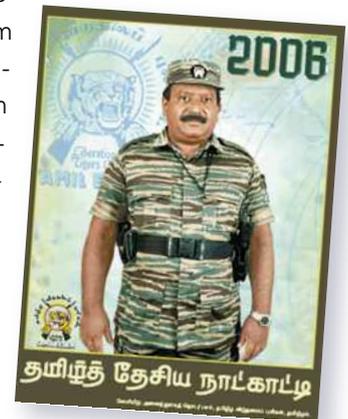
Eskalation der Gewalt

Die 1972 gegründete Organisation führt auf Sri Lanka zur Schaffung eines eigenen Tamilenstaates im Nordosten des Landes einen erbitterten Guerillakrieg, in dem bisher mehr als 65.000 Menschen getötet wurden. Nach Aussage ihres Leiters Prabhakaran will sie eine sozialistische Ein-Parteien-Regierung errichten. Dafür verübt die **LTTE**, die auch „Kindersoldaten“ in Kampfeinsätze schickt, Bombenanschläge und Selbstmordattentate. Auf Grund ihrer Brutalität und Grausamkeit gilt die **LTTE**, die bis zu 20.000 Kämpfer unter Waffen hat, als eine der gefährlichsten Terrororganisationen.



Bürgerkriegs-ähnliche Auseinandersetzungen in Sri Lanka

Das 2002 zwischen ihr und der Regierung Sri Lankas unter der Vermittlung Norwegens vereinbarte Waffenstillstandsabkommen hat die **LTTE** immer wieder gebrochen. Spätestens im August erreichten die Kämpfe in manchen Regionen Sri Lankas bürgerkriegsähnliche Ausmaße, nach einem Selbstmordanschlag auf eine Marinebasis in der Touristenhochburg Galle im Süden der Insel kam es kurzzeitig zu Übergriffen von Singhalesen auf die tamilische Minderheit. Mehr als 3.000 Menschen ließen im Berichtszeitraum ihr Leben, Zehntausende befanden sich auf der Flucht. In einem E-Mail-Interview mit einer Nachrichtenagentur drohte der Leiter des politischen Flügels der **LTTE**: „Wenn die srilankischen Kräfte mit ihren grausamen Angriffen über der ganzen Heimat der Tamilen fortfahren und die Leute in einen großen Elend treiben, glaube ich, dass die Verbreitung dieses Krieges in allen Gebieten der Insel unvermeidbar wird.“ (Fehler im Original)



Auf EU-Terrorliste gesetzt

Ende Mai beschloss der Rat der EU, die marxistisch-leninistisch ausgerichtete **LTTE** in die Liste der terroristischen Organisationen aufzunehmen. Der Rat verband dies erstmals mit einer politischen Erklärung, worin die Aufnahme als nicht endgültig und zurücknehmbar bezeichnet wurde. Das bedeutet u. a., dass in den Mitgliedsstaaten Konten der **LTTE** gesperrt, ihre Büros geschlossen und keine offiziellen Besuche mehr gestattet sind. Begründet wurde die Entscheidung mit den anhaltenden Gewalttaten in Sri Lanka. Die EU hatte in der Vergangenheit die **LTTE** mehrfach zum Gewaltverzicht aufgefordert. Die in Genf (Schweiz) laufenden Friedensverhandlungen wurden im

Sommer abgebrochen und ein Rebellenführer erklärte den seit 2002 geltenden Waffenstillstand für nichtig. Als Reaktion auf die Aufnahme in die Terrorliste forderte die **LTTE** die meisten der skandinavischen Waffenstillstandsbeobachter der EU auf, das Land bis zum 1. September zu verlassen. Das Auswärtige Amt riet wegen der Gefährdungslage dringend davon ab, Reisen in die nördlichen, östlichen und südöstlichen Landesteile zu unternehmen.

Aktivitäten in Deutschland

Während einer von der mutmaßlichen Deutschland-Zentrale der **LTTE** angemeldeten Demonstration forderten rund 3.000 Tamilen aus dem gesamten Bundesgebiet vor dem Landtag in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) einen sofortigen Abschiebestopp nach Sri Lanka. Ein Redner nannte den **LTTE**-Führer Prabhakaran, der im Untergrund lebt und den seine Anhänger kulthaft verehren, „unseren Sonnengott“. Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne, die im September in Berlin (rund 1.500 Demonstranten) endete, versuchten Anhänger die deutsche Öffentlichkeit auf die Bürgerkriegssituation in Sri Lanka aufmerksam zu machen. In Frankfurt am Main fanden im August zwei Veranstaltungen statt. Anfang Dezember feierten über 4.000 Tamilen, darunter zahlreiche **LTTE**-Sympathisanten, in Essen (Nordrhein-Westfalen) ihren traditionellen „Heldengedenktag“, um der im Bürgerkrieg auf Sri Lanka gefallenen Kämpfer zu gedenken. Die Tigerfahne der **LTTE** wurde gehisst und zusammen mit Bildern der „Freiheitskämpfer“ geehrt.

„Heldengedenktag“



In Deutschland beschafft die **LTTE** über Hilfs- und Tarnorganisationen Geld zur Deckung ihres Finanzbedarfs. Dazu sammeln ihr nahe stehende Organisationen wie die **Tamil Rehabilitation Organisation e. V. (TRO)** Spenden. Insgesamt dient der europäische Raum der **LTTE** offensichtlich als Schwerpunkt für finanzielle Aktivitäten.

AUS
LÄNDER
EXTRE
MISMUS

Straf- und Gewalttaten *

	2006 **	2005	2004
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	2
Bund	0	0	4
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Körperverletzung			
Hessen	0	0	3
Bund	45	24	14
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	0	0	1
Bund	17	3	0
Landfriedensbruch			
Hessen	0	0	0
Bund	8	2	4
Andere Gewalttaten			
Hessen	3	3	0
Bund	25	18	29
Sonstige Straftaten			
Sachbeschädigung			
Hessen	0	0	0
Bund	38	23	31
Nötigung/Bedrohung			
Hessen	0	2	1
Bund	34	20	28
Andere Straftaten (Verbreitung von Propagandamitteln u.a.)			
Hessen	31	13	18
Bund	310	554	341
Gesamt			
Hessen	34	18	22
Bund	477	644	451

* Die Zahlen entstammen der Statistik „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

** Die Angaben für 2006 sind nur vorläufig.

RECHTSEXTREMISMUS

Merkmale des Rechtsextremismus

Rechtsextremisten lehnen wesentliche Elemente der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung ab: Die Würde und die individuelle Freiheit des Menschen und die politische Gleichheit aller Menschen. Statt dessen berufen sich Rechtsextremisten immer wieder auf die „biologisch, genetisch bedingte Ungleichheit“. Die „eigene weiße Rasse“ wird verherrlicht und die von ihr erbrachten „Fortschritte“ werden als die größten menschlichen Leistungen angesehen. Insbesondere alles Deutsche müsse daher vor der „Rassenvermischung“ mit „fremden Elementen“ geschützt werden. Rechtsextremisten sind nationalistisch, ausländer- und minderheitenfeindlich sowie oft antisemitisch eingestellt. Einige pflegen heidnisch-germanisches und angeblich in der „Natur“ verwurzeltes Brauchtum und lehnen das Christentum mit dem damit verbundenen Wertekanon strikt ab. Daher zeigen Rechtsextremisten grundsätzlich keine Toleranz und keinen Respekt gegenüber „andersrassigen“ Individuen und Völkern sowie Andersdenkenden und Minderheiten.

Orientiert an autoritären bzw. diktatorischen Herrschaftsvorstellungen bekämpfen Rechtsextremisten die angeblich alles vereinheitlichende „liberalistische Demokratie“. In einer von ihnen bestimmten politisch-gesellschaftlichen Ordnung besäße die blutmäßig definierte deutsche „Volksgemeinschaft“ absolute Priorität vor dem einzelnen Menschen. Die parlamentarische Demokratie sehen Rechtsextremisten in einer ständigen Krise. Vertreter dieses „Systems“ werden von ihnen regelmäßig beschimpft, als unfähig und verlogen dargestellt. Ihnen wird vorgeworfen, keine deutschen, sondern ausländische bzw. jüdische Interessen zu vertreten. Rechtsextremisten lehnen Pluralismus und Mehrparteienprinzip ab, sie wollen einen autoritären Staat.

Das nationalsozialistische Unrechtsregime wird häufig unkritisch gesehen und sogar in Teilen positiv bewertet. So genannte „Revisionisten“ verharmlosen die Untaten des Nationalsozialismus; manche leugnen die Ermordung der Juden und versuchen, dies pseudowissenschaftlich zu belegen.

Überblick

Das rechtsextremistische Personenpotenzial liegt in Hessen bei rund 2.950 (2005: 3.050), bundesweit bei rund 38.500 (2005: 39.000). Der Rückgang in Hessen ist allein dem Mitgliederverlust anderer rechtsextremistischer Parteien zuzurechnen. Demgegenüber konnte die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** in Hessen einen Mitgliederzuwachs von 350 auf rund 400 verzeichnen, bundesweit von 6.000 auf 7.000. Die Zahl der **Neonazis** in Hessen blieb mit rund 250, bundesweit mit rund 4.200, konstant. Die Zahl der **Skinheads** bewegte sich in Hessen mit rund 750 auf Vorjahresniveau. Bundesweit blieb sie mit rund 10.400 ebenfalls gleich.

Zur Kommunalwahl im März trat die **NPD** nur in wenigen Städten und Gemeinden sowie Landkreisen an. Gegenüber dem Ergebnis von 2001 steigerte die **NPD** das landesweite Ergebnis von 0,2 % auf 0,4 %. Ein nennenswerter Aufwärtstrend ist ihr damit nicht gelungen.

Neuer
Landesvorsitzender
der NPD

Im Mai wählte der Landesparteitag Marcel Wöll (Wetteraukreis) zum neuen Landesvorsitzenden der **NPD**. Mit ihm hat ein **Neonazi** die Führung der **NPD** übernommen. Seit seinem Amtsantritt forciert Wöll die innere Neuformierung des Landesverbandes. Durch Schulungen versucht die **NPD** die Mobilisierungs- und Agitationsfähigkeit der Kreisverbände und Mitglieder zu verbessern.

Neben der organisatorischen Aufbauarbeit zeigte sich auch eine verstärkte medienwirksame Positionierung der **NPD**. Deutlich wird dies an der seit September im Internet verbreiteten Nachrichten-Sendung „Kritische Nachrichten der Woche“. In der Sendung werden internationale, bundespolitische und lokale Themen mit rechtsextremistischen Argumentationsmustern aufbereitet und dargestellt.

NPD zieht
in weiteren
Landtag ein

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September zog die **NPD** – nach Sachsen im Jahre 2004 – in ein zweites Landesparlament ein. Sie erreichte 7,3 % der Zweitstimmen und errang sechs Mandate. Mit diesem Ergebnis konnte die Partei ihre Stellung im rechtsextremistischen Parteienspektrum bundesweit stärken. Der **NPD**-Bundesvorsitzende erklärte, der zwischen **NPD** und **Deutsche Volkunion (DVU)** geschlossene „Deutschland-Pakt“ habe sich ebenso bewährt wie die Unterstützung durch „freie Kameraden“.

Zusammenarbeit
Neonazis und NPD

Nachdem in den vergangenen Jahren eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen **Neonazis** und **Skinheads** zu beobachten war, stand das vergangene Jahr in Hessen eindeutig unter dem Zeichen der organisierten Zusammenarbeit zwischen der **NPD** und **Neonazi**-Kameradschaften. Die **NPD** sieht die **Neonazi**-Szene als Rekrutierungsfeld. Diese Annäherung erfolgt inzwischen auch in umgekehrter Richtung seitens der **Neonazis**, vor allem aus den Bereichen Wetterau und Bergstraße mit den zahlenmäßig stärksten und auch aktivsten Kameradschaften. Mit der Wahl Wölls zum Landesvorsitzenden der **NPD** wird diese Verzahnung exemplarisch sichtbar.

Die Zersplitterung des Demonstrationsgeschehens zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Heß hat sich fortgesetzt. Nach dem erneuten Verbot der Kundgebung in Wunsiedel (Bayern) sahen sich die **Neonazis** nicht mehr in der Lage, eine bundesweit zentrale Veranstaltung durchzuführen. So kam es zu regionalen Demonstrationen in Berlin, München und Jena (Thüringen) mit insgesamt rund 1.200 (2005: 1.800) Teilnehmern. Eine angekündigte Demonstration in Fulda wurde kurz vor Beginn abgesagt.

Rechts-
extremistische
Musikszene

Die Anzahl der **Skinhead**-Konzerte in Deutschland sank auf 163 liegt aber noch immer deutlich über den Zahlen früherer Jahre. In Hessen fanden von sieben geplanten Konzerten nur zwei statt, die anderen konnten verhindert oder verboten werden. Mit diesem Aufkommen an Konzerten liegt Hessen weiterhin auf niedrigem Niveau. Bundesweit gab es 153 (2005: 142) **Skinhead**-Bands. In Hessen blieb die Anzahl der Bands mit acht gleich, wobei rund ein Drittel seit mehreren Jahren aktiv ist. Grundsätzlich ist die Fluktuation bei **Skinhead**-Bands groß; die meisten Bands lösen sich nach kurzer Zeit auf und ihre Mitglieder bilden neue Formationen.

Das Internet bleibt das vorherrschende Kommunikationsmedium der Rechtsextremisten. Die Zahl der deutschsprachigen Internet-Seiten von Rechtsextremisten liegt bei rund 1.000, davon etwa 50 mit Hessenbezug. Auch hier ist eine hohe Fluktuation zu beobachten. Homepages mit strafbarem Inhalt werden nach staatlichen Maßnahmen schnell vom Netz genommen, tauchen aber oftmals in veränderter Form wieder auf.

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Parteien und ihre Nebenorganisationen:

- ▶ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Junge Nationaldemokraten (JN), Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
- ▶ Deutsche Volksunion (DVU)
- ▶ Deutsche Stimme Verlag (DS)

Skinheads, ihre Bands und Vertriebe:

- ▶ Kameradschaft Berserker Kirtorf
- ▶ Kameradschaft Freie Nationalisten Rhein-Main, Revolutionärer Block
- ▶ Sturmfront Odenwald
- ▶ Blutschuld/Ahnenerbe (wie folgende eine Musikband)
- ▶ Faust
- ▶ Gegenschlag
- ▶ Hauptkamplinie
- ▶ Nordglanz
- ▶ Rachezug
- ▶ Royal Hatred
- ▶ Störmanöver

Neonazis:

- ▶ Aktionsbündnis Mittelhessen (ABM)
- ▶ Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)
- ▶ Deutsche Bürgerinitiative (DBI)
- ▶ Kameradschaft Bergstraße (KSB)
- ▶ Aktionsbündnis Rhein-Neckar
- ▶ Nibelungensturm Odenwald (NSO)
- ▶ Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Oppositen (DS/APO)
- ▶ Freie Nationalisten Rhein-Main

Sonstige:

- ▶ Burschenschaft Dresdensia Rugia

Rechtsextremistisches Personenpotenzial *

	2006	2005	2004
NPD			
Hessen	400	350	300
Bund	7.000	6.000	5.300
DVU			
Hessen	800	800	800
Bund	8.500	9.000	11.000
Gewaltbereite/Skinheads			
Hessen	750	750	750
Bund	10.400	10.400	10.000
Neonazis			
Hessen	250	250	200
Bund	4.200	4.100	3.800
Sonstige **			
Hessen	750	900	1.100
Bund	8.500	9.500	10.600
Summe			
Hessen	2.950	3.050	3.150
Bund	38.600	39.000	40.700

* Die Zahlen sind gerundet und teilweise geschätzt.

** Einschließlich Die Republikaner: Die tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen in dieser Partei sind im Berichtszeitraum zurückgegangen, so dass sie im Bericht nicht erwähnt werden.

RECHTS
EXTREMISMUS

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung:	1964
Landesvorsitzender:	Marcel Wöll
Bundvorsitzender:	Udo Voigt
Mitglieder:	In Hessen 400, bundesweit 7.000
Jugendorganisation:	Junge Nationaldemokraten (JN)
Nebenorganisation:	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
Publikationen (Auswahl):	Deutsche Stimme (DS) (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise monatlich) Internetpräsenz

Kommunalwahlen

Anders als bei den Kommunalwahlen 2001 trat die **NPD** zu den hessischen Kommunalwahlen im März nur noch in wenigen ausgewählten Landkreisen, Städten und Gemeinden mit eigenen Listen an. Lediglich in den Landkreisen Wetterau und Lahn-Dill, der Stadt Frankfurt am Main sowie zwölf weiteren Städten und Gemeinden, trat die **NPD** an. Im Schwalm-Eder-Kreis und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg trat sie zu Gunsten rechtsextremistisch beeinflusster „Bürgerbündnisse“ nicht an, war aber in den jeweiligen Bündnissen mit Kandidaten vertreten. Angeführt wurden die „Bürgerbündnisse“ **Pro Schwalm-Eder** (Schwalm-Eder-Kreis) und **Gruppe Freier Deutscher – Freideutsch** (Kreis Hersfeld-Rotenburg) von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen machte sich die **NPD** im „Kampf um die Parlamente“ das Potenzial von lose strukturierten rechtsextremistischen Gruppen, **Neonazis** und **Skinheads**, zunutze. Im „Kampf um die Straße“ führte die Partei mit Unterstützung von führenden hessischen **Neonazis** Wahlveranstaltungen durch. Infostände wurden nicht selten von **Skinheads** „bewacht“. **Neonazis** in Süd- und Mittelhessen verteilten große Mengen an Werbematerial wie Flyer, Wahlkampfbroschüren oder sogenannte „Schulhof-CDs“ der **NPD** an vornehmlich junge Menschen.

Zwar konnte die **NPD** das landesweite Ergebnis von 0,2 % in 2001 auf 0,4 % und die Zahl der Stimmen von 5529 auf 7270 steigern, ein nennenswerter Aufwärtstrend ist jedoch nicht gegeben. Mit jeweils einem Mandat konnte die **NPD** in die Gemeindeparlamente von Kelkheim (Main-Taunus-Kreis), Gedern, Butzbach, Büdingen und Hirzenhain (alle Wetteraukreis) einziehen. Drei schafften den Sprung in das Parlament von Wölfersheim (Wetteraukreis), jeweils zwei in die Gemeindevertretungen von Ehringshausen und Leun (beide Lahn-Dill-Kreis). Erstmals nach Jahren konnte die **NPD** mit einem Abgeordneten in das Stadtparlament der Stadt Frankfurt am Main einziehen.

Wahlkampf mit Neonazis und Skinheads

18 NPD-Mandate

Wahlergebnisse im statistischen Vergleich

Kreisfreie Städte

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Frankfurt am Main	1,2	-	1	-

Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wölfersheim	10,4	12,1	3	4
Leun	6,2	8,9	2	3
Hirzenhain	5,8	—	1	—
Ehringshausen	4,9	7,1	2	2
Kelkheim	2,6	3,0	1	1
Butzbach	2,5	—	1	—
Büdingen	1,8	—	1	—
Öber-Mörlen	1,8	—	0	—
Kefenrod	1,7	—	0	—
Gedern	1,5	—	1	—
Nidda	0,9	0,9	0	0
Altenstadt	0,8	—	0	—

Kreiswahlen

Landkreise	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wetterau	3,6	3,3	3	3
Lahn-Dill	2,0	1,8	2	1

Kreiswahlen Wählergruppen

Landkreise	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Schwalm-Eder-Kreis				
Bürgerbündnis	1,6	—	1	—
Bad Hersfeld-Rotenburg				
Freideutsch	1,0	—	0	—

In Bad Nauheim, Karben und Reichelsheim (alle Wetteraukreis) sowie auf Kreisebene im Kreis Marburg-Biedenkopf war die **NPD** im Gegensatz zur Kommunalwahl 2001 nicht mehr angetreten.

Doris Zutt, die im Lahn-Dill-Kreis bei der Landratswahl kandidierte, unterlag den Mitbewerbern ebenso wie bei der Oberbürgermeister-Direktwahl in Frankfurt am Main im Januar 2007. Auch Dirk Waldschmidt (Lahn-Dill-Kreis), unterlag bei den Bürgermeisterwahlen in Altstadt und Butzbach (Januar 2007) (beide Wetteraukreis).

Kandidaturen auf kommunaler Ebene

Solche Kandidaturen entsprechen der vom Bundesvorsitzenden Voigt auf dem Bundesparteitag im November ausgegebenen „Marschrichtung“, stärker um Plätze in kommunalen Parlamenten zu kämpfen, um die Grundlage für weitere Wahlerfolge auf Landes- und Bundesebene zu schaffen. Bevor die **NPD** nach „Höherem strebe“, müsse zunächst der „kommunale Unterbau“ hierfür geschaffen werden.

Neonazi neuer NPD-Vorsitzender

Auf dem Landesparteitag am 27. Mai in Wölfersheim (Wetteraukreis) wurde der erst 23-jährige Marcel Wöll (Wetteraukreis) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er löste den bisherigen Vorsitzenden Hans Schmidt (Wiesbaden) ab. Mit dieser Wahl steht ein **Neonazi** an der Spitze der hessischen **NPD**. Die seit einigen Jahren zu beobachtende immer engere Verzahnung der Partei mit der neonazistischen Kameradschaftsszene hat damit in Hessen ein auch personell deutlich sichtbares Zeichen erfahren.

Die ursprünglich von der **NPD** nach der Wahl Voigts zum Bundesvorsitzenden 1996 ausgehende Initiative, verstärkt auf die **Neonazi**-Szene zuzugehen und diese als Rekrutierungsfeld anzusehen, erfolgt inzwischen auch in umgekehrter Richtung seitens der **Neonazis**.

Wöll, seit den Kommunalwahlen im März auch Stadtverordneter in Butzbach, tritt bundesweit als Redner bei rechtsextremistischen Kundgebungen und Demonstrationen auf. Darüber hinaus bemüht er sich um mehr Parteiaktivitäten, teilweise in enger Kooperation mit **Neonazis**. Besonders deutlich wird dies an dem von ihm initiierten Projekt einer „Internetchatsendung“.

„Kritische Nachrichten der Woche“

Bei den „Kritischen Nachrichten der Woche“ handelt es sich um eine Nachrichtensendung in Eigenproduktion, deren Layout an eine klassische Nachrichtensendung angelehnt ist. Als Moderator der Sendung fungiert Wöll. In seiner im Internet veröffentlichten Stellungnahme zur Sendung gibt er an, dass sie von einer Arbeitsgruppe „Die Woche“ redaktionell gestaltet werde. Die erste Sendung datiert vom 17. September. Zunächst unter dem Namen „Die Woche – kritische Nachrichten“ begonnen, firmiert sie seit Dezember unter dem neuen Titel. Seit dieser Zeit wird sie nur noch 14-tägig im Internet zum Abruf bereit gestellt, nachdem sie zuvor wöchentlich produziert wurde. Sie greift inhaltlich sowohl internationale, bundespolitische, als auch lokale Themen auf, die im Sinne rechtsextremistischer Argumentationsmuster dargestellt werden. Neben Wortbeiträgen des Moderators werden



Gezielte Propaganda im Internet

eigenproduziertes Filmmaterial sowie Interviews mit Repräsentanten der rechtsextremistischen Szene zur Informationsvermittlung genutzt. Einen breiten Raum nehmen Filmausschnitte von **NPD**-Kundgebungen ein. Trotz rechtsextremistischer Argumentationsmuster konnten die zuständigen Behörden eine strafrechtliche Relevanz der Beiträge bislang nicht feststellen.

Mit der Ausstrahlung einer „Nachrichtensendung“ im Internet versucht die **NPD** nach eigenen Angaben eine „Gegenöffentlichkeit“ zu den etablierten Medien zu schaffen. Nachdem Wöll seit seiner Wahl zum Landesvorsitzenden einen verstärkten strukturellen und organisatorischen Wiederaufbau der **NPD** forciert, stellt diese Medienpräsenz einen weiteren Baustein dieser Erneuerungsstrategie dar. Die zahlreichen Kommentierungen zur Sendung in den einschlägigen Internet-Foren deuten auf eine breite Resonanz im rechtsextremistischen Spektrum hin. Das Medium Internet spricht insbesondere junge Menschen in hohem Maße an.



Neue Strukturen in Hesen

Seit seinem Amtsantritt widmet sich Wöll der inneren Neuformierung des Landesverbandes. Die Gründung neuer Kreisverbände ist ein Teil des landesweiten strukturellen Neuaufbaus der **NPD**. Neu konstituiert wurden der Kreisverband Gießen und der Kreisverband Hersfeld-Rotenburg. Der Kreisverband Gießen war 1999 gegründet und 2001 wegen Mitgliedermangels und Inaktivität in den mitgliederstärkeren und politisch aktiveren Kreisverband Lahn-Dill integriert worden. Der Landesverband besteht derzeit aus 14 Kreisverbänden. Durch Schulungen versucht die **NPD**, die Mobilisierungs- und Agitationsfähigkeit der Kreisverbände zu verbessern.

Seit Mai bietet der Kreisverband Main-Kinzig im Internet eine „NPD-Jugendhilfe“ an. Ziel ist es nach eigenen Angaben, Jugendlichen Hilfestellungen in den verschiedensten Lebenslagen zu geben. Das Hilfsangebot reiche von der Unterstützung bei der Lehrstellensuche bis hin zu Problemen im privaten oder schulischen Bereich. Die Hilfe erfolge, abgesehen von Internet- und Portokosten, kostenlos und vollkommen anonym.

Die Initiative „NPD-Jugendhilfe“ ist Teil der Parteistrategie, ihre extremistische Politik konkret und lokal verankert zu gestalten. Um Wahlerfolge zu erzielen, hält es die **NPD** für unverzichtbar, auch den „vorpolitischen Raum“ zu besetzen. Diese Strategie resultiert nicht zuletzt aus den Erfahrungen beim Landtagswahlkampf in Sachsen im Herbst 2004. Das Projekt des Kreisverbandes Main-Kinzig, welches vom Bundesvorstand der Partei unterstützt wird, ist als Pilotprojekt angelegt und soll je nach Verlauf für eine etwaige bundesweite Aktion dienen. Ähnliche Projekte, bei der die **NPD** verstärkt versucht, tagesaktuelle soziale Themen aufzugreifen, gibt es u. a. in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und in Bayern.

*Struktureller
Neuaufbau in Hessen*

*„NPD-Jugendhilfe“
im Internet*

RECHTS
EXTREMISMUS

Demonstration gegen geplanten Moscheebau in Wiesbaden

Den Protest gegen den geplanten Moscheebau im Wiesbadener Stadtteil Biebrich versuchte die **NPD** für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Im Rahmen ihrer Strategie, lokale Themen aufzugreifen, demonstrierte sie am 2. Dezember unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Europas – Keine Moschee auf dem Gräselberg“ gegen die geplante Ansiedlung einer Moschee der **Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)**.

Instrumentalisieren lokaler Themen

In einer Internet-Meldung behauptete die **NPD**, über 2.600 Moscheen allein in Deutschland seien „traurige Zeugen einer zunehmenden Überfremdung“. Welche Gefahren dies mit sich bringe, sehe man „an Ehrenmorden, Zwangsehen und Kofferbomben an deutschen Bahnhöfen“. Statt der 150 angekündigten gelang es der **NPD** zu der Demonstration nur etwa 70 Rechtsextremisten zu aktivieren. Die Polizei löste die Kundgebung auf.



Pressefest des Deutsche Stimme Verlages

Die bundesweit größte Veranstaltung der **NPD** ist inzwischen das Pressefest des **Deutsche Stimme Verlages (DS)**, der u. a. die monatlich erscheinende **Deutsche Stimme** verlegt. Es fand erstmals im Jahr 2001 mit rund 1.500 Anhängern statt. Seit 2004 sind **Skinhead**-Bands wesentlicher Teil des Programmablaufs. Nicht zuletzt deswegen stieg die Teilnehmerzahl auf 7.000. Seine fünfte Auflage hatte es am 5. August in Dresden. An der Veranstaltung nahmen erneut rund 7.000 Personen teil, darunter auch Personen aus Hessen. Mit dieser Besucherzahl blieb die **NPD** hinter den eigenen Erwartungen zurück. Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter befreundeter rechtsextremistischer Organisationen aus Griechenland, Frankreich und Spanien teil. Ebenso waren zahlreiche rechtsextremistische Organisationen mit „Repräsentationsständen“ vertreten.

In der Sonderausgabe der **Deutschen Stimme** zum Pressefest war zu lesen:

„Im geistigen Zentrum der Veranstaltung stand auch diesmal der Wille, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg in deutschen Landen eine starke Opposition zu schaffen, die eine wahrhaft volksbezogene Politik betreibt: Abkehr von Schurkenstaaten wie USA und Israel, Austritt aus völkerverachtenden Gemeinschaften wie NATO und EU, generelle Verwendung jedes hier eingenommenen Steuergroschens für deutsche Belange, familienpolitische Förderung der angestammten Bevölkerung, Schutz und Förderung des Mittelstandes, Rückverstaatlichung der Schlüsselindustrien und Daseinsvorsorgebetriebe – der gemeinsame Nenner für eine Politik zugunsten der Deutschen auf deutschem Boden ist mittlerweile gegeben.“



*Ziel:
„Eine starke Opposition schaffen“*

Neben dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (Berlin) und seinem Stellvertreter Holger Apfel (Sachsen, Chefredakteur der **DS**) traten der **Neonazi** Jürgen Rieger (Hamburg) sowie Vertreter der befreundeten ausländischen rechtsextremistischen Organisationen als Redner auf.

Für den musikalischen Rahmen sorgten Liedermacher wie **Frank Rennicke** sowie die **Skinhead**-Bands **Agitator**, **Carpe Diem** und **Gigi und die Braunen Stadtmusikanten**. Neben der politischen Programmatik wurde ein „umfangreiches Kulturprogramm“ angeboten, mit dem Familien und Kinder angesprochen werden sollten.

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern und Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen Berlin

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September steigerte die **NPD** ihr Ergebnis von 0,8 % im Jahre 2002 auf 7,3 % der Zweitstimmen und konnte sechs Mandate erringen. Ihre höchsten Stimmenanteile hatte die **NPD** mit jeweils rund 17 % bei Erstwählern und Arbeitslosen.

Landtagswahl-
erfolge dank
„Deutschlandpakt“

In einer ersten als „Siegesmeldung aus der Parteizentrale“ über das Internet verbreiteten „Videobotschaft“ erklärte der Bundesvorsitzende, der zwischen **NPD** und **DVU** geschlossene „Deutschlandpakt“ habe sich ebenso bewährt wie die Unterstützung durch „freie Kameraden“. Der „Kampf um Deutschland“ gehe weiter. Wenige Tage nach der Wahl äußerte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem **DVU**-Vorsitzenden Gerhard Frey, man wolle nun mit „Schwung in den Westen“. Ziel sei zunächst, auch in die Landesparlamente von Bayern und Hessen einzuziehen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Wahlkampfleiter Holger Apfel (Sachsen) nannte den Einzug in den Schweriner Landtag „mindestens genauso bedeutend“ wie den Sprung ins sächsische Parlament vor zwei Jahren. Laut Apfel standen für den Wahlkampf 385.000 Euro zur Verfügung. Er lobte auch die Zusammenarbeit mit den **Freien Kameradschaften**. Nie zuvor sei ein Wahlkampf so professionell geführt worden. Einer Rundfunkmeldung zufolge erklärte er am Wahlabend: „Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück, Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin-Dresden wird es uns gelingen, die Republik aufzurollen.“

In einem Beitrag der **Deutschen Stimme** (Ausgabe Oktober, S. 12) unterstrichen führende **Neonazis**, Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), Thorsten Heise (Thüringen) und Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen), die in die **NPD** eingetreten sind, die Bedeutung des Wahlsieges für die Zusammenarbeit von **NPD** und **Neonazis**:

„[...] der zweite Wahlsieg der NPD ist ein grandioser Erfolg für die gesamte nationale Opposition. [...] Dieser Sieg für den parteipolitischen Arm der Volksbewegung ist ein weiterer Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit des vor nunmehr zweieinhalb Jahren begonnenen Weges.“

Resonanz in der
Bevölkerung

Als eine der Ursachen für das Wahlergebnis kann die zunehmende Verankerung der **NPD** in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung vor allem in ländlichen Gebieten angesehen werden. Dies spiegelt sich unter anderem darin, dass es ihr gelingt, sich in Bürgerinitiativen, die sich zu lokalen Themen bilden, personell einzubringen bzw. derartige Initiativen auch selbst zu gründen. Ansätze einer solchen Akzeptanz der **NPD** sind in Hessen bislang nicht erkennbar.

Nicht ganz so erfolgreich endeten für die **NPD** die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 17. September in Berlin. Mit einem Anteil von 2,6 % der Stimmen misslang der Einzug ins Abgeordne-

tenhaus. Jedoch gelang es der Partei, in vier Bezirksverordnetenversammlungen (Stadtteilparlamente) vertreten zu sein. Gegenüber der Abgeordnetenhauswahl im Oktober 2001 konnte die **NPD** 1,7 % hinzugewinnen. Das Wahlergebnis verteilt sich auf 4,0 % im Osten und 1,6 % im Westen der Stadt. In seinem Wahlkreis erhielt der Bundesvorsitzende Udo Voigt 5,4 % der Erststimmen.

Parteiintern rechnete die **NPD** wohl selbst kaum mit einem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Dennoch hat die Partei zum Teil ihre beiden Berliner Wahlziele erreicht, die der Parteivorsitzende Voigt in der am 14. September ausgestrahlten ARD-Sendung „Kontraste“ wie folgt beschrieb: „Wer Berlin hat, hat auch Deutschland“ und „Von den Rathäusern in das Abgeordnetenhaus“.

Mit den Wahlergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin konnte die **NPD** ihre Stellung im rechtsextremistischen Parteienspektrum bundesweit stärken. In einer Pressekonferenz nach den Landtagswahlen erneuerten die Vorsitzenden von **NPD** und **DVU** ihr Angebot an **Die Republikaner (REP)**, dem „Deutschlandpakt“ beizutreten. Den Druck auf die Partei erhöhten sie dadurch, dass sie diesen Aufruf auch direkt an deren Mitglieder richteten. Das Kalkül richtete sich dabei auf Übertritte von Mitgliedern der **REP**, falls sich die Parteispitze einer Zusammenarbeit weiterhin verweigern sollte.

Die Erfolge der **NPD** bei Landtagswahlen werden dadurch relativiert, dass innerhalb der sächsischen Landtagsfraktion Zerfallsprozesse erkennbar sind. So haben inzwischen einige Abgeordnete die Fraktion auf Grund innerer Zerwürfnisse verlassen.

Bundesparteitag in Berlin

Unter dem Motto „Aus der Mitte des Volkes“ hielt die **NPD** am 11. und 12. November erstmals einen Bundesparteitag in Berlin ab. Vor dem Oberverwaltungsgericht hatte die Partei erwirkt, dass der Bezirk Reinickendorf ihr für ihren 31. Parteitag Räumlichkeiten zur Verfügung stellen musste. Zur Eröffnung waren rund 400 Gegendemonstranten dem Aufruf der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gefolgt und demonstrierten vor dem Veranstaltungsgebäude. Die Polizei war an beiden Tagen mit rund 700 Beamten präsent. Nach Polizeiangaben wurden drei Personen aus dem rechtsextremistischen Bereich wegen Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole festgenommen.

Udo Voigt wurde als Bundesvorsitzender wiedergewählt. Dem Bundesvorstand gehören drei neue Mitglieder an, u. a. der Hamburger Rechtsanwalt und **Neonazi** Jürgen Rieger. Doris Zutt (Lahn-Dill-Kreis) wurde in ihrem Amt als Beisitzerin bestätigt. Nach einem Beschluss des Parteitages werden künftig die Landesvorsitzenden dem Parteivorstand angehören. Durch diese Verzahnung sieht Voigt eine bessere Verbindung der Parteiführung zur Arbeit an der Basis gewährleistet und erhofft sich eine Verstärkung der politischen Schlagkraft.

Die **NPD** nutzte den Bundesparteitag, um ihre Bündnisstrategie mit der **DVU** und den rechtsextremistischen Kameradschaften zu festigen. Bereits vor Beginn des Parteitages äußerte Voigt: „Wir erwarten uns von diesem Parteitag ein deutliches Signal der Geschlossenheit.“ Seine Eröffnungsrede begann er mit den Worten: „Kameradinnen und Kameraden, ich begrüße euch in der Reichshauptstadt“. Über diejenigen, die den Par-

Stärkung der Stellung im rechtsextremistischen Spektrum

Hessisches Mitglied weiter im Parteivorstand



Werben um
Erweiterung des
„Deutschlandpaktes“

teitag verhindern wollten, fügte er unter Gelächter der rund 600 Delegierten und Gäste hinzu: „Und auch die jüdische Gemeinde wollte uns nicht haben.“ Während seiner einstündigen Rede äußerte Voigt: „Wir wollen eines Tages dieses Land regieren und dieses Land wird von Berlin regiert - deswegen sind wir heute hier.“ Um dieses Ziel auch zu erreichen, erneuerte er nochmals das Angebot an alle Nationalisten, sich dem „Deutschlandpakt“ anzuschließen. **NPD** und **DVU**, deren Vorsitzender Gerhard Frey als Gastredner eingeladen war, hätten bereits gemeinsam Erfolge erzielt. Nun würden nur noch die **REP** fehlen. Ein Beitritt dieser würde „wie ein Brandbeschleuniger“ wirken. „Unsere Zeit ist gekommen!“, schloss Voigt seine Rede.

Versuchte Einflussnahme auf Burschenschaften

Vor dem Hintergrund des „Kampfes um politische Meinungsführerschaft“ und einer „Kulturrevolution von rechts“ sind vor allem „rechtskonservatives Gedankengut“ pflegende Burschenschaften seit den 90er Jahren ein Ziel für Versuche einer Einflussnahme durch Rechtsextremisten. In das Blickfeld der Verfassungsschutzbehörden gelangen Burschenschaften, wenn aus ihnen heraus tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bekannt werden. Dies kann der Fall sein, wenn Rechtsextremisten als Angehörige solcher Vereinigungen in Erscheinung treten oder dort Vorträge halten. Die Mitgliedschaft von Rechtsextremisten in einer Burschenschaft sagt allein aber noch nichts darüber aus, ob diese als rechtsextremistisch einzustufen ist.

Langjährige Beobachtungen bestätigen die Einschätzung, wonach studentische Brauchtumpflege sich bei einigen Burschenschaften mit rechtsextremistischem Gedankengut vermischt. Die Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus sind dagegen wenig ausgeprägt und beschränken sich in aller Regel auf die Beziehungen einzelner Burschenschaftler zu rechtsextremistischen Parteien und Organisationen.

Insbesondere die **NPD** betrachtet Burschenschaften generell als Zielobjekt, um die Grenze zwischen „Konservativismus“ und „rechtsextremistischer Systemopposition“ aufzuweichen. Für sie sind Studentenverbindungen eine der „Grauzonen“, die für die Schaffung von „Befreiten Zonen“ in die strategischen Überlegungen der Parteilinie mit einbezogen werden müssten. Gleichwohl gelang es der **NPD** bisher nicht, in einer wirklich nennenswerten Zahl der Burschenschaften Einfluss zu gewinnen.

In Hessen geriet die **Dresdensia-Rugia (DR)** in Gießen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, als mit dem Einzug der **NPD** in den sächsischen Landtag im Herbst 2004 bekannt wurde, dass sich unter den Abgeordneten bzw. Mitarbeitern drei Bundesbrüder der **DR** befanden. Die Verbindung bedauerte Mitte 2005 in einer im Internet veröffentlichten Erklärung, dass „ein verschwindend geringer Teil ihrer Mitglieder für die **NPD** tätig“ sei und legte Wert auf die Feststellung, dass sie in keiner Weise mit den politischen Zielen der **NPD** sympathisiere und „einhellig die politischen Absichten und Inhalte der **NPD** ablehne“. Tatsächlich ist der letzte dieser **NPD/JN**-Funktionäre mit Wohnsitz in dem Gießener Verbindungshaus laut einer Mitteilung des Altherrenverbandes der **DR** aus der Burschenschaft ausgeschlossen worden. Bemerkenswert ist jedoch, dass Ende 2005/Anfang 2006 erneut ein Student, der den Verfassungsschutzbehörden als seit Jahren im rechtsextremistischen Spektrum agierend bekannt ist, im Gebäude der **DR** wohnte.

RECHTS

Junge Nationaldemokraten (JN)

In seiner im Internet verbreiteten Rede auf dem 11. Landeskongress der **JN-Hessen** am 4. November bezeichnete der wiedergewählte Vorsitzende Simon Zimmermann (Lahn-Dill-Kreis) den Generationswechsel in der hessischen **NPD** als Grundstein für ein gutes Abschneiden bei der Landtagswahl 2008 in Hessen. Dadurch, dass der Vorsitzende der **Freien Nationalisten Rhein-Main**, Marcel Wöll, zum **NPD-Landesvorsitzenden** gewählt wurde, würden sich auch für die **JN-Hessen** neue Türen öffnen. Zimmermann hält die Zeit für gekommen, klar zu zeigen, dass die **JN-Hessen** hinter ihrem **NPD-Landesvorstand** und ganz besonders hinter Wöll steht.

JN-Hessen gestärkt

Innerhalb eines Jahres ist es der **JN-Hessen** gelungen, sich umfassend zu reorganisieren. Seit der Wahl Zimmermanns zum Vorsitzenden der **JN-Hessen** im Oktober 2005 verfolgt sie eine „Vier-Säulen-Strategie“. Darunter versteht die **JN**, durch eigene Aktionen einen

- ▶ Kampf um die Dörfer,
- ▶ Kampf um die Schulen,
- ▶ Kampf um die Kameradschaften und
- ▶ Kampf um die Intellektualisierung der Jugend zu führen und so insbesondere junge Menschen zu rekrutieren.

Strategie

Nach Ansicht des Vorsitzenden habe der Mut, neue Wege zu gehen, dafür gesorgt, dass die **JN-Hessen** schon jetzt eine der stärksten nationalen Jugendorganisationen in Hessen sei. Die Beherrschung des Tagesgeschäftes und der Wille zum Sieg trügen dazu bei, diesen Vorsprung auszubauen. Zimmermann betont, man habe „ein Ziel und das ist Deutschland und nichts anderes.“ Dafür gelte es, alles zu geben, „damit Deutschland wieder Deutschland wird und nicht die BRD bleibt“.

EXTREMISMUSRECHTSEXTREMISMUS

Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung:	1987
Landesvorsitzender:	Manfred Seeber
Bundesvorsitzender:	Dr. Gerhard Frey
Mitglieder:	In Hessen 800, bundesweit 8.500
Medie (Auswahl):	National Zeitung – Deutsche Wochenzeitung (NZ) (geschätzte Auflage 40.000, Erscheinungsweise wöchentlich)

Die **DVU** ist in 16 Landesverbände untergliedert, denen jedoch auf Grund der unangefochtenen innerparteilichen Machtposition des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey kein Raum für selbständige politische Arbeit und eigene Initiativen verbleibt. Dr. Frey legt nach wie vor die ideologischen Positionen und Zielsetzungen der Partei fest, überwacht die wichtigsten personellen Vorgänge auch auf der Ebene der Landesverbände und entscheidet über Teilnahme an Wahlen zu Landesparlamenten. Die Mitglieder des nur einige wenige Personen umfassenden

Zentrale Führung durch Dr. Frey

Bundesvorstandes spielen fast nur eine Statistenrolle. Innerparteiliche Demokratie fehlt mithin weitgehend.

Am 7. Mai führte die **DVU** in Fulda-Kämmerzell (Landkreis Fulda) ihren Landesparteitag durch, an dem etwa 200 bis 250 Personen teilnahmen. Hauptredner war der Bundesvorsitzende. Es wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, Landesvorsitzender wurde Manfred Seeber (Thüringen). Es ist nicht das erste Mal, dass der hessische Landesvorsitzende seinen Wohnsitz außerhalb Hessens hat.

Weiter
übersteigter
Nationalismus

Schwerpunkt der verfassungsfeindlichen Agitation der Partei ist weiterhin ein übersteigter deutscher Nationalismus. Daraus resultieren fremdenfeindliche, antisemitische und antiamerikanische Aufreizungen sowie ein umfassender Revisionismus. Ausländer und Juden werden pauschal in Verruf gebracht und dienen der Partei als antideutsche Feindbilder. Die **NZ** fuhr in altbekannter Weise fort, Schlagzeilen zu verwenden, die geeignet waren, ausländerfeindliche und antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung hervorzurufen: „Kommen Millionen Afrikaner?“, „Darf sich Israel alles erlauben? - Die Lizenz zum Töten“, „Halb Afrika auf dem Sprung? - Die neue Völkerwanderung“, „Invasion aus Afrika – doch Bundeswehr muss Israel schützen“, „Das System der antideutschen Fälschungen – Zwei Historiker entlarven Lügner“, „Verbrecherparadies Deutschland? – Riesenbetrug durch illegale Ausländer“. (**NZ** Nr. 31, 32, 36, 39, 45, 46)



In Hessen erschöpften sich die Parteiaktivitäten der **DVU** überwiegend in gelegentlichen Stammtischrunden, vornehmlich im Bereich Bergstraße und Wiesbaden.

Neonazis

Anhänger/Mitglieder:	In Hessen 250, bundesweit 4.200
Wichtigste Gruppierungen:	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), Deutsche Bürgerinitiative (DBI), Kameradschaft Bergstraße (KSB), Nibelungensturm Odenwald (NSO), Aktionsbüro Rhein-Neckar, Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition (DS/APO), Freie Nationalisten Rhein-Main

Neonazis bekennen sich unverhohlen zum Nationalsozialismus und propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage eines menschenverachtenden rassistischen Elite- und Führerprinzips. Sie organisieren sich, im Gegensatz zu **Skinheads** oder Parteien wie der **NPD** überwiegend in Kameradschaften, d. h. Personenzusammenschlüssen, die in der Regel lose strukturiert und eigenständig aktiv sind. Zum Teil gibt es formale Mitgliedschaften mit Beitragszahlungen bis hin zu satzungähnlichen Statuten. Die Größe der Kameradschaften reicht von Kleingruppen mit wenigen Angehörigen bis zu Gruppen von etwa 50 Personen. Um die

zersplitterte Szene handlungsfähig zu machen, versuchen **Neonazis** Kameradschaften zu vernetzen und Aktionsbündnisse – wie etwa das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** – zu bilden. Seit einigen Jahren bemühen sich **Neonazis**, mittlerweile auch rechtsextremistische Parteien, das weitgehend unorganisierte, aber zahlenmäßig große Potenzial der subkulturell geprägten **Skinheads** in ihre Aktivitäten einzubinden. Noch „effektiver“ ist die Zusammenarbeit mit der **NPD**. Nach Übertritt führender **Neonazis** und sogar ganzer Kameradschaften in diese rechtsextremistische Partei verschwimmen die Grenzen zwischen **Neonazis** und ihr zunehmend.

Die Zahl der **Neonazis** blieb in Hessen und auf Bundesebene nahezu konstant. Die Schwerpunkte **neonazistischer** Aktivitäten in Hessen lagen im mittel- und südhessischen Raum, vor allem bei dem länderübergreifend tätigen **Aktionsbüro Rhein-Neckar** und den **Freien Nationalisten Rhein-Main**.

Nachdem in den vergangenen Jahren eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen **Neonazis** und **Skinheads** in Hessen zu beobachten war und es in der Folge immer wieder zu Verschiebungen innerhalb der Kameradschaften kam, stand das vergangene Jahr in Hessen eindeutig unter dem Zeichen der organisierten Zusammenarbeit zwischen der **NPD** und **Neonazi**-Kameradschaften.

Die seit etwa zwei Jahren zu beobachtende Annäherung der **NPD** an Protagonisten der **Neonazi**-Szene ist nun in weitreichender Art und Weise auch in Hessen zu beobachten. Große Teile einzelner **Neonazi**-Kameradschaften wechselten in die **NPD** (siehe auch Kapitel **NPD**). Regionale Schwerpunkte dieses neuen Trends waren in Hessen die Bereiche Wetterau und Bergstraße mit den zahlenmäßig stärksten und auch aktivsten Kameradschaften **Freie Nationalisten Rhein-Main** und **Kameradschaft Bergstraße**.

Das Verhältnis zwischen **NPD** und **Neonazis** insgesamt blieb bundesweit dennoch ambivalent. Es traten und treten **NPD**-Kritiker innerhalb des **Nationalen Widerstandes**, wie der Hamburger **Neonazi** Christian Worch, bei maßgeblichen Demonstrationen in Konkurrenz zur **NPD** an. Dies wurde einmal mehr anlässlich der Kundgebungen zum 1. Mai oder dem Todestag von Rudolf Heß deutlich.

Die Schwerpunkte der **Neonazis** lagen im Bereich der Durchführung regionaler Demonstrationen. Die Realisierung von Großdemonstrationen hatte nur mäßigen Erfolg. Die trotz der zu beobachteten Annäherung nach wie vor vorhandenen Rivalitäten innerhalb der rechtsextremistischen Szene – überwiegend zwischen Freien Kräften und der **NPD** – und das erneute Verbot der Heß-Kundgebung in Wunsiedel (Bayern) führten zu einer Zersplitterung des Demonstrationspotenzials bei den beiden überregional bedeutenden Demonstrationsschwerpunkten 1. Mai und Heß-Gedenkmarsch.

Rechtsextremistische Mai-Kundgebungen

Am 1. Mai fanden bundesweit sechs größere Mai-Demonstrationen von Rechtsextremisten statt. In Hessen und Baden-Württemberg organisierte das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** eine Doppeldemonstration. Veranstaltungsorte waren Heppenheim (Kreis Bergstraße) und Ladenburg/Weinheim (Baden-Württemberg). Bereits 2005 hatte das **Aktionsbüro** anlässlich des 1. Mai eine Doppeldemonstration mit bis zu 300 Teilnehmern in Frankenthal und Worms (beide Rheinland-Pfalz) durchgeführt. Für die diesjährige Doppelkundgebung wurde im Internet bundesweit geworben. Der Protagonist der süddeutschen **Neonazi**-Szene Lars Käßler (Baden-Württemberg), Betreiber eines rechtsextremistischen Versandhandels und Anmelder zahlreicher rechtsextremistischer Demonstrationen, konnte als Anmel-

*Zusammenarbeit
mit der NPD*

*Zersplitterung des
Demonstrations-
potenzials*

*Länder-
übergreifende
Doppel-
demonstration*

der der Demonstration in Heppenheim rund 400 Personen mobilisieren. Motto der Kundgebung war „Heimat statt EU-Diktat“. Die Teilnehmer kamen zum überwiegenden Teil aus der rechtsextremistischen Szene im Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz und gehörten dem Umfeld des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** an. Zur Gegendemonstration hatten sich rund 250 Linksextremisten versammelt.

Nach der Demonstration in Heppenheim versammelten sich die Rechtsextremisten auf Grund eines kurzfristigen Verbots der Versammlung in Weinheim zur Demonstration in Ladenburg (beide Baden-Württemberg). Motto dieser Kundgebung war: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche – Kapitalismus und Globalisierung stoppen!“ Stellvertretender Versammlungsleiter war der hessische **Neonazi** und die Führungsfigur der **Kameradschaft Bergstraße** sowie des **Aktionsbüros Rhein-Neckar**, René Rodriguez-Teufer (Kreis Bergstraße). Nach einer Kundgebung marschierten rund 350 Rechtsextremisten durch Ladenburg. Zum Abschluss der Doppeldemonstration versammelten sich schließlich noch einige rückreisende Rechtsextremisten zu einer spontanen Kundgebung auf dem Weinheimer Bahnhof. Eine Blockadeaktion von Linksextremisten in Ladenburg führte zu einer Verkürzung der Wegstrecke der Rechtsextremisten. Zu Zusammenstößen zwischen Links- und Rechtsextremisten kam es nicht.



Höhere Teilnehmerzahl

Auf Grund der deutlichen Steigerung der Teilnehmerzahl feierten Rechtsextremisten die Mai-Kundgebungen in Heppenheim und Ladenburg als großen Erfolg. So schrieb das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** auf seiner Homepage u.a.:

„Den Aktivisten der Bürgerinitiative war es schon seit längerer Zeit bekannt, dass die NPD eine zentrale Aktion zum 1. Mai in Rostock plant. Natürlich hatte auch Christian Worch schon seit sehr langer Zeit den Aufmarsch zum 1. Mai in Leipzig angemeldet. Für uns stellte sich die Situation als sehr schwierig dar, da doch beide Demos in Leipzig und Rostock eine weite Anreise beanspruchen und auch recht kostspielig werden. [...] Nach Absprache mit den benachbarten Gruppen, entschieden wir uns am 1. Mai eigene regionale Demonstrationen anzumelden. [...] Wir konnten an die erfolgreichen 1. Mai-Demonstrationen aus dem vergangenen Jahr anknüpfen und erfreulicher Weise konnte die Teilnehmerzahl erneut gesteigert werden, was uns optimistisch für die 1. Mai-Demonstration im Jahre 2007 stimmt.“ (Fehler im Original)

Zu ihrer auch von **Neonazis** frequentierten zentralen Mai-Kundgebung rief die **NPD** in diesem Jahr unter dem Motto: „Arbeit zuerst für Deutsche“ in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) auf. Als Redner traten u. a. der Parteivorsitzende Udo Voigt und sein Stellvertreter Holger Apfel auf. Voigt forderte in seiner Rede Arbeit für Deutsche und ein Gesetz zur Ausländerheimführung. Es wurden lediglich rund 1.300 der erwarteten 2.000 Teilnehmer festgestellt. In Hessen wurde für diese Demonstration nicht mobilisiert.

Haupt- kundgebungen

Der **Neonazi** Christian Worch meldete – wie in den Vorjahren – erneut eine Demonstration in Leipzig (Sachsen) an. Unter dem Motto: „Tag der nationalen Arbeit – Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre“ versammelten sich rund 400 Rechtsextremisten. Zu einer parallelen und damit konkurrierenden Veranstaltung in Leipzig kamen 300 Rechtsextremisten. Für diese Demonstration zeichnete der **Neonazi** Steffen Hupka (Brandenburg) verantwortlich, der auch Anmelder von ins-

gesamt fünf Mai-Kundgebungen in Frankfurt am Main (2001 bis 2005) war. An einer von der **NPD** und **Freien Kräften** organisierten Demonstration in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) nahmen rund 400 Personen teil.

Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den rechtsextremistischen Mai-Kundgebungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von rund 2.200 auf etwa 3.200 Personen.

Demonstrationen in Südhessen

Am 22. Juli kam es unter Beteiligung der **NPD** und **JN** zu einer Demonstrationsserie der beiden stärksten hessischen **Neonazi**-Gruppen **Freie Nationalisten Rhein-Main** und **Aktionsbüro Rhein-Neckar** im Dreiländereck Hessen/Bayern/Baden-Württemberg. Auf einer Internet-Sonderseite und im Odenwaldkreis verteilten Flyern riefen sie zu der sogenannten „Antikapitalismuskampagne des Nationalen Widerstandes“ auf. Mit einer solchen Begrifflichkeit lehnen sich **Neonazis** in ihrer Agitation stark an linksextremistische Ideologien an; sie reklamieren Themen und Schlagworte wie „Konsumwahn“, „imperialistische Unterdrückung“ oder „soziale Ausbeutung“ für sich. Ideologisch unterscheiden sich beide Positionen: Während Rechtsextremisten Kapitalismus aus der nationalistischen Sicht der Volksgemeinschaft kritisieren, ist das ideologische Fundament für Linksextremisten stets die internationale Klassengesellschaft.

Bundesweite Reaktionen auf die Aufrufe zu den Demonstrationen blieben aus und so beschränkte sich das Teilnehmerpotenzial auf **Neonazis** aus den Bereichen Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Unter dem Motto: „Freie Menschen statt freie Märkte – Globalisierung und Kapitalismus stoppen“ wurden für den 22. Juli insgesamt neun Mahnwachen und zwei Demonstrationen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern angemeldet. Für die Veranstaltungen in Erbach/Michelstadt, Höchst, Bad König (alle Odenwaldkreis) und Groß-Umstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg) zeichneten Christian Müller und Marcel Wöll (beide Landkreis Wetterau) für den **NPD**-Landesverband Hessen verantwortlich. Die Demonstration in Erbach und Michelstadt war dabei ursprünglich als große Abschlussveranstaltung nach den diversen Mahnwachen geplant.

Die weiteren Mahnwachen in Fürth, Lindenfels, Rimbach (alle Kreis Bergstraße) und Reichelsheim (Odenwaldkreis) wurden von maßgeblichen Funktionären des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** angemeldet. Die Kundgebungen in Buchen (Baden-Württemberg) und Miltenberg (Bayern) wurden von der **JN** organisiert.

Tatsächlich durchgeführt wurden nach dem Verbot verschiedener Mahnwachen und der Demonstration in Erbach/Michelstadt schließlich die Mahnwachen in Lindenfels, Reichelsheim, Höchst, Buchen und Miltenberg. Die eigentlich für Erbach vorgesehene Abschlussdemonstration wurde nach Eberbach (Baden-Württemberg) verlegt. Anmelder dieser Veranstaltung war wiederum der hessische **NPD**-Landesvorsitzende Wöll.

An den Mahnwachen in Hessen nahmen jeweils rund 40 bis 50, an den zeitgleich durchgeführten Kundgebungen in Buchen und Miltenberg auch etwa 50 Personen teil. Die Rechtsextremisten reisten in einer Stärke von rund 150 Personen anschließend zur Abschlussveranstaltung nach Eberbach. Die Kundgebungen verliefen weitgehend störungsfrei. Zu einer Gegenveranstaltung unter Beteiligung von **Autonomen** kam es lediglich in Darmstadt. Die **Neonazis** selbst feierten ihre Aktion und die vor Ort ausgebliebenen Gegendemonstrationen in einer Internetveröffentlichung als Erfolg:

„Nationaler
Widerstand auf der
Straße“

„Die vorwiegend jungen Menschen setzten ein Zeichen gegen Konsumwahn, soziale Ausbeutung, imperialistische Unterdrückung, Masseneinwanderung, Spekulantentum, Zinsschulden [...]. Wir schauen nicht länger zu, wie sich die etablierten Parteien und Politiker immer weiter vom Volksinteresse entfernen und somit unsere Lebensgrundlage und Zukunft zerstören. [...] Während also der Nationale Widerstand seine Idee eindrucksvoll auf der Straße positionierte, versammelten sich im weit entfernten Darmstadt einige verwirrte Antifaschisten und deren dauerhaft alkoholisierte Punkerbrigade vom Darmstädter Luisenplatz, um gegen Neonazis im Odenwald (!) zu demonstrieren. Wahrhaft heldenhaft [...].“

Kameradschaften

Die Kameradschaft **Freie Nationalisten Rhein-Main** und ihre Untergruppierung **Revolutionärer Block** waren zum Zeitpunkt ihrer Gründung im Jahre 2001 rein neonazistisch orientiert, entwickelten sich aber seit 2003 zu einer „Mischkameradschaft“. In dieser Zeit waren vermehrt **Skinheads** in die Kameradschaft eingetreten. Seit den Durchsuchungsmaßnahmen des Hessischen Landeskriminalamtes 2005 am Wohnort der Kameradschaftsführer und der Wahl Wölls zum **NPD-Landesvorsitzenden** traten die eigenen Aktivitäten der **Freien Nationalisten Rhein-Main** und des **Revolutionären Blocks** mehr und mehr in den Hintergrund. Das Hauptaugenmerk und Betätigungsfeld Wölls und seiner Anhänger liegt nun auf der Arbeit innerhalb der **NPD-Kreisverbände** und des **NPD-Landesverbandes** (siehe auch Kapitel **NPD**).

In der südhessischen **Neonazi-Szene** erlangte das 2003 gegründete **Aktionsbüro Rhein-Neckar** durch mehrere Demonstrationen weiter an Bedeutung. Dem Zusammenschluss gehören mehrere Gruppierungen und Kameradschaften aus dem Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz an. Das Organisieren von Veranstaltungen und die Funktion als Koordinationsstelle für verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen sind Zweck der Gründung des **Aktionsbüros Rhein-Neckar**. Sein Ziel sei eine „starke verschworene national gesinnte Gemeinschaft in unserer Heimatregion“, die sich durch den Glauben an Deutschland vorantreiben lasse.

„Die Mitglieder des Nibelungensturm Odenwald stellen ihre Aktivitäten unter der Kameradschaft Nibelungensturm Odenwald ein. - Doch der Kampf geht weiter!“

Mit der **Kameradschaft Bergstraße (KSB)** und dem **Nibelungensturm Odenwald (NSO)** haben sich zwei der zuletzt aktivsten hessischen **Neonazi-Kameradschaften** nach eigenen Angaben aufgelöst.

Eine entsprechende Erklärung gab die **Kameradschaft Bergstraße** im August im Internet ab. Sie galt als eine der mitgliederstärksten Kameradschaften in Hessen. 2003 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** und trug dieses bislang maßgeblich mit. Die Mitglieder der Kameradschaft nahmen an zahlreichen regionalen und überregionalen Veranstaltungen teil und organisierten mit dem **Aktionsbüro Rhein-Neckar** verschiedene eigene Kundgebungen. Der Führer der Kameradschaft, René Rodriguez-Teufer, ist weiterhin eine der Führungsfiguren der **Neonazi-Szene** im Dreiländereck Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg.

Die Auflösung der **KSB** dürfte rein taktischer Natur sein, um die Position des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** hervorzuheben sowie die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutzbehörden zu erschweren. Unterstützungsleistungen der Kameradschaftsmitglieder für die **NPD** in den vergangenen Wahlkämpfen sowie die Kandidatur etwa des Rodriguez-Teufer auf einer rheinland-pfälzischen **NPD**-Liste las-

Kameradschaften
mit NPD-Bezug

Taktische Auflösung
aktiver
Kameradschaften

EXTREMISMUS

sen auch den Schluss zu, dass eine verstärkte Annäherung an die **NPD** im Bereich Bergstraße gesucht wird oder gar eine Übernahme der Kameradschaft durch die **NPD** erfolgen könnte.

Bereits im Juni hatte der **Nibelungensturm Odenwald (NSO)** seine Auflösung verkündet und seine Internetpräsenz beendet. Die Aktivitäten sollten aber, so die Kameradschaft, unter neuem Namen fortgesetzt werden. Der **NSO** war 2004 in den Blickpunkt von Sicherheitsbehörden gerückt. Durch Auftritte bei Demonstrationen, der Organisation von **Skinhead**-Konzerten und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der verbotenen **Blood & Honour**-Bewegung machte sich die Kameradschaft schnell einen Namen. Der Beitritt zum **Aktionsbüro Rhein-Neckar** war eine Folge. Anders als bei der **KSB** waren aber vermutlich Streitigkeiten zwischen dem **NSO** und dem **Aktionsbüro Rhein-Neckar** ausschlaggebend für die Auflösung bzw. Umbenennung der Kameradschaft.

Veranstaltungen zum Todestag von Rudolf Heß

Wie in den Vorjahren hatte der **Neonazi** Jürgen Rieger (Hamburg) für den 19. August eine Kundgebung zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Heß in Wunsiedel angemeldet. Vor dem Hintergrund der veränderten gesetzlichen Grundlagen (Strafbarkeit der Verherrlichung des Nationalsozialismus, § 130 Abs. 4 StGB) wurde aber auch für den diesjährigen Heß-Gedenkmarsch unter dem Motto „Rudolf Heß: Seine Ehre galt ihm mehr, als die Freiheit“ in Wunsiedel das Verbot der Versammlungsbehörde letztinstanzlich durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Somit konnte sich die rechtsextremistische Szene - wie schon in 2005 - bundesweit nicht zentral an einem symbolträchtigen Ort versammeln und musste sich auf mehrere dezentrale Demonstrationen unterschiedlicher Ausrichtung verteilen.

Zentrale Heß-Gedenkveranstaltung in Wunsiedel

Um auch für den Fall eines „Wunsiedel-Verbot“ alternative Versammlungsorte zur Verfügung zu haben, um somit sicherzustellen, dass überhaupt aufmarschiert werden kann, meldeten die Rechtsextremisten bundesweit mehrere Veranstaltungen an, unter anderem in Berlin, München, Jena (Thüringen) und Fulda. Die beabsichtigten Demonstrationen in Halle an der Saale, Werningerode (beide Sachsen-Anhalt), Altenburg (Thüringen), Grünstadt und Kirchheim (Rheinland-Pfalz) wurden verboten bzw. abgesagt.

Insbesondere der von den hessischen Rechtsextremisten Christian Müller und Marcel Wöll unter dem Namen der **Freien Nationalisten Rhein-Main** angemeldete Aufzug in Fulda unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Deutsche – § 130 abschaffen“ galt lange als einer der potenziell größeren Aufmarschorte der **Neonazis** für den 19. August. Nachdem das ursprüngliche Verbot dieser Demonstration durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel aufgehoben worden war, rechneten Sicherheitsbehörden vor allem mit der Anreise von Rechtsextremisten aus dem Ruhrgebiet, dem Saarland, Nordbayern und dem Dreiländereck Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg. Vermehrte bundesweite Busanmietungen blieben in diesem Jahr fast vollständig aus. Während die Rechtsextremisten 2005 noch mit rund einem Dutzend Bussen zu ihrem spontanen Gedenkmarsch nach Peine (Niedersachsen) aufbrachen, organisierten sie die diesjährige Anreise zu den Demonstrationen überwiegend durch private Fahrgemeinschaften.

Kundgebung in Fulda kurzfristig abgesagt

Die Veranstaltung in Fulda wurde am 19. August von den Verantwortlichen sehr kurzfristig abgesagt. Die anreisenden **Neonazis** aus Hessen und das große

Kontingent aus dem Umfeld des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** wurden wie alle anderen Teilnehmer nach Jena umgeleitet. Es dürfte Wöll und Müller auf Grund der mangelnden Mobilisierung, der letztlich doch verschiedenen Demonstrationsoptionen und der fehlenden prominenten Redner nicht möglich gewesen sein, ausreichend Rechtsextremisten zur Anreise nach Fulda zu bewegen.

In Fulda fanden sich lediglich einige Rechtsextremisten ein, die offenbar von der Absage der Demonstration keine Kenntnis hatten. Die Polizei sprach in diesem Zusammenhang 29 Platzverweise aus. Im PKW eines Rechtsextremisten wurden zwei Schreckschusspistolen und mehrere strafrechtlich relevante Musik-CDs aufgefunden.

Propaganda- delikte

Im Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf Heß kam es nur zu vereinzelten Propagandadelikten in Hessen. Bereits Anfang Juli wurden mehrere Plakate zum Gedenken an Rudolf Heß mit dem Text „Mord ! am 17. August 1987 in Berlin – 10. Mai 1941 Friedensflug – 46 Jahre inhaftiert in Berlin Spandau – Standhaft bis zu seinem Tod – Rudolf Heß“ in Frankfurt am Main geklebt. An einer Fußgängerbrücke über die BAB 661 bei Frankfurt am Main wurde eine Hakenkreuzfahne mit der Aufschrift „Rudolf Heß – Es war Mord“ aufgehängt. Ebenfalls in Frankfurt am Main wurden Schaltkästen an einer U-Bahnhaltestelle mit themenbezogenen Farbschmierereien versehen. In Ludwigsau (Kreis Hersfeld-Rotenburg) wurden Plakate und Aufkleber mit dem Abbild von Heß und der Aufschrift „In den Herzen unvergessen“ an Bushaltestellen, einem geparkten LKW und einem Einkaufszentrum angebracht.

Geringere Teilnehmerzahl

Insgesamt führte die rechtsextremistische Szene am 19. August bundesweit dezentrale Gedenkveranstaltungen mit insgesamt rund 1.200 Teilnehmern (2005: 1.800) in Berlin, München und Jena durch. Hinzu kamen kleinere Aufzüge in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Mit dieser Teilnehmerzahl blieben die Rechtsextremisten erneut deutlich hinter den Mobilisierungen der vergangenen Jahre zurück. Nachdem der Gedenkmarsch in Wunsiedel im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr nicht mehr durchgeführt werden konnte, war eine weitere Zersplitterung des Teilnehmerpotenzials zu beobachten. War die Mobilisierung in 2005 noch relativ groß und die Durchführung durch zahlreiche Busanmietungen noch effektiv organisiert, so kam im Berichtsjahr Planungsunsicherheit unter den Rechtsextremisten auf. Während sie in der Vergangenheit noch gemeinsam in Wunsiedel marschierten, gelang es den Protagonisten der **Neonazi**-Szene und der Parteiführung der **NPD** einmal mehr nicht, persönliche Differenzen auszuräumen und sich auf eine zentrale Großkundgebung zu konzentrieren.

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre zeigen, dass die Gesetzesänderung, auf die das Verbot der zentralen Heß-Kundgebung in Wunsiedel gestützt wurde, zu einer deutlich zurückgehenden Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene geführt hat.

Trotz schwacher Resonanz der letzten beiden Jahre und trotz der veränderten Rechtslage für eine solche Demonstration ist das Interesse an „Heß“ innerhalb der Szene aber ungebrochen. Einzig das einende Moment in Form eines symbolträchtigen zentralen Aufmarschortes wie Wunsiedel, an welchem sich von 2001 bis 2004 **Neonazis** aus ganz Deutschland und weiten Teilen Europas versammelten, fehlt. Die rechtsextremistische Szene selbst analysierte in einem Internetbeitrag:

„Für Massenereignisse, deren Durchführung als mindestens relativ sicher und vor allem auch bequem gelten darf, läßt sich eine steigende Teilnehmerzahl mobilisieren. Wenn an der ‚Juristischen Front‘ Unsicherheiten herrschen, möglicherweise bis zum Abend vorher, oder wenn die Durchführung bzw. Teilnahme stressig

zu werden droht, vermindert die Zahl sich. Kurz gesagt: Die Zahl Demonstrationswilliger allgemein ist gestiegen. Die Zahl des 'Harten Kerns', der entschiedenen Kräfte, die auch kurzfristig und ohne Erfolgsgarantie oder einen 'Spaßfaktor' auf die Straße zu bekommen sind, ist bestenfalls gleichbleibend, schlimmstenfalls leicht rückläufig. [...] Wir haben ein Defizit an Qualität und Mobilisierung; das müssen wir erkennen und nach Möglichkeit überwinden."

„Defizit an Qualität und Mobilisierung“

Sollte der Heiß-Marsch auch künftig in Wunsiedel verboten bleiben, ist mit einer weiteren Zersplitterung der rechtsextremistischen Szene und weiter sinkenden Teilnehmerzahlen zu rechnen.

Manfred Roeder (Deutsche Bürgerinitiative)

Am 10. März wurde der **Neonazi** Roeder nach zehnmonatiger Haft aus der JVA Gießen entlassen. Im Gegensatz zu seinem Haftantritt am 12. Mai 2005, als es zu einer Solidaritätskundgebung von etwa 20 Gesinnungsgenossen vor der JVA gekommen war, kam es bei seiner Entlassung zu keinerlei Sympathiebekundungen. Roeder war am 9. August 2004 wegen Verunglimpfung des Staates vom Landgericht Frankfurt am Main zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt worden (er hatte 2000 in einem offenen Brief den Deutschen Bundestag und dessen Abgeordnete massiv beschimpft und verunglimpft). Bereits am 24. März musste sich Roeder erneut vor Gericht verantworten. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Marburg – vorausgegangen war eine Verurteilung durch das Amtsgericht Schwalmstadt im September 2005 – wurde er wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten und der Verunglimpfung des Staates zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt. In Anbetracht seiner persönlichen Lebensumstände und seines fortgeschrittenen Alters wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Roeder sagte zu, künftige Veröffentlichungen im Vorfeld durch seinen Strafverteidiger auf strafrechtliche Relevanz prüfen zu lassen.

Roeder aus Haft entlassen ...

Wie in den vergangenen Jahren lud Roeder wieder zu einem Osterfeuer auf sein Anwesen in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) ein. Am 15. April versammelten sich rund 35 Personen, darunter **Skinheads**, **Neonazis** und Mitglieder der **NPD**. Für den 24. Juni lud Roeder zu seiner alljährlichen Sommersonnwendfeier auf sein Grundstück ein. Es nahmen rund 50 Personen des rechtsextremistischen Spektrums teil, die zuvor von der Polizei im Rahmen von Vorkontrollen überprüft wurden.

... und weiterhin aktiv

In der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober nahmen rund 50 Personen aus Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen an dem von Roeder initiierten „1. Treffen der Generationen“ in Schwarzenborn teil.

Seine rechtsextremistischen Weltanschauungen publiziert er weiter über seine monatlich erscheinenden Rundbriefe. Ein Beispiel aus der Nummer 10 belegt das:

„Es gibt keine ‚westliche Wertegemeinschaft‘. Das Abendland mit seiner Kultur ist in zwei Weltkriegen vernichtet worden von den westlichen Barbaren in Komplizenschaft mit Stalin. Deutschlands Heldenkampf mit den besten Soldaten der Welt hat nicht ausgereicht, das Unheil abzuwenden. Danach gab es keinen Neubeginn, sondern nur eine antideutsche Verschwörung [...] Die Nürnberger Prozesse waren der absolute Tiefpunkt europäischer Geschichte und Kultur. Alle Werte wurden zertreten und ins Gegenteil verkehrt. Die Führer unseres Volkes [...] wurden in einer Perversion jeder Rechtsordnung bestialisch umgebracht und zum Ausbund des Bösen erklärt.“

Roeder ist nach wie vor innerhalb der Szene relativ isoliert. Rechtsextremistische Parteien suchen schon seit längerer Zeit kaum mehr Kontakt zu ihm. Gegenüber den Vorjahren war aber wieder ein Anstieg der Besucherzahlen auf Roeders Anwesen, neben Butzbach/Hoch-Weisel (Wetteraukreis) und Kirtorf (Vogelsbergkreis) die dritte größere Immobilie im Besitz von Rechtsextremisten in Hessen, zu verzeichnen.

Fußballweltmeisterschaft als Bühne für rechtsextremistische Kundgebungen

Die **NPD** sowie **Freie Nationalisten Rhein-Main** versuchten, die Fußballweltmeisterschaft als Plattform für ihre Demonstrationen zu nutzen. Die Rechtsextremisten meldeten größere Veranstaltungen in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen), Halle (Sachsen-Anhalt), Jena (Thüringen) und Frankfurt am Main an. Alle Demonstrationen wurden von den zuständigen Behörden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten, lediglich die **NPD** in Gelsenkirchen legte für den 10. Juni Rechtsmittel ein. Das Bundesverfassungsgericht gab einem Eilantrag der Partei gegen das Verbot des Oberverwaltungsgerichts Münster statt. Neben weiteren bekannten Rechtsextremisten trat dort auch Marcel Wöll als Redner vor etwa 220 Teilnehmern auf. Der **NPD**-Bundesvorstand hatte zur Fußballweltmeisterschaft die Untergliederungen der Partei angewiesen, auf Demonstrationen an Spieltagen der Weltmeisterschaft lediglich vor den Spielstätten zu verzichten:

„Der NPD-Parteivorstand hat keinerlei Interesse daran, die bereits angespannte Sicherheitslage in Deutschland durch zusätzliche Demonstrationen während der WM zu gefährden. Diesen Schuh ziehen wir uns nicht an! Aus diesen Gründen werden die Untergliederungen der NPD angewiesen, während der WM an Spieltagen vor den Spielstätten auf Demonstrationen zu verzichten.“

Solidaritätskundgebung für iranischen Präsidenten verboten

Für den 17. Juni meldete Wöll im Namen der **Freien Nationalisten Rhein-Main** eine Demonstration unter dem Motto: „Präsident Ahmadinedschad – Zu Gast bei Freunden“ in Frankfurt am Main an. Neben den Internetseiten des **NPD**-Kreisverbandes Wetterau, des **Aktionsbündnisses Mittelhessen** und des Infoportals des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** wurde bundesweit für die Veranstaltung auf Seiten rechtsextremistischer Organisationen geworben. Mit Verfügung vom 8. Juni verbot die Stadt Frankfurt am Main die Demonstration und untersagte die Durchführung etwaiger Ersatzveranstaltungen. Am 14. Juni äußerte Wöll in einem Zeitungsinterview, dass er gegen das Verbot der von ihm angemeldeten Solidaritätskundgebung für Präsident Ahmadinedschad keine Rechtsmittel einlegen werde: „Sonst würde das Versammlungsrecht noch weiter beschnitten. Wenn einem vorgeschrieben wird, welche Fahnen und Transparente man mitführen darf, und davon wäre auszugehen, dann macht eine Demonstration keinen Sinn mehr.“ Die Rechtsextremisten hielten sich an das Demonstrationsverbot der Stadt Frankfurt am Main sowie Wölls Aufruf, die Entscheidung der Behörde zu akzeptieren. Obwohl die Demonstration auf Grund des akzeptierten Verbots nicht stattfand, wertete der Anmelder das Medienecho im Vorfeld als Erfolg.



Annäherung an die NPD

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die **Neonazi**-Szene und die **NPD** in Hessen angenähert haben und es Tendenzen zu einem fließenden Übergang der Gruppen gibt. Mit der Wahl Wölls zum hessischen **NPD**-Landesvorsitzenden und dem Beitritt zahlreicher Kameradschaftsangehöriger zur **NPD** ist eine Trennung

dieses rechtsextremistischen Personenpotenzials nicht mehr eindeutig vorzunehmen. Dies und die nominelle Auflösung der beiden Kameradschaften in Südhessen können auch als Teil einer Strategie interpretiert werden, den Strafverfolgungsbehörden die Arbeit entscheidend zu erschweren. Die Rechtsextremisten erhoffen sich mit dem Übertritt in die **NPD** auf Grund des Parteienprivilegs wohl auch einen besseren Schutz vor staatlichen Maßnahmen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die **HNG** blieb mit rund 600 Mitgliedern, darunter rund 70 aus Hessen, die bundesweit größte **Neonazi**-Organisation. Am 18. März führte sie ihre Jahreshauptversammlung in Dillstädt (Thüringen) durch. Die Teilnehmerzahl lag mit etwa 200 Personen wieder etwas über der des Vorjahres (rund 150). Wie in den Vorjahren hielt der Trend hin zu einem relativ hohen Anteil (mindestens 50%) an jüngerem Publikum – vorwiegend **Skinheads** – an. Die Organisation konzentrierte ihre Aktivitäten weiterhin auf die Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten. Ziel war es – auch durch die **Nachrichten der HNG** (bundesweit rund 600 Exemplare) –, Häftlinge im In- und Ausland ideologisch zu betreuen, um diese in der Szene zu halten. Gleichzeitig bot die **HNG** Inhaftierten Gelegenheit, über Briefkontakte mit „Gleichgesinnten“ die Verbindung nach „draußen“ nicht abreißen zu lassen.



Skinheads

Anhänger/Mitglieder:	In Hessen rund 750, bundesweit rund 10.400
Regionale Schwerpunkte:	Wetteraukreis, Vogelsbergkreis, Rhein-Main-Gebiet, Hochtaunuskreis, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Landkreis Hersfeld-Rotenburg
Organisierte Gruppierungen:	Sturmfront Odenwald, Berserker Kirtorf
Skinhead-Bands in Hessen:	Blutschuld/Ahnenerbe, Faust, Gegenschlag, Hauptkampflinie, Störmanöver, Nordglanz, Rachezug, Royal Hatred

Die **Skinhead**-Bewegung, eine Facette der jugendlichen Subkultur mit ihren verschiedenen Strömungen und Einflüssen, ist in sich uneinheitlich gestaltet. Ursprünglich als Jugendbewegung Ende der 60er Jahre in Großbritannien entstanden, stellten die **Skinheads** ihre Herkunft aus dem Arbeitermilieu bewusst heraus. Straßenkämpfe, hoher Alkoholkonsum, Begeisterung für Fußball waren ebenso Kennzeichen wie ein bestimmtes Outfit, nämlich Bomberjacken, breite Hosenträger, Springerstiefel und demonstrativ kurz geschorene Haare. Zunächst verstand sich diese jugendliche Subkultur als weitgehend unpolitisch. Im Laufe der Jahre kam es zu einer Differenzierung in unpolitische Oi!-Skinheads, autonome/

antirassistische **Redskins** bzw. **S.H.A.R.P.s (Skinheads Against Racial Prejudice** = Skinheads gegen rassistische Vorurteile) und die seit Beginn der 90er Jahre für Jugendliche immer attraktiver werdende rechtsextremistische gewaltbereite **Skinhead**-Szene. Wenn im Folgenden von **Skinheads** die Rede ist, sind ausdrücklich nur rechtsextremistische **Skinheads** gemeint. Die Aussagen einiger Jugendlicher geben Aufschluss darüber, was es für sie bedeutet, **Skinhead** zu sein.

Subkultureller
Protest

„Protest gegen die Gesellschaft zu demonstrieren. [...] Zusammenhalt, Spaß haben, nationales Bewusstsein haben, Politik zum Kotzen finden, gute Konzerte besuchen, saufen, den Alltag vergessen. [...] Deutsch sein [...] Durch mein Aussehen und Auftreten zu zeigen, daß es in Deutschland noch Leute gibt, denen es nicht egal ist, ob hierher immer mehr Ausländer kommen; zu zeigen, daß ich mit der Vergangenheitsbewältigung fertig geworden bin und das ich mein Vaterland, wenn nötig mit Gewalt, immer und überall verteidigen werde. [...] Prellbock sein gegen Ausländer und Rotfrontterror. [...] Den Stolz auf meine Heimat und Rasse zu zeigen. Skinheadtum & Nationaler Sozialismus ist für mich nicht mehr zu trennen.“ (Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: Skinheads. München 1995, S. 6-12.)

Rechts-
extremistische
Skinheads

Die Mehrzahl der **Skinheads** besitzt kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, sondern lehnt sich an diffuse rechtsextremistische Vorstellungen an. Rassismus und besonders die Verherrlichung des Nationalsozialismus stehen hierbei im Mittelpunkt. Wichtig ist das Treffen im Rahmen der Gruppe, das gemeinsame Hören „ihrer“ Musik, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und der Besuch von **Skinhead**-Konzerten. Besorgniserregend ist ihre latente Gewaltbereitschaft, wenn sie sich – aufgeputscht durch Alkohol und von Fremdenhass getrieben – durch einen „Feind“ provoziert fühlen.

Anders als in den 80er Jahren verstehen sich **Skinheads** mittlerweile als bedeutender Teil des von den **Neonazis** ins Leben gerufenen **Nationalen Widerstandes**. Der seit Anfang des Jahrzehnts erkennbare Trend der Vermischung von **Skinhead**- und **Neonazi**-Szene hält weiterhin an.

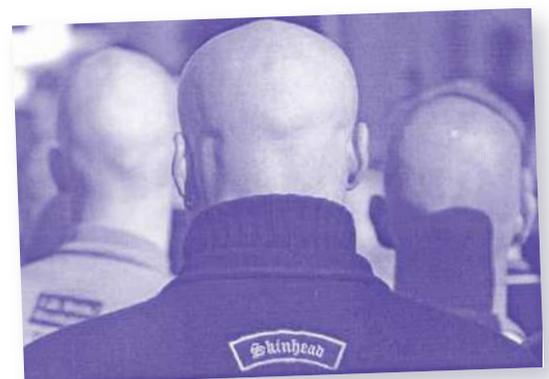
Bundesweit werden der **Skinhead**-Szene etwa 10.400 Personen zugerechnet, in Hessen betrug ihre Zahl unverändert etwa 750.

Skinheads und ihre Musik

Musik als
„Einstiegsdroge“

In aller Regel ist die Musik die „Einstiegsdroge“ in die **Skinhead**-Szene. Ursprünglich Reggae und Skastile, ist die „musikorientierte“ Szene inzwischen ausdifferenziert in die Rapper bzw. Hip-Hopper, Techno-Anhänger, Metaller und die Rockabillys bzw. Rock'n Roller.

„Die Szene definiert sich nur über Musik, nicht über politische Inhalte oder gefestigte Ideologie. Nimm der Szene die Musik, und sie ist tot.“ Diese Aussage im rechtsextremistischen **HATECORE-FORUM** im Internet verdeutlicht, dass rechtsextremistische Musik das zentrale Kommunikationsmittel der Szene ist, um politische Inhalte zu transportieren. Zudem stellt sie das gemeinsame verbindende Element in der Szene dar. Über den Konsum einschlägiger Musik, zunächst vorrangig über Tonträger, bekommen junge Menschen erste Kontakte mit rechtsextremistischem Gedankengut. Die Anzahl der **Skinhead**-Konzerte in Deutschland sank um ca. 15 % auf 163 gegenüber dem Vorjahr mit über 190 Konzerten, liegt aber noch immer deutlich über den Zahlen früherer Jahre. In Hessen fanden von sieben



geplanten Konzerten nur zwei statt, die anderen konnten verhindert oder verboten werden.

Am 7. Januar fand in Darmstadt-Griesheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) ein **Skinhead**-Konzert der **Hammerskins** statt. Es nahmen etwa 500 **Skinheads** aus Deutschland und dem benachbarten Ausland daran teil. Den Sicherheitsbehörden lagen für diesen Termin Hinweise für ein **Skinhead**-Konzert im Elsaß (Frankreich) vor. Erst gegen Abend wurde bekannt, dass es tatsächlich in Darmstadt-Griesheim stattfinden soll. Der überwiegende Teil der Konzertbesucher wurde erst auf der Anreise und kurzfristig über den Ort der Veranstaltung unterrichtet. Mittels SMS leiteten die Veranstalter die Anreisenden zu einem Treffpunkt in Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) um, von dort wurden sie in Kolonnen mit Zwischenstopps zum Veranstaltungsort gelotst. Die Polizei überwachte die Veranstaltung, die im Außenbereich ohne strafrechtlich relevante Vorfälle ablief.

Konzert
in Darmstadt-
Griesheim

Im Umfeld des Konzertes und im Innenstadtbereich von Darmstadt versammelten sich Personen des linksextremistischen Spektrums (teilweise bis zu 80 Personen). Ein Zusammentreffen beider Szenen wurde durch die Polizei verhindert. Es spielten die rechtsextremistischen Bands **Breakdown** (Rheinland-Pfalz), **Eternal Bleeding** (Thüringen), **Blitzkrieg** (Sachsen), **Gigi und die braunen Stadtmusikanten** (Niedersachsen) sowie eine Band bestehend aus Mitgliedern verschiedener **Skinhead**-Bands. An mehreren Verkaufstischen wurden CDs mit rechtsextremistischer Musik sowie rechtsextremistische Devotionalien verkauft. Neben normaler **Skinhead**-Musik sollen auch vermehrt indizierte oder verbotene Liedstücke, wie „Hängt dem Adolf den Nobelpreis um“ gespielt worden sein. Die Teilnehmer nahmen dies zum Anlass, den „Hitler-Gruß“ zu zeigen oder „Heil Hitler“ zu skandieren.

Die rechtsextremistische Organisation **Hammerskins**, 1986 in den USA gegründet, ist eine weltweit aktive Bewegung innerhalb der **Skinhead**-Szene mit elitärem Anspruch. Sie vertritt ein rassistisches Weltbild, teilweise verbunden mit nationalsozialistischem Gedankengut. Ihr Ziel ist die Vereinigung aller weißen **Skinheads** in der Welt in einer **Hammerskin**-Nation. In Deutschland ist die Organisation nach eigenen Angaben seit 1991 aktiv. Die **Hammerskins** veranstalten **Skinhead**-Konzerte, geben eigene Publikationen (Fanzines) heraus und sind im Internet vertreten.



Ein für den 29. April geplantes **Skinhead**-Konzert im Raum Haiger/Burbach (Lahn-Dill-Kreis) verhinderte die Polizei. Im Rahmen von Vorkontrollen nahm sie einen Rechtsextremisten aus Thüringen fest, bei dem es sich vermutlich um den Konzertveranstalter handelte. Die Polizei hatte bei ihm das für das Konzert angegebene Kontakt-Telefon aufgefunden. Weiterhin stellte die Polizei ein Flugblatt sicher:

„Heil Dir!

Wie ja schon per SMS angekündigt, ist am 29. 04. 06 In Hessen Konzert mit: Oidoxie, Ehre und Stolz, Blutschuld, Celtic Dawn, Cherusker, Aryan Vois und Nordglanz. Für eine gut bekannte Überraschungsband ist auch gesorgt, also der Weg Lohnt sich! Wir bitten keine Informationen über den Treffpunkt per Handy weiter zu geben! Leitet die Information Mündlich oder per Post weiter!

Infos: 0612-458XXXX Bis dahin 14/88

Mit Kameradschaftlichen Grüßen Daniel“

Verhinderte Konzerte

Da seit geraumer Zeit bei **Skinhead**-Konzerten die Besucher mittels Kontakt-Telefon kurzfristig zum Veranstaltungsort gelotst werden, war durch die Sicherstellung des Handys die weitere Organisation des Konzerts nicht möglich. Im Verlauf der Maßnahmen kontrollierte die Polizei 132 Personen, die auf Grund ihrer Kleidung und der mitgeführten Gegenstände der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden konnten und offensichtlich auf dem Weg zu dem geplanten Konzert waren. Bei der Kontrolle stellte die Polizei u. a. eine Gürtelschnalle mit Hakenkreuz, Ringe und eine Zigarettenschachtel mit SS-Runen und Hakenkreuz, Schlagwerkzeuge, Uniformteile mit verschiedenen SS-Symbolen, ein T-Shirt mit der Aufschrift **Blood & Honour** sowie Pfefferspray sicher. Gegen die Besitzer wurde Strafanzeige gestellt.

Nach Hinweisen auf ein **Skinhead**-Konzert am 26. August im Raum Bad Hersfeld (Kreis Hersfeld-Rotenburg) führte die Polizei umfangreiche Kontrollen durch. Auf Grund der starken Polizeipräsenz gab der Veranstalter in einem Gespräch an, von einem Konzert abzusehen, man wolle nur noch „ein Bier trinken“. Die Polizei überwachte den Veranstaltungsort, eine Grillhütte in Ludwigsau-Friedlos. Dort hielten sich etwa 20 Rechtsextremisten auf.

„Geburtstags- feiern“ verschoben

Am 23. September löste die Polizei ein als Geburtstagsfeier angekündigtes **Skinhead**-Konzert auf einem Grillplatz der Gemeinde Hofgeismar (Landkreis Kassel) auf. Nachdem der Bürgermeister über die Situation, insbesondere die getarnte Anmietung der Örtlichkeit, informiert worden war, untersagte er die Veranstaltung. Der Veranstalter mobilisierte für sein Konzert im Internet mit dem Hinweis: „Gerne könnt ihr Kameraden mitbringen. Ehre, Stolz und Agitator“.

Neben diesen drei genannten Bands sollten noch **SKD** (Thüringen), **Celtic Dawn** (Irland), **Julmond** (Thüringen) sowie **Treue und Schwur** (Herkunft unbekannt) auftreten. Im Rahmen polizeilicher Vorkontrollen wurden etwa 70 Rechtsextremisten überprüft, vereinzelt stellte die Polizei verbotene CDs mit rechtsextremistischer Musik sicher.

Für den 30. September mietete ein **Skinhead** aus dem Raum Darmstadt einen Saal der Gemeinde Groß-Umstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg) für eine Geburtstagsfeier an. Am Abend wurde der Auftritt einer Live-Band festgestellt. Die Polizei kontrollierte etwa 60 Personen, ein Großteil der Rechtsextremisten war aus Bayern, Thüringen und Sachsen angereist.

Der Polizei lagen für den 21. Oktober Hinweise auf ein geplantes **Skinhead**-Konzert mit den Bands **Oidoxie** (Nordrhein-Westfalen), **Underground Rebels** (Mecklenburg-Vorpommern) und einer weiteren unbekanntem Band in Kassel vor. Weiterhin wurde bekannt, dass der Bandleader und Sänger der hessischen Band **Hauptkampflinie** als Liedermacher auftreten sollte. Nach intensiven Aufklärungsmaßnahmen wurden die Räume des Motorradclubs „MC Bandidos“ als Veranstaltungsort ausgemacht. Während einer polizeilichen Ansprache vor Ort erklärten jeweils ein Rechtsextremist aus Kassel sowie aus Thüringen, zu einer privaten „Geburtstagsfeier“ eingeladen zu haben. Die Polizei verhinderte die Veranstaltung.

Rechtsextremisten aus mehreren Bundesländern, u. a. aus Hessen, planten für den 11. November ein **Skinhead**-Konzert in einer Reithalle in Frielendorf-Großropperhausen (Schwalm-Eder-Kreis). An der Veranstaltung sollten Bands aus Deutschland, Polen und Tschechien – u. a. **Stahlgewitter** (Niedersachsen), **SKD** (Thüringen) – auftreten. Nachdem die zuständige Behörde das als „Disco-Veranstaltung“ geplante Konzert verboten hatte, trat am Veranstaltungstag ein

Skinhead aus Bayern auf und erklärte, eine private Feier in der Reithalle durchführen zu wollen. Am frühen Abend stellte die Polizei die Personalien von etwa 40 bisher angereisten Rechtsextremisten aus mehreren Bundesländern fest und löste die Veranstaltung auf. Die Teilnehmer reisten, von der Polizei überwacht, nach Wernshausen (Thüringen), wo es vor über 400 Rechtsextremisten zum Auftritt einer **Skinhead**-Band kam.

Der hohe Anteil an verhinderten **Skinhead**-Konzerten kann als Erfolg der Sicherheitsbehörden gewertet werden. Das konsequente Nutzen der rechtlichen Möglichkeiten bei niedriger Eingreifschwelle hat sich in Hessen bewährt. Zunehmend wenden sich Eigentümer oder Vermieter von entsprechenden Räumlichkeiten an die zuständige Polizeibehörde, um auszuschließen, dass Rechtsextremisten ihre Räumlichkeiten nutzen. Dadurch ergibt sich oftmals schon im Vorfeld die Möglichkeit, Veranstaltungen von Rechtsextremisten zu unterbinden.

Das Amtsgericht Alsfeld verurteilte am 19. Juli einen Rechtsextremisten aus Thüringen zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung sowie die beiden Mitangeklagten aus Kirtorf (Vogelsbergkreis), u. a. Bertram Köhler, jeweils zu einer Geldstrafe wegen Beihilfe zur Volksverhetzung. Die Beschuldigten hatten im Juli 2004 ein **Skinhead**-Konzert in einer umgebauten Scheune in Kirtorf organisiert. Während der Veranstaltung vor über 200 Rechtsextremisten zeigten Besucher mehrfach den „Hitlergruß“, außerdem spielte die rechtsextremistische Band **Garde 18** (Thüringen) wiederholt das wegen verbotener Texte indizierte Lied „Blut“. Das Geschehen in der Scheune war von einem Journalist inkognito gefilmt und über einen Fernsehsender der Öffentlichkeit gezeigt worden.

Haftstrafe
nach Konzert

Skinhead-Bands

In ihren Liedtexten verbreiten **Skinhead**-Bands oft neonazistische Ideologiefragmente und wollen zum Hass auf Ausländer, „Linke“ und Juden anstacheln. Gleichzeitig propagieren sie Nationalismus, diffuse Versatzstücke einer arisch-nordischen Rassenideologie und verklären die Wehrmacht und die Waffen-SS. Derlei einfache Parolen, die als Erkennungszeichen und Zugehörigkeitsmerkmale der Szene fungieren, prägen sich in Denken und Fühlen vor allem jugendlicher Zuhörer ein und bestimmen – desto nachhaltiger sie konsumiert werden – das Verhalten.

Hassgesänge

Ein Beispiel für einen volksverhetzenden und antisemitischen Text bietet die CD „Wir kommen“ der Gruppe **Stoßtrupp** (Herkunft unbekannt). In dem Lied „Gewaltsame Rassenvorurteile“ heißt es:

*„Wie fühlst du dich nun, du schmutziger Jude,
da der Holocaust, von dem du geträumt hast, nun wahr wird?
deine degenerierte Welt bricht zusammen
das KZ wartet nun auf deine Bastard-Sippe!
Gewaltsame Rassenvorurteile (3x) Arier verbeugen sich nicht vor
der jüdischen Feigheit“*

Die Band **Race War** (Baden-Württemberg) hetzt mit dem Lied „Völkischer Sozialist“ auf der CD „Stimme des Blutes“:

„Ein Volk der Freiheit in Ketten gelegt
 Geblendet von Macht und der Gier nach Geld
 Der alten Schuld bewusst, verdreht und verstellt
 Manipuliert für die Etablierten dieser Welt
 Vergessen sind vergangene Tage
 Totgeschwiegen und verbannt
 Jahrzehnte der Hetze halten sie fest in ihrer Hand“

In einem seit Dezember 2005 geführten Verfahren verurteilte das Landgericht Stuttgart die vier Musiker von **Race War**, u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung zu Haftstrafen zwischen 17 und 23 Monaten auf Bewährung. Die Verurteilten hatten Mitte 2001 die Band gegründet. Nach anfänglichen Aktivitäten als Coverband texteten und spielten sie eigene Songs im Stil der verbotenen **Blood & Honour**-Bewegung. Die Band trat regelmäßig bei Konzerten, auch im benachbarten Ausland, auf.

Race War ist die zweite Band, deren Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden. Die Mitglieder der ersten und überregional wohl bekanntesten und aggressivsten deutschen **Skinhead**-Band **Landser** waren im März 2005 verurteilt worden.

In Deutschland gab es 153 (2005: 142) **Skinhead**-Bands, in Hessen blieb die Anzahl der Bands mit acht (2005: acht) konstant. Etwa ein Drittel der Gruppen ist bereits seit mehreren Jahren aktiv und in der Szene populär. Die meisten Bands bestehen allerdings nicht lange, lösen sich rasch wieder auf oder bilden – teilweise in ähnlicher Personenzusammensetzungen – unter neuem Namen wieder eine Gruppe.

Die hessische Band **Hauptkampflinie (HKL)** (Kassel) ist seit 1997 aktiv und zählt zu den populärsten **Skinhead**-Bands in Deutschland. Im Berichtszeitraum wurden vier Konzertauftritte der Band bekannt, wie im Vorjahr fand keines in Hessen statt. Seit ihrer Gründung hat **HKL** 28 Tonträger herausgegeben, zuletzt „Der Traum vom Reich“ und „Hauptkampflinie – 10 Jahre – Eine Dekade des Hasses“. Weiterhin ist die Band auf zahlreichen Samplern rechtsextremistischer Gruppen vertreten.

Am 24. Mai wurde ein Berufungsverfahren gegen Mitglieder der Band **Gegenschlag** (Kirtorf, Vogelsbergkreis) vor dem Landgericht Gießen abgeschlossen, das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und das Verfahren eingestellt. Eine Strafbarkeit der rechtsextremistischen Liedtexte konnte nicht festgestellt werden. Gegen die Band wurde am 1. April 2003 ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, da sie als Verantwortliche bzw. Musiker der Gruppe an der Produktion



Bands in Hessen

und Veröffentlichung der CD „Die deutsche Jugend schlägt zurück“ beteiligt waren. Die CD enthielt nach Wertung der Staatsanwaltschaft Gießen volksverhetzende Textpassagen.

Gegenschlag trat am 24. Juni in Thüringen im Rahmen einer Hochzeitsfeier eines Brautpaares aus der rechtsextremistischen Szene neben weiteren einschlägigen Bands auf. Sie hat inzwischen ihre neue CD „Bester Gast in Teufels Küche“ herausgegeben.

Faust, aus dem Raum Frankfurt am Main, trat neben vier weiteren **Skinhead**-Bands vor über 600 Rechtsextremisten anlässlich einer Veranstaltung der **NPD** in Gera (Thüringen) auf. Einen weiteren Auftritt hatte **Faust** im September in Verona (Italien). Mit der CD „Neuland“ veröffentlichte die Band im Herbst ihren zweiten Tonträger.



Die seit Anfang 2006 aktive Band **Störmanöver** (Raum Südhessen) spielte auf einer als „Verlobungs- und Abschiedsparty“ angekündigten Veranstaltung in München. Bei Polizeikontrollen stellte sich heraus, dass es sich tatsächlich um ein **Skinhead**-Konzert handelte. Die Teilnehmer zeigten mehrfach den „Hitlergruß“ und skandierten „Sieg Heil“. Die Polizei stellte von über 80 Rechtsextremisten die Personalien sicher. Nach Angaben des **W & B Versands (Witwe Bolte Versand)** des **Neonazis** Thorsten Heise (Thüringen) arbeitet **Störmanöver** an ihrem ersten Tonträger.

Nordglanz aus dem Rhein-Main-Gebiet brachte im Juni mit „Kampfhymnen Germaniens“ ihre zweite CD heraus. Die ebenfalls aus dem Rhein-Main-Gebiet stammende Band **Blutschuld/Ahnen-erbe** trat im Oktober mit weiteren **Skinhead**-Bands in Gremsdorf (Bayern) auf. Anlass sollte angeblich eine Feier zum zweiten Hochzeitstag eines **NPD**-Funktionärs sein.



Exekutivmaßnahmen gegen die verbotene Blood & Honour-Organisation

Im Auftrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main durchsuchte die Polizei am 7. März sieben Wohnungen in Hessen und ein Objekt in Bayern. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben (Fortführung der verbotenen Organisation **Blood & Honour B & H** und deren Jugendorganisation **White Youth**), indem sie Propagandamittel mit strafrechtlich relevanten Inhalten vertrieben sowie eine eigene Sektion von **B & H** in Hessen aufbauten. In den durchsuchten Objekten stellte die Polizei u. a. über 300 CDs mit meist indizierten und verbotenen Liedern und über 100 Bekleidungsstücke mit strafrechtlich relevanten Motiven sicher. In weiteren sechs Bundesländern wurde bei Durchsuchungen von über 100 Objekten ebenfalls umfangreiches Beweismaterial, darunter zahlreiche CDs, DVDs, Computer, Bekleidung, Transparente und Schriftgut sichergestellt.

B & H und deren Jugendorganisation **White Youth** wurden vom Bundesminister des Innern (BMI) am 12. September 2000 verboten. Die in Deutschland zuletzt etwa 240 Mitglieder zählende Organisation verbreitete in Publikationen und auf CDs, Kassetten und Videos nationalsozialistisches Gedankengut.



Hessische Sektion

Identifikation mit dem Nationalsozialismus

Bereits der von den **Skinheads** in altdeutscher Schrift verwendete Name **Blood & Honour** (= Blut und Ehre) deutet auf die Identifikation mit dem Nationalsozialismus hin. Eines der beiden Nürnberger Rassegesetze von 1935 hieß „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Auch indem **B & H** ihre Zielsetzungen als „25 Punkte-Programm“ bezeichnete, dokumentiert die Organisation ihre Nähe zum Nationalsozialismus. Diese Überschrift trug bereits 1920 das Programm der **Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)**. Verschiedene **B & H**-Broschüren enthielten zahlreiche rassistische und ausländerfeindliche Artikel. Die Hauptaktivität der Organisation bestand darin, Konzerte zu veranstalten. Zwischen 1998 und 2000 belief sich die Zahl der Konzerte auf über 50. In Hessen existierten zwei regionale Untergliederungen, die Sektionen Hessen-Süd und Hessen-Nord mit insgesamt 20 bis 30 Mitgliedern.

Neue Skinhead-Kameradschaft im Odenwald

Ende 2005 hat sich im Bereich des Odenwaldes die seit Ende 2004 bestehende Kameradschaft **Nibelungensturm Mümlingtal (NSM)** in **Sturmfront Odenwald (SO)** umbenannt. Grund der Umbenennung bzw. Neugründung sollen Probleme mit dem damaligen Kameradschaftsführer gewesen sein. Mit der Umbenennung wurde auch ein neuer Kameradschaftsführer gewählt.

Über ihre Homepage – die von März bis Oktober aktiv war – versuchten die **Skinheads** die Aufmerksamkeit und Akzeptanz der rechtsextremistischen Szene zu gewinnen. Die Internetseite enthielt u. a. Hinweise auf bundesweite Demonstrationen rechtsextremistischer Organisationen, Bilder aus der Zeit der Bombardierung Dresdens sowie Verweise zu einschlägigen Seiten der Szene wie der **Kameradschaft Bergstraße**. Zu den regelmäßigen Treffen werden auch Interessenten eingeladen.

Vermarktung von Skinhead-Musik und Szene-Artikeln

Rechtsextremistische Musik und Szene-Artikel sind nur über den rechtsextremistischen Versandhandel erhältlich. Anfang der 90er Jahre wurde diese Vertriebszene von Großhändlern geprägt; heute werden die Geschäfte zunehmend von Klein- und Kleinsthändlern betrieben. Mit dieser Dezentralisierung reagierte die Szene offenbar auf Exekutivmaßnahmen vergangener Jahre, bei denen große Mengen strafrechtlich relevanter Produkte sichergestellt werden konnten. Meist wird die Ware per Internet bestellt. In Hessen existieren derzeit vier Versandläden, die mit **Skinhead**-Artikeln handeln, bundesweit sind es etwa 90. Die Zunahme der Vertriebe um 50 Prozent gegenüber 2004 zeigt deutlich, wie wichtig und lukrativ die rechtsextremistische Vertriebszene mittlerweile für ihr Klientel ist.



RECHTS

Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel

Wie bereits in den Vorjahren blieb die Anzahl der deutschsprachigen rechtsextremistischen Homepages im Internet mit etwa 1.000 nahezu konstant. Dabei nutzten die Betreiber den Vorteil, dass sie verstärkt auf Speicherplatzanbieter ausweichen können, die sich Aufforderungen und Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Stellen entziehen sowie einer Selbstkontrolle verschließen. Hierzu gehören etliche Provider, die der rechtsextremistischen Szene angehören. In Hessen sind über 50 aktive Homepages bekannt.

50 Homepages
in Hessen

Auch rechtsextremistische Parteien, wie der Landesverband der **NPD** und einige seiner Kreisverbände, sind in Hessen im Internet vertreten. Darüber ist auch die zuletzt 14-tägig erscheinende Nachrichtensendung „Kritische Nachrichten der Woche“ um den Landesvorsitzenden Wöll anzuwählen. Der Landesverband der **JN** in Hessen ist über einen „Verweis“ der Homepage der **JN** Deutschland zu erreichen. Die **DVU** Hessen hat keine Internetseite mehr eingerichtet.

Hervorzuheben sind, neben den regionalen Berichten der einzelnen Verbände, wie zum Beispiel Geschehnisse in der Lokalpolitik aus der Sicht der rechtsextremistischen Gruppierungen, Aufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen fast aller rechtsextremistischer Organisationen (u. a. „Rudolf-Heß-Marsch“, 1. Mai-Demo der **Freien Nationalisten**).

Inhaltliche
Schwerpunkte

Neue Gruppen, wie die **Freie Kameradschaft Kassel** und die **Anti-Antifa Kassel**, präsentieren sich im Internet. Deren Betreiber schreiben:

„Wir, die freie Kameradschaft Kassel und die Anti-Antifa Kassel, sind zwei nationale Gruppen, die die Schnauze voll Haben von diesem kranken System und seinen Verboten! Wir wollen keinen BRD-Maulkorb aufgesetzt bekommen [...] Lügen über die Vergangenheit des deutschen Reiches finden hier keinen Platz [...] Da aber mehr als nur reden gefragt ist und die freie Kameradschaft Kassel sich mit der Anti-Antifa Kassel auch auf der Straße politisch engagieren möchte, hoffen wir hier auf mehr Leute, die den Aktivismus mit uns teilen um vielleicht die ein oder andere Aktion gemeinsam zu planen.“ (Fehler im Original)

Besondere Probleme bereiteten den Rechtsextremisten Hacker-Angriffe (unerlaubtes technisches Eindringen und Manipulieren von Internetseiten und Netzwerken Dritter) auf ihre Internet-Seiten und Szene-Vertriebe durch Linksextremisten. Im August legte die **Antifa** kurzfristig 38 Internet-Seiten von Rechtsextremisten lahm, indem sie einen ganzen Netzspeicher hackte. Bei einer weiteren Aktion im Oktober wurden 21 Seiten gehackt. Die rechtsextremistische Szene reagierte auf diese Angriffe nicht wie im letzten Jahr nur durch Verstärkung der Sicherheit ihrer Seiten, sondern setzte darüber hinaus „Kopfgelder“ aus. Nach einem neuerlichen „Angriff“ auf die Homepage des **Wikingerversandes** (Bayern) lobte der Betreiber eine Belohnung in Form eines „Kopfgeldes“ in Höhe von 5.000 Euro für denjenigen aus, der „Anschrift und gültiges Beweismaterial des oder der Täter liefert, die für die Hackangriffe verantwortlich sind“.

Hacker-Angriffe auf
rechtsextremistische
Homepages



Straf- und Gewalttaten

Gesamtzahlen

Insgesamt wurden in Hessen 1.346 (2005: 1.044) Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität erfasst. Davon entfielen 161 (2005: 105) auf den Bereich **Fremdenfeindlichkeit**, 82 (2005: 149) auf den Bereich **Antisemitismus** und 585 (2005: 426) auf den Bereich **Propagandadelikte** (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Außerdem stellte die Polizei 143 (2005: 197) Fälle von Volksverhetzung fest. Von der Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten bewertete die Polizei 800 (2005: 700) als rechtsextremistisch. Die Zahl der politisch motivierten rechtsextremistischen Gewaltdelikte veränderte sich kaum und beläuft sich auf 28 (2005: 29).

Propagandadelikte

Der Schwerpunkt der rechtsextremistischen Straftaten in Hessen lag bei den Propagandadelikten. Sie werden in der Regel mit der Absicht begangen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen. Meistens werden hierbei Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (SS-Runen, Hakenkreuze) geschmiert bzw. entsprechende (neo)nationalsozialistische Symbole und Inhalte („Hitler-Gruß“, Lieder, Hitler-Bilder) in Wort und Schrift verbreitet.

Beispiel:

- ▶ Drei Jugendliche verwüsteten in der Zeit zwischen dem 31. Juli und 4. August den Jugendraum der Gemeinde Glashütten (Hochtaunuskreis). Es wurden u.a. Hakenkreuze, SS-Runen, „HH“ (steht für „Heil Hitler“), „Adolf Hitler“ an die Wände und auf einen Sessel geschmiert. Auf dem Boden legten sie ein ca. 1m x 1m großes Hakenkreuz aus leeren Zigarettenschachteln aus.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindliche Straftaten, meist aus einer intoleranten Haltung heraus begangen, richten sich gegen Nationalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung und äußeres Erscheinungsbild des Opfers.

Beispiele:

- ▶ Am 30. Januar brüllten zwei **Skinheads** in einer Frankfurter Straßenbahn „Deutschland den Deutschen“, „Steht auf wenn ihr Deutsche seid!“, „In Deutschland herrscht Vermummungsverbot. Kopftücher raus!“ Anschließend wurde eine südländisch aussehende Person von den Rechtsextremisten bedroht.
- ▶ Am 6. Februar beleidigte ein Deutscher in Frankfurt am Main ein marokkanisches Ehepaar mit den Worten „Scheiß Ausländer!“, stieß den Mann auf die Straße, schlug dessen Frau mit der Faust in den Bauch und fuhr diese anschließend noch mit seinem PKW an.

Antisemitismus

Bei antisemitisch motivierten Straftaten handelt es sich um Delikte gegen jüdische oder israelische Personen bzw. gegen entsprechende Institutionen, Objekte oder Sachen. Motiv der Täter ist grundlegende Feindschaft oder Hass gegen alles Jüdische.

Beispiele:

- ▶ Durch unbekannte Täter wurden im April auf dem jüdischen Friedhof in Bebra (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) 28 Grabsteine mit verfassungswidrigen Kennzeichen und Parolen wie „Sieg Heil“, „Heil Hitler“, SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert.
- ▶ Einem jungen Mann wurde vorgeworfen, in Stadtallendorf (Landkreis Marburg-Biedenkopf) öffentlich rechtsextremistische Lieder (u.a. das „Horst-Wessel-Lied“), volksverhetzende Parolen über sein Handy und einen Laptop abgespielt und selbst geäußert zu haben. Im Zusammenhang mit der Vergasung von Juden habe er sich darüber amüsiert, dass diese „weiß rein und rosa rausgegangen seien“.

Straf- und Gewalttaten *

	2006 **	2005	2004
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	2	6
Körperverletzungen			
Hessen	25	22	18
Bund	919	816	640
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	1	0	2
Bund	19	17	39
Landfriedensbruch			
Hessen	0	1	0
Bund	33	39	25
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte und sonstige Gewalttaten			
Hessen	2	6	5
Bund	70	75	44
Sonstige Straftaten			
Andere Straftaten (insbesondere Propagandadelikte)			
Hessen	772	671	581
Bund	16.556	14.412	11.275
Summe			
Hessen	800	700	606
Bund	17.597	15.361	12.029

* Die Zahlen entstammen der Statistik Politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

* * Die Angaben für 2006 sind nur vorläufig.

LINKSEXTREMISMUS

Merkmale des Linksextremismus

Ziel linksextremistischer Bestrebungen ist die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie soll entweder durch ein totalitäres, sozialistisch-kommunistisches System oder durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ (Anarchie) ersetzt werden.

Revolution

Aus einer ökonomisch begründeten Klassentheorie heraus streben orthodoxe Linksextremisten die Macht der Arbeiterklasse durch Klassenkampf und revolutionäres Handeln an. Unter Revolution verstehen diese Sozialisten eine stufenweise vollständige Umwandlung des gesellschaftlichen und politischen Systems: Zunächst übernehme die Arbeiterklasse die Macht in einem Staat, in der Regel durch einen bewaffneten Aufstand, im Ausnahmefall friedlich, z. B. durch parlamentarische Arbeit. Nach einem solchen „Umsturz“ werde das politische und wirtschaftliche System eines Landes so umgewandelt, dass der Kapitalismus liquidiert und der Sozialismus realisiert würde. In der Vorstellung einiger Gruppen schließt sich die „Weltrevolution“ an, das heißt die weltweite Umsetzung des Sozialismus.

Basis und Anleitung für solche Ziele bieten insbesondere die Lehren von Marx, Engels und Lenin. Orthodoxe Linksextremisten wie die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und zumindest einzelne Gruppierungen innerhalb der **Linkspartei.PDS** geben der Partei bzw. der Parteispitze die führende Rolle auf dem Weg zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Gemäß ihren marxistisch-leninistischen Vorstellungen müsse die Partei die Macht im Staat erringen. Die sozialistische Gesellschaft wird als notwendige Vorstufe für den Kommunismus angesehen, in dem Klassengegensätze überwunden und jede Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft sein sollen. Erst nach der weltweiten Übernahme dieses Systems könne auf jede regulierende Staatsmacht verzichtet werden.

Maoisten und Trotzkisten

Auch Maoisten wie die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** oder Trotzkisten wie **Linksruck** sehen in der Partei das Instrument, eine kommunistische Gesellschaft zu errichten. Ihr Handeln wird jedoch durch die Idee der permanenten Revolution bestimmt. Bei Maoisten gibt die Partei immer neue Ziele vor, um ein dauerhaftes revolutionäres Handeln sicherzustellen; Trotzkisten wollen das ihnen verhasste System unterwandern und dann der Partei die Verwaltung des Staates übertragen.

Anarchisten

In Abgrenzung zu diesen kommunistischen Organisationen lehnen Personen, die anarchistische Ziele verfolgen, jede institutionalisierte Form der Macht ab. Zugleich wollen sie eine Ordnung „auf natürlicher Basis“ erzeugen, die „auf freier Selbstentscheidung“ beruht und Gewalt gegen Sachen zur Erreichung ihrer Ziele propagiert. **Anarchosyndikalismus** bezeichnet die gewerkschaftliche Selbstorganisation basierend auf den Prinzipien der Selbstbestimmung und Solidarität.

Autonome

Autonome wollen demgegenüber keine wie auch immer vereinbarten Reglementierungen, sondern wirklich „herrschaftsfreie Räume“, die dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollen. Sie legen Wert darauf, sich diese „Freiräume“ (schrittweise) zu erkämpfen. Gewalt auch gegen Personen halten sie hierbei für legitim und wenden diese an.

LINKS

Überblick

Bei den hessischen Kommunalwahlen am 26. März kandidierten neben den linksextremistischen Parteien **Die Linkspartei** (die umbenannte **Partei des Demokratischen Sozialismus PDS**) und **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** auch linksextremistisch beeinflusste Wahlbündnisse. **Die Linkspartei** und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) erreichten auf Grund gemeinsamer Kandidatur im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2001 teilweise erhebliche Stimmenzuwächse. Die **DKP** hingegen kandidierte hauptsächlich auf offenen Listen der **Linkspartei** und WASG und erzielte nur geringe Resonanz auf ihren Wahlkampf in der Bevölkerung.

Kommunalwahlen

Während im bundesweiten Trend ein Anstieg der Gewalttaten von Linksextremisten gegenüber Rechtsextremisten zu verzeichnen ist, ist in Hessen die Zahl entsprechender Gewaltdelikte von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten nahezu konstant. Gleichwohl ist für die gewaltbereite linksextremistische Szene in Hessen der „antifaschistische Kampf“ nach wie vor ein Aktionsschwerpunkt. Erneut fanden mehrere antifaschistische Demonstrationen und Aktionen in Hessen statt, bei denen es auch zu Übergriffen von Linksextremisten auf rechtsextremistische Gruppierungen bzw. auf von Linksextremisten als „Rechte“ bezeichneten Personen kam.

Gewalttaten

Die Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) stellt sich als einer der wesentlichen Kulminationspunkte auch für die linksextremistische Szene in Hessen dar. Dieses Großereignis wollen Linksextremisten auch zur Überwindung der inneren Schwäche nutzen. Die inhaltliche Auseinandersetzung gewinnt an Kontur, die Mobilisierung zu Protestveranstaltungen nimmt mit zeitlicher Annäherung an das Ereignis zu. Die erkennbare Dimension der internationalen Mobilisierung ist bereits seit Ende der 90er Jahre kennzeichnend für linksextremistische Proteste, die sich gegen solche Gipfeltreffen richten.

Aktionen gegen den G8-Gipfel

Vor dem Hintergrund der Einführung von Studienbeiträgen in Hessen ab dem Semester 2007/2008 kam es insbesondere in den hessischen Universitätsstädten seit Mai zu einer Vielzahl von demonstrativen Veranstaltungen. Der Verfassungsschutz beobachtet hierbei jedoch nicht die Mehrzahl von Studenten der überwiegend friedlich verlaufenden Protestbewegung, sondern widmet sich ausschließlich der extremistischen Einflussnahme auf diese Bewegung.

Studentenproteste

Im Zusammenhang mit der Vielzahl der Protestveranstaltungen gegen die Einführung von Studienbeiträgen konnte nur eine geringe Beteiligung von Linksextremisten festgestellt werden. Diese Personen können dem Bereich der **Autonomen** im Rhein-Main-Gebiet zugeordnet. Für eine Einflussnahme im Sinne einer Steuerung der Protestbewegung durch linksextremistische Gruppierungen und Organisationen lagen im Berichtsjahr jedoch keine Anhaltspunkte vor.

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Parteien und ihre Nebenorganisationen

- ▶ Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)
- ▶ Die Linkspartei.PDS (Die Linke.PDS), PDS-Jugend, [solid] – die sozialistische Jugend Hessen, Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS (KPF), Marxistisches Forum der Linkspartei.PDS, Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD)
- ▶ Linksruck
- ▶ Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), Courage, Rebell, Rotfüchse, Solidarität International e.V.
- ▶ Partei für Soziale Gleichheit (PSG)
- ▶ Sozialistische Alternative (SAV), –widerstand international– (wi)

Sonstige Gruppierungen

- ▶ Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa)
- ▶ Friedens- und Zukunftswerkstatt
- ▶ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA)

Autonome und Anarchisten

- ▶ aae Marburg
- ▶ Antifa Bensheim
- ▶ Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU)
- ▶ autonome antifa [f]
- ▶ Bündnis Antifaschistischer Gruppen Hessen (BASH)
- ▶ comité liberté
- ▶ Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Assoziation (FAU)
- ▶ glocal group Hanau
- ▶ Graswurzelbewegung
- ▶ Initiative Libertad!
- ▶ Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen

LINKS

Linksextremistisches Personenpotenzial ¹

	2006	2005	2004
Gewaltbereite Linksextremisten ²			
Autonome			
Hessen	350	350	350
Bund	5.500	5.000	5.000
Anarchisten			
Hessen	40	40	40
Bund	500	500	500
Marxisten-Leninisten, Trotzlisten u. a.			
Kern- und Nebenorganisationen ³			
Hessen	2.430	2.200	2.300
Bund	25.000	25.400	26.700
beeinflusste Organisationen ⁴			
Hessen	540	550	550
Bund	10.300	10.500	18.000
Summe nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften			
Hessen	2.970	2.950	3.100
Bund	39.100	39.100	44.300

- 1 Die Zahlen sind gerundet und zum Teil geschätzt.
- 2 Berücksichtigt sind nicht nur Personen, die als Täter oder Tatverdächtige festgestellt wurden, sondern auch Personenzusammenschlüsse, bei denen Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft vorhanden sind.
- 3 Hier sind die Mitglieder der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS enthalten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist im Übrigen die Linkspartei.PDS wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes gesondert aus. Die Mitgliederzahlen lagen bundesweit 2006 bei 60.300, 2005 bei 61.500, und im Jahre 2004 bei 61.400 Personen.
- 4 Hier handelt es sich um Gruppen und Organisationen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, aber erheblich von dogmatischen Gruppen beeinflusst werden. Deren Angehörige besetzen z.B. Schlüsselfunktionen in Leitungsgremien und bestimmen Ziele und Aktivitäten der beeinflussten Gruppen maßgeblich mit.

Die Linkspartei.PDS (Die Linke.PDS)

Gründung:	1989/90 (Hessen 1990)
Landesvorsitzender:	Dr. Ulrich Wilken
Bundesvorsitzender:	Lothar Bisky
Mitglieder:	In Hessen 470, bundesweit 60.300
Publikationen (Auswahl):	Neues Deutschland (Erscheinungsweise täglich) hessen links (Erscheinungsweise unregelmäßig) Politische Berichte (Erscheinungsweise 14-tägig) Frankfurter Kurier (Erscheinungsweise vierteljährlich)

Die **Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)** wurde auf dem Sonderpartei-tag der **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** im Dezember 1989 durch Umbenennung der **SED** in **SED/PDS** gegründet. Seit ihrem 1. Parteitag im Februar 1990 hieß sie nur noch **PDS**. Auf einer außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages der **PDS** am 17. Juli 2005 schließlich benannte sie sich um in **Die Linkspartei.PDS (Die Linke.PDS)**. Der hessische Landesverband verzichtet auf den Zusatz **PDS**.

Es besteht eine Vielzahl verschiedener Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Plattformen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Themen innerhalb der Partei. Für den Verfassungsschutz bedeutsam sind die **Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS (KPF)**, die an der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung festhält, das **Marxistische Forum der Linkspartei.PDS**, ein orthodox-kommunistisch geprägter Zusammenschluss zur marxistischen Analyse der politischen Situation und der **Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD)**, ein bundesweiter Zusammenschluss von Dogmatikern in der **Linke.PDS**. Neben der parteieigenen **PDS-Jugend** existiert [**solid**], ein parteinaher sozialistischer Jugendverband. Auf internationaler Ebene pflegt **Die Linke.PDS** enge Beziehungen z. B. auch zu marxistisch-leninistischen Parteien im Ausland.

Selbstverständnis

Obwohl sich **Die Linke.PDS** mit dem Parteiprogramm vom Oktober 2003 in Ansätzen von einzelnen marxistisch-leninistischen Positionen zu distanzieren begann, bleibt das Ziel der Partei unverändert der Sozialismus. Sozialismus ist für die Partei keine alternative Gesellschaftsordnung, sondern eine Bewegung und ein Wertesystem, in dem im Ringen um demokratische Mehrheiten die „Profitdominanz“ schrittweise überwunden werden soll.

„In ihr [d. h. der Partei] haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Ergänzend zu der parlamentarischen Tätigkeit in Bund, Ländern und Gemeinden will **Die Linke.PDS** als „außerparlamentarische Opposition“ ihre Ziele durchsetzen. Dabei legt sie besonderen Wert auf die „Arbeit vor Ort“, d. h. in den Kommunen. Hier

Sozialismus als
Bewegung und
Wertesystem

„Arbeit vor Ort“

arbeitet sie auch mit anderen linksextremistischen Organisationen und Parteien zusammen und beteiligt sich auch an von diesen initiierten bzw. gesteuerten Aktionen. Ungeachtet grundsätzlicher Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen beteiligt sich die Partei andererseits an den Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern (bis Herbst 2006) und Berlin.

Parteiverbindungen

Die Linke.PDS ist Gründungsmitglied der im Mai 2004 in Rom gegründeten Partei der Europäischen Linken (EL). Diese ist ein Zusammenschluss von 17 europäischen Parteien vorwiegend aus dem kommunistischen Spektrum.

Die Linke.PDS und die WASG (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) stellten im Rahmen ihrer Fusionsbestrebungen am 2. Juni in Berlin ihr Manifest zur Gründung einer gemeinsamen neuen Partei vor. In dem Grundlagenpapier werden demokratischer Sozialismus, friedliche Konfliktlösung auf internationaler Ebene und gleiche Lebensbedingungen in Ost und West als Ziele formuliert.

„Wir bauen gemeinsam eine Partei links von der SPD auf, die ein viel gewichtigerer politischer und zukunftsgerichteter Faktor werden kann.“



Gespräch mit den Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine im „Neuen Deutschland“

DIE LINKE.PDS

Auf einer gemeinsamen Vorstandssitzung von **Die Linke.PDS** und WASG wurden am 22. Oktober in Erfurt die Entwürfe der Gründungsdokumente für die neue Linkspartei vorgelegt. Zu diesen Gründungsdokumenten gehören ein Programmentwurf, die Satzung und die Bundesfinanzordnung. Als Namensvorschlag für die neue Partei, deren Gründung im Juni 2007 vollzogen sein soll, wurde „DIE LINKE.“ (der Endpunkt ist offizieller Bestandteil des Parteinamens) gewählt. Als Ziel der neuen Partei wurde u. a. formuliert:

Fusionsbestrebungen mit der WASG

„Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet.“

Dieser zentrale Satz, dessen Wortlaut bereits Bezug auf das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels nimmt, ist bereits im Parteiprogramm der **Linke.PDS** enthalten. Auch im neuen Programmentwurf wird der Kapitalismus als Ursache für Missstände angesehen. In ihrer Darstellung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus folgt die Partei der marxistischen Ideologie, derzufolge der Kapitalismus abgeschafft werden muss.

Die gemeinsame Partei der Linken erhebt einen „politischen Richtungswechsel“ zu ihrem strategischen Ziel. Dazu gebraucht werde die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte „linker Praxis“ in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. **DIE LINKE.** stelle sich bewusst auch in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus. Anerkennung gelte den Bemühungen um Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie den Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.

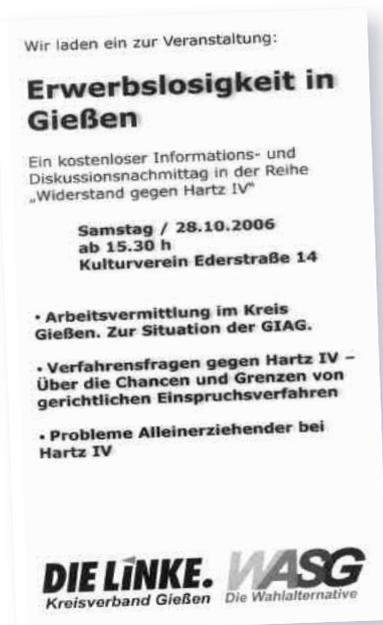


Landesverband Hessen

Der Landesverband mit Sitz in Frankfurt am Main ist in zehn Kreisverbände, zwei Regionalverbände, drei Basisgruppen und zwei Ortsgruppen untergliedert.

Landesparteitag in Gießen

Die Linke.Hessen führte am 8. April ihren 7. Landesparteitag in Gießen durch. Schwerpunkte des Landesparteitages waren die Wahlen verschiedener Parteigremien sowie ein Resümee über das Abschneiden der Partei bei der hessischen Kommunalwahl am 26. März (siehe Abschnitt Kommunalwahl). Nach dabei erzielten Zugewinnen sowie auf Grund der Kooperation mit der WASG rechnet sich die Partei gute Chancen aus, nach der Landtagswahl 2008 in den Hessischen Landtag einzuziehen.



Die Linke.Hessen war im abgelaufenen Jahr hauptsächlich mit der Teilnahme an der hessischen Kommunalwahl sowie den Fusionsbestrebungen mit der WASG zur Bildung einer neuen linken Partei in Hessen beschäftigt. Auf dem Weg dahin beschlossen die hessischen Landesverbände beider Parteien noch enger zusammen zu arbeiten. Am 29. Juli wurde eine Koordinierungsgruppe aus Vorstandsmitgliedern beider Parteien gebildet, sechs von der WASG-Hessen und fünf vom Landesverband **Die Linke.Hessen**. Die Koordinierungsgruppe soll den Landesvorständen Vorgehensweisen im Prozess der Neugründung sowie eventuell die Installation von Arbeitsgruppen vorschlagen. Auf einer Regionalkonferenz am 12. November in Gießen, die von den **Die Linke.PDS**-Landesverbänden Hessen und Thüringen veranstaltet wurde, stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit den im Oktober auf Bundesebene vorgelegten Gründungsdokumenten zu.

Jugendarbeit

[solid]

Die Linke.Hessen verfügt über eine Gruppierung des parteieigenen Jugendverbandes, die **PDS-Jugend Hessen**, die wenig aktiv ist. Dem gegenüber identifiziert sich der Jugendverband **[solid] - die sozialistische Jugend Hessen** („solid“ steht für sozialistisch, links, demokratisch) größtenteils mit den Zielen und Inhalten von **Die Linke.Hessen**, ohne jedoch von ihr als Parteijugend integriert zu sein. Vom 22. bis 24. September führte **[solid]** ihr diesjähriges Landesjugendtreffen in Wiesbaden durch. Neben der Wahl eines fünf Personen umfassenden „LandessprecherInnenrates“ wurden die anstehenden Projekte und Kampagnen skizziert, unter anderem der G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, die „lange Nacht des Sozialabbaus“ in Frankfurt am Main und das Jubiläum der Hessischen Verfassung. In einer beschlossenen Resolution sprach sich **[solid]** für ihre Beteiligung an der Bildung einer neuen „linken“ Partei aus, um als Teil einer vereinigten Linken dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch bei der Landtagswahl 2008 den „Kampf“ anzusagen. Hierzu soll ein „Jugendwahlprogramm“ erarbeitet werden.

LINKS
EXTREMISMUS

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968
Landesvorsitzender:	Michael Beltz
Bundvorsitzender:	Heinz Stehr
Mitglieder:	In Hessen 450, bundesweit weniger als 4.200
Publikationen (Auswahl):	Unsere Zeit (UZ) (Aufl. 6.300, Erscheinungsweise wöchentlich)

Die **DKP** steht auch nach eigenen Erklärungen in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen **Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)**. Sie beschreibt sich als „revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse“. Auch in ihrem neuen Parteiprogramm, das auf der 2. Tagung ihres 17. Parteitages am 8. April in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) verabschiedet wurde, hält die **DKP** an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Für sie ist der Sozialismus grundlegende Alternative zum Kapitalismus: „Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt!“

Neues
Parteiprogramm

Auf dem Weg zum Sozialismus ist für die **DKP** der Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen von zentraler Bedeutung: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“ (DKP-Parteiprogramm, verabschiedet auf dem 17. Parteitag am 8. April in Duisburg)



Für die **DKP** hat die Entwicklung außerparlamentarischer Aktivitäten, die Sammlung und Bündelung „linker“ Kräfte sowie die Bemühung, das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung, der so genannten „kleinen Leute“, zu gewinnen, stets Vorrang vor dem Ziel parlamentarischer Einflussnahme. Im „Kampf gegen Neofaschismus“ und gegen das „kapitalistische Ausbeutungssystem“ versteht sich die Partei als Aktivposten.

Außer-
parlamentarische
Opposition

Von Bedeutung war für die **DKP** am 19. August in Berlin eine zentrale Veranstaltung des Parteivorstands anlässlich des 50. Jahrestages des Verbots der **KPD**.

50 Jahre
KPD-Verbot

Dabei wurden das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 und dessen politische Folgen in Erinnerung gebracht. Die **DKP** startete anlässlich dieses Jahrestages eine Kampagne zur Aufhebung des **KPD**-Verbotsurteils, verbunden mit der Forderung nach Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges und einer Wiedergutmachung.



Ungeachtet der Unterstützung, bei der Kommunalwahl auf offenen Listen von **Die Linke.Hessen** zu kandidieren, grenzt sich die **DKP** von deren politischen Konzepten ab. Sie hält deren Streben nach Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung für lediglich reformistisch und wirft ihr vor, durch die von ihr mitverantwortende Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern (bis zur Landtagswahl am 17. September) den „Sozialabbau“ voranzutreiben.

Abgrenzung von
der „Linkspartei“

DKP Hessen

Die **DKP** gliedert sich in Hessen nach eigener Darstellung im Internet in 14 Kreisorganisationen mit Wohngebiets-, Stadtteil- und Ortsgruppen.

Im abgelaufenen Jahr legte der Landesverband seine Schwerpunkte auf die Teilnahme an der Kommunalwahl, Aktionen im Rahmen der „Friedensarbeit“ und Aktivitäten gegen den „Sozialabbau“. Dabei agierte die **DKP** gemeinsam mit anderen Parteien, Organisationen und außerparlamentarischen Bewegungen.

Im Großraum Frankfurt am Main führte die Partei ihre Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit weiter, die öffentlich aber eine kaum wahrnehmbare Rolle spielte. Einige **DKP**-Kreisorganisationen geben in meist unregelmäßiger Folge Kleinzeitungen heraus.

SDAJ

Mit der **DKP** eng verbunden ist weiterhin die **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**, die ihre vorrangige Aufgabe darin sieht, „sozialistisches Klassenbewusstsein“ unter Jugendlichen zu entwickeln und zu verbreiten. Bundesweit verfügt die **SDAJ** über 300 Mitglieder, in Hessen etwa 50 Mitglieder. An den Hochschulen arbeitet die **DKP** eng mit der **Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)** zusammen.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung:	1982
Bundesvorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	In Hessen 100, bundesweit 2.300
Publikationen (Auswahl):	Rote Fahne (Aufl. 7.500) (Erscheinungsweise wöchentlich) Lernen und Kämpfen (Aufl. 1.000) Erscheinungsweise vierteljährlich Rebell (Erscheinungsweise zweimonatlich) Galileo - Streitbare Wissenschaft (Zeitung der Hochschulgruppen der MLPD) (Erscheinungsweise halbjährlich)

Ziel:
 „Echten Sozialismus aufbauen“

Die 1982 gegründete **MLPD** zählt zu den traditionell revolutionär-marxistischen Organisationen und hält an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-Tung fest. Ihr Ziel ist es, durch einen revolutionären Bruch „den Imperialismus zu stürzen und den echten Sozialismus aufzubauen“.

Insbesondere wegen der Betonung maoistischer Positionen ist sie innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitgehend isoliert. Trotz ihres ausgeprägten ideologischen Führungsanspruchs, versucht sie stets, Bündnispartner zu finden.

Das Zentralkomitee (ZK) hat seinen Sitz in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen). Bundesweit ist die **MLPD** in sieben Bezirke gegliedert, befindet sich aber aktuell in einer Umgliederung. Die hessischen Mitglieder gehören dem Bezirk Mitte an. „Kontaktadressen“ existieren in Kassel, Frankfurt am Main, Darmstadt und Rüsselsheim (Landkreis Groß-Gerau). Die **MLPD** unterhält einen



Frauenverband **Courage**, einen Jugendverband **Rebell** und eine Kinderorganisation **Rotfüchse**. Für ihre „Internationalismusarbeit“ bedient sie sich ihrer Vorfeldorganisation **Solidarität International e.V.**

Neben der Fortsetzung der Montagsdemonstrationen stand der Protest gegen den Besuch des US-Präsidenten Bush vom 13. bis 14. Juli in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Dieses Ereignis wurde durch die **MLPD** vor allem mit einer Friedenspolitischen Erklärung des Zentralkomitees der **MLPD** vom 10. März mit der Aufforderung „Hände weg vom Iran - gemeinsam gegen Bush, New War und seine Unterstützung durch die Merkel/Müntefering-Regierung“ aufgegriffen.

Als besonderes Ereignis ist eine außergewöhnlich hohe Spende in Millionenhöhe einer Einzelperson aus Nordrhein-Westfalen anzusehen. Damit hat die Partei von einer Privatperson eine höhere Spende erhalten, als jede andere Partei. Die **MLPD** registrierte erfreut das große Medien-Echo im Zusammenhang mit dieser Spende.

Aktivitäten

Trotzkistische Gruppierungen

Linksruck

Gründung:	1994
Bundesvorsitzender:	Stefan Bernost
Mitglieder:	In Hessen 50, bundesweit 400
Medien (Auswahl):	Linksruck – Sozialistische Zeitung (Auflage rund 6.000)

Linksruck wird der deutschen Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbands „International Socialist“ mit Sitz in London zugerechnet. Die Organisation teilt die typisch marxistisch-leninistische Vorstellung einer Klassengesellschaft und vertritt, im Gegensatz zur **DKP** oder zur **Die Linke.PDS** die Auffassung, dass die Abschaffung des Kapitalismus und die damit verbundene Befreiung der Arbeiter durch die Einführung einer Räte-demokratie eingeleitet werden müsse.

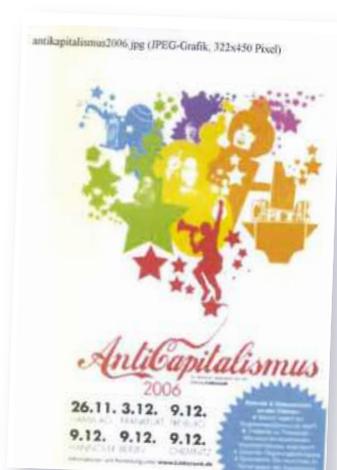
Ziel:
Räte-demokratie

Schwerpunkt von **Linksruck** war die Mitarbeit in der WASG (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden). **Linksruck** sucht, mittels einer „Entrismuspolitik“, d. h. mit dem Versuch, bestehende Parteien, Gruppierungen oder Institutionen zu „unterwandern“, Einfluss auf dortige Entscheidungen zu nehmen. Dabei geben sich die einzelnen Personen nicht offen als Mitglieder von **Linksruck** zu erkennen.

„Entrismuspolitik“

Im Dezember veranstaltete **Linksruck** in mehreren deutschen Städten, darunter in Frankfurt am Main, ein Seminar zum Thema „Antikapitalismus 2006 – Marxismus für die neue Linke.“ In dem Seminar setzte sich die Partei mit den unterschiedlichen Ideen hinsichtlich der Entstehung einer neuen „linken“ Partei auseinander.

„Wenn Linksruck deshalb Veränderungsvorschläge zur Debatte stellen, dann nicht mit der stillen Hoffnung, die Vereinigung zu Fall zu bringen. Unabhängig von den jetzt noch vorhandenen programmatischen Schwächen werden wir die neue Linkspartei unterstützen.“ (Internet-Beitrag „Ein Programm für Bewegung“ von V. Mosler und S. Bornost)



Sozialistische Alternative (SAV)

Gründung:	1994
Bundesvorsitzender:	Sascha Stanicic
Mitglieder:	In Hessen 60, bundesweit 400
Medien (Auswahl):	Solidarität - Sozialistische Zeitung (Erscheinungsweise monatlich)

Schwerpunkte

Die **SAV** bezeichnet sich selbst als revolutionäre, sozialistische Partei und ist die deutsche Sektion des in London ansässigen trotzkistischen Dachverbands „Committee for a Workers' International“. Die Organisation ist bereits im Jahr 2001 kollektiv dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) beigetreten. Ihr Aktions-schwerpunkt in Hessen ist Kassel. Die von der **SAV** beeinflusste Jugendorganisation – **widerstand international – (wi)** ist hauptsächlich in den Bereichen „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“ sowie in einem regionalen Bündnis „gegen Sozialkahl Schlag“ aktiv.



SAV-Mitglieder, die sich am Aufbau der Partei WASG (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) beteiligen, tun dies im Rahmen einer für Trotzkisten typischen „Entrismuspolitik“.

Mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei

Die **SAV** führte im April in Berlin ihre „Sozialismus-Tage 2006“ unter dem Motto „Zukunft und Kapitalismus“ durch. Aktuelle Auseinandersetzungen über die Richtung der WASG und die inhaltlichen Bedingungen des Neuformierungsprozesses hinsichtlich der Gründung einer neuen linken Partei prägten die Veranstaltung. Dem Vorwurf, die **SAV** lehne in diesem Prozess eine Zusammenarbeit mit der **Linkspartei.PDS** grundlegend ab, wurde eindeutig widersprochen. Es sei sehr wohl möglich, mit der **Linkspartei.PDS** zusammenzuarbeiten, sofern diese Zusammenarbeit an konkrete inhaltliche Bedingungen linker Politik gebunden sei.

Auf einer Veranstaltung der **SAV** im Oktober in Kassel wurde von der führenden Funktionärin aus Berlin die Arbeit der Fraktion **DIE LINKE** im Bundestag ausdrücklich als erfolgreich bezeichnet.

Teilnahme linksextremistischer Parteien und Wahlbündnisse an der hessischen Kommunalwahl am 26. März

Die Linke.Hessen

Bei der Kommunalwahl in Hessen am 26. März trat **Die Linke.Hessen** zusammen mit der WASG auf offenen Listen bzw. mit Kandidaten auf bereits bestehenden örtlichen Listen an. Auf diesen Listen kandidierten auch Mitglieder der **DKP** sowie parteipolitisch nicht gebundene Personen. Das Bündnis trat fast flächendeckend, mit

Wahlbündnisse

Ausnahme des Rheingau-Taunus-Kreises, in den verbleibenden 20 Wahlkreisen und in den fünf kreisfreien Städten sowie in 30 weiteren Kommunen mit insgesamt 1.417 Kandidaten an. Nur in Darmstadt kandidierten **Die Linke.Hessen** und die WASG gegeneinander. Bei der letzten Kommunalwahl war nur dort die damalige **PDS** auf einer gemeinsamen Liste mit der **DKP** angetreten.

Neben lokalen Themen wie dem weiteren „Ausverkauf“ von Krankenhäusern, kommunalen Wohnungen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen richtete sich der Wahlkampf des Bündnisses vor allem gegen die Umsetzung von „Hartz IV“.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der damaligen **PDS** im Jahre 2001 gelang es dem Bündnis jedoch gemeinsam, erhebliche Stimmenzuwächse zu erreichen. Das Bündnis kam hessenweit auf 1,0 % (2001: 0,4 %). Hervorzuheben sind dabei die Ergebnisse aus den „**PDS-Hochburgen**“ Frankfurt am Main (6,6 %), Kassel (6,8 %) und Marburg (8,8 %). Ihr vergleichsweise schlechtes Wahlergebnis in Darmstadt (2,2 %) ist möglicherweise auf die konkurrierenden Kandidaturen von anderen linksextremistischen Gruppierungen wie der **MLPD**-dominierten **AUF-Darmstadt** zurückzuführen.

Darüber hinaus wurden an vielen Orten bestehende linksextremistisch beeinflusste Wählervereinigungen in die Listen von **Die Linke.Hessen** einbezogen, wie die **Marburger Linke**, **Die Linke/Liste Solidarität (Die Linke)** in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) oder die **Linke Liste Wiesbaden (LiLi)**.

Wähler-
vereinigungen

In der folgenden Tabelle sind die Wahlergebnisse von **Die Linke.Hessen** und der linksextremistisch beeinflussten Wahlbündnisse, die mit ihr kooperierten, in den Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt, ferner weitere Städte mit bestehenden **PDS-Hessen**-Fraktionen. Auf Grund der gemeinsamen Kandidatur von **Die Linke.Hessen** und WASG ist eine Vergleichbarkeit zu dem Kommunalwahlergebnis von 2001 nur in begrenztem Umfang möglich.

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Offenbach am Main (Die Linke.)	5,3	2,8	4	2
Frankfurt am Main (Die Linke. WASG)	6,6	2,3	6	2
Kassel (Kasseler Linke.ASG)	6,8	3,2	5	2
Darmstadt (Die Linke.; 2001 Kandidatur von DKP/PDS)	2,2	1,3	2	1
Wiesbaden (LiLi)	3,2	1,7	3	1
Marburg (Marburger Linke.)	8,8	6,4	5	4
Gießen (Die Linke.)	5,9	3,8	4	2
Rüsselsheim (Die Linke/ Liste Solidarität)	5,6	2,7	2	1
Lkr. Bergstraße (WASG)	2,3		2	

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Lkr. Darmstadt-Dieburg (WASG.Die Linke.)	2,0		1	
Lkr. Fulda (Die Linke.Offene Liste)	1,6	—	1	—
Lkr. Gießen (Die Linke.)	3,8	—	3	—
Lkr. Groß-Gerau (Die Linke.OL)	4,6	1,8	3	1
Lkr. Hersfeld-Rotenburg (Die Linke.)	1,9	—	1	—
Hochtaunuskreis (Die Linke.WASG)	2,7		2	
Lkr. Kassel (WASG)	4,4	—	3	—
Lahn-Dill-Kreis (WASG)	2,2		2	
Lkr. Limburg-Weilburg (WASG.DIE LINKE.)	2,2	—	2	—
Main-Kinzig-Kreis (Die Linke.)	3,6		3	
Main-Taunus-Kreis (Die Linke.)	2,1		2	
Lkr.Marburg-Biedenkopf (Die Linke.)	4,9	2,4	4	2
Odenwald (Die Linke.WASG)	3,1		2	
Lkr. Offenbach (Die Linke.)	2,7	—	2	—
Schwalm-Eder-Kreis (Die Linke.WASG)	3,0		2	
Vogelsbergkreis (Die Linke.WASG)	1,8		1	
Lkr. Waldeck-Frankenberg (Die Linke.)	1,7	—	1	—
Werra-Meißner-Kreis (Linksbündnis Werra Meißner)	2,0	—	1	—
Wetteraukreis (Die Linke.WASG)	3,0		2	

vorläufiges amtliches Endergebnis

DKP

Mitglieder der **DKP** kandidierten auf mehr als 30 offenen Listen des Wahlbündnisses. Darüber hinaus kandidierte sie eigenständig in ihren Hochburgen Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau) und Reinheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg); das Wahlbündnis stellte sich hier nicht zur Wahl. Darüber hinaus trat die **DKP** erstmals für den Kreistag Darmstadt-Dieburg an, wo sie auch mit dem Wahlbündnis konkurrierte. Sie verbesserte ihre Ergebnisse gegenüber 2001 auf 11,6 % in Mörfelden-Walldorf (2001: 8,3 %) sowie 14,7 % (2001: 9,2 %) in Reinheim. Auf Kreisebene erreichte die **DKP** 1,3 % der Zweitstimmen.

Kandidaturen auf Listen der „Linkspartei“

Die Partei führte einen kurzen Wahlkampf, der hauptsächlich über ihre Kleinzeitungen vonstatten ging und kommunalpolitische Themen, wie z. B. den Ausbau des Frankfurter Flughafens, aufgriff. Die Stimmengewinne in ihren Hochburgen dürfte die **DKP** in erster Linie dem persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder vor Ort verdanken, weniger der programmatischen Ausrichtung der Partei.

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Mörfelden-Walldorf	11,6	8,3	5	4
Reinheim	14,7	9,2	5	3
Darmstadt-Dieburg	1,3	—	1	—

vorläufiges amtliches Endergebnis

Sonstige

Auch die von der **MLPD** dominierten Wahlbündnisse **AUF Darmstadt** und **AUF Kassel** konnten ihre Ergebnisse von 2001 mit 0,6 % in Darmstadt und 1,7 % in Kassel in etwa bestätigen. Das Kürzel **AUF** der Wahlbündnisse steht für Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich. In Kassel konnte das Bündnis nach 2001 erneut ein Mandat erringen.

MLPD-Wahlbündnisse

Daneben hatte noch die **ÖkolinX-Antirassistische Liste (ÖkolinX-ARL)** in Frankfurt am Main erneut kandidiert. Sie errang wie 2001 ein Mandat. Ferner kandidierten linksextremistisch beeinflusste Wahlbündnisse wie z. B. die **Alternative Liste Heli (ALH)** in Hessisch-Lichtenau (Werra-Meißner-Kreis), die **Linke Bürgerliste (LBL)** in Gersfeld (Landkreis Fulda), die **Neuberger Liste (NL)** in Neuberg (Main-Kinzig-Kreis) oder die **Wahlalternative Maintal – Soziale Gerechtigkeit (WAM)** in Maintal (Main-Kinzig-Kreis).

Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Gersfeld (LBL)	5,7	9,0	2	3
Hessisch-Lichtenau (ALH)	4,4	6,2	1	2
Neuberg (NL)	10,7	—	2	—
Maintal (WAM)	7,2	—	3	—

Autonome

Aktivisten:	In Hessen rund 350, bundesweit 5.500
Regionale Schwerpunkte:	Frankfurt am Main, Wiesbaden, Hanau Süd Hessen, Kassel, Marburg, Gießen
Publikationen (Auswahl):	Swing (Erscheinungsweise zweimonatlich) Interim (Erscheinungsweise vierzehntägig)

*Ziel:
Herrschaftsfreie
Gesellschaft*

Autonome bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Staat, um stattdessen eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, in der sie in „absoluter Unabhängigkeit“ leben können. Das politische System in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen sie als „Schweinesystem“, das durch die „Selbstverwirklichung“ des Einzelnen zerschlagen werden soll. Ihnen werden Gruppen und Personen zugerechnet, die weder über feste organisatorische Strukturen noch über ein gemeinsames ideologisches Konzept verfügen. Sie folgen verschwommenen anarchistischen und sozialrevolutionären Vorstellungen und vertreten teilweise ein marxistisches Weltbild.

Autonome verstehen sich als eine Basisbewegung. Sie wollen, dass ihre Anhänger die „direkte Demokratie“ praktizieren, d. h. dass der Einzelne zwar in allen Fragen des Alltagshandelns und des politischen Handelns direkt mitsprechen soll, aber die Interessen der Gruppe immer über denen des Einzelnen stehen. Meist schließen sie sich in lockeren – oft wechselnden – Kleingruppen zusammen. Ihre Aktivitäten umfassen die Beteiligung an Demonstrationen, Farbschmierereien, von Steinwürfen bis hin zu Brand- und Sprengstoffanschlägen.

Gewaltbereitschaft

Gemeinsam ist allen **Autonomen** eine Gewaltbereitschaft, die anlassbezogen in offene Gewalt umschlagen kann. Diese Militanz ist für **Autonome** die logische Konsequenz ihrer Systemopposition, die auch das staatliche Gewaltmonopol zurückweist. Zugleich ist sie identifikatorisches Kernstück einer oppositionellen „revolutionären“ Selbststilisierung. Bei der Wahl des Angriffsziels und der Aktionsform bemühen sich **Autonome** stets um Vermittelbarkeit.



Autonome diskutieren seit Jahren über die Anwendung von Gewalt, auch gegen Personen, zur Durchsetzung ihrer extremistischen Ziele. Initiator dieser Diskussion ist die im Raum Berlin auch mit Anschlägen auftretende **militante Gruppe**, die die Berliner Szenepublikation **Interim** als Forum hierfür verwendet.

Antifaschismus

Autonome finden ihre größte Unterstützung in Hochschulstädten. Die noch vor wenigen Jahren bundesweit zu beobachtenden Spaltungs- und Auflösungstendenzen autonomer Gruppen sind so nicht mehr festzustellen. Im Gegenteil engagieren sich **Autonome** in neuen, meist themenorientierten Gruppen, in denen teilweise auch Nichtextremisten beteiligt sind. Insbesondere im Themenschwerpunkt „Antifaschismus“ wurde im letzten Jahr mit der Gründung des **Bündnisses antifaschistischer Gruppen Hessen** (BASH nannte sich ursprünglich **Bündnis antifaschistischer Gruppen Süd Hessen** und behielt nach der Umbenennung die Abkürzung bei) eine Struktur geschaffen, die es den beteiligten autonomen Gruppen ermöglicht, gezielt gegen die „organisierte Naziszene“ vorzugehen.

Zur Kommunikation greifen auch **Autonome** verstärkt auf das Internet zurück. Darüber hinaus nutzen sie weiter Szenepublikationen zum Austausch von Informationen und Diskussionsbeiträgen. Weiterhin sind Infoläden und Szenetreffs von Bedeutung. Hier werden gerade vor Demonstrationen letzte Absprachen in Bezug auf die Durchführung von Veranstaltungen getroffen; für die Dauer der Veranstaltung sind Kontaktstellen eingerichtet, bei denen Demonstranten „Rechtsberatung“, aber auch Informationen über den Ablauf von Demonstrationen erhalten können. Ferner werden bei geheimen, auf einen kleinen Personenkreis reduzierte Treffen Aktionen geplant. Es ist wahrscheinlich, dass bei solchen Zusammenkünften auch Absprachen für die Durchführung von Straf- und Gewalttaten getroffen werden.



Neben dem Aktionsfeld „Antifaschismus“ bildete das Themenfeld „Sozialabbau“ einen Schwerpunkt autonomer Aktivitäten. Anlässlich des 25. Deutschen Opernballs in Frankfurt am Main am 25. Februar demonstrierten etwa 450 Personen aus mehreren Bundesländern, um auf die „größer werdende Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland“ aufmerksam zu machen. Neben der **autonomen antifa [f]** hatten zu der Demonstration, die unter dem Motto „Gegen den Opernball 2006. Innere Aufrüstung und Sozialabbau stoppen. Luxus für ALLE!“ stand, bundesweit 61 Gruppierungen aus neun Bundesländern aufgerufen. Bereits im Vorfeld war es zu einzelnen Sachbeschädigungen gekommen. Während des Demonstrationzuges und im Anschluss daran kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei sowie zu weiteren Sachbeschädigungen.

*Weitere Themen-
schwerpunkte*



Ferner beteiligten sich **Autonome** an einer antifaschistischen Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten am 1. Mai in Heppenheim (Kreis Bergstraße) und riefen durch das **BASH** am 22. April zu einer landesweiten Demonstration in Wiesbaden zum Thema Bleiberecht auf.

Daneben versuchten **Autonome**, sich an der studentischen Protestbewegung gegen die Einführung von Studienbeiträgen in Hessen zu beteiligen. So rief die **autonome antifa [f]** aus Frankfurt am Main für den 28. Juni zu einer bundesweiten Demonstration „Für französische Verhältnisse und Gegen Studiengebühren und Sozialabbau“ nach Wiesbaden auf. Dieser Aufruf wurde unterstützt durch das **BASH**, dem im wesentlichen die Gruppen **autonome antifa [f]** aus Frankfurt am Main und die **Antifa Bensheim** angehören.

*Beteiligung an
Studentenprotesten*

„Antideutsche“

Ausgangspunkt der „antideutschen“ Ideologie ist eine ungebrochene Solidarität mit dem jüdischen Volk sowie dem Staat Israel. Im Unterschied zu anderen Linksextremisten, die im Nahostkonflikt traditionell propalästinensische Positionen vertreten, stehen **„Antideutsche“** vorbehaltlos zu Israel. Ein Staat Israel sei notwendig, um gegen die existenzielle Bedrohung des jüdischen Volkes bestehen zu können.

Ideologie

„Linken“ und linksextremistischen Gruppen, die sie als „Deutsche Volksgemeinschaft“ bezeichnen, werfen die **„Antideutschen“** vor, offen oder latent



anti-amerikanisch und vor allem antisemitisch zu sein. Mit dem Slogan „Deutschland war als Kind schon scheiße“ bringen sie zum Ausdruck, dass sie die Bundesrepublik Deutschland im Grundsatz für reaktionär, antiliberal und antisemitisch halten.

Ziel:
Weltweiter
Kommunismus

Ihre für Linksextremisten untypische proamerikanische Einstellung basiert u. a. darauf, dass sie Kapitalismus in US-amerikanischer Ausprägung als Träger eigentlicher Zivilisation definieren. „**Antideutsche**“ sehen darin einen Weg zur Befreiung von Unterdrückung und zugleich die notwendige Übergangsstufe zum Kommunismus, den sie weltweit anstreben. Sie verteidigen vor diesem Hintergrund deswegen auch militärische Handlungen der USA in Afghanistan und im Irak unter dem Motto „Sherry statt Sharia!“

Für „**Antideutsche**“ hängen andere linksextremistische Zusammenschlüsse einem „romantischen Antikapitalismus“ (Idealisierung vorstaatlicher und vorkapitalistischer Zustände) an. Nach ihrer Auffassung ist Antikapitalismus, insbesondere Globalisierungskritik, oftmals Ausdruck eines versteckten Antisemitismus. Damit wird insbesondere gegen Bewegungen wie Attac (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) Stellung genommen. Aus Sicht von „**Antideutschen**“ handeln andere Linksextremisten aus rassistisch-antisemitischen Motiven heraus. Sie behaupten demgegenüber, eine klare Vorstellung von der „Überwindung Deutschlands“ und damit des Kapitalismus zu haben.



Strukturen
in Hessen

„**Antideutsche**“ Strukturen bestehen in Hessen insbesondere in den Universitätsstädten Frankfurt am Main, Gießen und Marburg.

Am 12. August fand in Marburg eine Kundgebung „solidarität mit israel! krieg dem antisemitischen Terror!“ statt. Szeneangaben zufolge nahmen 100 Personen an der Veranstaltung teil. Initiatoren waren die dem „antideutschen“ Spektrum zuzurechnenden Gruppierungen **aae Marburg** (das Kürzel aae steht für autonome antifaschistische emanzipation) sowie das **comité liberté** aus Gießen.

Antifaschismus

Der Themenbereich „Antifaschismus“ hat für Linksextremisten und insbesondere für **Autonome** seit Jahren eine herausgehobene Bedeutung. Dabei wird der Kampf gegen „Rechts“ mit dem Kampf gegen das „Ganze“, das heißt gegen den demokratischen Rechtsstaat gleichgesetzt; der Faschismusvorwurf richtet sich auch gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Vertreter bzw. Repräsentanten. Die Wurzeln des Faschismus werden in der „bürgerlichen Klassengesellschaft“ gesehen. Der Kampf gegen selbst definierte faschistische Strukturen, zu denen Linksextremisten demokratische Strukturen und demokratisches Handeln zählen, wird so instrumentalisiert, um die Revolution gegen das bestehende System voranzutreiben.

„**Wurzeln**
des Faschismus“

Autonome suchen unter dem Motto „Antifa heißt Angriff“ vornehmlich die direkte Konfrontation mit dem Gegner auf der Straße. In diesem Zusammenhang kommt es häufig zu Gewalttaten gegen Rechtsextremisten bei deren Demonstrationen bzw. Aufmärschen.

So wurde am 28. Januar eine antifaschistische Demonstration mit bis zu 350 Teilnehmern, unter ihnen



Linksextremisten, gegen eine Wohngemeinschaft von Mitgliedern der rechtsextremistischen Kameradschaft **Freie Nationalisten Rhein-Main** im Butzbacher Ortsteil Hoch-Weisel (Wetteraukreis) durchgeführt.

Am Abend des 10. März überfielen etwa 40 vermummte Personen eine Versammlung des Freundeskreises der **NPD** in Roßdorf-Gundernhausen (Landkreis Darmstadt-Dieburg). Unter den festgenommenen Tatverdächtigen waren auch Angehörige der autonomen Szene.

Im Zusammenhang mit dem Aufruf von Rechtsextremisten zu einer Demonstration anlässlich des ursprünglich angekündigten Besuches des iranischen Staatspräsidenten zu einem Spiel der iranischen Nationalmannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft am 17. Juni in Frankfurt am Main wurde durch das linksextremistische Spektrum zu Gegenveranstaltungen mobilisiert. Das Verbot der rechtsextremistischen Veranstaltung hatte der Anmelder akzeptiert und verzichtete auf die Durchführung. Als Reaktion darauf demonstrierten an diesem Tag jedoch etwa 150 Linksextremisten vor dem Haus des Kreisvorsitzenden der Frankfurter **NPD** in Frankfurt am Main.

Anlässlich des Aufmarsches von Rechtsextremisten in Heppenheim (Kreis Bergstraße) erfolgte am 1. Mai eine Gegendemonstration unter Beteiligung von 700 Personen, davon ca. 300 bis 400 Personen, die dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden konnten. Sie versuchten in Kleingruppen, die zwischen ihnen und dem rechtsextremistischen Aufzug stehenden Polizeisperren mehrfach zu durchbrechen, was die Polizei aber verhindern konnte. Bei Vorkontrollen auf den Zufahrtsstraßen und im Stadtgebiet beschlagnahmte die Polizei Schlagstöcke und andere Waffen.

Am 2. Juli fand der Marktfrühschoppen in Marburg statt, der jährlich von Studentenverbindungen und Burschenschaften organisiert wird. Wie in den Vorjahren gab es im Hinblick auf die Teilnahme von Mitgliedern „rechter“ Burschenschaften Protestaktionen, zu welchen im Vorfeld durch linksextremistische Gruppierungen aufgerufen worden war.

Am 22. Juli fanden Demonstrationen gegen einen Aktionstag der rechtsextremistischen Szene in Südhessen statt. Die **Neonazis** planten in sieben Städten Südhessens einen odenwaldweiten „Aktionstag“. Im Internet forderte die autonome Gruppe **Antifa Bensheim** die betroffenen Ordnungsbehörden und Gemeinden auf, die Anmeldungen zu den rechtsextremistischen Demonstrationen offen zu legen, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, Gegenstrategien zu entwickeln.

Das nichtextremistische Darmstädter Bündnis gegen Rechts meldete eine antifaschistische Demonstration gegen die Naziaufmärsche in Darmstadt an. Auf einer eigens für diese Demonstration eingerichteten Internetseite wurden u.a. die Vereinigung der **Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten** Darmstadt (**VVN-BdA**), die **DKP** Darmstadt, die **Rote Hilfe** Darmstadt und die **Antifaschistische Linksradike Darmstadt** als Unterstützer aufgeführt.

Die Demonstration in Darmstadt fand unter Beteiligung von lediglich 70 Personen statt, wohingegen etwa 300 Personen an der von Nichtextremisten veranstalteten Demonstration in Erbach (Odenwaldkreis) teilnahmen. Für die ausgefallenen Kundgebungen des rechtsextremistischen Spektrums in Erbach und Michelstadt (beide Odenwaldkreis) fanden sich zu einer kurzfristig organisierten Ersatzveranstaltung in Eberbach (Baden-Württemberg) etwa 250 Gegendemonstranten, darunter etwa 20 **Autonome**, ein.



Gegendemonstration bei der Fußball-WM

Aktionen am 1. Mai

Antifa-Aktionen in Südhessen

„Antifa-Aktionstag“

Wegen geplanter rechtsextremistischer Aufmärsche zum 19. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß riefen Linksextremisten am 17. August zu einem „Antifa-Aktionstag“ auf. Am 19. August sollten dezentrale „Gegenveranstaltungen“ durchgeführt werden. An den zahlreichen, zumeist durch das bürgerliche Spektrum organisierten Protestaktionen, nahmen bundesweit auch rund 1.200 Linksextremisten teil.

Unter dem Motto „Nazi-Demo in Marburg verhindern - Deutsche Antisemiten sind keine Friedensbefürworter!“ fand am 26. August in Marburg eine Demonstration gegen eine Veranstaltung des rechtsextremistischen **Aktionsbündnisses Mittelhessen** zum Thema „Gegen die Kriege im Nahen Osten“ statt. An der durch **Autonome** aus Mittelhessen und [’solid] initiierten Demonstration nahmen etwa 500 Personen, überwiegend des bürgerlichen Spektrums, teil. Die Rechtsextremisten sagten ihre Demonstration ab.

Veröffentlichung rechts-extremistischer Strukturen

Insbesondere im Hauptaktionsfeld „Antifaschismus“ halten Angehörige der gewaltbereiten linksextremistischen Szene die Anwendung von Gewalt – auch gegen Personen – für legitim. Hierzu verfolgen Linksextremisten das Ziel, Aktivitäten von Rechtsextremisten aufzudecken bzw. durch eigene Aktionen zu verhindern sowie rechtsextremistische Strukturen und Einzelpersonen öffentlich zu diskreditieren und zu bekämpfen. Hierbei betreiben **Autonome** eine „offensive Aufklärung“ des rechtsextremistischen Spektrums.



Beispiel für eine solche „offensive Aufklärung“ der rechtsextremistischen Szene ist eine Aktion in der Nacht zum 28. August. Im Zusammenhang mit einem geplanten rechtsextremistischen Aufmarsch plakatierten Unbekannte in Marburg das Konterfei eines bekannten **Neonazis** und riefen zur Gewaltanwendung gegen ihn auf.

Aktionen gegen Burschenschaft

Gegen eine geplante Veranstaltung einer „rechten“ Burschenschaft am 25. November in Gießen wurde innerhalb des autonomen antifaschistischen Spektrums mobilisiert. Aus Angst vor linksextremistischen Angriffen sagte die Burschenschaft ihre Veranstaltung ab. Dennoch versammelten sich vor dem Verbindungshaus der Burschenschaft etwa 30 bis 50 **Autonome**, die das Objekt mit Golfbällen bewarfen und Zaunlatten aus der gegenüberliegenden Grundstückseinfriedung herausrissen. Ferner wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Macht die Nazis platt“ gezeigt.

Antirassismus

Ideologisches Verständnis

Die Aktionsfelder „Antirassismus“ und „Antifaschismus“ stehen im ideologischen Verständnis **Autonomer** in einem unmittelbaren Zusammenhang. Dem demokratischen Rechtsstaat wird von **Autonomen** vorgeworfen, durch seinen „staatlichen Faschismus“ autoritäre Herrschaft zu stärken, individuelle Rechte zu beschneiden und seine „repressive“ Machtausübung zu legitimieren. Dies gelte gerade in der aus Sicht von Linksextremisten ausgrenzenden und entrechtenden Ausländer- und Asylpolitik. Dort zeige sich die „rassistische Grundausrichtung faschistischer Strukturen“. Daher gehört „antirassistisches“ Handeln für Linksextremisten zum „antifaschistischen Kampf“. Da die ausländerrechtlichen Regelungen und Praktiken in aller Regel nicht Angehörige der autonomen Szene treffen, geht es bei dem Themenfeld „Antirassismus“ im Unterschied zu anderen autonomen Themenfeldern nicht nur um „Selbst-



verwirklichung“. In Fragen der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Migranten kommt es vielfach zur Zusammenarbeit mit kirchlichen und nichtextremistischen sozialen Unterstützerguppen.

Agitationsfeld im „Antirassismus“ war vorrangig die von Linksextremisten abgelehnte Abschiebep Praxis des Staates. So fanden im Zeitraum von Juli bis September mehrere Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen in Hessen unter Beteiligung linksextremistischer Personen und Gruppierungen gegen die Abschiebung eines 20-jährigen Kurden statt.

Als Auftaktveranstaltungen wurden am 3. und 4. Juli durch ein „Bündnis für Bleiberecht“ zwei Aktionstage vor der Katharinenkirche in Frankfurt am Main ausgerichtet. Für das „Bündnis für Bleiberecht“ meldete ein Linksextremist aus der antirassistischen Szene die Aktionstage an. Ferner fanden in Darmstadt, Hanau und Frankfurt am Main Spontandemonstrationen gegen die Abschiebung dieses Kurden mit bis zu 90 Teilnehmern, darunter auch Linksextremisten, statt.

Anlässlich der Innenministerkonferenz mobilisierte die linksextremistische antirassistische Szene zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Bleiberecht jetzt! - Gegen soziale Ausgrenzung und Repression“ am 16. November in Nürnberg (Bayern). An der friedlich verlaufenen Demonstration, bei der es lediglich zu kurzfristigen Verkehrsbehinderungen kam, nahmen etwa 1.000 Personen teil.



Linksextremistische Einflussnahme auf die Anti-Globalisierungsbewegung

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht die überwiegend friedlich eingestellten Globalisierungskritiker oder die demokratische Bewegung gegen „Sozialabbau“. Sein Augenmerk gilt den Kräften, die als Angehörige linksextremistischer Gruppierungen im Rahmen dieser Bündnisse und Netzwerke ihre verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen und Einfluss zu nehmen suchen. Während die Mehrzahl der Globalisierungskritiker einer angeblichen „neoliberalen Globalisierung“ reformistisch entgegenwirken will, interpretieren die linksextremistischen Globalisierungsgegner den Slogan der Bewegung „Eine andere Welt ist möglich“ systemüberwindend. Sie fordern also keine Reform, sondern die Überwindung des „entfesselten Kapitalismus“. Dessen vorgebliche neoliberale Ideologie ziele darauf, alle Lebensbereiche den Marktmechanismen unterzuordnen und damit den zunehmenden Sozialabbau zu legitimieren. Bevorzugte Angriffsziele dieser Aktivisten sind supranationale Organisationen, Konferenzen und internationale Konzerne. Die gewaltbereiten Globalisierungsgegner wollen an die Antiimperialismusbewegung der 70er Jahre anknüpfen und „altrevolutionäre“ mit „modernen“ Vorstellungen autonomer Gruppen verbinden. Besonders bedeutsam ist, dass sie die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele für notwendig und legitim halten.

Als Schlüsselereignis für das Entstehen einer – parallel zu globalisierungskritischen Initiativen entwickelten – weltumspannenden Bewegung auch dieser Globalisierungsgegner gelten die gewalttätigen Ereignisse im Zusammenhang mit den Massenprotesten gegen die Welthandelskonferenz 1999 in Seattle (USA) und die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 2001 in Genua (Italien).

Bereits 2005 begannen Globalisierungsgegner mit den Protestplanungen gegen den vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) stattfindenden G8-Gipfel.

*Ziel:
Das „System
überwinden“*

*Protestplanungen
gegen G8-Gipfel*

Aus dem sich in vielen Aktions- und Vernetzungskonferenzen vollziehenden Prozess zur Bildung eines ursprünglich von der **Interventionistischen Linken (IL)** angestrebten „Breiten Gesamtbündnisses“ haben sich zwischenzeitlich mehrere Hauptströmungen herausgebildet. Einige Gruppierungen des militanten autonomen Spektrums, mehrere revolutionär-marxistische Organisationen sowie Einzelpersonen agieren unter der Projektbezeichnung **IL**. Sie befürworteten die Bildung eines „Gesamtbündnisses“, in das sie „linke, linksradikale, trotzkistische, kirchliche, parteinahe, gewerkschaftliche Gruppen, aber auch die Linkspartei und ATTAC“ einbinden wollten.

Zwei konkurrierende Bündnisse



Dagegen stellte sich der deutschsprachige Ableger des maßgeblich von gewaltbereiten britischen Globalisierungsgegnern zur Vorbereitung von Protesten gegen den G8-Gipfel 2005 in Schottland initiierten Netzwerkes **Dissent! (plus X)** ein Bündnis vor, bei dem auch militante Aktionen ihren Raum finden können.

In beiden Zusammenschlüssen sind Personen bzw. Gruppierungen aus Hessen vertreten.

Nichtextremisten organisierten sich zunächst in einer so genannten „G8-NGO-Plattform“. Parallel bildete sich ein so genannter „Rostockkreis“, in dem u. a. die **IL** vertreten ist. Diese Gruppe veranstaltete am 25. und 26. März in Rostock eine „1. Aktionskonferenz“ mit Bezug zum G8-Gipfel. Bei dieser international besetzten Konferenz begannen die Planungen für Aktionen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm. Besprochen wurden u. a. eine Großdemonstration, „migrationspolitische“ Aktivitäten, Möglichkeiten für Aktionen „zivilen Ungehorsams“, Camp(s), sowie eine Serie von Großveranstaltungen im Vorfeld des G8-Gipfels.

„Internationale Aktionskonferenz“ in Rostock

Im September trafen sich Vertreter der „G8-NGO-Plattform“ und des „Rostockkreises“ in Hannover. Sie konstituierten eine neue, gemeinsame Gruppe, den so genannten „G8-Koordinierungskreis“. Dieser griff insbesondere die Aktivitäten des „Rostockkreises“ auf und setzte die von diesem begonnenen Vorbereitungen für eine weitere „Internationale Aktionskonferenz zum G8-Gipfel 2007“ fort. Ziel war es, konkrete Absprachen über den gemeinsamen Vorbereitungsprozess zu treffen und die angestrebte Internationalisierung sicher zu stellen.

An dieser „Rostock II“ genannten Konferenz vom 10. bis 12. November in Rostock beteiligten sich bis zu 300 Globalisierungsgegner, darunter Angehörige der **IL** und von **Dissent! (plus X)** sowie extremistisch beeinflussten Gruppen und Personen von so genannten „Flüchtlingsgruppen“ oder der „Friedensbewegung“. Die **Linke.PDS** will nach eigenen Angaben mit einigen Bundestagsabgeordneten, mehreren Lokalpolitikern, dem parteinahen Jugendverband **[solid!]** sowie mit Angehörigen des **PDS-Hochschulgruppen-netzwerkes** sehr stark vertreten gewesen sein. Insgesamt sollen sich etwa 100 Gruppierungen an der Konferenz beteiligt haben, darunter auch ausländische Aktivisten „aus fast allen Ländern Europas“.

Protestwoche gegen G8-Gipfel

In einer gemeinsamen Abschlusserklärung haben sich die Teilnehmer auf einen „Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel“ verständigt. So soll die Protestwoche am 2. Juni 2007 mit einer Großdemonstration eingeleitet werden. Neben einer Auftaktveranstaltung am 3. Juni sind ein migrationspolitischer Aktionstag am 4. Juni unter dem Motto „Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!“ und ein



„Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter und den globalen Ausnahmezustand“ sowie ein Alternativgipfel am 5. Juni vorgesehen. Die Teilnehmer haben zudem angekündigt, die anreisenden G8-Delegationsteilnehmer am 5. Juni mit einer Blockade des Flughafens Rostock-Laage begrüßen und auch an den Folgetagen den G8-Gipfel blockieren zu wollen. Eine „3. Aktionskonferenz“ fand vom 13. bis 15. April 2007 in Rostock statt.

Bei einem Treffen des „G8-Koordinierungskreises“ im Dezember einigten sich die Anwesenden auf die Errichtung eines so genannten „G8-Ko-Kreises“, dem Aktivisten unterschiedlichster Mobilisierungsströmungen angehören, u. a. auch **Dissent! (plus X)**. Dessen Beteiligung daran zeigt, dass es sich schwer tat, eine „eigenständige Rolle“ zu übernehmen.

Eine bereits im Sommer 2005 begonnene „breite, auch militante Kampagne“ gewaltbereiter Globalisierungsgegner setzte sich fort. Einschließlich einer gescheiterten Brandstiftung wurden bisher Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge bzw. Gebäude in Niedersachsen, Berlin, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein verübt bzw. versucht. Darüber hinaus wurden bundesweit mehrfach Sachbeschädigungen sowie ein Diebstahl mit G8-Bezug registriert.

Gewalttaten

In einer der Taterklärungen wird ausdrücklich auf die „militante Kampagne“ gegen den G8-Gipfel 2007 Bezug genommen. Der als „geschichtspolitische Intervention“ verharmloste Brandanschlag „soll als Anregung verstanden werden, die koloniale Vorgeschichte des heutigen Rassismus, Militarismus und Imperialismus in der Mobilisierung und Kampagne gegen den G8 zum Thema zu machen“.

Zur Vorbereitung auf ein Mobilisierungscamp und geplante Protestaktionen anlässlich des G8-Gipfels vom 15. bis 17. Juli in St. Petersburg (Russland) führte die im Rhein-Main-Gebiet regional agierende **G(ib) 8 Koordination Frankfurt am Main**, eine Initiative von **Initiative Libertad! (Frankfurt/Main)** und der **glocal group Hanau**, am 14. Juli eine Demonstration – „Von St. Petersburg nach Heiligendamm“ und „Kein G8-Gipfel ohne unseren Protest“ – vor der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main durch.

*Aktivitäten
in Hessen*

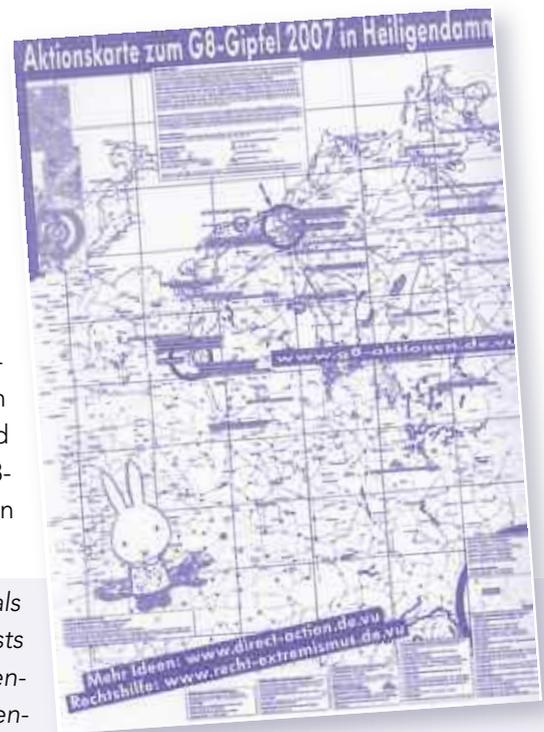
Darüber hinaus hatten beide Gruppierungen gemeinsam zu einer regionalen Vernetzungsveranstaltung gegen den G8-Gipfel 2007 am 29. November in Frankfurt am Main eingeladen. Die über 80 Teilnehmer aus „unterschiedlichen Spektren und Städten im Rhein-Main-Gebiet“ stellten fest, dass die Proteste gegen den G8-Gipfel vor allem symbolische Bedeutung hätten und dass es daher darauf ankomme, den Bezug zu konkreten Kämpfen und Auseinandersetzungen herzustellen, vor allem auch auf regionaler oder lokaler Ebene. Dabei wurde nochmals die besondere Chance der Anti-G8-Mobilisierung betont, spektrenübergreifend zusammenzukommen und linke Kräfte zu bündeln. Als Beispiele für eine regionale Mobilisierung wurden Aktionen am Frankfurter Flughafen, gegen den Opernball in Frankfurt am Main, gegen den Sozialabbau, gegen das Treffen der EU-Verteidigungsminister in Wiesbaden Anfang März 2007 oder auch zum 1. Mai diskutiert und ein „Regionalkalender“ über bereits in Vorbereitung befindliche regionale Aktivitäten mit G8-Bezug erstellt.

Die **Jugendantifa Frankfurt am Main** rief unter der Überschrift „Antifa – Make it real“ zur Teilnahme am „Jugend-Antifa Kongress 2007“ vom 4. bis 7. Januar 2007 in Frankfurt am Main auf. Nach den Vorstellungen der Veranstalter sollten auf dem Kongress mögliche Konzepte für eine „Mobilisierung linksradikaler Jugendlicher gegen den G8-Gipfel“ entwickelt werden, um so einen Ansatzpunkt für eine bundesweite Vernetzung von Jugendantifagruppen zu schaffen. Tatsächlich wurde die G8-Thematik von der Tagesordnung genommen.

*„Jugend-Antifa
Kongress 2007“*

„G8-Aktionskarte“:
Indirekter
Gewaltaufruf im
Internet

Im Internet wurde eine „Aktionskarte zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm“ eingestellt. Diese enthält ein Verzeichnis, in dem u.a. Polizei- und Justizeinrichtungen, Ordnungsbehörden, Militäreinrichtungen, Politik- und Parteizentralen, herausragende Einrichtungen der Wirtschaft (z.B. Hotelanlagen der Fundus Gruppe Kempinski), wichtige Verkehrswege und Bahnhöfe aufgeführt sind. An die Leser der Webseite ergeht die Aufforderung, vielfältige Informationen aus den jeweiligen Regionen zusammenzutragen und weitere Einträge vorzunehmen, um die „G8-Aktionskarte“ zu vervollständigen. Die Autoren verbinden mit dieser Übersicht



„die Hoffnung, dass es zu mehr kommt als zu den klassischen Formen politischen Protests in Deutschland, den großen und einheitsorientierten Demos, Gegenkonferenzen und Massenblockaden.“

Im Impressum der „Aktionskarte“ ist der Anarchist und Leiter der **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** aufgeführt. Diese gehört der anarchistischen Graswurzelbewegung an, die in ihrem erklärten Ziel, dem Aufbau einer „Gegenmacht von unten“, im Rahmen ihres Konzepts „zivilen Ungehorsams“ u.a. Gewalt gegen Sachen als legitime Aktionsform ansieht.

Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen „Sozialabbau“

Initiative
„Agenturschluss“

Die Initiative „Agenturschluss“ – ein erstmals im August 2004 in Erscheinung getretenes breites Bündnis, an dem auch **Autonome** und Anarchosyndikalisten maßgeblich mitwirken – zog anlässlich des 1. Jahrestags seit Einführung der Sozialreformen der Bundesregierung (Hartz IV-Gesetze) bei einer Pressekonferenz am 2. Januar in Berlin eine umfassende Negativbilanz. Sprecher der Initiative bezeichneten die Hartz IV-Gesetze als „staatliches Verarmungs- und Verunsicherungsprogramm“, stellten Konzepte zur offensiven Gegenwehr „insbesondere gegen sozialschnüffelnde Prüfdienste“ und „forcierte Verfolgungsbetreuung“ vor und forderten, das vorhandene Widerstandspotenzial zu bündeln, um sich gegen die „Zumutungen von Hartz IV“ wirksam wehren zu können.

Massive Sach-
beschädigungen

Offensichtlich aus gleichem Anlass kam es in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar zu massiven Sachbeschädigungen an drei Fahrzeugen der Firma AQA – Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung – in Hanau. Es entstand Totalschaden. Auf die zerstörten Pkw und die Wände des Parkdecks sprühten die Täter u.a. nachfolgende Parolen: „Hartz Stoppen“ – „Sozialabbau stoppen“ – „stoppt Aqa“.

In einem linken Internetportal wurde hierzu kommentiert (Fehler im Original):



„Wie die gesprühten Parolen an der Wänden, die sich gegen die sogenannten Arbeitsmarktreformen belegen, wurden die Fahrzeuge nicht Opfer eines 'zufälligen Vandalismus'. Vielmehr handelt es sich um eine Sabotage an der Infrastruktur der AQA um ihre Arbeit zu behindern. Das es die AQA nun schon zum zweiten mal getroffen hat, ist kein Zufall. Durch die Funktion des Main-Kinzig-Kreises als Optionsmodell und die besondere Rolle Erich Pipas bei der Gestaltung von Hartz IV bekommt die AQA eine bundesweite Bedeutung.“

Bereits im Januar 2005 war im Rahmen der gegen die Einführung der Hartz IV-Reformen bundesweit propagierten Aktionen der Initiative „Agenturschluss“ das Firmengebäude mit Farbeiern beworfen, mit Parolen besprüht und Fensterscheiben eingeworfen worden.

Etwa 450 Personen aus linksextremistischen Zusammenhängen waren dem gesonderten Aufruf der **IL** zu einem „Wir wollen Alles“-Block gefolgt, der sich an einer Demonstration von insgesamt etwa 4.000 Teilnehmern des „Aktionsbündnisses Sozialproteste“ am 3. Juni in Berlin beteiligte. Das Motto lautete: „Schluss mit den Reformen gegen uns! – Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg“.

Nach der Auftaktkundgebung kam es während des Umzugs durch die Innenstadt aus dem „Wir wollen Alles“-Block heraus zu Flaschenwürfen und Tötlichkeiten gegenüber eingesetzten Polizeikräften. Dabei wurden zehn Polizeibeamte leicht verletzt, sieben Demonstranten festgenommen.

Im Rahmen eines gewerkschaftlichen, für den 21. Oktober propagierten bundesweiten Aktionstages „Für die soziale Erneuerung! Für eine Zukunft mit Perspektiven!“ mit dezentralen Veranstaltungen in fünf deutschen Städten (Berlin, Dortmund, München, Stuttgart, Frankfurt am Main) demonstrierten in Frankfurt am Main insgesamt 18.000 Personen unter dem Motto: „Das geht besser. Aber nicht von allein!“

Bundesweiter
Aktionstag

Für den Aktionstag riefen auch Organisationen und Gruppierungen des gesamten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Spektrums massiv zur Teilnahme auf.

Die **autonome antifa [f]** rief unter dem Motto „alles für alle - gegen elitenbildung und standortlogik - kapitalismus abschaffen“ zu einem separaten „Antifa & Studi-Block“ innerhalb des ursprünglich Studierenden und Schülern vorbehaltenen Demonstrationzugs auf. Aus diesem etwa 1.000 Personen umfassenden Demonstrationzug kam es zu Blockadeversuchen im Bereich des Hauptbahnhofs und einer Autobahn. Etwa 300 Demonstranten gelang für kurze Zeit die Blockade einer Straße im Innenstadtbereich. Mehrere Personen wurden wegen Landfriedensbruchs und Verstößen gegen das Vermummungsverbot festgenommen.

Antifa &
Studi-Block

Vom 2. bis 3. Dezember führte das linksextremistisch beeinflusste **Bündnis 3. Juni** unter dem Motto „Börsenlahmlegung als Strategie gegen Sozialabbau“ in Frankfurt



am Main eine „bundesweite Aktions- und Strategiekonferenz gegen Sozial- und Lohnabbau“ durch. Über die Fragen „Wie weiter mit den sozialen Bewegun-

gen?“ – „Orientierung und Schwerpunktsetzung für neue Aktionen in 2007“ diskutierten etwa 130 Vertreter verschiedener Gruppierungen und Bündnisse gegen „Sozialabbau“, in denen Linksextremisten über maßgeblichen Einfluss verfügen.

In der allgemeinen Diskussion wurde u.a. geäußert, dass die Notwendigkeit offensiverer Aktionen anstatt „leicht politisierter Volksfeste“, etwa durch eine Blockade der

„Notwendigkeit
offensiver Aktionen“

Frankfurter Börse, bestünde. Klare „Tagesforderungen“ müssten Erwerbslose und Beschäftigte zusammenbringen und könnten nur gegen das Kapital erkämpft werden. Bei Studierenden sei die Bereitschaft gewachsen, gemeinsam mit Erwerbslosen und Beschäftigten gegen den „Sozial- und Bildungsabbau“ auf die Straße zu gehen. Die nächsten bundesweiten Plena des **Bündnisses 3. Juni** wurden beauftragt, die geplanten Aktionen weiter zu besprechen und umzusetzen.

Linksextremistische Einflussnahme auf Demonstrationen im Zusammenhang mit der Einführung von Studienbeiträgen in Hessen

Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Hessischen Landesregierung, ab dem Semester 2007/2008 in Hessen Studienbeiträge einzuführen, kam es in den Universitätsstädten Frankfurt am Main, Marburg, Gießen, Fulda, Kassel und Darmstadt seit Mai mehrfach zu Demonstrationen mit Teilnehmerzahlen bis zu 3.000 Personen. Begleitet wurden diese Veranstaltungen vereinzelt durch strafbare Handlungen wie Störungen, Blockaden von Verkehrsverbindungen, Sachbeschädigungen, aber auch durch einzelne gewalttätige Angriffe auf eingesetzte Polizeibeamte.



Straftaten im
Zusammenhang mit
Veranstaltungen

Zu einer Großdemonstration am 28. Juni in Frankfurt am Main mit etwa 8.000 Teilnehmern wurde bereits im Vorfeld auch im linksextremistischen Spektrum durch das **BASH** und die **autonome antifa [f]** aufgerufen.

Obwohl eine weitere Großdemonstration in Frankfurt am Main am 6. Juli mit 3.100 Teilnehmern im Wesentlichen friedlich verlief, kam es nach der Schlusskundgebung zu gewalttätigen Ausschreitungen. Etwa 1.800 Personen, darunter vereinzelt **Autonome**, blockierten zentrale Fahrbahnkreuzungen und Autobahnzubringer. Im weiteren Verlauf wurden Polizeifahrzeuge mit Steinen beworfen, Mülltonnen angezündet und als Sperren auf die Straße gebracht. Dieses führte letztendlich zu einer Vielzahl von Festnahmen wegen Nötigung (Fahrbahnblockade), gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch.



Im Rahmen von so genannten „ProtestKulturTagen“ vom 11. bis 14. September in Wiesbaden bildete eine Großdemonstration am 12. September, zu der im Vorfeld durch das **BASH** und der **autonome antifa [f]** aufgerufen wurde, einen Höhepunkt der studentischen Proteste.

Nach Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung von Studienbeiträgen in Hessen durch den Hessischen Landtag am 5. Oktober kam es zu weiteren Demonstrationen und Veranstaltungen.

Anlässlich eines bundesweiten „Aktionstages gegen Sozialabbau“ am 21. Oktober in Frankfurt am Main beteiligten sich Studenten mit einem eigenen Demonstrationzug. Unter dem Motto „Alles für Alle – Kapitalismus abschaffen“ riefen **Antifa-Gruppen** zu einer zusätzlichen Demonstration am Südbahnhof auf, in deren Verlauf es zu mehreren Festnahmen kam.



Am 27. Oktober wurde in Frankfurt am Main die alljährliche „Nachtanzdemo“ veranstaltet, welche auf Grund der Aktualität das Thema „Bildungs- und Sozialabbau“ aufgriff. Zu dieser Veranstaltung wurde im Vorfeld auch durch die **autonome antifa [f]** und die **Jugendantifa Frankfurt am Main** aufgerufen. Wie bei früheren Demonstrationen

nen wurde versucht, auf die Autobahn vorzudringen und eine Blockadeaktion durchzuführen. Letztendlich konnte dies durch eingesetzte Polizeikräfte verhindert werden.



wurde. Bei weiteren Vorführungen des Films, z.B. in Wiesbaden und Marburg, gab es demgegenüber keine nennenswerten Störungen.

Am 15. November kam es in Frankfurt am Main zur Aufführung des Dokumentarfilms „Kick it like Frankreich – Der Aufstand der Studenten“, die von etwa 700 Personen besucht wurde. Im Anschluss an die Aufführung gelang es etwa 15 schwarz gekleideten Personen, mit Parolen wie „auf die Straße“, spontan 150 Personen zu mobilisieren, um in unmittelbarer Nähe des Kinos Kreuzungen zu blockieren. Im späteren Verlauf des Spontanaufzuges wurde versucht, Müllcontainer auf die Straße zu ziehen, was jedoch durch Einsatzkräfte der Polizei verhindert

*Aufstand
„auf der Straße“*

Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Der bundesweit aktive, linksextremistisch beeinflusste **Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa)**, mit Sitz in Kassel, veranstaltete am 5. Februar in Kassel eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Die Teilnehmer aus verschiedenen Friedensinitiativen und -organisationen Deutschlands berieten über Möglichkeiten, den angeblich drohenden Krieg gegen den Iran zu verhindern. Einigkeit herrschte hinsichtlich der Kernaussagen der Konferenz: Es gebe kein politisches Ziel, das einen Angriffskrieg gegen den Iran rechtfertigen könne. Eine Entschärfung des Konflikts zwischen dem Iran und anderen Regionalmächten solle durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten erreicht werden. Es könne keine deutsche Beteiligung an einer Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran geben.

*Aktionskonferenz
wegen möglichem
Krieg gegen den
Iran*

Im Rahmen des „Internationalen Aktionstages zum 3. Jahrestag des Irakkrieges“ veranstaltete das „Frankfurter Bündnis gegen den Krieg“, das u. a. von **DKP, Die Linke.PDS, MLPD** sowie der linksextremistisch beeinflussten **Friedens- und Zukunftswerkstatt** unterstützt wird, am 18. März eine Demonstration in Frankfurt am Main. Vor etwa 90 Teilnehmern wurde von den Rednern der sofortige Abzug aller Besatzungstruppen aus dem Irak, die Beendigung aller Bundeswehr-Auslandseinsätze sowie der Schluss von Kriegsvorbereitungen gegen den Iran gefordert.

*„Internationaler
Aktionstag“ zum
Irakkrieg*

Unter maßgeblicher Anleitung des **BuFriRa**, in dem auch Personen aus linksextremistischen Gruppierungen wie **Die Linke.PDS, DKP** und **Autonome** aktiv sind, beteiligten sich wie in den Vorjahren erneut Angehörige verschiedener linksextremistischer

Organisationen an den vom Ostermarschbüro in Frankfurt am Main (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) organisierten und koordinierten Ostermärschen. Bundesweit fanden in über 80 Städten Veranstaltungen statt, der Demonstrationsschwerpunkt in Hessen lag in Frankfurt am Main. Vor etwa 1.500 Teilnehmern fand die Abschlusskundgebung auf dem Römerberg unter dem Motto „Wir wollen keine neuen Kriege – Spart endlich an der Rüstung“ statt.

Ostermärsche

Vor dem Hintergrund des „Israel-Libanonkonflikts“ wurden von der Friedensbewegung unter Beteiligung und Unterstützung von linksextremistischen Parteien, wie z. B. der **Die Linke.PDS** und der **DKP**, im Zeitraum vom 24. Juli bis 10. August zahlreiche

Stopp den Krieg Israels gegen den Libanon !

Am 12. Juli 2006 begann die israelische Aggression mit US-Unterstützung auf das Territorium Libanons und kein nahes Ende ist in Sicht.

- Mehr als 900 000 Menschen sind auf der Flucht !
- Mehr als 3000 sind z.T. schwer verletzt !
- Mehr als 900 Tote !

Diese Praxis wird seit viel längerer Zeit in Palästina verübt !

Die größte Zahl dieser Menschen sind Kinder, Frauen und alte Menschen.

Große Städte wie Beirut, Tyrus und viele Dörfer im Süden Libanons sind stark zerstört worden.

Über 200 000 Wohnseinheiten wurden schwer getroffen.

Es herrscht eine See- und Luftblockade, Brücken und Autobahnen wurden weitgehend zerstört, Humanitäre Hilfe wird verhindert.

Dazu geht die israelische Aggression gegen die Libanesen und Palastineser unvermindert weiter

**DIE USA UNTERSTÜTZT DAS ALLES !!!
UND DIE WELT SCHAUT UNBEKÜMMERT ZU !!!!**

**Kundgebung in Kassel: Königsplatz
Samstag, 05.08.2006 ab 14 Uhr**

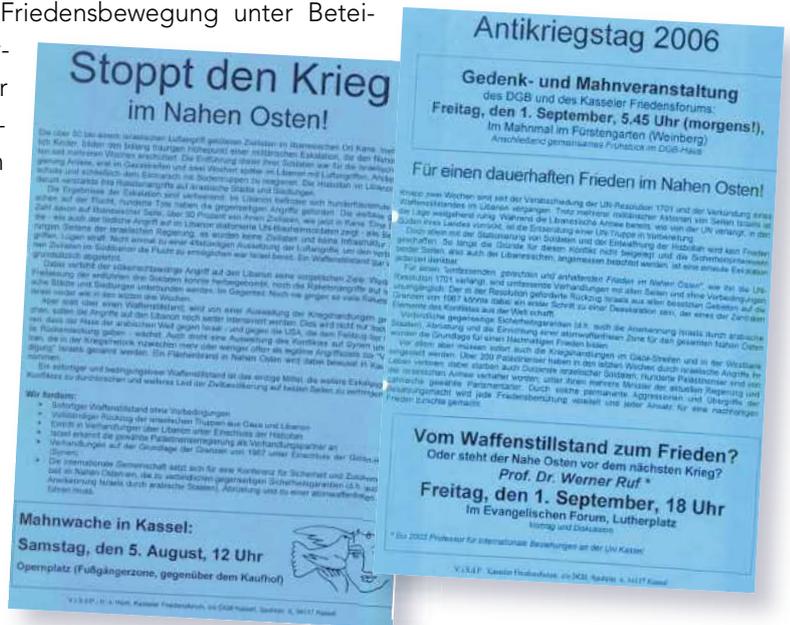
- Bitte zeigen Sie Solidarität mit den Opfern -

Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen in Hessen durchgeführt. Ein Großteil dieser Veranstaltungen erzielte in der Öffentlichkeit mit einer Teilnehmerzahl von zehn bis 20 Personen nur geringe Resonanz.

Von Bedeutung war eine Kundgebung am 5. August in Frankfurt am Main anlässlich des 61. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima mit etwa 400 Teilnehmern. Die von dem „Frankfurter Bündnis gegen den Krieg“, das der **Friedens- und Zukunftswerkstatt** zuzuordnen ist, angemeldete Veranstaltung stand unter dem Motto „Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima – drohende Ausweitung des Krieges (auch mit Massenvernichtungswaffen) – für eine sofortige Waffenruhe im Nahen Osten“.

„Antikriegstag“

In Gedenken an den 1. September 1939, dem Beginn des 2. Weltkrieges, fanden anlässlich des jährlich stattfindenden „Antikriegstages“ am 1. September bundesweit rund 180 Veranstaltungen der Friedensbewegung unter Beteiligung und Unterstützung verschiedener linksextremistischer Organisationen statt. Ein Themenschwerpunkt der Veranstaltungen war der „Israel-Libanonkonflikt“. Im Gegensatz zu einer geringen Resonanz in der Öffentlichkeit wurden die Aktionen in einschlägigen linksextremistischen Veröffentlichungen umfangreich thematisiert.



Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung

Anlässlich des 20. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (26. April 1986) protestierten rund 700 Demonstranten am 29. April in Biblis (Kreis Bergstraße) friedlich gegen den Weiterbetrieb des dortigen Atomkraftwerkes. Nach einer Kundgebung im Ortszentrum zogen die Demonstranten zum nahe gelegenen Atomkraftwerk (AKW). Die Kundgebungsteilnehmer wiesen auf die von Atomwaffen und von Castor-Transporten ausgehenden Gefahren hin. Zu der Veranstaltung hatte ein Aktionsbündnis aus überwiegend nichtextremistischen sowie linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen, wie der **Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU)** aufgerufen.

20 Jahre Tschernobyl

Neben der Demonstration in Biblis kam es im Zusammenhang mit dem Tschernobyl-Jahrestag in der 16. und 17. Kalenderwoche in Bundesgebiet zu zahlreichen regionalen Gedenk-, Informations- und Protestveranstaltungen, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten.

Castor-Transport

Gegen den vom 10. bis 13. November durchgeführten Castor-Transport von der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague (Frankreich) zum niedersächsischen Transportbehälter-Zwischenlager Gorleben haben insgesamt rund 3.500 Atomkraftgegner, darunter etwa 150 Linksextremisten, überwiegend friedlich demonstriert.

Der Atommülltransport aus Frankreich hatte auf seinem Weg ins Zwischenlager Gorleben in der Nacht zum 12. November Hessen durchquert. Zwischen Messel (Landkreis Darmstadt-Dieburg) und Kranichstein (Darmstadt) wurde der Transport auf Grund von Kabeltrommeln im Gleisbett und drei in der Nähe gesichteter Personen zu



einem außerplanmäßigen Halt gezwungen. Ferner wurde im Vorfeld des Transports ein Hakenkrallenanschlag auf die Oberleitungen der Deutschen Bahn AG an der Transportstrecke Warburg - Kassel bei Liebenau (Kassel) verübt.

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) kam es wiederholt durch ortsansässige, nicht linksextremistische Atomkraftgegner zu teilweise gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Polizei. An der „Bundesweiten Auftakt- und X-Minus-Demo“ am 11. November, zogen rund 3.000 Demonstranten - darunter ein „starker Autonomer Block“ - von Gorleben zum Zwischenlager. Am 12. November nahmen rund 800 Personen an einer Sitzblockade auf der Straße vor der Castor-Verladestation in Dannenberg teil.

Bereits am 4. November führte das südwestdeutsche Anti-AKW-Spektrum eine Auftaktveranstaltung mit rund 440 Teilnehmern am AKW Biblis (Kreis Bergstraße) durch.

Die Protestaktionen gegen den 10. Castor-Transport bewegten sich, sowohl hinsichtlich der Teilnehmerzahlen als auch in Bezug auf strafbare Aktionen in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten Anti-Atom-Bewegung ist insgesamt weiterhin stark rückläufig.

Die von Linksextremisten erwartete Unterstützung der Anti-Atom-Bewegung aus der Kampagne gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) blieb weitgehend aus.

Lediglich im Wendland, dem betroffenen Gebiet um das Zwischenlager Gorleben, erreichten die Protestaktionen etwa das Niveau des Vorjahres. Auch die erwartete geringe Beteiligung von Linksextremisten hat sich bestätigt.

Atomausstieg
selber machen



11.-15. Nov. '06
Wendland etc.



Anarchismus

Anarchistische Konzepte werden in Deutschland vorwiegend von Gruppierungen der **Graswurzelbewegung** und den Anhängern der anarcho-syndikalistischen Freien **ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)**, der deutschen Sektion der **Internationalen ArbeiterInnen Assoziation (IAA)**, vertreten. Beide lehnen jegliche Staatsform ab und verfolgen das Ziel, eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu etablieren. Dem anarchistischen Bereich werden bundesweit etwa 500, in Hessen rund 40 Anhänger, mit Schwerpunkten im Rhein-Main-Gebiet und der Region Marburg-Gießen-Wetzlar, zugerechnet.

Ziel:
Herrschaftsfreie
Gesellschaft ohne
Staat

Für eine Welt ohne Bosse und Staat!

www.fau.org



Die **Graswurzelbewegung** besteht aus Aktionsgruppen, die durch den Aufbau einer „Gegenmacht von unten“, die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zerstören wollen. In ihrem Konzept des „zivilen Ungehorsams“ wird zwar Gewalt gegen Personen abgelehnt, Gewalt gegen Sachen als Aktionsform allerdings akzeptiert. Das regelmäßig erscheinende Zentralorgan heißt **Graswurzelrevolution**. Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft (GWR).

„Gegenmacht
von unten“ mit
Gewaltbereitschaft

„Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen [...]. Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden [...]. Unsere Ziele sollen [...] in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein.“ (GWR 312, Oktober)

Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen

Ein Hauptaugenmerk der dieser Bewegung zuzurechnenden **Anarchisten** der **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** (Landkreis Gießen) richtete sich gegen die Anwendung der Gentechnologie. So wurden am 10. Mai anlässlich einer Demonstration von Studenten der Universität Gießen Flugblätter verteilt, in denen für Pfingsten Aktionstage rund um ein Genversuchsfeld und eine „Feldbefreiung“ in Gießen angekündigt wurden. Als Kontakt für Rückfragen wurde u.a. die **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** aufgeführt. Der Genversuch wurde insbesondere im Internet durch Gegner der Gentechnologie, unter ihnen auch der Anarchist und Leiter der **Projektwerkstatt**, thematisiert. Durch die **Projektwerkstatt** wurde zu unterschiedlichen Aktionsformen, insbesondere den so genannten „Feldbefreiungen“, die eindeutig auf eine Zerstörung des Versuchsfeldes abzielen, aufgerufen. Als weitere Aktionsform wurden Dauer-Mahnwachen angekündigt. Am 22. Mai wurde dann von einer Aktivistin der **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** für die Zeit vom 2. bis 5. Juni eine Mahnwache gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel in unmittelbarer Nähe des Versuchsfeldes angezeigt. Am 2. Juni kam es zu der zu diesem Zeitpunkt überraschenden „Feldbefreiung“ indem Personen die Absperrungen überwandern und einen Teil der Pflanzen herausrissen. Die Polizei nahm insgesamt sechs Personen fest.

Gentechnologie



„Aktionskarte zum G8-Gipfel“

Ferner beteiligt sich die **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** an der Mobilisierung zu Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007. In diesem Zusammenhang ist erneut auf die „Aktionskarte zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm“ zu verweisen, welche im Internet von Globalisierungsgegnern veröffentlicht wurde. Der Leiter der **Projektwerkstatt**, ein Anarchist, ist im Impressum der „Aktionskarte – G8-Gipfel Heiligendamm 2007“ aufgeführt. Entstanden ist dieses Informationsplakat in der **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen** und kann auch über diese bezogen werden.

„Direkte Aktionen“

Die anarcho-syndikalistische **FAU-IAA**, die mit etwa 300 Anhängern, 25 in Hessen, in fast allen Bundesländern mit Gruppen und Kontaktadressen vertreten ist, versteht sich als anarchistische Organisation mit gewerkschaftlichem Anspruch. Der „Widerstand“ soll von den Beschäftigten ausgehen. Als sozialrevolutionäre Bewegung will sie mit Mitteln der „direkten Aktion“ wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks und Sabotage, eine „herrschaftsfreie und auf Selbstverwaltung“ begründete Gesellschaft erreichen. Die zweimonatlich erscheinende **Direkte Aktion** ist die wichtigste Publikation dieser anarchistischen Strömung. Die **Ortsgruppe Frankfurt** kündigte im **FAU-Ticker** eine Anfang 2007 geplante 25jährige Jubiläumsfeier an.



Aktivisten beider Strömungen engagierten sich zusammen mit anderen Linksextremisten auch bei Protesten und Demonstrationen im Zusammenhang mit der „Agenda 2010“ und gegen die Umsetzung der Hartz IV-Gesetze

„Wenn der Hartz-Mann zehn mal klingelt!“ gegen „Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg!“

Nutzung von Kommunikationsmedien

Das Internet wird von Linksextremisten zur Kommunikation, Mobilisierung und Agitation genutzt. Annähernd 1.000 Seiten mit linksextremistischen Inhalten wurden festgestellt, davon etwa 100 aus Hessen.

So stellt u.a. das antifaschistische Spektrum in Frankfurt am Main auf seinen Internetseiten Veranstaltungshinweise und Aufrufe zu Aktionen im gesamten Rhein-Main-Gebiet ein.



Linksextremistische Parteien sind mit ihren Domains auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene ebenfalls im Internet vertreten.

Die **Linke.Hessen** stellt über ihren Pressedienst aktuelle parteipolitische Nachrichten auf ihrer Homepage ein. Alle Informationen zum Parteineubildungsprozess sind über den eingebauten Tab auf der Startseite zu erreichen. Die Jugendverbände **PDS-Jugend** und **[solid]** verfügen über eigene Internetseiten.

Die **DKP** Hessen hat im April ihr Parteiprogramm verabschiedet und zum Herunterladen auf ihrer Homepage bereitgestellt. Am 7. Oktober gedachte man dem 50. Jahrestag des **KPD**-Verbots und stellte einen Diskussionsbeitrag über Webradio auf der Startseite ein. Anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Hessischen Verfassung hat die **DKP** Hessen eine Broschüre herausgegeben, die auf ihrer Internetseite beworben und zum Kauf angeboten wird.

Die **MLPD** präsentiert sich auf ihren Internetseiten in sieben Fremdsprachen. Die Mitglieder des Zentralkomitees sind mit Foto, Selbstdarstellung und gegebenenfalls einem Verweis auf ihre Homepages vorgestellt. Eine direkte Weiterleitung zum Jugendverband **Rebell** sowie auf die aktuellen Themen der Publikation **Rote Fahne** sind über Tabs zu erreichen. Die regionalen Gruppen erreicht man über eine Navigationsleiste in der Rubrik „MLPD vor Ort“.

Besonders zu erwähnen ist, dass Linksextremisten und hier vor allem **Autonome** das Internet auch dazu nutzen, um Daten tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner zu erheben oder entsprechende Homepages zu blockieren, in ihrem Sinne zu verfälschen oder zu zerstören. Durch entsprechende strafbare Hacker-Angriffe (unerlaubtes technisches Eindringen und Manipulieren von Internetseiten und Netzwerken Dritter) drängen Linksextremisten zunehmend in fremde Rechner und Netzwerke ein, um dort Schaden anzurichten. Betroffen waren häufig Internetseiten rechtsextremistischer Gruppen, Foren und Vertriebe. Im Zusammenhang mit der Kampagne „NS Verherrlichung stoppen“ wurde von der „Datenantifa“ der Hoster netzspeicher24.de vom Netz genommen.

Straf- und Gewalttaten

Die Steigerung bei Straf- und Gewalttaten im Bereich Politisch motivierte Kriminalität Links (2006: 218; 2005: 54) ist insbesondere durch die im Vergleich zum Vorjahr höhere Anzahl von Straftaten im Zusammenhang mit Studentenprotesten gegen die Einführung von Studienbeiträgen in Hessen zu erklären. Diese sind gemäß der bundesweiten Definition der Politisch motivierten Kriminalität Links mitzuzählen.

Linksextremistische Internetauftritte

Virtuelle Aktionen gegen Rechtsextremisten

Gesamtzahlen

Straf- und Gewalttaten *

	2006**	2005	2004
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	1	1	0
Körperverletzungen			
Hessen	33	8	5
Bund	444	391	226
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	4	1	0
Bund	43	29	31
Landfriedensbruch			
Hessen	37	7	3
Bund	195	298	144
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr			
Hessen	15	1	1
Bund	41	53	19
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte			
Hessen	21	4	9
Bund	138	124	101
Sonstige Straftaten			
Andere Straftaten (insbesondere Sachbeschädigungen und Nötigung/Bedrohung)			
Hessen	108	33	31
Bund	1.507	1.409	919
Gesamt			
Hessen	218	54	49
Bund	2.369	2.305	1.440

* Die Zahlen entstammen der Statistik Politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

** Die Angaben für 2006 sind nur vorläufig.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Der hessische Gesetzgeber hat mit Wirkung vom 30. April 2002 durch eine Gesetzesänderung das LfV damit beauftragt, zusätzlich zu den bestehenden Beobachtungsfeldern der Bereiche des politischen Extremismus, Terrorismus sowie der Spionageabwehr und des Geheim- und Wirtschaftsschutzes auch die **Organisierte Kriminalität (OK)** als eigenes Aufgabengebiet zu beobachten.

Nach der in § 2 Absatz 3 Buchstabe d des Gesetzes über das LfV aufgeführten Definition handelt es sich bei der **OK** um die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- ▶ unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- ▶ unter Verwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- ▶ unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Die langfristige Beobachtung der **OK** durch das LfV ist auch als sinnvolle Ergänzung zur Arbeit der Strafverfolgungsbehörden zu sehen. Ziel ist das Erreichen eines Mehrwertes an Erkenntnissen: Einerseits sollen kriminelle Strukturen und Netzwerke bereits im Vorfeld konkreter Straftaten erkennbar werden. Andererseits sollen die Strafverfolgungsbehörden, die bei ihrer Ermittlungstätigkeit grundsätzlich verfahrensorientiert arbeiten, durch tiefergehende Strukturkenntnisse hinsichtlich personeller Zusammensetzung, zu Deliktsfeldern, zu Finanzgebaren, zu Logistik und zu wirtschaftlichen Verflechtungen der erkannten **OK**-Gruppierungen unterstützt werden. Ein Vorteil des Verfassungsschutzes ist, dass er seine Beobachtung gerade im Vorfeld einer konkreten Gefahren- oder Straftatenverdachtslage auf langfristig angelegte Strukturermittlungen ausrichten kann.

Mit seinen entsprechenden Arbeitsergebnissen wird der Verfassungsschutz auch in diesem Aufgabenbereich seiner Rolle als „Frühwarnsystem“ in der Politikberatung gerecht. Staatliche Einrichtungen und andere öffentliche Stellen müssen über Gefahren informiert und in ihrem Handeln gegen kriminelle Geschäfte oder Einflussnahmen in diesen Bereichen unterstützt werden.

Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung arbeitet das LfV nicht nur mit den Verfassungsschutzbehörden der Länder zusammen, die ebenfalls mit der Bearbeitung der **OK** gesetzlich beauftragt wurden (Bayern, Saarland, Thüringen), sondern auch mit in- und ausländischen Nachrichtendiensten, und hat sich dabei als anerkannter Ansprech- und Kooperationspartner etabliert.

Eine Ausweitung dieser Zuständigkeit auf alle Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland wäre im Sinne einer einheitlichen Verfassungsschutzstruktur und Zusammenarbeit wünschenswert.

Auch wenn **OK** in der Regel ideologiefrei ist und überwiegend wirtschaftliche Ziele verfolgt, so sind die Sicherheitsbehörden weltweit zu der Erkenntnis gelangt, dass es im gegenseitigen Interesse auch Zusammenarbeitsformen mit dem internationalen Terrorismus, derzeit überwiegend islamistischer Prägung, gibt. Professionelles Know-how, Personen- und Logistikstrukturen werden zur Schleusung von Menschen, Ausstattung mit falschen Papieren, Beschaffung und Transport von Waffen, sonstigen Gütern oder zum Geldtransfer genutzt. Sowohl **OK**-Gruppierungen als auch Terror-

Definitionen

Ziel und Zweck der Beobachtung

Länderübergreifende Zusammenarbeit

Nahtstelle OK und
Terrorismus

gruppen profitieren zur Erreichung ihrer – wenn auch unterschiedlichen – Ziele von solchen Kooperationen gleichermaßen.

So wurde Anfang des Jahres dem LfV bekannt, dass einige Personen mit Migrationshintergrund in kriminelle Aktivitäten eines international agierenden Geflechts eingebunden sein sollen. Als Motiv für die kriminellen Aktivitäten stand zunächst die finanzielle Unterstützung des Jihad im Raum. Trotz zunächst nur rudimentärer Erkenntnisse war es möglich, einzelne Personen zu identifizieren. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft wurde dann bekannt, dass weitere, bislang nicht identifizierte Personengruppen mit mutmaßlichem islamistischen Hintergrund sich um die Beschaffung von Waffen und Sprengstoff bemühten und Kontakte zu mutmaßlichen Waffenhändlern des o. a. Personengeflechts knüpften. Zur Verwendungsabsicht lagen keine konkreten Erkenntnisse vor, es konnte jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass der Sprengstoff und die Waffen zur Durchführung eines Anschlages beschafft werden sollten. Im Hinblick auf die zeitliche Nähe zur Fußballweltmeisterschaft und die damit verbundene sensible Sicherheitslage wurden die Strafverfolgungsbehörden frühzeitig über diese Bestrebungen informiert.

Fallbeispiel

Durch eigene taktische operative Maßnahmen hat das LfV die weiteren Aktivitäten zur Waffen- und Sprengstoffbeschaffung unterbinden können.

Dass nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion weiterhin Verflechtungen zwischen der dortigen Politik, Wirtschaft und russischen OK-Gruppen bestehen, muss nach Erkenntnissen in- und ausländischer Sicherheitsbehörden angenommen werden. Ebenso muss davon ausgegangen werden, dass insbesondere die Nutznießer der Privatisierungsprozesse großer russischer Konzerne bei ihren Expansionsbemühungen und Finanzgeschäften im westlichen Ausland sich solcher Kontakte zur Mehrung ihres Reichtums bedienen.

Verflechtungen
russischer OK-
Gruppen mit Politik
und Wirtschaft

So beobachtet das LfV seit etwa einem Jahr die Aktivitäten einer Personengruppe um einen russischen Staatsangehörigen, der sich häufig im Rhein-Main-Gebiet aufhält und Kontakte zu hiesigen Geschäftspartnern unterhält bzw. sucht. Mit deren Hilfe sollen Geldanlagegeschäfte bzw. Finanztransaktionen bei in- und ausländischen Geldinstituten getätigt werden. Die Herkunft und weitere Verwendung dieser Gelder ist bisher unklar. Der russische Staatsangehörige kann einer OK-Gruppierung aus Moskau zugerechnet werden. Deren Führer unterhält enge Kontakte zu einem bekannten russischen Oligarchen, der u. a. ein Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet führt. Beide unterhalten wiederum persönliche Kontakte zur russischen Präsidialadministration. Die Bearbeitung des Sachverhaltes soll zur weiteren Aufhellung der Strukturen, der Geschäftstätigkeiten und Bewertung der Geldflüsse dienen.

Neben der Verstrickung in Gewalt- und Milieustrafaten sind die inneren Strukturen, die wirtschaftlichen Betätigungen sowie Markt- und Handelsstrategien von Rockerclubs (kriminelle Gruppen unter den Motorradclubs) bis hin zu extremistischen Bezügen für die Sicherheitsbehörden von Bedeutung.

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung konnten zu bestehenden Personenstrukturen einzelner Rockerclubs und deren Logistik Informationen gesammelt und polizeiliche Erkenntnisse damit bestätigt oder in Einzelfällen ergänzt werden.

Auch für die OK-Bearbeitung des LfV gilt, dass durch Globalisierung, den erleichterten Personen-, Güter- und Finanzverkehr, die Öffnung von Märkten und Grenzen auch Gefahren für Sicherheit und Stabilität unseres gesellschaftlichen Wertesystems entstehen können, gegen die rechtzeitig geeignete Abwehrmaßnahmen eingeleitet werden müssen.

Hier kann das LfV wertvolle Hilfe im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung leisten.

SPIONAGEABWEHR

Das Bedrohungsszenario im Aufgabenbereich der Spionageabwehr hat sich im Berichtszeitraum nicht verändert. Deutschland ist weiterhin wichtiges Aufklärungsziel für die Nachrichtendienste einer Reihe fremder Staaten.

Diese Nachrichtendienste sind in unterschiedlicher Personalstärke zum Beispiel in den amtlichen bzw. halbamtlichen Vertretungen ihrer Länder in Deutschland präsent. Die dort als „Diplomaten“ oder „Journalisten“ eingesetzten Mitarbeiter betreiben offene und verdeckte Informationsbeschaffung.

Nachrichtendienstliches Handeln ist oft nicht zweifelsfrei erkennbar. Gesundes Misstrauen im privaten und geschäftlichen Bereich bildet den besten Schutz.

Aufklärungsziele und Methoden der Nachrichtendienste

Die Aufklärungsziele ausländischer Nachrichtendienste reichen von „klassischer Spionage“ in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär bis zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Personen und Organisationen, die in Opposition zu ihren Regierungen im Heimatland stehen.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas sind mit unterschiedlicher Intensität in Deutschland tätig. Insbesondere autoritär regierte Staaten mit einer größeren Exilgemeinde bemühen sich um Informationen über regimekritische oder missliebige Personen, Organisationen oder Vereine mit Blick auf deren Aktivitäten zur Einflussnahme im Heimatland. Ziel ist die Verhinderung einer im Ausland entstehenden oder erstarkenden Opposition sowie die Disziplinierung von Regimegegnern.

*Nachrichtendienste
des Nahen und
Mittleren Ostens*

Das primäre Interesse der **Nachrichtendienste des Iran** gilt der aktivsten Oppositionsgruppe, der **Volksmodjahedin-Iran-Organisation (MEK)** und deren politischem Arm, dem **Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI)**.

Im Fokus **syrischer Nachrichtendienste** stehen hier lebende Angehörige der **Muslimbruderschaft (MB)** und syrische Kurden.

Die Methoden der Anwerbung sind unverändert. Die Ansprache der Zielperson bei einer Besuchsreise im Heimatland, die Kontaktaufnahme während bzw. nach einem Aufenthalt in den hiesigen diplomatischen Vertretungen und der Telefonanruf aus dem Ausland sind sicherer und wirksamer Verbindungsanlass.

*Methoden der
Anwerbung*

In der Regel werden die Betroffenen unter Druck gesetzt. Es drohen Repressalien gegen ihre im Herkunftsland lebenden Angehörigen sowie die eigene Festnahme, Verhöre oder Misshandlungen bei einem Besuch des entsprechenden Landes.

Die bereits im vorherigen Berichtszeitraum erkannte Praxis eines arabischen Landes, eine größere Zahl von Landsleuten mit Falschidentitäten für die Einreise und den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland auszustatten, hat mittlerweile sowohl zu ausländerrechtlichen Maßnahmen gegen die Betroffenen als auch zum Abzug von zwei Konsularbeamten aus dem in Frankfurt am Main ansässigen Generalkonsulat geführt.

Die **Nachrichtendienste der Russischen Föderation** sind weiterhin mit einem hohen Anteil am Gesamtpersonal der russischen Auslandsvertretungen präsent. Ihre Aufklärungsziele liegen überwiegend in den „klassischen Spionagebereichen“.

*Russische
Nachrichtendienste*

Die deutsche Politik, die Europäische Union, die NATO, sicherheitspolitische und militärstrategische Fragen sowie die Bundeswehr sind von besonderem Interesse. Im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Technik stehen die Informations-, Mikro- und Kom-

munikationstechnik sowie technische Neuentwicklungen aller Art im Mittelpunkt nachrichtendienstlicher Bemühungen.

Bevorzugte Methoden der Informationsgewinnung sind die offene Beschaffung und das Abschöpfen von Informationen durch eine konspirative Verbindung.

Methoden der Informationsgewinnung

Ein Netz von Kontakten zu Gesprächspartnern aus allen Aufklärungsbereichen ermöglicht die offene Informationsbeschaffung. Unter diplomatischer oder journalistischer Tarnung besuchen Nachrichtendienstangehörige Messen, Symposien, Vorträge und Firmen. Der Kontakt zu Zielpersonen, die für eine mittel- oder langfristige Nutzung als Informationsquelle geeignet erscheinen, wird schrittweise in eine konspirative Verbindung geführt.



Durch die Einführung konspirativer Regeln, z.B. bei der Treffabsprache, die Ausdehnung von Beschaffungsaufträgen auf sensibles Material und finanzielle Zuwendungen für erledigte Aufträge wird für die Zielperson der nachrichtendienstliche Charakter der Verbindung deutlich.

Zur Vermeidung strafrechtlicher Konsequenzen ist der Kontakt Betroffener zu Sicherheitsbehörden angeraten.

Die Eröffnung des Generalkonsulates der Russischen Föderation in Frankfurt am Main lässt steigende Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste auch in Hessen erwarten.



Chinesische Nachrichtendienste

Die **chinesischen Nachrichtendienste** spielen im Bestreben der Volksrepublik China nach wachsender geostrategischer Bedeutung und ihrer Entwicklung zum „Global Player“ eine bedeutende Rolle. Der zivile Nachrichtendienst MSS überwacht im In- und Ausland gesellschaftliche Organisationen und Regimekritiker. Im Rahmen der Auslandsaufklärung beschafft er Informationen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Seine besondere Aufmerksamkeit gilt westlichem Know-how, industriellen Entwicklungsprojekten und Produktionen sowie Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Hochtechnologie.

Einsatz von „Spionen“

Die diplomatischen Vertretungen Chinas und die Agenturen chinesischer Medien in Deutschland bieten gute Möglichkeiten für den verdeckten Einsatz nachrichtendienstlichen Personals. Es werden gezielt Kontakte zu relevanten Personen in Verbänden, wissenschaftlichen Instituten, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen hergestellt. Diese werden durch wiederholte Einladungen und Gefälligkeiten gefestigt. Häufig über Jahre hinweg gepflegt, entsteht so ein auf freundschaftlich verpflichtenden Beziehungen basierendes Netzwerk zur Informationsgewinnung.

Eine weitere Zielgruppe bilden in Deutschland arbeitende oder zeitweilig aufhältliche chinesische Wissenschaftler, postgraduierte Studenten und sonstige Wissensträger. Sie werden aufgefordert, ihr Wissen zum Nutzen der Heimat, auch illegal, weiterzugeben.

In Hessen ist das Rhein-Main-Gebiet mit dem Wirtschafts- und Finanzzentrum Frankfurt am Main für die deutsch-chinesischen Beziehungen von besonderer Bedeutung. Das im Juni 2005 eröffnete Generalkonsulat der Volksrepublik China steht vor einem Umzug in eine deutlich größere Repräsentanz.

Proliferation

Die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft gilt weiterhin dem Problem der Weiterverbreitung (Proliferation) von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen sowie den Raketensystemen zu deren Ausbringung.

Proliferationsrelevante Länder, z. B. Nordkorea, Pakistan und Iran, sind entweder im Besitz von Atomwaffen, führen bestehende Atomwaffenprogramme fort oder stehen im Verdacht, zivile Atomprogramme für militärische Zwecke nutzen zu wollen.

Die Entwicklung, Herstellung und Weiterentwicklung entsprechender Produkte setzt umfangreiche Ausrüstung (z.B. Maschinen, Vorprodukte, Ersatzteile) sowie technisches Know-how voraus. Häufig handelt es sich um Güter, die sowohl zivil als auch militärisch (dual-use) einsetzbar sind.

Bis heute sind die meisten proliferationsrelevanten Länder darauf angewiesen, bestimmte Produkte auf dem Weltmarkt einzukaufen. Um bestehende Exportrestriktionen zu unterlaufen, bedienen sie sich u. a. konspirativer Methoden (Tarnfirmen, Lieferung über Drittländer, Verschleierung des Endabnehmers) und ihrer Nachrichtendienste.

Ein Hinweis des LfV an die zuständigen Exekutivbehörden führte im Februar zur Durchsuchung von insgesamt zwölf Wohnungen und Geschäftsräumen in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In der Folge wurden ein iranischer und ein deutscher Staatsbürger in Frankfurt am Main festgenommen. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof erließ Haftbefehl wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit. Der iranische Beschuldigte blieb wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr in Untersuchungshaft, der Haftbefehl gegen den deutschen Staatsangehörigen wurden gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, für den Iran Rüstungsgüter für Raketenträger und für konventionelle Bewaffnung beschafft zu haben. Hierbei standen vor allem hochmoderne satellitengesteuerte Navigationsgeräte und Ersatzteile für militärische Luftfahrzeuge im Mittelpunkt des Interesses. Jedoch wurde auch versucht, Funk- und Nachtsichtgeräte sowie Waffenläufe einzukaufen und über ein Drittland in den Iran zu bringen. Als Auftraggeber trat eine vom iranischen Nachrichtendienst eingerichtete Tarnfirma auf.

Im März wurden bundesweit 41 Firmen wegen möglicher illegaler Zulieferungen zum Atomprogramm des Iran durchsucht. Mittels einer eigens in Berlin gegründeten Tarnfirma sollten entsprechende Produkte über Russland in den Iran gebracht werden. Betroffen war auch eine Firma aus dem Raum Frankfurt am Main, die offensichtlich über den tatsächlichen Empfänger Bescheid wusste. Es wurden Spezialkabel direkt vor dem Versand beschlagnahmt. In beiden Fällen sind die Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Zur wirkungsvollen Spionageabwehr ist die Aufmerksamkeit Betroffener und ihr vertrauensvoller Kontakt zu den Sicherheitsbehörden unumgänglich.

Besondere Sensibilität ist bei Geschäftskontakten in proliferationsrelevante Länder erforderlich. Sie verhindert strafrechtliche Konsequenzen, finanzielle Einbußen und Reputationsverluste.

Das LfV, das nicht der Strafverfolgungspflicht unterliegt, bietet auch bei bestehender nachrichtendienstlicher Verstrickung seine Hilfe an.

Illegale Rüstungsbeschaffung

Hinweise des LfV Hessen führen zu Festnahmen

Schutz durch Sensibilität und Wachsamkeit

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ

Wissenschutz

Die deutsche Wirtschaft muss sich im Zuge der Globalisierung der dynamischen Veränderung von Wettbewerbsverhältnissen und Standortfaktoren stellen. Dabei kommen dem Faktor Wissen und der Notwendigkeit, sich gegen den Verlust von Know-how zu schützen, besondere Bedeutung zu. Zu beachten sind hier insbesondere die Risiken, die durch aggressiven Wettbewerb entstehen. Dabei reicht das Spektrum bis hin zu Angriffen durch Wirtschafts- und Konkurrenzspionage, die die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens beeinträchtigen können.

Unter Wirtschaftsspionage wird im Gegensatz zur Konkurrenzspionage nur die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausspähung der Wirtschaft verstanden. Die Konkurrenzspionage umfasst dagegen das Bemühen einzelner Unternehmen, auf verdecktem Wege Informationen über Entwicklungen, Planungen und Produkte anderer Konkurrenten im In- und Ausland zu erlangen.

Hessische Wirtschaftsunternehmen stellen nach wie vor ein bevorzugtes Aufklärungsziel für zahlreiche fremde Nachrichtendienste dar. Das Rhein-Main-Gebiet hat dabei einen besonderen Stellenwert.

Geheimschutz

Staatlicher Geheimschutz

Im Bereich des staatlichen Geheimsschutzes wird zwischen dem personellen und dem materiellen Geheimsschutz unterschieden.

Der personelle Geheimsschutz soll gewährleisten, dass nur vertrauenswürdige Personen Kenntnis von geheimhaltungsbedürftigen Vorgängen (Verschlussachen) erhalten. Hierzu werden sie einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, an der das LfV gemäß § 2 Abs. 5 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz mitwirkt.

Aufgabe des materiellen Geheimsschutzes ist es, den Umgang mit Verschlussachen von ihrer Herstellung über ihre Aufbewahrung bis zu ihrer Vernichtung zu regeln. Grundlage ist die Verschlussachenanweisung für das Land Hessen und die hierzu ergangenen Vorschriften. Insbesondere der Schutz von Informations- und Kommunikationstechnologie erweist sich zunehmend als sicherheitsrelevantes Thema. Nur eine funktionierende Infrastruktur ist Garant für eine kontinuierliche Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Staat.

Unterstützung von Behörden und Unternehmen

Das LfV unterstützt die Behörden und Unternehmen, die mit staatlichen Verschlussachen umgehen müssen, bei der Bewältigung dieser Sicherheitsaufgaben. So war das LfV an der Vorbereitung der 30. Arbeitstagung der Sicherheitsbevollmächtigten der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland maßgeblich beteiligt. Auf der Tagung stand das Thema „China's aggressiv verfolgte Wirtschaftsinteressen - Möglichkeiten zum Schutz vor Spionage, Markenpiraterie und Abfluss fremden Know-hows“ im Vordergrund.



Wirtschaftsschutz

Zum strategischen Potenzial eines Unternehmens gehört sein Know-how. Es sichert den Wettbewerbsvorsprung am Markt und ist für den zukünftigen Erfolg des Unternehmens unerlässlich. Der Verlust geistigen Eigentums kann daher schwerwiegende Folgen haben. Konkurrierende Unternehmen bedienen sich verschiedener Methoden, die von professionellen Analysen bis zur kompletten Firmenübernahme reichen, um in den Besitz dieses Eigentums zu gelangen. Neben der Beschaffung von Know-how richtet sich der Fokus konkurrierender Unternehmen vor allem auf Unternehmens-, Wettbewerbs- und Marktstrategien, Preisgestaltungen und Konditionen sowie Informationen über Entscheidungsprozesse im Unternehmen. Das Thema Sicherheit der Informationstechnik (IT-Sicherheit) nimmt hierbei eine herausragende Stellung ein. Angesichts der wachsenden Abhängigkeiten von der Informationstechnik gewinnt die IT-Sicherheit über die betriebswirtschaftliche Bedeutung für die Unternehmen eine strategische und gesellschaftliche Dimension.

*Sicherheit in
der Informations-
technik*



Der hierdurch begründeten Verantwortung können Unternehmen nur gerecht werden, wenn sie über einen professionell gestalteten Informationsschutz verfügen. Bedrohungen müssen möglichst früh erkannt werden, um ein für alle Beteiligten angemessenes Schutzniveau erreichen zu können. Wichtig ist die sinnvolle Kombination und vorausschauende Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen. Es muss das Ziel der Verantwortlichen sein, durch organisatorische wie technische Maßnahmen die Angriffsfläche möglichst klein zu halten. Dies verspricht größtmöglichen Schutz. Sicherheit erfordert Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

*Ziel:
Ausforschungsmöglichkeiten*

Vermutete oder gar erkannte Ausforschungsversuche sollten den zuständigen Behörden immer mitgeteilt werden. Nur wenn den Sicherheitsbehörden solche Sachverhalte bekannt werden, können diese entsprechende Sicherheitsanalysen vornehmen. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit steht das LfV jederzeit zur Verfügung. Die Interessen des Unternehmens bleiben in jedem Fall gewahrt, da das LfV der Verschwiegenheitspflicht unterliegt.

GEHEIM- UND
WIRTSCHAFTSSCHUTZ

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ziel: Information

Durch die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes werden die Bürgerinnen und Bürger zum einen über die gesetzlichen Grundlagen, die Arbeitsweise sowie die Kontrolle des Verfassungsschutzes informiert. Zum anderen ist es ein wichtiges Anliegen des Verfassungsschutzes, über die Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten zu berichten.

Aufklärung der Öffentlichkeit

Gerade die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb einer wehrhaften Demokratie erfordert eine umfangreiche Aufklärung über die Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen. Information und Aufklärung sind für die Bürgerinnen und Bürger notwendig, damit diese die wahren Absichten extremistischer Bestrebungen durchschauen und diesen entgegengetreten werden kann.

Die Aufklärung der Öffentlichkeit in einem jährlichen Bericht ist im § 9 Abs. 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen geregelt. Im Rahmen dieses gesetzlichen Auftrages werden vom LfV neben der Erstellung des Jahresberichts auch Publikationen aus dem Bereich des politischen Extremismus den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Veröffentlichungen sind auf der Homepage www.verfassungsschutz-hessen.de abrufbar oder können direkt bei der Pressestelle des LfV angefordert werden.

Das LfV ist jährlich mit einem Informationsstand auf dem Hessentag in der Halle der Landesausstellung vertreten. Hier haben die Besucher des Hessentags die Möglichkeit, mit Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen zu diskutieren und sich über den Bereich des politischen Extremismus, aber auch über die anderen Aufgabenbereiche des LfV, zu informieren.

Der rege Besucherzuspruch auf dem Hessentag sowie die große Nachfrage nach Publikationen zeigt, dass die Arbeit des LfV mit Interesse verfolgt wird.

Vertreter des LfV wurden vielfach zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Die Schwerpunkte der Veranstaltungen waren neben dem Rechtsextremismus insbesondere der Islamismus. Für letzteres Thema war im Vergleich zum Vorjahr ein gesteigertes Interesse erkennbar.

Vortrags- veranstaltungen

Die Erscheinungsformen verfassungsfeindlicher Bestrebungen darzustellen, die Hintergründe zu analysieren und auch auf die Möglichkeiten einzugehen, extremistische Positionen zurückzudrängen, steht bei den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt.

Pressearbeit

Im Rahmen der Pressearbeit geben der Direktor sowie andere Mitarbeiter des LfV zahlreiche Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien, darin eingeschlossen sind auch Hörfunk- und Fernsehinterviews. Im Mittelpunkt stehen auch hier die Information über den Rechtsextremismus sowie zunehmend über den Islamismus allgemein und islamistische Organisationen in Hessen.



Wanderausstellung des BfV

Vom 9. Oktober bis 13. Oktober wurde im Hessischen Landtag die neue Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) „Die missbrauchte Religion – Islamisten in Deutschland“ der Öffentlichkeit präsentiert. An der Eröffnungsveranstaltung am 6. Oktober nahmen zahlreiche Personen aus Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen teil. Die Ausstellung wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern, darunter Schulklassen, besucht.



Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz

vom 19. Dezember 1990

(GVBl. I S. 753) geändert durch Art. 3 Nr. 4 DatenschutzG - ÄndG vom 05.11.1998

(GVBl. I S. 421) und Art. 1 ÄndG vom 30.04.2002 (GVBl. I S. 82)

ERSTER TEIL

Aufgaben und Befugnisse

§ 1 Organisation

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde dem Ministerium des Innern. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen in Hessen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

§ 2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Das Landesamt für Verfassungsschutz dient auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind,

5. Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Es sammelt zu diesem Zweck Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten und wertet sie aus.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes sind

a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;

b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;

c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 4 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen,

d) organisierte Kriminalität die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

— unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder

— unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder

— unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(4) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Gesetzes zählen:

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und,
- g) die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für Sicherheitsüberprüfungen nach §2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Artikel 10-Gesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254).

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch zuständig für die Zusammenarbeit Hessens mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3 Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 die erforderlichen Informationen erheben und weiterverarbeiten, soweit nicht der Zweite Teil dieses Gesetzes besondere Bestimmungen für personenbezogene Daten enthält. Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen unbeschadet des § 4 Abs. 1 personenbezogene Daten von Personen, bei denen keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie selbst Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 nachgehen (Unbeteiligte), nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn

1. dies für die Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorübergehend erforderlich ist,
2. die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre und
3. überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Personen nicht entgegenstehen.

Daten Unbeteiligter dürfen auch erhoben werden, wenn sie mit zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen untrennbar verbunden sind. Daten, die für das Verständnis der zu speichernden Informationen nicht erforderlich sind, sind unverzüglich zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Löschung nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall dürfen die Daten nicht verwertet werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen und die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen Informationen verdeckt erheben. Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer vom Ministerium des Innern zu erlassenden Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift ist der Parlamentarischen Kontrollkommission zu übersenden. Die Behörden des Landes sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen zu leisten.

(3) Besteht die Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 lediglich in der Auswertung des bei Behörden oder der Beschäftigungsstelle bereits vorhandenen Wissens, ist es erforderlich und ausreichend, dass die betroffene Person von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Im übrigen ist die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit der betroffenen Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, mit einbezogen werden.

(4) Sind für die Erfüllung der Aufgaben verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige auszuwählen, die die davon betroffene Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme hat zu unterbleiben, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

(5) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Polizeibehörden auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(6) Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

ZWEITER TEIL

Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 4 Erhebung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten aus allgemein zugänglichen Quellen erheben, um zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen.

(2) Liegen bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vor oder wird das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 oder § 3 Abs. 1 Satz 2 tätig, darf es Auskünfte bei öffentlichen Stellen oder Dritten einholen, wenn die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Würde durch die Erhebung nach Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder die betroffene Person unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Landesamt für Verfassungsschutz Akten und Register öffentlicher Stellen einsehen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz muss Ersuchen auf Auskunft oder Einsicht nicht begründen, soweit dies dem Schutz der betroffenen Person dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Abs. 2 Satz 2 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; der Nachweis ist gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Zur Beantwortung von Übermittlungsersuchen nach § 11 Abs. 1 Nr. 4 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten nur erheben, soweit das zur Überprüfung dort bereits vorliegender Informationen erforderlich ist.

(5) Werden Daten bei der betroffenen Person oder bei Dritten außerhalb des öffentlichen Bereichs offen erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Die Befragten sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(6) Ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in vermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(8) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf die zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden.

Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind

1. Berechtigungskennungen, Karten-Nummern, Standortkennung sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(9) Auskünfte nach den Abs. 7 und 8 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium. Es unterrichtet unverzüglich die G-10-Kommission (§ 2 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) über die beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann das Ministerium den Vollzug der Entscheidung auch bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. Die G-10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Abs. 5 des Artikel 10-Gesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach den Abs. 7 und 8 erlangten personenbezogenen Daten erstreckt. Entscheidungen über Auskünfte, die die G-10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Ministerium unverzüglich aufzuheben. Für die Verarbeitung der nach den Abs. 7 und 8 erhobenen Daten ist § 4 des Artikels 10-Gesetzes entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber

nicht mitgeteilt werden. § 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes findet entsprechende Anwendung.

(10) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Abs. 7 bis 9 eingeschränkt.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall

- bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen
- bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportdienstleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 2 Abs. 2 genannten Schutzgüter vorliegen. Abs. 9 gilt entsprechend.

(12) Das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 20) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes über die Durchführung der Abs. 7, 8 und 11; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach den Abs. 7, 8 und 11 zu geben.

§ 5 Erhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn

1. bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen und anzunehmen ist, dass auf diese Weise zusätzliche Erkenntnisse erlangt werden können, oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass auf diese Weise die zur Erforschung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
3. dies dem Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände oder Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(2) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung ist im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes nur zulässig, wenn

1. die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 Artikel 10-Gesetz vorliegen oder
 2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 oder 3 durch Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuches verfolgt oder
 3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozessordnung, §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 des Strafgesetzbuches verfolgt und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Maßnahme darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält.
- (3) Die Anordnung des Einsatzes besonderer technischer Mittel nach Abs. 2 Satz 1 trifft der Richter. Bei Gefahr im Verzug kann der Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz einen Einsatz nach Abs. 2 Satz 1 anordnen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Die Anordnungen sind auf längstens vier Wochen zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als vier weitere Wochen sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.
- (4) Die Anordnung wird unter der Aufsicht eines Beschäftigten des Landesamts für Verfassungsschutz vollzogen, der die Befähigung zum Richteramt hat. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.
- (5) Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 4 Abs. 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz verwendet werden. Für die Speicherung und Löschung der durch Maßnahmen nach den Abs. 2 und 6 erlangten personenbezogenen Daten sowie die Entscheidung über die nachträgliche Information der von Maßnahmen nach Abs. 2 Betroffenen gelten § 4 Abs. 1 und § 12 Artikel 10-Gesetz entsprechend.
- (6) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ist auch dann zulässig, wenn es zum Schutz der dort für den Verfassungsschutz tätigen Personen erforderlich erscheint und vom Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz angeordnet ist. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Kenntnisse zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme

richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(7) Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach Abs. 2 und 6 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend.

(8) Die Erhebung nach Abs. 1 und 2 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die betroffene Person weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann. In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 dürfen nachrichtendienstliche Mittel nicht gezielt gegen Unbeteiligte eingesetzt werden; im Übrigen gilt § 3 Abs. 1 Satz 3 bis 5.

(9) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die nach Abs. 2 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Abs. 6 angeordneten Maßnahmen. Die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

§ 6 Speicherung

(1) Umfang und Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind auf das für die Aufgabenerfüllung des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderliche Maß zu beschränken.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Daten über Minderjährige, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Minderjährige eine der in § 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten Minderjähriger, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, nicht zulässig.

(3) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse angefallen sind, die eine Fortdauer der Speicherung rechtfertigen.

(4) Personenbezogene Daten, die erhoben worden sind, um zu prüfen, ob Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen, dürfen in Dateien erst

gespeichert werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für derartige Bestrebungen oder Tätigkeiten ergeben haben. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen auch keine Akten angelegt werden, die zur Person geführt werden.

(5) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 5 dürfen in automatisierten Dateien nur personenbezogene Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und im übrigen nach von ihm festgesetzten angemessenen Fristen, spätestens jedoch nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung noch erforderlich sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 und 5 sind spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung. Soweit Daten automatisiert verarbeitet oder Akten automatisiert erschlossen werden, ist auf den Ablauf der Fristen nach Satz 1 und 2 hinzuweisen.

§ 7 Zweckbindung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nur zum Zwecke des Verfassungsschutzes im Sinne des § 2 übermitteln.

(2) Zu anderen Zwecken dürfen personenbezogene Daten nach Maßgabe von § 11 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 sowie § 13 Satz 1 Nr. 2 übermittelt werden.

(3) Personenbezogene Daten dürfen auch zur Ausübung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken übermittelt und in dem dafür erforderlichen Umfang verwendet werden.

§ 8 Übermittlung von Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes dürfen von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, die die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes erforderlich ist. Das gleiche gilt für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(2) Die in Abs. 1 genannten Stellen sind zur Übermittlung verpflichtet, wenn im Einzelfall ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 4 Abs. 2 vorliegt. Es dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 haben die Staatsanwaltschaften des Landes auch ohne Ersuchen Anklageschriften und Urteile an das Landesamt für Verfassungsschutz zu übermitteln, die Polizeibehörden vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis auch sonstige personenbezogene Daten. Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nach denen personenbezogene Daten nicht für andere als die dort genannten Zwecke verwendet werden dürfen, stehen einer Übermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz nicht entgegen.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Vorschriften der Abs. 1 und 2 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 Artikel 10-Gesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen finden § 4 Abs. 1 und 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz entsprechende Anwendung.

(4) Hält die ersuchte Stelle das Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme nach § 4 Abs. 2 nicht für rechtmäßig, so teilt sie dies dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. Besteht dieses auf dem Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme, so entscheidet die für die ersuchte Stelle zuständige oberste Aufsichtsbehörde, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung unterbleibt, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall unterliegen die personenbezogenen Daten einem Verwertungsverbot.

§ 9 Übermittlung an übergeordnete Behörden, Veröffentlichung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Ministerien und die Staatskanzlei über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die für ihren Zuständigkeitsbereich von Bedeutung sind. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten übermittelt werden.

(2) Das Ministerium des Innern darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten zum Zweck der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 öffentlich bekanntgeben, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegen.

(3) Die Unterrichtung nach Abs. 1 dient auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht erfolgt.

§ 10 Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten

Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und den Polizeibehörden des Landes die ihm bekanntgewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhütung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind in den §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Tatverdächtigen oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

§ 11 Übermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

(1) Die Übermittlung ist über die §§ 9 und 10 hinaus zulässig an

1. Behörden, die ein Ersuchen nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 an das Landesamt für Verfassungsschutz gerichtet haben;
2. Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Verfolgung der in § 100a der Strafprozessordnung genannten oder sonstiger Straftaten im Rahmen der organisierten Kriminalität;
3. Polizei- und Ordnungsbehörden, wenn dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist und die Übermittlung der Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr oder zur Verhütung der in Nr. 2 genannten Straftaten sowie von Verbrechen, für deren Vorbereitung konkrete Hinweise vorliegen, dient;
4. andere öffentliche Stellen, wenn diese die personenbezogenen Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung benötigen.

In den Fällen des Satz 1 Nr. 3 ist das Landesamt für Verfassungsschutz zur Übermittlung verpflichtet. In den Fällen des Satz 1 Nr. 2 ist das Landesamt für Verfassungsschutz unter Beachtung von § 15 zur Übermittlung verpflichtet, sobald sich nach den dort vorliegenden Erkenntnissen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat des § 152 Abs. 2 der Strafprozessordnung ergeben.

(2) Hält das Landesamt für Verfassungsschutz das Ersuchen des Empfängers nicht für rechtmäßig, so teilt es ihm dies mit. Besteht der Empfänger auf der Erfüllung des Ersuchens, so entscheidet das Ministerium des Innern.

(3) Der Empfänger darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden.

§ 12 Übermittlung an Stationierungstreitkräfte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikpaktes über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) verpflichtet ist.

§ 13 Übermittlung an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben oder
2. zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers

erforderlich ist. Die Übermittlung hat zu unterbleiben, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Person entgegenstehen. Die Übermittlung ist nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig. Sie ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 14 Übermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs

Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen nach § 2 Abs. 5 Nr. 2 erforderlich ist und das Ministerium des Innern im Einzelfall seine Zustimmung erteilt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten. Die Sätze 1 bis 4 finden keine Anwendung, wenn personenbezogene Daten zum Zwecke von Datenerhebungen nach § 4 übermittelt werden.

§ 15 Übermittlungsverbote

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Teils hat zu unterbleiben, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der personenbezogenen Daten und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

§ 16 Minderjährigenschutz

(1) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 6 Abs. 2 und 3 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 17 Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn dies zu einer anderen Bewertung der Daten führen könnte oder zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

§ 18 Auskunft

(1) Der betroffenen Person ist vom Landesamt für Verfassungsschutz auf Antrag gebührenfrei Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen.

(2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das Auskunftsrecht der betroffenen Person gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz oder einem überwiegenden Geheimhaltungsinteresse Dritter zurücktreten muss. Ein Geheimhaltungsinteresse liegt dann vor, wenn

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftspflicht erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist die betroffene Person auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Hessischen Datenschutzbeauftragten wenden kann. Mitteilungen des Hessischen Datenschutzbeauftragten dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 19 Geltung des Hessischen Datenschutzgesetzes

(1) Das Hessische Datenschutzgesetz bleibt unberührt, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Vorschriften des Hessischen Datenschutzgesetzes über das Recht des Betroffenen auf Gegenvorstellung auf Grund eines schutzwürdigen besonderen persönlichen Interesses und über die Beteiligung der datenverarbeitenden Stelle an gemeinsamen Verfahren finden keine Anwendung. Personenbezogene Daten sind nicht zu löschen, sondern nur zu sperren, wenn

1. Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange der betroffenen Person beeinträchtigt würden,
2. die Daten zur Behebung einer bestehenden Beweisnot unerlässlich sind oder
3. die Verwendung der Daten, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren sind, zu wissenschaftlichen Zwecken erforderlich ist.

(2) In dem Verzeichnisse über automatisierte personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

DRITTER TEIL

Parlamentarische Kontrolle

§ 20 Parlamentarische Kontrolle

(1) Die Landesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle. Sie wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission ausgeübt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es die Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Kontrollkommission ausscheidet.

(4) Im übrigen bleiben die Rechte des Landtags unberührt.

§ 21 Geheimhaltung

Die Beratungen der Parlamentarische Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarische Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 22 Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Quellen durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. Diese hat den Anspruch auf entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann im Einzelfall beschließen, dass ihr Akteneinsicht zu gewähren ist.

VIERTER TEIL

Schlussvorschrift

§ 23 Einschränkung von Grundrechten

Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.

§ 24 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der Dritte Teil tritt am 5. April 1991 in Kraft.

§ 25 Außer-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

Abkürzungsverzeichnis

aae	autonome antifaschistische emanzipation
AAI	Ansar Al-Islam
AAS	Ansar Al-Sunna
ABM	Aktionsbündnis Mittelhessen
ADHF	Föderation für demokratische Rechte in Deutschland
ADHK	Konföderation für demokratische Rechte in Europa
AKU	Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden
A.L.DA	Antifaschistische Linksradikale Darmstadt
ALH	Alternative Liste Heli
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen
API	Arbeiterkommunistische Partei Irans
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa
AUF	A lternativ, U nabhängig, F ortschrittlich
BASH	Bündnis antifaschistischer Gruppen Hessen
B & H	Blood & Honour
BMI	Bundesministerium des Innern
BuFriRa	Bundesausschuss Friedensratschlag
CDK	Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa
DABK	ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee [jetzt: Maoistische kommunistische Partei (MKP)]
DHKC	Revolutionäre Volksbefreiungsfront
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DIDF	Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei

DR	Dresdensia-Rugia
DS	Deutsche Stimme
DVU	Deutsche Volksunion
ECFR	Europäischer Fatwa-Rat
EL	Partei der Europäischen Linken
EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.
EU	Europäische Union
FAU-IAA	Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Union
FIOE	Föderation Islamischer Organisationen in Europa
FIS	Islamische Heilsfront
GD/SD	Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog
GI	Al-Gama'a al-Islamiyya
GIA	Bewaffnete Islamische Gruppe
GIAZ PMK Hessen	Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Politisch motivierte Kriminalität Hessen
GIMF	Globale Islamische Medien-Front
GIZ	Gemeinsames Internetzentrum
GSPC	Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf
GTAZ	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
GWR	Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
HKL	Hauptkampflinie
HKO	Volksbefreiungsarmee
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
HPG	Volksverteidigungskräfte
HSK	Kurdischer Roter Halbmond e.V.
HuT	Hizb ut-Tahrir al-Islami
IFIR	Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V.

IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
IL	Interventionistische Linke
IWO	Islamische Wohlfahrtsorganisation e.V.
IZ	Islamisches Zentrum
IZM	Islamisches Zentrum München
JN	Junge Nationaldemokraten
KADEK	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans
KARSAZ	Internationaler Verband der kurdischen Arbeitgeber e.V.
KJB	Union der stolzen Frauen
KKK	Koma Komalen Kurdistan
KNK	Kurdischer Nationalkongress
KOMALEN-CIWAN	Koma Komalen Ciwanen Demokratik a Kurdistan (Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans)
KONGRA GEL	Volkkongress Kurdistans
KON-KURD	Konföderation kurdischer Vereine in Europa
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Plattform der PDS
KSB	Kameradschaft Bergstraße
LBL	Linke Bürgerliste
LiLi	Linke Liste Wiesbaden
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MB	Muslimbruderschaft
MEK	Volksmoudjahedin Iran-Organisation
MJD	Muslimische Jugend Deutschland
MKH	Multi-Kultur-Haus Ulm e.V.
MKP	Maoistische Kommunistische Partei
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

NHB	Nationaler Hochschulbund
NL	Neuberger Liste
NLA	Nationale Befreiungsarmee Iran
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSO	Nibelungensturm Odenwald
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
NZ	National Zeitung
ÖkolinX-ARL	ÖkolinX-Antirassistische Liste
ÖP	Özgür Politika
OK	Organisierte Kriminalität
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PIJ	Palästinensischer Islamischer Jihad
PJA	Partei der freien Frauen Kurdistans
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
PSG	Partei für Soziale Gleichheit
SAV	Sozialistische Alternative
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
[solid]	die Sozialistische Jugend Hessen
SP	Saadet Partisi (Glückseligkeitspartei)
TAK	Freiheitsfalken Kurdistans
TAYAD	Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei
THKP/C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
TJ	Tabligh-i Jama'at
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TRO	Tamil Rehabilitation Organisation e.V.

UELAM	Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.
UMSO	Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V.
UZ	Unsere Zeit
VVN – BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
WAM	Wahlalternative Maintal – Soziale Gerechtigkeit
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
wi	– widerstand international –
YDK	Kurdische Demokratische Volksunion
YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
YHK	Verband der Juristen aus Kurdistan
YJA	Union der freien Frau
YJA-STAR	Selbstverteidigungsorganisation der Frauenguerilla
YÖP	Yeni Özgür Politika
YXK	Union der Studierenden aus Kurdistan e.V.
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland

Register

- A**
- aae Marburg 102, 116
- Agitator 76, 92
- Akif, Mohammad Mahdi 36
- Aktionsbündnis Mittelhessen (ABM) 69, 88
- Aktionsbüro Rhein-Neckar 69, 81
- Al-Ahd 40
- Al-Aqsa e.V. 40
- Al-Banna, Hassan 36, 39
- Al-Basha'ér 23
- Al-Gama'á al-Islamiyya (GI) 15, 23, 36
- Al-Jazira 19, 24, 41
- Al-Manar 40 ff.
- Al-Moghtareb 40
- Al-Muqawama a-Islamiyya (Islamischer Widerstand) 39 f.
- Al-Qaida 13 ff., 19 ff., 37, 40
- Al-Qaida im Jemen 23
- Al-Qaida im Zweistromland (ehem. Al-Tawhid) ... 19
- Al-Qaradawi, Yusuf 38
- Al-Raschta, Ata-Khalil Ahmad Abu 31
- Alternative Liste Heli (ALH) 113
- Al-Zawahiri, Ayman 20, 22 ff., 40
- Anadoluda Vakit 48
- Anarchisten 100, 102 f., 128
- Anjuman-E-Islahul Muslemeen Deutschland 35
- an-Nabhani, Taqi ud-Din 31
- Ansar Al-Islam (AAI) 15, 28, 30 f.
- Ansar Al-Sunna (AAS) 28
- Anti-Antifa Kassel 97
- Anti-Atom-Bewegung
- Siehe: Linksextremististen in der Anti-Atom-Bewegung
- „Antideutsche“ 115 f.
- Antifa Bensheim 102, 115, 117
- Antifaschismus 110, 114 ff., 118
- Antifaschistische Linksradikele Darmstadt (A.L.DA) . . 117
- Anti-Globalisierungsbewegung
- Siehe: Linksextremistische Einflussnahme auf die
- Anti-Globalisierungsbewegung
- Antirassismus 118 f.
- Apfel, Holger 75 f., 82
- API-Hekmatist 63
- Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
- der Türkei (TIKKO) 15, 59
- Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) 16, 63
- Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 16, 49
- Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU) 102, 126
- Assoziation Marxistischer StudentInnen
- (AMS) 102, 108
- Ates, Mehmet 43
- Atta, Mohamed 28
- AUF Darmstadt 111, 113
- AUF Kassel 113
- Autonome 83, 100 ff., 114 ff., 122, 125, 129
- autonome antifa [f] 102, 115 f., 123 f.
- autonome antifaschistische emanzipation
- (aae) 102, 116
- Aydar, Zübeyir 49
- B**
- Beltz, Michael 107
- Bernost, Stefan 109
- Berserker Kirtorf 69, 89
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) 15, 36
- Bin Laden, Usama 19 f., 22, 24 f., 30
- Bisky, Lothar 104
- Blitzkrieg 91
- Blood & Honour 85, 92, 94 ff.
- Blutschuld 69, 89, 91, 95
- Bolourchi, Massoumeh 61
- Breakdown 91
- Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa) 102, 105
- Bündnis 3. Juni 123

Bündnis antifaschistischer Gruppen Hessen

(BASH) 102, 114 ff., 124

C

Carpe Diem 76

Celtic Dawn 91 f.

Chamenei, Ayatollah Ali 41

comité liberté 102, 106

Committee for a Workers' International/London 110

Courage 102, 109

D

Deutsche Bürgerinitiative (DBI) 69, 80, 87

Deutsche Kommunistische Partei
(DKP) 100 ff., 107 ff., 113, 117, 125, 129

Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische
Opposition (DS/APO) 69, 80

Deutsche Stimme (DS) 69, 71, 75 f.

Deutsche Volksunion (DVU) 68 ff., 76 ff., 97

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 15, 56

Direkte Aktion 128

Dissent! 120 f.

DKP Hessen 108, 129

Döring, Osman, siehe: Karahan, Yavuz Celik

Dresdensia-Rugia (DR) 69, 78

E

E.XANI Verlags GmbH 55

El-Motassadeq, Mounir 31

El-Zayat, Ibrahim 38, 44

En Nahda 15, 36

Engel, Stefan 108

Erbakan, Necmettin 43 ff., 47

Eternal Bleeding 91

Europäische Moscheebau- und Unterstützungs-
gemeinschaft e.V. (EMUG) 15, 43 ff., 47

Europäischer Fatwa-Rat (ECFR) 38

F

Faust 69, 89, 95

Föderation der Arbeiter aus der Türkei in

Deutschland e.V. (ATIF) 15, 59

Föderation für demokratische Rechte in Europa
(ADHF) 16, 59

Föderation Islamischer Organisationen in Europa
(FIOE) 38, 45

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
(YEK-KOM) 16, 50, 53 ff.

Frankfurter Kurier 104

Freie ArbeiterInnen Union – Internationale

Arbeiter Assoziation (FAU) 102, 127 f.

Freie Kameradschaft Kassel 97

Freie Nationalisten Rhein-Main,
Revolutionärer Block 69, 84

Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans
(KADEK) 49

Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) 14, 49, 51 f.

Frey, Dr. Gerhard 76, 78 f.

Friedens- und Zukunftswerkstatt 102, 125 f.

G

G(ib) 8 Koordination Frankfurt am Main 121

G8-Gipfel 101, 106, 119 ff., 128

Gadahn, Adam (alias Azzam al-Amriki) 20

Galileo - Streitbare Wissenschaft 108

Garde 18 93

Gegenschlag 69, 89, 94 f.

Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD) 102, 104

Gigi und die Braunen Stadtmusikanten 76, 91

Globale Islamische Medien-Front (GIMF) 25

glocal group Hanau 102, 121

Gökkusagi 45

Graswurzelbewegung 102, 122, 127

Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie,

herrschaftslose Gesellschaft (GWR) 127 f.

Gruppe Freier Deutscher – Freideutsch 71

H

Hammerskins 91

Hauptkampflinie 89, 92, 94

Heise, Thorsten 76, 95

Heß, Rudolf 68, 81, 85 ff., 97

hessen links 104

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene
und deren Angehörige e.V. (HNG) 69, 80, 89

Hizb Allah 14 f., 33, 40 ff., 57

Hizb ut-Tahrir (HuT) 14 f., 26, 31 ff.

Homegrown Networks 19, 26

Hupka, Steffen 82

I

IGMG Perspektive 43

Initiative Libertad! (Frankfurt am Main) 102, 121

Interim 114

International Socialist/London 109

Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings-
und Immigrantenräte e.V. (IFIR) 16, 63

Interventionistische Linke (IL) 120, 123

Islamische Avantgarden 15, 38

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
(IGD) 15 f., 36 ff., 44

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
(IGMG) 14 f., 43 ff.

Islamische Heilsfront (FIS) 15, 36

Islamische Widerstandsbewegung
(HAMAS) 14 f., 22., 36, 39 f.

Islamische Wohlfahrtsorganisation e.V. (IWO) 40

Islamischer Widerstand (Al Muqawama a-Islamiyya) . 40

Islamisches Zentrum (IZ) 37

Islamisches Zentrum Aachen 38

Islamisches Zentrum München (IZM) 37

Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. . 44

J

Jugendantifa Frankfurt am Main 121, 124

Junge Nationaldemokraten (JN) . 69, 71, 78 f., 83, 97

K

Kameradschaft Bergstraße (KSB) ... 69, 80 ff., 84, 96

Käppler, Lars 81

Karahan, Yavuz Celik (i.e. Osman Döring) 43

Karatas, Dursun 56, 58

Kaypakkaya, Ibrahim 60

Khomeini, Ayatollah 43

Koma Komalen Kurdistan (KKK) 50 f., 53 f.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 107, 109

Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS
(KPF) 102, 104

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in
Europa (ATIK) 15, 59 ff.

Konföderation für demokratische Rechte in
Europa (ADHK) 15, 59 f.

Konföderation kurdischer Vereine in
Europa (KON-KURD) 16, 50

Koordination der kurdischen demokratischen
Gesellschaft in Europa (CDK) [ehemals: Kurdische
Demokratische Volksunion (YDK)] 16, 50 f., 54

Kurdischer Arbeitgeberverband e.V. (KARSAZ) 16, 50

Kurdischer Nationalkongress (KNK) 16, 54

Kurdischer Roter Halbmond e.V. (HSK) 50

Kurdistan-Report 49

L

Landser 96

Lernen und Kämpfen 108

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 16, 64 f.

Linke Bürgerliste (LBL) 113

Linke Liste Wiesbaden (LiLi) 111

Die Linke.Hessen 106 f., 110 f., 129

- Die Linke/Liste Solidarität 111
- Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung . 126 f.
- Linksextremistische Einflussnahme auf Demonstrationen im Zusammenhang mit der Einführung von Studienbeiträgen in Hessen .. 124 ff.
- Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen Sozialabbau 122 ff.
- Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung 125 f.
- Linksextremistische Einflussnahme auf die Anti-Globalisierungsbewegung 119 ff.
- Die Linkspartei Landesverband Hessen 106
- Die Linkspartei.PDS (Die Linke.PDS)102, 104 ff., 109, 120, 125
- Linksruck 100, 122, 109
- M**
- Maoisten 100
- Maoistische Kommunistische Partei (MKP) [ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)] 15, 59 f.
- Marburger Linke 111
- Marxisten-Leninisten 103
- Marxistisches Forum der Linkspartei.PDS 102
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 100, 102, 108 f., 113, 125, 129
- Mash'al, Chaled 39
- MEDYA-TV (jetzt ROJ-TV) 55
- Mesopotamisches Kulturzentrum e.V. 53
- militante gruppe 114
- Milli Gazete 43 ff.
- Milli Görüs 29, 43 ff.
- Milli Verlags- und Pressevertrieb GmbH 46
- Modaresi, Koroosh 63
- Mujahedin 19 f., 22 ff., 27
- Müller, Christian 83, 85 f.
- Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH) 31
- Muslimbruderschaft (MB) 14 f., 18, 23, 36 ff., 45
- Muslimische Jugend Deutschland (MJD) 14, 38
- N**
- Nachrichten der HNG 89
- Nachrichtendienste 133 ff.
- Nasrallah, Hassan 40 ff.
- National Zeitung - Deutsche Wochenzeitung (NZ) . 79
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 67 ff., 73 ff., 81ff., 95, 97, 117
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 69, 71
- Nationale Befreiungsarmee Iran (NLA) 16, 61
- Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) . 16, 61f., 133
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 96
- Neonazis 67 ff., 73, 75 ff., 80 ff., 93, 95, 117 f.
- Neuberger Liste (NL) 113
- Neues Deutschland 104
- Nibelungensturm Odenwald (NSO) 69, 80, 84 f.
- Nodianian, Nasan 63
- Nordglanz 65, 89, 91, 65
- O**
- Öcalan, Abdullah 15, 49 ff.
- Oïdoxie 91 f.
- ÖkolinX-Antirassistische Liste (ÖkolinX-ARL) 113
- Organisierte Kriminalität 131 f.
- Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) [jetzt: Maoistische Kommunistische Partei (MKP)] . 59
- Ostermarsch 125
- Özgür Politika (ÖP) 55
- P**
- Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) 15, 36
- Partei der Europäischen Linken (EL) 105
- Partei der freien Frauen Kurdistans (PJA) 50
- Partei für Soziale Gleichheit (PSG) 102

- Partizan 59
- PDS-Jugend Hessen 106
- Politische Berichte 104
- Prabakaran, Velupillai 64
- Pro Schwalm-Eder 71
- Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen ... 102, 122, 128
- R**
- Race War 94
- Rachezug 69, 89
- Radjavi, Maryam 61 f.
- Rebell 102, 108 f., 129
- Rennicke, Frank 76
- Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
(DHKP-C) 15, 56 ff.
- Rieger, Jürgen 75, 77, 85
- Roeder, Manfred 87 f.
- ROJ-TV 49, 55
- Rote Fahne 108, 129
- Rote Hilfe 117
- Rotfüchse 102, 109
- Royal Hatred 69, 89
- S**
- Saadet Partisi (SP) 29, 43
- Salafitische Gruppe für die Mission und
den Kampf (GSPC) 15, 23, 36
- Samadi, Behzad 63
- Saraj Al-Aqsa 39
- Sawt al-Jihad 23
- Schmidt, Hans 73
- Schura-Rat der Mujahedin im Irak 25
- Selbstverteidigungsorganisation der
Frauenguerilla (YJA-STAR) 50
- Serxwebun 49
- SKD 92
- Skinheads 67 ff., 75 f., 80, 84 f., 87, 89 ff., 98
- [solid] – die Sozialistische Jugend
Hessen 102, 104, 106, 118, 120, 129
- Solidarität International e.V. 102, 109
- Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen
und deren Familien in der Türkei (TAYAD) 15, 57
- Sozialistische Alternative (SAV) 102, 110
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(SDAJ) 102, 108
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) . 104
- Spionageabwehr 133 ff.
- Stahlgewitter 92
- Stanici, Sascha 110
- Stehr, Heinz 107
- Störmanöver 69, 89, 95
- Stoßtrupp 93
- swing 114
- T**
- Tabligh-i Jama'at (TJ) 14 f., 34 ff.
- Taliban 15, 22
- Tamil Land 64
- Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) 65
- Tegethoff, Ralph 76
- Treue und Schwur 92
- Trotzkisten 100, 103, 110
- Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
(TIKKO) 15, 59
- Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-
Leninisten (TKP/ML) 15, 59 ff.
- Türkische Volksbefreiungspartei/-front
(THKP/C) 15, 56
- TV 5 43
- U**
- Ücücü, Oguz 43, 46 f.
- Union der freien Frau (YJA) 15, 53

Union der stolzen Frauen (KJB)	16, 50	Worch, Christian	81 f.
Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)	15, 38	Wulff, Thomas	76
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Deutschland e.V. (UMSO)	15, 38	Y	
Unsere Zeit (UZ)	107	YATIM-Kinderhilfe e.V.	40
V		Yeni Akit GmbH	48
Verband der Juristen aus Kurdistan (YHK)	50	Yeni Özgür Politika	55
Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)	16, 50	Z	
Vereinigung der demokratischen Jugendlichen (KOMALEN CIWAN)	16, 50, 53 f.	Zimmermann, Simon	79
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	102, 117	Zutt, Doris	73, 77
Viduthalai	64		
Voigt, Udo	71, 73, 75, 77 f., 82		
Volksbefreiungsarmee (HKO)	16, 59		
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) (ehem. Arbeiterpartei Kurdistans, PKK)	14, 16, 49 ff., 60		
Volksmojahedin Iran-Organisation (MEK)	16, 61 f., 133		
Volksverteidigungskräfte (HPG)	49, 51 f., 55		
W			
W & B Versand (Witwe Bolte Versand)	95		
Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutz- behörden)	101, 105 f., 109 ff.		
Wahlalternative Maintal - Soziale Gerechtigkeit (WAM)	113		
Welt-Schura-Rat	34, 36		
White youth	95		
-widerstand international- (wi)	102, 110		
Wikingerversand	97		
Wilken, Ulrich	104		
Wöll, Marcel	68, 71, 73 f., 79, 83 f., 86, 88, 97		

Impressum

- Herausgeber:** Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
- Internet-Abruf:** www.verfassungsschutz-hessen.de
- E-Mail-Adresse:** poststelle@lfv.hessen.de
- Gestaltung:** Studio Zerzawy AGD
65329 Hohenstein
- Druck:** Central-Druck Trost GmbH & Co. KG
63150 Heusenstamm

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier